



21. Januar 1929

CARL SEVERING · VERPASSTE GELEGENHEITEN

ALS durch den Mißtrauensantrag der Sozialdemokratischen Partei im Dezember 1926 das Kabinett Marx stürzte, wurde einige Wochen später, im Januar 1927, in den Sozialistischen Monatsheften die Notwendigkeit betont angesichts der innen- und außenpolitischen Situation und zur Herbeiführung einer größern Stetigkeit in der deutschen Politik eine feste parlamentarische Mehrheit für eine feste Regierung zu schaffen. Das konnte damals wie heute nur die Große Koalition sein, das heißt eine Arbeitsgemeinschaft von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei. Die Sozialdemokratische Partei, die im Dezember 1925 und im Mai 1926 es abgelehnt hatte der Großen Koalition im Reich beizutreten, beschloß nun im Januar 1927 nach eingehenden Verhandlungen im Parteiausschuß sich unter bestimmten Voraussetzungen an der Bildung der Großen Koalition zu beteiligen. Diesmal aber wollten die anderen nicht, oder vielmehr: wollten die anderen erst recht nicht; denn die Neigung mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen war auch schon früher bei der Deutschen Volkspartei nicht gar zu groß gewesen. Es kam, nachdem in diesem Sinn auch der Reichspräsident interveniert hatte, wieder zu einer Regierung Marx, die aber ihr besonderes politisches Gepräge durch den Eintritt deutschnationaler Minister erhielt.

Es ist nützlich an diese Vorgänge zu erinnern, wenn man die Bedeutung eines Worts richtig verstehen will, das zurzeit in der Tagespresse umläuft: des Worts von den "verpassten Gelegenheiten". Eine verpasste Gelegenheit soll es sein, daß nach den Maiwahlen des Jahres 1928 nicht sofort eine stabile Regierung der Großen Koalition gebildet, oder daß nicht schon im Frühherbst das Versäumnis des Juni nachgeholt wurde. Die Richtigkeit dieser Behauptungen ist gewiß nicht in Abrede zu stellen. Aber wer die Geschichte der verpassten Gelegenheiten im parlamentarischen Leben des neuen Deutschlands schreiben will, der wird weiter zurückgreifen, der wird den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen um Jahre zurückverlegen müssen. Hier soll nur festgestellt werden, daß die verpassten Gelegenheiten der verfloßenen Gesetzgebungsperiode sozusagen automatisch die des letzten Jahres nach sich gezogen haben. Wie böse Taten, so sind auch böse Unterlassungen mit dem Fluch behaftet andere Unterlassungen nach sich zu ziehen.

Nicht nur ein besonderer Kenner der politischen Verhältnisse Deutschlands, sondern jeder politische Laie konnte schon am Anfang des Jahres 1927 wissen, daß die steigenden Lasten des Dawesabkommens Regierung und Volksvertretung vor die Lösung der schwierigsten Aufgaben stellen würden. Die Summen der Jahreszahlungen standen damals schon fest, und ebenso wußte man, daß die hartnäckigsten Anstrengungen Deutschlands erforderlich sein würden, um die Reparationsgläubiger für eine Herabsetzung zu gewinnen. Endlich war auch der Volksvertretung bekannt, daß es im Hinblick auf die schon bestehenden Steuerlasten nicht ganz leicht werden würde den Betrag der höheren Reparationszahlungen aufzubringen. Man kann jedoch nicht sagen, daß von allen verantwortlichen Stellen dieser Erkenntnis entsprechend gehandelt worden wäre. Es ist darum fast possierlich zu beobachten, wie sich jetzt urplötzlich die ganze politische Welt in Deklamationen über das Thema ergeht, daß alleräußerste Sparsamkeit geübt werden müsse. Wenn die Sache nicht gar so ernst wäre, müßte man herzlich lachen über diese Entdeckungen und Ermahnungen, die nur den einen Fehler haben, daß sie reichlich spät kommen. Wäre die im Jahr 1927 an dieser Stelle geforderte feste Parlamentsmehrheit für eine feste Regierung der Großen Koalition Wirklichkeit geworden, dann wäre es möglich gewesen die Tugend der Sparsamkeit, die heute im politischen Kurs so hoch gestiegen ist, ein wenig länger zu üben und eine Finanzpolitik einzuleiten, die uns sogar manchen Fehler der letzten 2 Jahre erspart hätte. Man hat die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung des Jahres 1927 damit begründet, daß man der Deutschnationalen Volkspartei Gelegenheit geben müsse ihre dem Volk gegebenen Versprechungen in die Tat umzusetzen und insbesondere das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft durchzuführen. Andere haben diesen Gedankengang auf die Formel gebracht, daß man die Deutschnationalen abwirtschaften lassen müsse. Wenn wir uns heute den Luxus gestatten könnten unsere Innenpolitik nach derartigen parlamentarischen Gesichtspunkten zu betreiben, um mit ihr diejenigen Parteien ad absurdum zu führen, die in der Agitation sich jedes Verantwortungsgefühls entäußern, dann könnte man das Experiment des Jahres 1927 noch hingehen lassen. Aber unsere Lage ist zu ernst, unsere Nöte sind zu brennend, als daß wir Zeit und Kraft verschwenden dürften, um der Öffentlichkeit durch diese Art Anschauungsunterricht zu zeigen, wie eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft *nicht* aussehen dürfe. Schädliche Rückschläge in der Personalpolitik der Republik, unzulängliche Versuche die Aufgaben der Schulgesetzgebung mit konfessionellen Machtansprüchen zu verknüpfen: das sind die sichtbarsten Früchte der Innenpolitik der Jahre 1927 und 1928, und eine vollständige Stagnation das hervorstechende Merkmal auf außenpolitischem Gebiet.

Es hat keinen Sinn nach Schuldigen zu suchen, die für diese Entwicklung verantwortlich zu machen wären. Bei der Prüfung aller Umstände und aller Situationen der letzten Jahre würde sich herausstellen, daß keine der Parteien, die heute die Regierung stützen, sich von den Unterlassungen, unter denen heute unser politisches Leben leidet, vollständig freisprechen kann. Andererseits kann wohl jede der Parteien wieder für sich behaupten, daß sie in einer bestimmten Situation den Willen zur Großen Koalition sehr deutlich bekundet hätte, und daß es Schuld der *anderen* wäre, wenn es nicht früher schon zur Großen Koalition gekommen sei. Das eben ist die Tragik im politischen Leben Deutschlands, daß sich auch in geschichtlich bedeutungsvollen Augenblicken parteipolitische Krähwinkelei oft stärker erweist als

der Wille in gemeinsamer Arbeit mit anderen Parteien die dringendsten Gegenwartsaufgaben zur Lösung zu bringen und die größten Hindernisse für den kulturellen, sozialen und politischen Aufstieg des Volkes aus dem Weg zu räumen. Das wäre verständlich, wenn die gemeinsame Arbeit zum Abtragen der Reparationen, oder wenn die Herbeiführung eines geordneten Reichshaushalts unter sozial gerechter Verteilung der Lasten mit den Interessen der Parteien in unversöhnlichem Gegensatz stünde. Aber an einem positiven Ergebnis der Reparationsverhandlungen, am Wiederaufbau der Wirtschaft und an der Bekämpfung aller Erscheinungen, die die Währung ungünstig beeinflussen könnten, haben alle Parteien das lebhafteste Interesse.

Die augenblicklichen Erörterungen in der Tagespresse drehen sich hauptsächlich um die Forderung eine *Regierung* der Großen Koalition zu schaffen, um den innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten der nächsten Zeit eine feste Leitung entgegenstellen zu können. Zu dieser Forderung ist folgendes zu bemerken: Die heute amtierende Regierung hat sich durch die Zusammenarbeit im Kabinett bereits fest genug erwiesen, um auch innen- und außenpolitischen Stürmen gegenüber standhalten zu können. Und wäre diese Regierung in der Lage sich in ihrer Haupttätigkeit auf die Verwaltung zu beschränken, hätte es mit der gesetzlichen Durchführung dringender Reformen Zeit, dann könnte man sich mit dem heutigen Zustand vielleicht vorläufig abfinden. Gewiß haben auch in den Kabinettsberatungen die Mitglieder der Parteien, die die heutige Regierung stützen, ihr politisches Glaubensbekenntnis nicht abgeschworen. Gewiß gibt es auch im Kabinett Debatten, die recht oft große Unterschiede in weltanschaulichen Fragen veraten. Aber hier führt doch schon sichtbar das Verantwortungsbewußtsein der Regierungsmitglieder zu der Arbeitslinie, die bei der Zerrissenheit unseres politischen Lebens für längere Zeit die einzig mögliche Wegrichtung ist. Ein Musterbeispiel dafür, wie trotz unsicherer Parlamentsbasis eine Regierung, die in der Hauptsache auf die Verwaltung beschränkt ist, sich durchsetzen kann, bietet Preußen. Trotz Stimmengleichheit im Parlament hat sich die preußische Regierung 3½ Jahre hindurch in allen parlamentarischen Stürmen behauptet, weil sie sich bei dem andersgearteten Aufgabenkreis in der Hauptsache auf Verwaltungstätigkeit beschränken konnte und, was ebenso wichtig ist, in den schwersten Zeiten der preußischen Geschichte der Nachkriegszeit auf die Erfüllung der staatlichen Notwendigkeiten eingespielt hatte.

Im Reich liegen die Dinge anders. Eine Verwaltung im Reich haben nur die Ressorts des Postministeriums, des Finanzministeriums und des Wehrministeriums. In der Arena des Reichstags werden die großen Kämpfe um die Außenpolitik, die Sozialpolitik, die Steuer- und Kulturpolitik ausgefochten. Die Tätigkeit des Reichs liegt mehr auf dem Gebiet der Gesetzgebung als der Verwaltung. Darum kommt es in erster Linie darauf an für die Aufgaben der Gesetzgebung eine Koalition der *Parteien* zu bilden, um eine stetige Parlamentsmehrheit für eine Regierung zu schaffen, deren Mitglieder nicht nur ein Amt verwalten sondern auch mit dem Mut der Initiative und im Gefühl der Rückendeckung durch die gesetzgebende Körperschaft an die Lösung der dringendsten Aufgaben herangehen.

Man hat den heutigen Zustand der 49prozentigen Koalition schon häufig damit zu beschönigen versucht, daß die Regierung ja arbeiten könne, in dem sichern Bewußtsein von den Parteien ihrer Mitglieder kein Mißtrauensvotum zu erhalten. In diesem Zustand könnte man, ohne die Interessen des Reichs

zu gefährden, in normalen Zeiten vielleicht die Geschäfte führen, also verwalten. In einem Zeitabschnitt aber, in dem jeder Tag zu gesetzgeberischen Arbeiten drängt, in dem dringende Reformen ihrer Erledigung harren, ist dieser Zustand nicht allein eine ständige Bremse für die Initiative der Minister und ihrer Mitarbeiter sondern auch eine Gefahr für das Ansehen des Parlamentarismus und damit für den Parlamentarismus selbst. Eine Koalition, in der alle Parteien der Regierung gegenüber freie Hand behalten wollen, ist keine Koalition. Und eine Regierung, die ihre Gesetze nicht mit einer sichern Mehrheit durchbringen kann sondern stets auf gut Glück der Volksvertretung vorlegen muß, kann zwar in dem einen oder andern Fall eben dieses gute Glück haben; sie ist aber keine Koalitionsregierung und wird sich auf die Dauer ebenso sehr in ihrer Initiative gehemmt fühlen wie der einzelne Minister, der sich naturgemäß scheut und scheuen muß allzu häufig Zurückweisungen durch das Parlament zu erfahren.

Allerdings kann nicht einmal von einer festen Koalitionsmehrheit der Regierung in jedem Fall die Annahme ihrer Gesetzesvorschläge gewährleistet werden. Auch diese Mehrheit muß sich das Recht wahren Gesetzesvorlagen der Regierung abzulehnen. Und bei großen Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Parlament muß selbstverständlich die Regierung auch die entsprechenden Folgerungen ziehen. Eine verantwortungsbewußte Regierung wird nicht nach einer Mehrheit schielem dürfen, nur um sich an der Führung zu halten. Sie wird um so stärker sein, je mehr sie gewillt ist wirklich zu führen. Wird ihr dabei in wichtigen Fragen die Gefolgschaft verweigert, dann hat sie eben anderen Platz zu machen. Was aber auf die Dauer nicht geht, und was immer wieder zum Leerlauf in der Parlamentsmaschine und zur Herabsetzung des Parlamentarismus führen muß, das ist der Zwiespalt zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit, das ist die Unsicherheit in Permanenz, das sind die Zweifel, ob die Regierung mit ihren Vorlagen durchdringt oder, was das selbe bedeutet, ob sie noch als der Vollzugsausschuß der Parlamentsmehrheit angesehen werden kann.

Und darum ist die Forderung die Große Koalition zu schaffen nichts anderes als die Forderung einen Zustand zu beseitigen, der, je länger er andauert, um so stärker die <ohnehin nicht geringen> Gefahren vermehrt, die in der Versumpfung unseres politischen Lebens liegen.

RUDOLF WISELL · LÖHNE UND LOHNKÄMPFE · EIN RÜCKBLICK UND EIN AUSBLICK



WÄHREND das wirtschaftliche und soziale Leben der deutschen Arbeiter von 1921 bis 1924 durch die Inflation beherrscht war, stand das Schicksal der Arbeiterklasse von 1925 bis 1928 unter dem Einfluß der fortschreitenden Rationalisierung. Für Rationalisierung gibt es verschiedene Definitionen. Nach der des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit ist Rationalisierung die Erfassung und Verwendung aller Mittel, die Technik und Organisation zur planmäßigen Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten, mit dem Ziel der Steigerung des Volkswohlstands durch Verbilligung, Vermehrung und Verbesserung der Güter. Danach war das Ziel der Rationalisierung also Steigerung des Volkswohlstands. Nun ist die Sache aber bisher so verlaufen, daß zwar die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Rationalisierung wesentlich

gesteigert wurde, daß aber die Arbeiterschaft einen sichtbaren Nutzen davon noch nicht gehabt hat. Im Gegenteil, die Leistungssteigerung ist, das darf man wohl sagen, zum größten Teil auf Kosten der Arbeitnehmer erfolgt. Diese haben den Hauptdruck der Rationalisierung durch verschärftes Arbeitstempo und durch vermehrte Arbeitslosigkeit auszuhalten. Wenn mit der Rationalisierung ein wirklicher Fortschritt erzielt werden soll, dann muß die Wirkung der Rationalisierung in einer Zunahme der Kaufkraft erkennbar sein, was nur durch eine allgemeine Preissenkung oder aber durch eine Erhöhung der Stundenlöhne, durch die eine Steigerung des Lohnaufwands bei den Selbstkosten nicht eintreten dürfte, zu erreichen ist. Eine Rationalisierung, die nur den Zweck hätte bei gleichbleibender Produktion einen Teil der Arbeitskräfte freizusetzen, wäre kein Fortschritt sondern ein Rückschritt. Nun können wir zwar, was die Höhe der Arbeiterlöhne betrifft, heute mit Genugtuung feststellen, daß die erschreckend niedrigen Reallöhne vom Herbst 1923 glücklicherweise seit langem überwunden sind. Von Anfang 1924 bis gegen Ende des ersten Nachkriegsjahrzehnts traten sowohl nominell wie auch real nicht unbedeutliche Steigerungen ein. Zwar ist ein exakter Vergleich des heutigen Reallohns mit dem von 1913 nicht leicht möglich, da die Tariflohnsätze unserer heutigen Statistik mit den überwiegend außertariflich gewonnenen Durchschnittssätzen der Löhne von 1913 nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Man muß da vielfach zu dem Mittel des Wägens und der Abschätzung greifen. So viel steht aber doch fest, daß der Friedensreallohn mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen erreicht, teilweise überschritten ist.

Diese Tatsache hat Wirtschaftspolitiker auf den Plan gerufen, die aller Welt verkünden, daß die gegenwärtig erreichte Lohnhöhe mit den Lebensmöglichkeiten der Nation nicht in Übereinstimmung zu bringen sei. Ich weiß nicht, wie sie zu dieser Weisheit kommen. Meiner Meinung nach kann man wohl darüber streiten, ob die Lohnerhöhungen hier und da bereits an die Grenze des zu Tragenden herangekommen sind. Überschritten ist diese Grenze jedenfalls noch nicht. Man kann in diesem Artikel davon absehen eingehende Untersuchungen über dieses Problem anzustellen. Nur so viel kann gesagt werden: Wenn es uns nicht bald gelingt die Kaufkraft der breiten Massen ganz erheblich zu steigern, dann werden wir bald nicht mehr wissen, was wir mit der Produktion anfangen sollen, die wir heute schon haben, und die jeden Tag weiter steigt. Die (im alten Obrigkeitsstaat sprichwörtliche) Bedürfnislosigkeit der breiten Massen wird sonst der Wirtschaft zum Verhängnis werden. Es nützt doch keinem Unternehmer die Produktion zu steigern, wenn nicht gleichzeitig eine Konsumerhöhung erfolgt, eine größere Absatzmöglichkeit vorhanden ist. Wie ist es aber mit dieser Erkenntnis?

In der Lohnfrage stehen sich die beiden Parteien zumeist schroff gegenüber: auf der einen Seite die Arbeitgeber, die bestrebt sind aus den ihnen zur Verfügung stehenden Produktionsmitteln möglichst hohen Gewinn herauszuwirtschaften und in jeder Lohnerhöhung eine Schmälerung dieser Gewinnmöglichkeiten sehen, auf der andern Seite die Arbeitnehmer, für die die Lohnfrage eine Lebensfrage ist, da sie ja nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, also versuchen müssen sie so teuer wie möglich zu verkaufen. Diese Bestrebungen der beiden Seiten sind menschlich und privatwirtschaftlich durchaus zu verstehen. Nur müssen sie in ein gewisses Verhältnis zur Gesamtwirtschaft gebracht werden, da von der Gesamtwirtschaft eines Volks das Ergehen der Einzelwirtschaft und mit ihr das Schicksal der in ihr

stehenden und der um sie herum gruppierten Menschen abhängen. Da sich aber die Privatwirtschaft im allgemeinen wenig um die Volkswirtschaft kümmert, so ist es die Aufgabe des Staats dieses allgemeine Interesse zu vertreten. Aus diesem Grund ist es ein Gebot dringender Notwendigkeit, daß der Staat auch in die Zone privatwirtschaftlicher und privatrechtlicher Angelegenheiten, wie sie die Regelung der Arbeitsbedingungen darstellt, von sich aus zwangsweise dann eingreift, wenn es sich darum handelt drohende wirtschaftliche und soziale Schäden von der Allgemeinheit abzuwenden. Läuft es nicht dem Interesse der Allgemeinheit zuwider, wenn, um nur ein nicht so offensichtliches Beispiel zu nennen, die Reallöhne in einigen Industriezweigen die Vorkriegshöhe zwar erreicht haben, die Verkaufspreise dieser Industrien aber in einem Maß gestiegen sind, daß die Löhne der in ihnen Beschäftigten in ihrer Relation zu diesen Preisen sich dauernd abwärts bewegen? Es wäre doch nicht mehr als recht und billig, wenn in diesen Fällen die Herstellung der frühern Relation zwischen Lohn- und Verkaufspreis so bald wie möglich erfolgte. Es wird verschiedentlich von Arbeitgeberseite immer wieder behauptet, daß sie im Fall einer Leistungssteigerung an einzelne Arbeiterkategorien gern höhere Löhne zahlten, daß die Tarifverträge diese Möglichkeit aber nicht zuließen. Das ist eine völlige Verkennung des Charakters der Tariflöhne. Es sollte doch allgemein bekannt sein, daß die tariflich vereinbarten Löhne durchweg Mindestlöhne darstellen, auf die sich die Leistungslöhne aufbauen sollen. Leider muß aber immer wieder konstatiert werden, daß von dieser Möglichkeit wenig oder gar nicht Gebrauch gemacht wird. Die Löhne bleiben konstant, die Preise gehen in die Höhe. Das Institut für Konjunkturforschung hat über diese Erscheinung sehr interessante Untersuchungen angestellt, die es in seinem letzten Vierteljahrsheft veröffentlichte. Bei einer Aufgliederung der Indexzahl für Inlandsrohstoffe und Halbwaren in geregelte Preise und solche des freien Markts treten die auf den Märkten der Inlandsrohstoffe und Halbwaren herrschenden verschiedenartigen Preistendenzen deutlich hervor. Während die sogenannten freien Preise als eine Folge des Konjunkturrückgangs in der 2. Hälfte des vorigen Jahres herabgingen, sind die verbandsmäßig geregelten nicht nur nicht gesunken sondern weiter gestiegen. Das genannte Institut sagt dazu: »Die Tatsache, daß sich Preiserhöhungen auf Grund verbandsmäßiger Regelung, trotz der Verknappung der Kredite und der Verlangsamung der Einkommensbildung, weiterhin durchsetzen konnten, kennzeichnet die Widerstandsfähigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hierdurch Spannungen von Preisen und Einkommen anbahnen, die zur Verschlechterung der Absatzlage führen können.« Damit wird das, was ich oben über das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft der Masse und zunehmender Produktion gesagt habe, bestätigt. Es wird immer von der Gefahr der staatlichen Lohnpolitik gesprochen, nicht aber von der Gefahr, die der Volkswirtschaft von der Preisdiktatur der Kartelle, Syndikate und Trusts droht. Wenn wir die Bilanz aus den außerordentlich zahlreichen Lohnbewegungen des Jahres 1928 ziehen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß sich das Arbeitseinkommen durchschnittlich um 5 bis 6 % gegenüber dem Jahr 1927 erhöht hat, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß auch die Preise der Verbrauchsgüter und die der gesamten Lebenshaltungskosten, durchschnittlich allerdings nicht im selben Umfang, gestiegen sind. Leider haben sich zur Herbeiführung dieses an sich bescheidenen Erfolgs der Arbeiterklasse eine Reihe schwerer Arbeitskämpfe, in denen der Volkswirtschaft

erheblicher Schaden zugefügt worden ist, nicht vermeiden lassen. Zu den bedeutenderen Arbeitskämpfen des letzten Jahrs zählen der Ausstand der Bergarbeiter im Saargebiet, die Metallarbeiterstreikbewegungen in Berlin, Dresden, Leipzig, Mannheim und München, die Textilarbeiterkämpfe in Bayern, Schlesien, Württemberg, in den Bezirken von Düren, München-Gladbach, Rheydt und Viersen, die Ausstände der Zementarbeiter in Nordwestdeutschland, der Granitsteinarbeiter in Schlesien, der Schieferarbeiter in Thüringen, der schlesische Bauarbeiterstreik, die Buchdruckerstreikbewegungen in Breslau, Dresden und Stettin, der Arbeitskampf in der Rheinischen Schifffahrt, die Hafnarbeiterausstände in Duisburg und Ruhrort, die Lohnkämpfe in der Herrenkonfektion, in den Seeschiffswerften, wo 50 000 Arbeiter 3 Monate hindurch im Streik waren, und schließlich der Arbeitskampf in der Nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie mit ihren 210 000 Arbeitern, über den die Erregung der Arbeiter in ganz Deutschland bis auf den heutigen Tag nachzittert. Über Ursache und Verlauf der einzelnen Kämpfe brauche ich mich hier nicht auszulassen. Darüber geben die amtlichen Statistiken und Veröffentlichungen hinreichend Aufklärung; auch ist ja hier in den Sozialistischen Monatsheften darüber berichtet worden. Zusammenfassend sei nur gesagt, daß das Jahr 1928 reich an wirtschaftlichen Kämpfen war, und daß allein im 1. Halbjahr 1928 rund 3,1 Millionen Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen verlorengegangen sind, gegenüber etwas mehr als 2 Millionen Arbeitstagen im 1. Halbjahr 1927.

Voraussichtlich wird auch das Jahr 1929 von Lohnkämpfen nicht verschont bleiben. Nach einer der Wahrscheinlichkeit nahekommenen Schätzung laufen im Lauf des Jahres rund 350 Tarife für insgesamt 5 Millionen Arbeitnehmer ab. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß man in jedem Fall die Tarife kündigen wird. Es kann auch nicht vorausgesagt werden, ob und in welchen Fällen es zu Arbeitskämpfen kommen wird. Unter den im 1. Halbjahr 1929 kündbaren Lohntarifen befinden sich die der folgenden Industrien: die Feinkeramische Industrie mit rund 75 000 Arbeitern, die Metallindustrie Sachsens mit 120 000, die Buchdrucker und Buchbinder mit 175 000, der Ruhrbergbau mit 400 000, die Metallindustrie des Siegerlands mit 16 000, die Textilindustrie für den Bezirk Schlesien mit 50 000 und der Bergbau in Oberschlesien mit 55 000 Arbeitern. Also wird auch das Jahr 1929 für Deutschland an Wirtschaftsentscheidungen reich sein.

Daher zum Schluß noch ein Wort über die Beilegung von Lohnstreitigkeiten. Von Gegnern des staatlichen Schlichtungswesens wird zuweilen behauptet, daß die Entscheidungen der Schlichtungsbehörden nach politischen statt nach sachlichen Gesichtspunkten getroffen würden, und daß es besser wäre, wenn man die Regelung der Lohnstreitigkeiten der freien Vereinbarung der Parteien respektive einem gesunden Kräfteausgleich überließe. Ja, du lieber Himmel, im Werftarbeiterstreik wartete ich 14 lange Wochen auf diesen gesunden Kräfteausgleich und mußte dann, wie ja allgemein bekannt ist, erfahren, daß große volkswirtschaftliche Werte zerstört wurden, indem 2 ehemals sehr angesehene Werften in Konkurs gerieten, und neben dem beträchtlichen Schaden, den die Werften erlitten, 40 Millionen Mark an Löhnen ausfielen. Das also sind die Folgen eines gesunden Kräfteausgleichs! Darum muß es Aufgabe der Zukunft sein zunächst ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern herbeizuführen, dergestalt, daß die Arbeiter auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Rücksicht nehmen; und

die Unternehmer die Arbeiterschaft an der Prosperität ihrer Produktion teilnehmen lassen. Es muß erstrebt werden den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung durch Kaufkraftsteigerung weiter zu fördern und jedem einzelnen im Staat, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft den notwendigen Einfluß als Mensch und unentbehrliches Glied im Produktionsprozeß zu erhalten und ihn, wo erforderlich, zu erweitern. Nur dann werden Arbeitskämpfe, wenn naturgemäß auch nicht ganz vermieden, so doch auf ein erträgliches Maß beschränkt werden können.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Satz schließen, den ich kürzlich las: »Wenn Waren nach Absatz schreien, dann muß ihnen der Weg zum Verbraucher freigemacht werden. Hungernde Menschen und überfüllte Speicher müssen Schreckensbilder der Vergangenheit sein.«

WALTHER PAHL · DIE JUGEND UND DIE SOZIAL-DEMOKRATIE



AUS dem bloßen Jungsein läßt sich heute kein Mandat für die Zugehörigkeit zur jungen Generation mehr holen. Der Kampf der jungen gegen die alte Generation ist heute längst kein Kampf mehr der Söhne gegen die Väter. Gegen Windmühlen kämpft, wer gegen die "Väter" kämpft, die schon lange nicht mehr in einer geschlossenen Abwehrfront stehen. Über die Scheidewände der Lebensalter hinweg verbindet Junge und Alte das Streben nach dem Ziel: den sozialistischen Willen im Aufbau von Volk und Staat Gestalt werden zu lassen. Innerhalb der sozialistischen Bewegung bedeutet die Spannung zwischen junger und alter Generation: Der konstruktive Wille zur Verwirklichung im Hier und Heute steht gegen den wirklichkeitsscheuen Doktrinarismus. Sozialisten aller Lebensalter eint die Erkenntnis der Notwendigkeit durch die Besetzung der Schlüsselstellungen in der Welt der Arbeit und des Staats dem Sozialismus endlich die Chancen für seine Verwirklichung zu geben. Der Revisionismus hat das Verdienst innerhalb der Sozialdemokratie die Dämme durchbrochen zu haben, die sich dem Willen der Massen zur Verwirklichung des Sozialismus entgegenstellten. Der Revisionismus schuf Raum für sozialistisches Schaffen im Hier und Heute. Und weil das Problem der Verwirklichung sozialistischen Wollens dasjenige ist, das heute die Jungen eint, darum finden sie sich über Lebensalter hinweg mit allen Genossen, die jenseits aller scheinökonomischen Immanenzprognosen die Realitäten praktisch zu meistern versuchen.

Die Jungsozialisten erklären, in einer offiziellen Anzeige ihrer Monatsschrift, der Jungsozialistischen Blätter, daß sie einer »marxistischen Revision des Bewußtseins« dienen. Ist nicht die Revision des marxistischen Bewußtseins die weit dringlichere Aufgabe? Unsere Situation ist doch offenbar die, daß unsere Theorie von der Praxis weit überholt worden ist. Daraus erwächst die Aufgabe, das sich marxistisch nennende (dem Marxschen Geist der stetigen Erneuerung nicht entsprechende) Bewußtsein, das mit einem Gedankengut vergangener Jahrzehnte beschwert ist, angesichts der neuen Realitäten in der ökonomischen Welt zu revidieren. Kein bewußter Sozialist wird heute verkennen können, daß eine Kluft zwischen Theorie und Praxis gähnt. Uneinigkeit besteht aber über die Ursachen dieser Kluft und damit

über die Frage, wie sie geschlossen werden kann. Meinen die einen, daß die Praxis hinter der Theorie zurückgeblieben ist, daß die Praxis zu einer Verwässerung der Theorie geführt hat, so sind die anderen im Gegenteil davon überzeugt, daß die Theorie der neuen Praxis nicht mehr standhält. Die Theorie wird ihre Aufgabe: der Praxis Wege zu weisen, nur dann wieder übernehmen können, wenn sie elastisch genug ist der neuen Wirklichkeit nachzugeben, wenn sie auf die Verabsolutierung ökonomischer Sätze verzichtet und sich in der Rolle der Strategie bescheidet. Aufgabe der wirklichkeitsnahen jungen Generation ist es dem Marxschen Genius dadurch zu dienen, daß sie den geistigen Überbau unserer Bewegung von der gewandelten Ökonomie unserer Tage her neu zu formen unternimmt. Wir sind uns einig in der Erkenntnis, daß aus der Beschränkung auf eine Praxis pour soi Gefahren für die Gesamtbewegung entstehen können. Die Praxis könnte sich ohne strategische Planung in Taktik verlieren. Kann eine marxistische Revision des Bewußtseins diese Gefahr bannen? Wirklichkeit, die einem nicht paßt, kann niemals mit Ideologie sondern nur mit besserer, stärkerer Wirklichkeit bekämpft werden, wenn anders das, was wir wollen, schöpferisch sein soll.

Unter den weiteren Aufgaben unserer jungen Generation, die sämtlich aus ihrer Wirklichkeitsnähe resultieren, ragt die der Formung des sozialistischen Menschen über alle hervor. Von dem weltanschaulichen und philosophischen Inhalt dessen, was man traditionell als Marxismus bezeichnet (und was mit dem Werk Karl Marx' keineswegs identisch ist), geht für die Lösung dieser Aufgabe keine Wirkenskraft aus. Wir stehen hier vielmehr vor Aufgaben, die allein aus dem innern Gehalt der Person, wie sie in der proletarischen Klasse verwurzelt ist, gelöst werden können. Es handelt sich hier um die Verwirklichung genossenschaftlichen Menschentums in der Gegenwart auf der einen und Bildung, Formung der Person im sozialistischen Geist auf der andern Seite. In der sozialistischen Jugend sind diese Fragen mit ungeheurer Intensität lebendig geworden. Die sozialistische Jugend unserer Tage weiß zwar, daß sie, von der Verwirklichung des sozialistischen Fernziels her gesehen, eine "génération sacrifiée" bleibt, eine Generation, die kommenden Geschlechtern den Weg bereiten muß. Aber sie ist von der Überzeugung ergriffen, daß die Bedingtheit der Geistesverfassung durch die Wirtschaftsverfassung nicht von der unmittelbaren Inangriffnahme der Aufgabe zurückhalten darf: inmitten des Warenhauses der bürgerlichen Kultur zur Form- und Sinnggebung der sozialistischen Person, des sozialistischen Menschen durchzubrechen. Eine Bildungsarbeit, die auf den substanziellen Grund des persönlichen Lebens des in der Klasse wurzelnden Sozialisten bezogen ist, wird hier gefordert. Sozialistische Bildungsarbeit kann und darf sich nicht in der Austeilung und Ausbreitung stofflichen Wissens erschöpfen, sie muß den Versuch unternehmen dem Sozialisten, insbesondere dem jungen Sozialisten, die personale Gestaltung sozialistischen Menschentums in Erfahrung zu bringen. Der Versuch, der hier von den sogenannten Volkshochschulheimen in ihrer mannigfaltigen Form und darüber hinaus von den Volkshochschulen überhaupt unternommen wird, ist innerhalb unserer Bewegung noch längst nicht genügend in seiner Bedeutung erkannt worden. Es sind hier Probleme gegeben, für deren Lösung in unseren Reihen vorerst nur dürftigste Ansätze vorliegen. Von der jungen Generation bleibt gefordert auch hier, auf dem weiten Gebiet der proletarischen Bildungs- und Kulturarbeit, zur Gestaltung durchzustoßen. Die Frage der Freizeitgestaltung ist

eine Frage der personalen Bildung des sozialistischen Menschen. Eigene Feste zu feiern haben wir noch nicht gelernt. Über den gänzlich unzulänglichen Versuch August Bebel's den Fragenkomplex Frau und Sozialismus zu lösen sind wir bis heute noch nicht recht hinausgekommen. Nur Blindheit dem realen Leben und seiner Totalität gegenüber ist es, wenn die Revisionsbedürftigkeit der Haltung gegenüber den religiösen Fragen nicht als dringlich empfunden wird. Gustav Radbruch meint, daß die sozialistische Kulturidee lediglich in einer »Veredelung der Masse« beschlossen sei, und daß die Kultur »an das Proletariat als einzelne überhaupt nicht heranzukommen« vermöge¹. Aber die »Veredelung« der Masse zur Gemeinschaft ist eben nur durch eine personalbezogene Erziehungsarbeit möglich.

Das sind einige der wichtigsten Fragen, die der jungen Generation heute zur Lösung aufgegeben sind. Das Schaffenspostulat, der Produktivitätsgedanke, der Gedanke der Verwirklichung: das alles ist diesen mannigfaltigen Aufgaben gemeinsam. Von dem Sozialismus als Bewegung zum Sozialismus als Aufgabe. Von der Masse zur Gemeinschaft, wenn wir dieses viel mißbrauchte Wort hier anwenden dürfen. In den vorhandenen Organisationen des Proletariats müssen diese Aufgaben in Angriff genommen werden.

In den ergänzenden Bemerkungen, die die Genossin Anna Siemsen zur Frage Jungsozialismus und junge Generation hier gemacht hat, begründet sie die Notwendigkeit einer Sonderorganisation der jungen Sozialisten mit der Sonderlage und den Sonderschwierigkeiten der Altersklasse². Die Jungen fühlen sich heute in der Partei von verantwortlicher Tätigkeit abgesperrt, weil die Alten ihnen wie eine geschlossene Mauer gegenüberstehen. Wird diesem Mangel nun gesteuert, wenn sich die Jungen eine eigene Organisation schaffen, »um Raum für freie theoretische Auseinandersetzung und für Übung in organisatorischen Dingen zu gewinnen«? Man kann sehr wohl glauben, daß die Sonderorganisation eher die Schwierigkeiten vermehrt, die sich heute dem Bemühen der Jungen entgegenstellen in die von der alten Generation besetzten Schlüsselstellungen einzurücken: weil nämlich die Jungen nun auch Gefahr laufen sich mit einer Mauer zu umgeben. Darüber hinaus scheint es, als ob der Gegensatz zwischen Jung und Alt in der Partei heute vielfach überschätzt wird. Im besondern glaube ich nicht, daß sich die jungen Sozialisten heute von den "großen Männern" der alten Generation überschattet fühlen. Ich glaube vielmehr, daß die jungen Sozialisten heute nichts dringlicher wünschen als eine Beschränkung der Kollektivverantwortlichkeit auf das notwendige Maß. Die Jugend wünscht den Führer. Es ist nicht die Scheu vor der »unbequemen Aufgabe des eigenen Nachdenkens und Urteilens«, wenn die sozialistische Jugend Deutschlands heute mehr denn je eine wirkliche Führung der Partei und ihrer Politik verlangt, sondern das richtige Bewußtsein dafür, daß in dem lebendigen Prozeß der Verwirklichung der gesetzten Aufgaben der einzelnen Persönlichkeit Raum zu selbstverantwortlichem Handeln gegeben werden muß. Der Erfolg fascistischer Bewegungen innerhalb der Jugend spricht dafür. Wir werden der Jugend, die heute in den mannigfachen Bündnissen zusammengeschlossen ist, nur dann den Weg zur Sozialdemokratie erleichtern, wenn wir der Führerschicht in unserer Bewegung ein starkes Maß eigener Verantwortung lassen.

1) Siehe Radbruch Kulturlehre des Sozialismus /Berlin 1923/ Seite 22.

2) Siehe Siemsen Noch einmal Jungsozialismus und junge Generation, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 1071 und folgende.

Hier liegen ebenfalls Aufgaben vor, die in Staat, Partei und Gewerkschaft unmittelbar zur Lösung drängen. Die Wachstumskrisen des parlamentarischen Staats werden allein durch die Stärkung der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament überwunden werden können. Die Kriegsgeneration wird aus ihrem Hinterhalt in den Bünden nur herausgelockt werden können, wenn man ihr die Möglichkeit eröffnet in Staat und Volk zu verantwortlicher Arbeit zu gelangen. Nur so werden die Kräfte dieser Generation, die wie keine andere den Bruch zwischen 1914 und 1918 erlebt hat, für das Ganze fruchtbar gemacht werden können. Sie verlangt einen starken Staat, und in diesem Verlangen begegnet sie sich mit der jungen Generation innerhalb der sozialistischen Bewegung.

Die Jungsozialisten »lehnen die Illusion ab den Staat für ein Auflockerungsinstrument in den Händen der Arbeiterklasse zu halten, solange er es nicht ist«, sagt Franz Lepinski³. Durch solche vorbehaltliche Stellungnahme werden wir den Staat niemals gewinnen. Wir dürfen nicht Vorbehalte derart machen, daß wir nur dann den Staat bejahen, wenn sich für unsere Interessen etwas "herausholen" läßt, und dann wieder den Staat als ein Instrument im Dienst der herrschenden Klasse betrachten, wenn die Chancen für solches "Herausholen" nicht günstig sind. Durch die Taktik des "Rin in die Kartoffeln — Raus aus den Kartoffeln!" läßt sich die Macht nicht erobern. Die Weimarer Verfassung hat die verantwortliche Mitarbeit der Sozialdemokratie am Staat gesichert. Die Macht der Arbeiterklasse im Staat wird nur wachsen, wenn ein klares Ja zum Staat in der Grundauffassung der Strategie des Kampfes um seine Eroberung zugrundeliegt. Mißerfolge dürfen uns in der ständigen Bereitschaft dem Staat zu dienen nicht unsicher machen.

Staatsverantwortung: Hier sollte die junge Generation in der sozialistischen Bewegung ihre Stoßkraft am stärksten einsetzen. Hier wird der sie einende Gedanke der Verwirklichung sozialistischer Aufgaben seine eigentliche Kraft entfalten müssen. Hier ist die Bewährungsprobe abzulegen.

LUDWIG QUESSEL · DIE BILANZ UNSERER AUSSENPOLITIK



ALS das Kabinett Müller im Juni 1928 die Regierungsgeschäfte übernahm, wußte man noch nicht, ob es sich außenpolitisch für den kontinentaleuropäischen oder für den angelsächsischen Weg entscheiden würde. Hermann Müller und Gustav Stresemann konnten sich zum kontinentaleuropäischen nicht entschließen.

Also blieb es beim angelsächsischen. Nach Ablauf eines halben Jahres kann man heute unschwer feststellen, daß auf diesem alten Weg deutscher Außenpolitik an jedem Rastort, den sie erreichte, ein Mißerfolg für sie bereit lag. Die Reihe ist lang. Sie begann mit Hermann Müllers Abrüstungsvorstoß in Genf, der durch die Anschlußdemonstration aller deutschen Stämme in Wien eingeleitet und von der geräuschvollen Zustimmung der Rechtspresse, aus der das außenpolitisch geschulte Ohr jedoch leicht die Schadenfreude des politischen Gegners heraushörte, begleitet wurde.

Das deutsche Verlangen nach Abrüstung ohne Sicherheit, das auch den leisesten Hinweis auf das Genfer Protokoll vermied, zu dem sich James Ramsay MacDonald noch heute mutig bekennt, während sich aus der Lektüre

3) Siehe Lepinski Die junge Generation, im Klassenkampf 1928 Seite 756 und folgende.

Wie die Abrüstungs-, so hatte auch die Anschlußpropaganda in Genf durchaus unerwünschte Folgen für Deutschland. Sie hat nicht nur zur Erneuerung und festern Gestaltung der Kleinen Entente geführt sondern auch zur Wiederherstellung der Großen Entente, das heißt zu einer stärkern Anlehnung Frankreichs an England, viel beigetragen. Kleine und Große Entente stehen heute gegen den Anschluß. Hermann Müller berief sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dieses Recht ist uns gewiß heilig. Es ist ja in den Sozialistischen Monatsheften, und gerade für Deutsch Österreich, zuerst verfochten worden: zu einer Zeit, als die offizielle deutsche Politik noch gar nichts davon wissen wollte. Aber jetzt kommt es darauf an diese Forderung des Rechts so zu verwirklichen, daß nicht gleichzeitig der Friede auf dem Kontinent gefährdet wird. Der Anschluß Österreichs an Deutschland wird in einem Vereinigten Europäischen Kontinent ohne weiteres durchgeführt werden. Heute aber könnte man, wie die Dinge liegen, ihn nur durch Inkraftsetzung des Genfer Protokolls verwirklichen. Der Mißerfolg in der Anschlußfrage rührt wesentlich daher, daß bei uns in der offiziellen Politik diese Bedingtheit bis jetzt nicht erkannt worden ist. Solcher Erkenntnis steht als stärkstes Hindernis die Tatsache im Weg, daß die traditionelle Außenpolitik der Wilhelmstraße immer wieder, durch angelsächsische Suggestionen verwirrt, Front gegen Frankreich nimmt und sich darin auch nicht durch den Umstand beirren läßt, daß der erwartete englische Beifall regelmäßig ausbleibt, England vielmehr immer wieder, so als ob nie etwas anderes geschehen wäre, an die Seite seines Kriegsbündnisses tritt.

NOCH stärker als die Hoffnung auf englische Hilfe in der Abrüstungs- und Anschlußfrage war in Deutschland wohl das Vertrauen auf amerikanische Unterstützung in der Reparationsfrage. Parker Gilberts Bericht über das 4. Reparationsjahr und die Botschaft des Staatspräsidenten Coolidge an das Weiße Haus, daß die Höhe der Jahreszahlungen mit 2¹/₂ Milliarden bereits feststehe, so daß die einzige Aufgabe der Reparationskonferenz in der Festsetzung der deutschen Endschuld bestehe, haben alle Illusionen grausam gestört. Nach Parker Gilbert ist die Lebenshaltung Deutschlands auf europäischer Höhe, die deutsche Zahlungsbilanz im Gleichgewicht, die Mark eine der festesten Währungen der Welt, der Goldbestand der Reichsbank so hoch, daß der Übergang zur Goldwährung möglich sei, und das deutsche Budget nur deshalb nicht in Ordnung, weil Reichsregierung und Reichstag entgegen seiner Warnung 1¹/₂ Milliarden für die Beamtenschaft ausgeschüttet hätten, ohne vorher eine gründliche Verwaltungsreform zur Verminderung der Belastung der Steuerzahler vorgenommen zu haben. Das Ergebnis der 4 Moratoriumsjahre, meint der Reparationsagent, gebe dem Daweskomitee recht, das Deutschlands normale Leistungsfähigkeit auf 2¹/₂ Milliarden festgesetzt hat.

Die ganze deutsche Presse war über diesen Bericht bestürzt, obwohl er nur zusammenfaßt, was Gilbert bereits in früheren Berichten gesagt hatte. Gänzlich niedergeschlagen ist natürlich die proamerikanisch orientierte Presse. Die Frankfurter Zeitung klagte am 3. Januar über das »wirkliche Unheil«, das Gilbert mit seinem Bericht auf Deutschland herabbeschworen habe:

»Zu den üblen Pressedebatten und zu den erst recht üblen innerpolitischen Hoffnungen der reaktionären Parteien kommt nun als ein wirkliches Unheil der Bericht des Reparationsagenten. Denn Herr Parker Gilbert hat es der chauvinistischen Presse, aber auch den Experten und den Regierungen der Gläubigerländer tatsächlich allzu leicht gemacht. Niemals hatten wir irgendwie Recht noch Anlaß von ihm

eine Stützung des deutschen Standpunktes zu erwarten. Das wäre nicht seines Amtes. Er ist Geschäftsführer der Gläubiger, hat ihre Gelder einzuziehen und aus-zuzahlen. Und er ist für uns von Anfang an ein sehr unerfreulicher Aufseher gewesen dadurch, daß er über Wortlaut und Inhalt des Dawesplans hinaus, der ausdrücklich Deutschland von einer eigentlichen Finanzkontrolle freiließ, in seinen Berichten nun doch so etwas wie eine allgemeine Kontrolle unserer Finanzen und unserer Wirtschaft ausübte, mit Ratschlägen, mit Kritik, mit Ermahnungen, die wir uns lieber selbst statt durch einen Ausländer klargemacht hätten. Geschäftsführer der Gläubiger.«

In dem wiederholten Vorwurf, daß Parker Gilbert als »Geschäftsführer der Gläubiger« seinen Bericht geschrieben habe, liegt bereits der Versuch ver-borgen ihn nach einiger Zeit als das arme Opfer kontinentaleuropäischer Intrigen zu rehabilitieren. Das Frankfurter Blatt gibt daher, klüger und vorsichtiger als die andere proamerikanische Presse, Parker Gilbert auch nicht in allen Punkten unrecht sondern behauptet nur, er habe eben Deutsch-lands Lage zu rosig geschildert:

»Wir sagen das, ohne etwa unsererseits die Fortschritte, die Deutschland seit 1924 gemacht hat, irgendwie leugnen oder verkleinern zu wollen. Das überlassen wir Herrn Hugenberg und seinen Trabanten. Wir halten es für sinnlos. Diese Fort-schritte sind evident. Sie sind groß. Sie sind ein Glück.«

Der Versuch Parker Gilbert zu entlasten, um später Poincaré belasten zu können, ist offenbar. Leicht wird freilich diesmal dieses Vorgehen der angel-sächsisch orientierten Presse nicht gemacht werden. Vielleicht noch härter als Parker Gilberts Bericht traf sie einige Tage später die Meldung, daß bei der Kabinettskrise in Frankreich Washington sich für das Verbleiben Poin-carés im Amt ausgesprochen hätte, um die Reparationsverhandlungen zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Der Frankfurter Zeitung mußte nämlich aus dem Kabinettsrat, der der stürmischen Nacht vom 11. Januar 1929 im Palais Bourbon vorausging, die für unsere Anglomanen fast unfafßbare Tat-sache mitgeteilt werden, daß Amerika hinter Poincaré stehe:

»Der Ministerpräsident erklärte, daß er angesichts der Haltung der Radikalsozialen nicht in der Lage sei weiter zu regieren, und daß er den Ministerrat am Samstag benutzen werde, um dem Präsidenten der Republik seine Demission zu geben. Der Außenminister Briand ergriff sodann das Wort und erklärte, daß die Anwesenheit Poincarés an der Spitze des Kabinetts unerläßlich sei für die glückliche Durch-führung der Reparationslösung. Der Außenminister belegte diese Meinung mit einer Fülle von Argumenten, ja er führte sogar, wenn wir richtig unterrichtet sind, die Berichte des französischen Botschafters in Washington ins Feld, aus denen hervor-geht, daß nicht nur die Regierung der Vereinigten Staaten, sondern auch die ame-rikanischen Finanzkreise einen entscheidenden Wert darauf legen, daß Poincaré die Regierungsgeschäfte innehat, solange die Sachverständigenverhandlungen an-dauern. Diese amerikanische Ansicht scheint in der allerdringlichsten Form zum Ausdruck gekommen zu sein und in anderen an der Reparations- und Schulden-frage interessierten Ländern einen entsprechenden Widerhall gefunden zu haben.«

Also: Amerikas Regierung und Finanz hinter Poincaré. Dazu: Die Große Entente sekundiert von der Kleinen Entente. Das sieht nicht gerade danach aus, als ob man in der Reparationsfrage mit Schachtscher Intransigenz viel erreichen und die Rheinlandräumung ohne Zugeständnis in der Sicherheits-frage wird durchsetzen können. Weiter gesellte sich hierzu am 14. Januar Washingtons Zustimmung zu der Berufung John Pierpont Morgans als Sach-verständigen Amerikas, obwohl dieser in Deutschland als Frankreichs Kriegs- und Nachkriegsbankier verschrien ist. Schmerzlich getroffen wurden ferner unsere Anglomanen durch die Nachricht, daß der frühere Chefredakteur der Times, Wickham Steed, der dem britischen Auswärtigen Amt nahesteht, in der Review of Reviews den Wortlaut der streng geheimen Denkschrift

über das Panzerschiff A des Reichswehrministers Wilhelm Groener der Öffentlichkeit preisgegeben habe, worin der Krieg nur noch als eine »Frage der Zeit« bezeichnet wird. Zweifellos stellt diese Veröffentlichung im gegenwärtigen Zeitpunkt einen angelsächsischen Schlag gegen Deutschland dar, einen Schlag, dazu bestimmt bei den bevorstehenden Verhandlungen über die militärische Kontrolle der Rheinlande nach der Räumung sich gegen die Politik der Wilhelmstraße auszuwirken.

Auch die Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten von Amerika und England einander bald in die Haare geraten werden, wird sich als trügerisch erweisen. Weder rüstet Amerika gegen England, noch England gegen Amerika, sondern beide rüsten zusammen, um die angelsächsische Hegemonie über die Alte und die Neue Welt fest zu ummauern. Darauf wird man bestimmt vergeblich warten, daß Washington jemals gegen London zu Felde zieht. In beiden Weltreichen ist man durchaus abgeneigt durch einen Krieg gegen einander Japan die Herrschaft über den Stillen Ozean, Frankreich die Herrschaft über den Atlantischen Ozean, Italien die Herrschaft über das Mittelmeer in die Hand zu spielen. So bleibt eine bittere Tatsache: daß Deutschland jetzt in der Abrüstungs- und Anschlußfrage fast ganz Europa gegen sich, in der Reparationsfrage weder Europa noch Amerika für sich hat.

Das ist die Bilanz einer 10jährigen angelsächsischen Orientierung nach dem Weltkrieg. Wobei es die Gerechtigkeit gebietet festzustellen, daß die Außenpolitik des Kabinetts Müller dieser Orientierung nur deshalb folgte, weil sie sich von einer Tradition nicht freimachen konnte, die mehr oder weniger alle deutschen Kabinette vor und nach dem Kriegsausbruch seit Bismarcks Ausscheiden aus dem Amt einzuhalten bestrebt waren. Deutschland ist auf seiner Suche nach einem englischen Frieden im Weltkrieg als Weltmacht vernichtet worden. Die weitere Einhaltung der angelsächsischen Orientierung wird auch die industrielle Größe Deutschlands zerstören. Wir haben die Pflicht immer und immer dem deutschen Volk dies vor Augen zu führen: Das unmittelbare Lebensinteresse Deutschlands erfordert es, daß die Wilhelmstraße jetzt endlich ernstlich auf einen Ausgleich und modus vivendi mit Kontinentaleuropa, in dem die Wurzeln unseres Gedeihens geborgen liegen, hinzustreben beginnt.

JULIUS KALISKI · DAS BILD DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

PARKER Gilberts Hymnus auf deutsche Kraft und Leistung in seinem Bericht über das 4. Jahr seiner Tätigkeit als Reparationsagent fand in Deutschland ein seltsames Echo. Die Presse aller Richtungen schrie einmütig in bitterer Enttäuschung auf. Sie lehnte das lobende Zeugnis über den Wiederaufstieg Deutschlands ab. Sie fand die Anerkennung für die Erholung der Industrie, des Handels und Verkehrs, die Erstarkung der Produktion, des Außenhandels und des Konsums maßlos übertrieben, unangebracht, unfreundlich, sogar feindselig. Und diese Entschiedenheit des Widerspruchs war eigentlich um so merkwürdiger, als bis zu dem Termin des Reparationsgutachtens die gleiche Presse mit der selben Entschiedenheit stolzerfüllt jene Urteile für die deutsche Wirtschaft in Anspruch genommen hatte: von rechts bis links, oft aus verschiedenen und wechselnden Motiven, aber stets einig in der Feststellung, daß nach dem Zu-

sammenbruch mit nie erwarteter Schnelligkeit beispiellose Leistungen des Aufbaus vollbracht worden seien. Gewiß gab es Industriegruppen, die von Zeit zu Zeit vor einer Überschätzung der Rentabilität ihrer Unternehmungen warnten, oft klagte auch die Arbeiterschaft, daß ihre gesteigerte Leistung nicht entsprechend an den Gewinnen teilnahme. Aber das waren Nebenerscheinungen, die die Gesamtleistungen um so heller erstrahlen ließen.

Woher der Umschwung? Parker Gilbert zieht aus seinen Schilderungen den Schluß, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfüllt habe, erfüllen konnte und weiter zu erfüllen imstande sei. Nun kann eine Feststellung, die man als seine eigene vertreten hat, durch eine unerwünschte Nutzanwendung sicherlich peinlich empfunden werden. Aber das allein erklärt nicht den leidenschaftlichen Zorn, mit dem die Blätter aller Richtungen sich gegen den Reparationsbericht wandten. Sehr nahe an den Urgrund dieser Erscheinung kommt die Erklärung, die der Privatdozent an der Berliner Handelshochschule Melchior Palyi gegeben hat:

»Zu einem Teil hat die Überraschung einen tiefen Grund. Die politische Legendenbildung hat sich bereits der Person des Reparationsagenten bemächtigt. Es klingt phantastisch, und doch ist es wahr: Der Agent ist selbst in nicht wenig einflußreichen Kreisen eine mythische Gestalt geworden, die, auf unnahbarer Höhe thronend, mittels Transferschutzes und sonstiger Klauseln des Dawesabkommens dafür zu sorgen hätte, daß unsere Belange gewahrt werden. Dieser Mythos hängt mit dem andern zusammen: mit dem Glauben an eine Art stiller, zumindest passiver *Unterstützung* Deutschlands durch Amerika, an eine wohlwollende Neutralität Amerikas in der Reparationsfrage, mit der Spitze gegen die Alliierten. Der Mythos nahm immer greifbarere Formen an, bis jetzt wohl der Bericht des Agenten den Nebel vertreibt. Wieder ist ein Traum ausgeträumt.«¹

Wahrscheinlich weiß Palyi so gut wie andere auch, daß der Mythos nicht nur an eine »passive« Unterstützung Deutschlands durch Amerika, nicht nur an eine »wohlwollende Neutralität« Amerikas mit der Spitze gegen die Alliierten glaubte sondern längst dazu übergegangen war Amerika als Bundesgenossen zu nehmen. Als die erste Kunde von Heeres- und Marineverabredungen zwischen England und Frankreich kam, machte Deutschland dieses Bündnis mit Amerika perfekt. In seinem Hochgefühl wollte es wenig bedeuten, daß Amerika davon nichts wußte. Im Augenblick ist dieser Traum freilich ausgeträumt, wie Palyi meint. Aber doch nur im Augenblick. Schon bilden sich die Ansätze für einen neuen Traum: Parker Gilbert habe nur die Zustände Deutschlands bis zum 31. August 1928 in den Bereich seiner Betrachtungen gestellt; wahrscheinlich werde gerade die Zeit seit Sommers Ende, die den Konjunkturrückgang offenbar machte, ihm die Handhabe geben für Deutschlands Schonung bei der Reparationsreglung nunmehr viel wirksamere Begründungen zu finden als er sie vorher zur Verfügung hatte.

Nicht gern, aber nur zu deutlich erinnert man sich der vielen Mythen ähnlicher Art: mit dem Angelsachsentum (meist England, oft auch Amerika) als dem stillen Bundesgenossen. Die schärfste Kritik britischer Minister an einer bestimmten Haltung der deutschen Politik wurde strahlenden Auges als Aufmunterung Deutschlands und verständnisvolle Hilfszusage aufgenommen. Aus den Memoiren des frühern englischen Botschafters Lord d'Abernon kann die Technik dieses Mythos mit Erfolg auch von denen studiert werden, die sie bisher noch nicht begriffen haben. Träume leuchten der deutschen Politik mehr ein als Tatsachen und sind bequemer als Notwendigkeiten. Deshalb meidet man auch bei uns, ohne Unterschied der Partei, eine fundierte Repa-

1) Siehe Palyi Gilberts Botschaft, in der Vossischen Zeitung vom 6. Januar 1929.

rationsverständigung mit Frankreich, man zieht die Akquisition stiller Bundesgenossen vor, die schon befriedigen, wenn sie aus vermeintlich taktischen Gründen unserer Werbung nicht widersprechen. Es ist bei unserer schnellen Vergeßlichkeit in politischen Dingen nicht unangebracht daran zu erinnern, daß schon im Jahr 1920-1921 die damalige deutsche Regierung Gründe zu besitzen glaubte auf Amerika als den Schützer gegen die Alliierten rechnen zu können. Auch in jener Zeit schwebten Reparationsverhandlungen. Deutschland führte sie permanent nicht mit Frankreich, dachte nicht daran sich mit Frankreich direkt zu verständigen, erklärte sich vielmehr in einer Note an Amerika feierlich bereit den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung für recht und billig befinden sollte. Die deutsche Regierung verpflichtete sich einen Schiedsspruch des damaligen Präsidenten Harding, wie er auch lauten möge, mit allen Einzelheiten sowohl dem Buchstaben wie dem Geist nach zu erfüllen. Zur Verstärkung des Eindrucks in dieser Bittnote wurde eine Anklage gegen Frankreich erhoben, mit der man offenbar einen nachhaltigen Eindruck in Amerika zu machen vermeinte.

»Das wirkliche Interesse an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebietes ist in Frankreich, so befremdend das klingen mag, nur gering. Die früheren Bewohner haben vorschubweise Entschädigungen erhalten und sich in anderen Teilen des Landes seßhaft gemacht. Einflußreiche Unternehmergruppen sind mit der Verwertung des zurückgelassenen Materials und den Aufräumungsarbeiten befaßt. Sie beschleunigen die Abwicklung ihrer Aufgaben in keiner Weise. Am meisten aber fällt in das Gewicht, daß mächtige Kreise in Frankreich in dem zerstörten Gebiet ein außerordentlich starkes politisches Agitationsmittel erblicken, das bei Einheimischen und Fremden begreiflicherweise stets einen tiefen Eindruck hinterläßt.«

Die Torheit dieses Versuchs straffte sich selbstverständlich schwer. Ihren Wirkungen sollte von den verantwortlichen Stellen nachgespürt werden, was Archivmaterial ausreichend ermöglicht. Es könnte immerhin lehrreich sein. Daran anschließen sollte sich das Studium des Verhandlungsgesprächs von Thoiry, in dem die Leitung der deutschen Politik angeregt wurde nach dem ideellen Akt von Locarno nun auch eine materielle Zusammenarbeit mit Frankreich zu eröffnen, und zwar durch Mobilisierung von Reparationsbeträgen, die Frankreich damals in seinem Kampf gegen die Baisseangriffe auf den Franc besonders dringend brauchte und wohltuend empfunden hätte. Frankreich blieb ohne eine Antwort, was die Offiziösen aller Gattungen damit begründen, daß Briand später auf diese Flüssigmachung von Mitteln durch Deutschland verzichtet hätte. Andere wieder versichern, daß Thoiry unfruchtbar geblieben sei, weil Deutschland keine weiteren Zeichen französischen Entgegenkommens wahrgenommen hätte. Jedenfalls stellte sich dann zur rechten Zeit die Hoffnung auf Parker Gilbert und das amerikanische Bündnis ein.

Poincaré sanierte die französische Währung ohne deutsche Hilfe, Frankreichs Wirtschaft erstarkte, der Einfluß der französischen Politik behauptete sich nicht nur sondern wuchs. Gewiß hat die auswärtige Politik Deutschlands auch davon manchmal gesprochen. Aber, beherrscht von dem in Deutschland grassierenden Amerikawahn, glaubt sie, daß Amerika immer und überall stärker sei als Frankreich. Das werdende Kontinentaleuropa sieht sie nicht. Sie glaubt realpolitisch zu sein, wenn sie auf das amerikanische Phantom starrt und die französische Realität ignoriert. Aus jeder angelsächsischen Enttäuschung erwächst ihr dann eine neue angelsächsische Hoffnung. Diesmal freilich kam der Schlag zu unerwartet. Und daher regte sich, wenigstens einige Tage lang, wirklich so etwas wie Empörung gegen den amerikanischen Agenten.



LASSEN wir einmal dieses Gefühlsmoment beiseite, um die Frage aufzuwerfen, ob alles falsch ist, was Parker Gilbert über die Schaffenskräfte Deutschlands gesagt hat. Wäre das der Fall, so hätte die Kritik sich nicht nur gegen ihn sondern gegen alle deutschen Organisationen, Ämter und Unternehmungen zu richten, die wie er über Deutschlands Wirtschaft bis vor kurzem sprachen. Objektive Prüfung kommt zu dem Schluß, daß diese Charakterisierung des deutschen Wirtschaftslebens wohl zutrifft; aber nur soweit sie das Potentielle zeichnet, soweit sie die Elemente skizziert, die in unserer Wirtschaft liegen und aus ihren Schächten geholt werden können. Doch diese *Möglichkeit* ist nicht identisch mit der *Wirklichkeit*, die sich in den 10 Jahren nach dem Zusammenbruch bis zur Stunde abgespielt hat.

Die Tatsachen geben ein Bild, das anders aussieht, ein Bild, das gerade vor einem halben Jahr hier gezeichnet wurde². Es soll jetzt wiedergegeben werden, weil es immerhin den Vorzug hat nicht in der Stunde der Diskussion für und wider den Bericht des Reparationsagenten entstanden zu sein:

»Unsere Wirtschaft ähnelt in den grundlegenden Dingen dem geschlagenen deutschen Heer des Weltkriegs leider nur zu sehr. Das alte Heer hatte die besten Soldaten, Millionen von Menschen, die mit dem größten Vertrauen auf ihre Vorgesetzten blickten und bis zur letzten Faser allen Anordnungen und Befehlen folgten. Es hatte gute Unteroffiziere und pflichttreue unerschrockene Offiziere. Aber es hatte keine Führung im höhern Sinn; alle unsere Armeen wurden ohne Führung eingesetzt, weil das Ziel und die Idee fehlten, die auch die zivile Regierung nicht zu geben vermochte, auch wenn die militärische Leitung williger sich den jeweiligen Regierungen gefügt hätte. . . Die Führer der Industrie und der Banken haben in all den Jahren, die dem Krieg folgten, ebenso versagt wie die Generalität im Krieg. Wir verfügen über das starke Aktivum einer von hohem Arbeitswillen getragenen Arbeiterschaft, die jedoch den Entschluß zur Führung oder Mitführung der Wirtschaft bisher nicht aufbrachte, wir haben dazu tüchtige Techniker, Ingenieure, Chemiker, Aufseher, Buchhalter und Verkäufer in unteren, mittleren und gehobenen Stellungen, wir haben mutige Makler mit unstillbarem Verlangen nach höchsten Provisionen, schließlich ein Corps sehr großer "Verdiener", von denen die wenigsten Verdienste um die nationale Wirtschaft aufweisen können. Die Höhen der deutschen Wirtschaft: die Interessengemeinschaft Farbenindustrie und noch ein paar andere große Unternehmungen, in denen mit großer, manchmal will es sogar scheinen: überstiegener, Tatkraft gearbeitet wird, sind mit der Entziehung der Lebenskraft ganzer Industriezweige und Gewerbe errichtet, mit einer schwer notleidenden Landwirtschaft und der Unterbindung der Entwicklung so mancher Wirtschaftsgruppen, die arbeitsam um ihre Existenz ringen und leben könnten, wenn ihnen nicht die Zufuhr von Betriebskapital zugunsten phantastisch ausgestatteter Kaufhäuser, Cafés und Kinos vorenthalten würde.«

Alles, was der Nation an Vermögenswerten abgenommen werden konnte, wurde in die Großindustrie hineingesteckt, die Finanzkraft des Landes einschließlich der Auslandsanleihen wurde in deren Dienst gestellt. Mit ihr profitierten die großen Warenhäuser, Restaurations- und Filmkonzerne, entweder unter der aktiven Mitwirkung der Großbanken oder unter Duldung dieser Institute, die sonst nicht müde werden zu versichern, daß sie sich der Pflicht bewußt seien, die aus der Verwaltung des Vermögens der Nation erwachse. Noch einige Sätze aus der schon erwähnten Darstellung seien angeführt:

»Den Urgrund vielen wirtschaftlichen Leides haben wir in der Überspannung der Industriewirtschaft zu erblicken und in der Vernachlässigung der erforderlichen Stärkung agrarischer Produktion. Bereits während der Kriegszeit wurde hier als Postulat einer rationellen deutschen Wirtschaftspolitik bezeichnet, daß die Industriebasis Deutschlands unter Förderung der Produktivität eingeschränkt, die land-

²) Siehe *Kaliski* Wilde oder organisierte Wirtschaft?, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 I Seite 485 und folgende.

wirtschaftliche Basis aber mit allen nur erdenklichen Mitteln erweitert werden müsse. Es war aber anscheinend leichter den entgegengesetzten Weg zu gehen. Dazu berauschte man sich an den Behauptungen umfassender Durchführung von Rationalisierungen, die sich doch nur auf einzelne Betriebe erstreckten, aber die Gewerbe als solche unberührt ließen, damit das Gegenteil einer Rationalisierung bewirkten und das Chaos weiter vergrößerten. Die Produktionsfähigkeit aller möglichen Industrien stieg ins Maßlose, der Handel wurde mit gleichen Mitteln forciert, und das bei vielfach abnehmender Aufnahmefähigkeit des Markts.«

Unendlich oft wurde verkündet: Das alles haben wir vollbracht, und das nicht allein, wir haben die Reparationen bezahlt, aus einer Wirtschaft, die dem Chaos nahe war. Daß das nicht stimmt, beeilten sich jetzt viele zu versichern. So schrieb der frühere Reichsfinanzminister Peter Reinhold:

»Es ist ja eine Binsenweisheit, daß Deutschland seit Bestehen des Dawesplanes weit mehr Auslandsgeld hereingenommen hat als der Generalagent insgesamt transferiert hat; ein Zustand, der, wenn er andauert, die Übertragung der Reparationssummen zwar für den Augenblick ermöglicht, der Zukunft dagegen infolge der dadurch automatisch und dauernd steigenden deutschen Privatverpflichtungen an Zins- und Amortisationsraten die Durchführung des Dawesplanes in der ursprünglich gedachten Form immer unmöglicher macht. Die Tatsachen haben ergeben, daß wir durch die nach meiner Überzeugung dringend nötige Befruchtung unserer Wirtschaft mit fremdem Kapital zwar die Leistungsfähigkeit unseres Produktionsapparates wesentlich verbessert und gesteigert haben; aber sie haben gleichzeitig erwiesen, daß diese Erhöhung unserer Produktionskapazität nicht entfernt ausreicht, um die uns durch das Dawesabkommen als Jahrestribut auferlegten Summen auch nur annähernd als Überschuß unserer Arbeit herauszuwirtschaften.«³

Der Reichsernährungsminister Hermann Robert Dietrich erklärte auf der Dreikönigstagung der schwäbischen Demokraten nach einem Bericht der Vossischen Zeitung vom 7. Januar 1929:

»Von den im Ausland geborgten 12 Milliarden haben wir die eine Hälfte für Reparationen verwendet, die andere Hälfte in der Agrarkrise Deutschlands restlos verbraucht. Diese Tatsache steht in krasssem Widerspruch zu den Feststellungen Parker Gilberts, der »so langsam zu einem französischen Nationalhelden geworden sei.«

Nur die Tonart war in den Blättern, je nach ihrer Parteizugehörigkeit, verschieden, im Effekt waren alle einig, daß die Reparationen aus den Auslandsanleihen bezahlt worden seien. Das erleichtert immerhin den Weg, um zu einer richtigen Einschätzung der deutschen Wirtschaftsleistung in den Jahren nach dem Zusammenbruch zu kommen. Mit den Milliarden des Ruhrkriegs sind ungeheure Industrierweiterungen durchgeführt worden, eine Fülle von Subventionen floß zahlreichen Industriezweigen zu; dann strömten Massenkredite der Großbanken wieder bestimmten Industriezweigen in die Kassen. Auch dieser Aufbau war chaotisch, so umfangreich er war. Chaotisch war auch der Untergang vielfach wertvollen Wirtschaftslebens in dem Vernichtungsprozeß, der nun wirklich und wahrhaftig kein Ausleseprozeß war. In den Tagen des Hochgefühls angesichts von Erfolgen oder vermeintlichen Erfolgen dünkten sich die Industriellen als Weltensieger, mit dem Anspruch in ihren Bureaus Staat und Nation die Regeln ihres Seins vorzuschreiben. Meistens trugen die Tatsachen schnell die Korrekturen schon in die Tagesgeschichte ein: Zusammenbrüche von Unternehmungen, deren Leiter gestern noch cäsarenhaft mitgespielt. Ganze Industrien, um zunächst einmal das Beispiel der Lokomotivenindustrie illustrierend zu erwähnen, stehen nach sinnlosen Erweiterungen plötzlich mit unbeschäftigten Maschinen und ins Maßlose gesteigerten Produktionsmöglichkeiten einem Nichts an Aufträgen gegenüber. Der technische Zustand der einzelnen Betriebe ist dabei vortreff-

³) Siehe Reinhold Zum Reparationsproblem, im Berliner Tageblatt vom 6. Januar 1929.

lich. Nicht überall treten die Wirkungen der tatkräftigen Wirtschaft so kraß hervor, aber nicht wenige Betriebszweige liegen ähnlich; die Krisenerscheinungen sind zum Beispiel in der Automobilindustrie nicht weniger schwer, sie äußern sich nur anders. Vielfach hat die Industrie unter dem Einfluß der Inflationspraktiken gebaut, aber nur des Bauens halber, um ihre Gewinne nicht als Steuern herzugeben, die sie für unproduktiver hält als überflüssige Neu- und Erweiterungsbauten. Ebenso liegt es vielfach bei den Warenhäusern, für deren krankhaften Baudrang die Verantwortung nicht nur bei den direkten Interessenten gesucht werden sollte. (Um so kennzeichnender ist es, daß alle die Personen und Organe, die eine in jeder Beziehung wirtschaftsschädliche, weil unsinnig übertriebene Warenhausexpansion ohne ein Wort des Widerspruchs mitangesehen oder gar gefördert haben, sofort Protest erhoben oder an Protesten teilnahmen, als in irgendeiner Verbindung mit dem Pariser Warenhaus *Galeries Lafayette* unter der gleichen Firma ein Warenhaus in Berlin eröffnet werden sollte. Dann sprudelte Widerspruch in Strömen gegen eine "Überfremdung" deutscher Wirtschaft durch ausländisches Kapital, das man sonst sehnlichst herbeiruft. Gleichzeitig ist man entzückt, wenn ein englischer grill room oder ein amerikanisches Restaurant errichtet wird; dann wird die ausländische Beteiligung oder Führung laut gefeiert.) Natürlich fehlt es überall und allerorten an den bescheidensten Kapitalien zur Durchführung produktiver Arbeit. Inzwischen schwillt das Riesenheer der Arbeitslosen wieder täglich weiter an. Nach der Meinung der Industriellen, der Bankiers und der Warenhausherren ist das alles Schicksal, Konjunktumschlag, der wie ein Naturgesetz hingenommen werden muß. Das ist bequem und bedingt, daß die Kapitäne der Industrie, der Banken und des Handels stets nur Träger eines Konjunkturaufstiegs sind; für den Umschwung zur Ungunst müssen andere Gewalten herhalten.

Halbierung des äußern Umfangs vieler Industriezweige hätte die Produktion nicht weniger steigen lassen als es so geschehen ist, aber es wäre bei nicht geringeren technischen Anstrengungen ein weit höherer Wirtschaftseffekt erzielt worden, das heißt, die Produktivität wäre heute bedeutend größer. Man verwechselt bei uns die Erhöhung der Produktion nur zu oft mit der der Produktivität. Errichtung immer neuer Bauten bedeutet noch lange keine Leistung der Leiter, erst recht nicht Steigerung der Produktion. Hätte man die jetzt nutzlos verpuffte Arbeit und das vertane Kapital wirklich wirtschaftlich eingesetzt, so wäre das Potentielle der deutschen Wirtschaftskraft zu wahrhaft glänzender Leistung gediehen. Gemildert wurde die innere Unwirtschaftlichkeit in ihren Folgen für wichtige Industriezweige durch richtige Maßnahmen anderer Art. Um die stärksten zu nennen: das Kali- und das Eisenabkommen zwischen Deutschland und Frankreich. Die Möglichkeit der Reparationslieferungen erschloß ein weites und fruchtbares Feld, es blieb lange unbeackert: eine Folge jener merkwürdigen Realpolitik, die stets un reale Ziele hat.

Dabei kann dem Ungläubigsten an Tatsachen demonstriert werden, was sich deutsche Arbeit erschließt und seit vielen Jahren hätte erschließen können. Zurzeit schweben Verhandlungen über Vergebung großer französischer Bauaufträge an deutsche Firmen auf Reparationskonto. Und ehe sie noch abgeschlossen sind, ist es bereits der in dem Deutschen Baukonsortium in Berlin zusammengeschlossenen Gruppe von Bauunternehmern gelungen bedeutende Aufträge in Frankreich zu erhalten. Die Berliner Zeitung am Mittag berichtete am 28. Dezember 1928 darüber wie folgt:

»In Bordeaux werden große Kaianlagen ausgeführt. Der Binnenhafen an der Seine bei Bonneuil oberhalb von Paris wird nach modernsten Grundsätzen ausgebaut, und in den Pyrenäen ist mit der Anlage großer Kraftwerke begonnen worden. An der Rhone werden an einem ihrer Zuflüsse im Unterlauf umfangreiche Kanalisationsarbeiten in Angriff genommen. Das Hauptwerk ist die Umleitung des Alpenflusses Verton, an dem eine Reihe von Staustufen in Verbindung mit Kraftwerken angelegt werden. Diese Arbeiten, die sich auf mehrere Jahre erstrecken werden, sind außerordentlich kompliziert. Flüsse werden umgeleitet, Brücken- und Straßebauten sind notwendig, ganze Dörfer werden umgesiedelt, da sie vom Erdboden verschwinden müssen, um den Staubecken Platz zu machen. Mitten in der Alpenvollen Verhandlungen mit der französischen Regierung und den französischen Gewerkschaften ist es gelungen die Zustimmung zu erhalten einen großen Teil der Arbeiten durch *deutsche* Arbeitskräfte ausführen zu lassen, die in diesem Barackenlager angesiedelt werden. Es wird dort eine kleine deutsche Niederlassung mit eigener Kantine, eigenem Sportplatz, Theatersaal, Hospital und Apotheke errichtet. Im ganzen werden an den verschiedenen Baustellen über 1500 deutsche Arbeiter von dem Deutschen Baukonsortium beschäftigt werden.«

Deutsche Arbeiter in Frankreich? Sie hätten seit dem Jahr 1919 schon als Pioniere der deutsch-französischen Zusammenarbeit und des Wiederaufbaus beider Länder dorthin ziehen können. Clemenceau rief bald nach dem Waffenstillstand nach deutschen Arbeitern. Die ihm folgenden Regierungen wiederholten das Verlangen. Der Arbeitsminister Le Trocquer in einem früheren Kabinett Poincaré und mit ihm andere hatten ein umfassendes Programm ausgearbeitet, das die Ausführung von Sachlieferungsarbeiten auf Reparationskonto durch deutsche Arbeiter und Beamte vorsah, und das nur den einen Fehler hatte in Deutschland nicht bemerkt zu werden. Deutschland unterschätzte nicht nur die politische sondern auch die wirtschaftliche Kraft Frankreichs, blickte dafür auf die vermeintlichen stillen Bundesgenossen, die jenseits des Kanals und Atlantischen Ozeans saßen.

Der Weg der deutsch-französischen Zusammenarbeit als Basis eines Wiederaufbaus Frankreichs und Deutschlands war zu einfach; Partner Frankreichs als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Gemeinschaft zu sein schien offenbar einer Öffentlichkeit zu gering, die sich nur zu gern und ungerufen angelsächsischem Protektorat unterstellen möchte.

HEUTE muß klipp und klar gesagt werden: Bevor die Verhandlungen zu einer Revision der Reparationsverpflichtungen begonnen haben, werden die deutschen Interessen verspielt haben, wenn sie auf amerikanische Hilfe rechnen und als Entgelt dafür eine Verständigung mit Frankreich unterlassen. Wer die innere Wirtschaft Deutschlands wahrhaft aufbauen wollte, hätte die planmäßige und stetige Zusammenarbeit mit Frankreich ohne Schielen nach angelsächsischer Gunst schaffen müssen. Wer den Aufbau Deutschlands im Rahmen einer europäischen Gemeinschaft begreift, wird auch die Fähigkeit und die Legitimation zur Führung der deutschen Wirtschaft haben, der wird auch verstehen, daß die Reparationsfragen nicht bankiermäßig gelöst werden können sondern Probleme der Produktionspolitik sind und eine entsprechende politisch wirtschaftliche Lösung verlangen. Das bedingt den Aufbau der deutschen Produktion, ohne den wir keine Leistungen vollbringen, keine Garantien für unsere Reparationsverpflichtungen geben können. Das Fundament dieses Aufbaus ist noch nicht gelegt, es wird gelegt werden müssen: wie alles das, was notwendig ist, aber bisher zu tun unterlassen wurde. Ungeheure Güter an Arbeit und Kapital sind verschleudert und vergeudet worden, und

dieses Tun wird sich fortsetzen, wenn nicht wirkliche Führung, von der Idee beseelt, nach der Idee schaffen wird. Dem Mißbrauch der Volkskraft und der nationalen Leistung durch ahnungslose, wenn auch geschäftlich erfolgreiche Elemente muß ein Ende gemacht werden. Durch die hohen Kosten der Verwaltung in vielen Aktiengesellschaften (die selbst meist keinerlei Risiko trägt) wird die Wirtschaft schwer belastet. Solches System wird mehr und mehr parasitär. Verantwortung muß stabilisiert werden, Verantwortung in einem Wirtschaftskörper, der ein hohes Maß von Sicherheit für produktive Arbeit erzwingt. Der erste Schritt dazu ist der bewußte Zusammenschluß der einzelnen Gewerbe. Diese Zusammenschlüsse hätten durch die Gesetzgebung weite Vollmachten über die Führung ihrer Produktion und die dazu gehörenden Betriebe zu erhalten. So gebildete Syndikate sollen in ihren Leistungen paritätisch durch Vertreter der Betriebsleitungen, der Arbeiter und Angestellten besetzt sein. Das wäre der Boden für die Rationalisierung der Gewerbe unter verantwortlicher Mitwirkung aller an der Produktion Beteiligten. Der Weg der Wirtschaft führt dahin. Man sträubte sich ihn zu gehen. Was man unterließ, muß man nachholen. Oft, sehr oft ist das an dieser Stelle gesagt worden. Daß diese Stimme bisher überhört wurde, beweist noch nicht, daß man auf das, was sie forderte, verzichten kann.

Um es zu wiederholen: Diese Forderungen werden einmal erfüllt werden, mit erhöhtem Aufwand an Zeit und Kraft. Denn es gibt keine andere Form einer wahrhaften Rationalisierung, die eine Notwendigkeit für die Selbstbehauptung der Nation ist.

PAUL KAMPFFMEYER · DIE POLITISCHE POLIZEI

POLITISCHE Polizei ist ein Begriff, dessen Problematik aufs engste mit dem Problem der staatlichen Herrschaft überhaupt verknüpft ist. Mit dem Augenblick, da der Staat zur Erfüllung seiner Herrschaftszwecke besondere Verwaltungsorgane ins Leben ruft, umkleidet er diese mit bestimmten Machtbefugnissen und setzt sie bei etwaigen, ihm wirklich oder vermeintlich drohenden Gefahren zu seinem Selbstschutz ein. Die Polizei ist ein verhältnismäßig frühzeitig ausgebildeter Zweig der Staatsverwaltung. Verschiedentlich hat man Polizei überhaupt mit Staatsverwaltung übersetzt.

Der Berliner Polizeivizepräsident Bernhard Weiß bezeichnet in seinem Buch *Polizei und Politik*, das im vorigen Jahr im Verlag Gersbach & Sohn in Berlin herauskam, den »polizeilichen Schutz des Staates« als den Inbegriff der besondern Tätigkeit der Politischen Polizei. Bei dieser Charakterisierung darf man nicht das eigenartige Wesen des Staats verkennen: Der Staat ist eben, solange nicht die Stände und Klassen durch die wirtschaftliche Entwicklung überwunden sind, Ständestaat oder Klassenstaat. Und der Klassenstaat selbst wird von den wirtschaftlich mächtigen Klassen beherrscht. Die Politische Polizei funktioniert daher im wesentlichen im Interesse der herrschenden Klassen. Weiß rügt den verbreiteten Gedanken, daß die Politische Polizei willkürlich Parteipolitik treibe und nicht eine sich auf dem Boden des Rechts vollziehende Aufgabe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erfülle, wie das alle anderen Zweige des polizeilichen Dienstes täten. Gewiß, dieser Aufgabe sucht die Politische Polizei zu genügen, aber eben im Interesse der Sicherheit und Ordnung des

herrschenden Klassenstaats; und als Vertreterin der Interessen des Staats der herrschenden Klassen treibt die Politische Polizei Parteipolitik, die aber durchaus nicht »willkürlich« sondern durch die Machtansprüche der herrschenden Klassen bedingt ist. Der der Politischen Polizei anhängende Makel ist eben in ihrer einseitigen Klassenpolitik gegeben, die sich in ihren Handlungen ausspricht. Die Politische Polizei wird in Frankreich auch als Höhere Polizei bezeichnet, und damit wird ihr Charakter als Regierungsinstrument sehr gut getroffen. Sie funktioniert als Werkzeug der "höheren", regierenden Klassen, die *ihren* Staat besonders gesichert haben wollen. Die Politische Polizei wird auch als Geheime Polizei tituliert. Ihre Tätigkeit vollzieht sich im Verborgenen, und ihre Agenten sind vielfach Personen, auf die das Licht der Öffentlichkeit nicht fallen soll. Ja, die Tätigkeit dieser Agenten ist in dem Augenblick zweck- und erfolglos, da ihre Namen bekannt werden. Der Agent gibt sich politisch nicht als das aus, was er ist. Er ist bestellter Wächter des Staats, und doch erklärt er sich in den Kreisen, in denen er wirkt, als Gegner dieses Staats. Die Politische Polizei will die "staatsfeindlichen" Kräfte bekämpfen oder, besser und genauer, die Kräfte, wie Weiß einmal ausführt, die »dem Staate in seiner jeweils bestehenden Herrschaftsform feindlich« sind. Hier nähert sich Weiß schon der Auffassung vom Klassencharakter des Staats und von der im eigentlichen Sinn parteipolitisch gerichteten Tätigkeit der Politischen Polizei.

Die Staatsform selbst, die Form des Klassenstaats, wirkt nun stark auf das Wesen und die Gestalt der Politischen Polizei zurück. Die Organisationsform, die Arbeitsweise, die Zusammensetzung der Politischen Polizei sind von ausschlaggebender Bedeutung für das Funktionieren dieser Einrichtung. Nach Weiß kommt es für den Wesenszweck der Politischen Polizei nicht darauf an, welche Staatsform in einem Land besteht. Aber mit der Staatsform wechselt der Charakter der Politischen Polizei. Wenn man sagt, es sei das Wesen jeder Politischen Polizei den bestehenden Staat zu schützen, so sagt man herzlich wenig über die Politische Polizei aus. Die Politische Polizei Ludwigs XIV sieht ganz anders aus als die der Schweizerischen Eidgenossenschaft in unseren Tagen. Der Geheimagent des absoluten Monarchen hatte nicht nur sogenannte staatsfeindliche Handlungen sondern auch Gesinnungen festzustellen. Die Vigilanten, die "mouches", waren »überall, unter der Kapuze des Mönches, der Kleidung eines Dienstmädchens, einer Aufseherin, eines Offiziers, eines Freudenmädchens« zu finden, so schreibt der frühere elsäß-lothringische Grenzpolizeikommissar Wittwer in seiner Studie Die Politische Polizei und das französische Polizeikommissariat. Und er fährt dann fort: »Den unkontrollierbaren und meistens erdichteten Berichten derartiger, für ihre Laster und Verfehlungen zu Vigilanten und Agenten im Dienste der haute police erhobenen niederen Kreaturen war der ruhigste Bürger rettungslos preisgegeben.« Die im Verborgenen arbeitende Politische Polizei, die in Verfolgung ganz einseitiger Standes- oder Klasseninteressen die Verräterdienste anrühiger Individuen in Anspruch nahm, stand stets in einem üblen Geruch. Die Kriminalpolizei sträubt sich, wie Weiß betont, »gegen eine gar zu enge Fühlung mit den Kollegen der Politischen Polizei, gleichsam als könnte man sich durch die Berührung politisch oder gar moralisch bloßstellen«. Als Grävel 1820 seine Schrift über höhere, geheime und Sicherheitspolizei herausbrachte, machte er folgende charakteristische Bemerkung über die Politische Polizei: »Wer es nur wagt

von der Politischen Polizei als von einer nützlichen oder notwendigen Einrichtung zu reden, von dem werden die Stühle, als von einem gefährlichen Menschen, abgerückt; und das fröhlichste Gespräch einer Gesellschaft stockt bei der bloßen Benennung der Politischen Polizei.« Ein derartiges Urteil rief die gewöhnliche Tätigkeit dieser Polizei hervor, denn durchweg machte sie sich zum Werkzeug einer bestimmten herrschenden politischen Richtung. Sie trieb Gesinnungsschnüffelei, drang in die allerintimsten menschlichen Verhältnisse der "staatsfeindlichen" Personen ein und suchte diesen eine konspiratorische Tätigkeit nachzuweisen. Aber damit nicht genug, sie erfand diese Tätigkeit, wo sie sie nicht fand. Ja, unter Umständen bemühte sie sich selbst politische, durch den Staat verfolgte Handlungen da anzustiften, wo sich die von ihr beobachteten Personen zu diesen, nicht hergeben wollten. Die Politische Polizei erzeugte direkt politische Verbrechen. In allen Ländern entwickelte sich der bekannte Typus des agent provocateur.

Die Politische Polizei hat in allen Staaten mit scharf ausgeprägtem Herrschaftscharakter ein ähnliches Polizeiagentenwesen entfaltet. Sie folgt der staatlichen Entwicklung, und ihre Geschichte tritt überall da in eine stark dramatische Phase, wo sich die politischen Kämpfe des modernen Staats besonders heftig entfalten. Höheperioden der Politischen Polizei sind, wenn man nur die letzten 50 Jahre betrachtet, in Deutschland das Attentatsjahr 1878 und die ihm folgenden Jahre des Sozialistengesetzes, in Rußland die Regierungszeiten der Zaren Alexander III und Nikolaus II und jetzt die Jahre der bolschewistischen Diktatur. Das letztgenannte Regime erzeugte die riesenhafteste und gewalttätigste Politische Polizei aller Zeiten, die zugleich die wesentlichen Funktionen des Gerichts in sich vereinigt. Aber auch die Geschichte der Politischen Polizei in Preußen nach dem Zusammenbruch vom November 1918 ist sehr lehrreich.

In seiner wirksamen, mit lehrreichem Material ausgerüsteten Schrift *Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze* hatte Eugen Ernst 1911 den völligen Abbruch der Politischen Polizei gefordert. Er gab in dieser Schrift die Parole aus: »Fort mit der politischen Geheimpolizei, diesem schmachvollen Herd der schlimmsten Korruption!« Nach dem Novemberumsturz von 1918 beseitigte Emil Eichhorn, als Volkskommissar für den öffentlichen Sicherheitsdienst, die Abteilung V des Berliner Polizeipräsidiums, in deren Händen bis dahin die Politische Polizei lag. Bald aber sproß diese Polizei wieder empor. »Auf Umwegen«, so schreibt Weiß, »kam es aber sehr bald wieder zur Einführung einer Politischen Polizei. Was Berlin betrifft, so sah der genannte Eichhorn innerlich sofort die Notwendigkeit ein mit polizeilichen Mitteln den neuen Staat zu schützen; er trug aber Bedenken die alten Polizeibeamten im neuen Staat zu politisch-polizeilichen Aufgaben heranzuziehen. Er schuf sich daher für diese Tätigkeit eigene Organe, die er aus Arbeiter- und Soldatenkreisen holte. (Ähnlich übernahmen in manchen deutschen Provinzstädten unmittelbar nach der Staatsumwälzung die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte die Geschäfte der Politischen Polizei.) Eichhorns Nachfolger beim Berliner Polizeipräsidium, Polizeipräsident Eugen Ernst, der sich trotz seines einstigen Kampfes gegen die Politische Polizei vom ersten Augenblick seines amtlichen Wirkens von der Unentbehrlichkeit der Politischen Polizei überzeugt hatte, trug keine Bedenken die Politische Polizei wieder durch ordnungsmäßige Polizeibeamte handhaben zu lassen. Da man zur damaligen Zeit (Anfang 1919) im Hinblick auf die

erwähnte programmatische Forderung das Bestehen einer Politischen Polizei noch nicht *offen* zuzugeben wagte, trat die Politische Polizei nicht als selbständige politische Abteilung sondern als verstecktes Anhängsel einer mit anderen Aufgaben betrauten Abteilung (I) des Berliner Polizeipräsidiums ins Leben. So entstand die in der Öffentlichkeit vielgenannte Abteilung IA der Berliner Polizeibehörde.« Die Politische Polizei erstand also nach dem Novemberumsturz wieder. Aber sie schränkte doch ihre Tätigkeit wesentlich ein, und sie funktionierte nicht mehr als politische Polizeizentrale. Die Konspirationen illegaler rechter und linker Organisationen riefen sie auf den Kampfplatz. In den Verschwörungen militärisch organisierter Verbände regte sich tatsächlich der gewalttätige Umsturz der bestehenden Staatsordnung, den der obrigkeitliche Klassenstaat Preußen unter dem Sozialistengesetz fälschlicherweise der deutschen Sozialdemokratie zugeschrieben hatte.

In dem preußischen Obrigkeitsstaat stand der Ausbau der Politischen Polizei in engster Verbindung mit dem Versuch Bismarcks die legale Sozialdemokratische Partei ausnahmegesetzlich niederzuwerfen. Die Pressorgane Bismarcks hängten die beiden Attentäter Hödel und Nobiling an die Rockschoße der Sozialdemokratie. Wenige Wochen nach dem Nobilingschen Attentat legte der Berliner Polizeipräsident G. von Madai dem preußischen Innenminister den Plan für eine Neugestaltung der Politischen Polizei vor, der im wesentlichen eine politisch-polizeiliche Zentrale in Berlin mit einem weitläufigen Spitzelapparat im In- und Ausland schaffen wollte. In seinem Schreiben an den Innenminister fabelte Madai von einer Aktionspartei der Internationale, und er sprach hier vielleicht nur das nach, was er in dem denunziatorischen Schreiben des Obersten Wolff an Graf Münster in London gelesen hatte. Wolff, der ehemalige Sekretär Mazzinis, äußerte sich nämlich in 2 Briefen an den deutschen Botschafter in London über die den Königsmord propagierende Aktionspartei der Internationale, die in Paris, Genf, Prag und Wien usw. besonders aktiv wirke. In diesen an das Auswärtige Amt gesandten Bericht Wolffs erhielten der preußische Innenminister und der Berliner Polizeipräsident Einsicht. Madai stellte die von Polizeiagenten erdichtete geheime internationale Verbindung des Sozialismus als eine feste Tatsache hin, prophezeite Attentate auf »die Allerhöchste Person« und phantasierte von einem möglichen offenen Aufstandsversuch. Bei der Errichtung der Politischen Polizei im Jahr 1878 wurden die »sämtlichen mit dieser Polizei verbundenen Funktionen«, zunächst der Sicherheitsdienst für den Kaiser und »die übrigen Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften«, sodann die Überwachung der »Umtriebe der Sozialdemokratie und des Anarchismus« dem Berliner Polizeipräsidenten übertragen.

Am 5. September 1878 versendet der preußische Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, einen vertraulichen Erlaß an die preußischen Regierungspräsidenten und Landdrosten, in dem er diesen mitteilt, er halte es für erforderlich, daß der Berliner Polizeipräsident »mit den Polizeibehörden der größeren Städte sich in direkte Beziehung setzt«, diese »behufs Beschaffung der ihm erforderlich erscheinenden Nachrichten requiriert und von diesen, auch ohne besondere Requisition, über alle das Gebiet der Politischen Polizei betreffenden Wahrnehmungen direkte Mitteilungen erhält«. Außerordentliche Auslagen sollten den Behörden vom Polizeipräsidium erstattet werden. Der Polizeipräsident sollte ferner beauftragt werden den Vorstehern der Königlichen Polizeibehörden periodisch über die allgemeine Lage der

sozialdemokratischen und revolutionären Bewegung vertraulich zu berichten. Puttkamer dehnte dann am 21. März 1883 die Pflicht der Berichterstattung an die Berliner Zentralstelle auf die größten Städte mit kommunaler Polizei aus, so auf Brandenburg, Liegnitz, Erfurt, Halle, Harburg, Altona, Kiel, Dortmund, Bochum, Barmen, Elberfeld und Essen. Die Pflicht der Berichterstattung wird dann von Puttkamer sämtlichen Landräten (Amtshauptmännern, Oberamtsmännern) auferlegt.

Ein zentralisierter politisch-polizeilicher Apparat ist nun geschaffen, der sich nach dem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den Minister Puttkamer vom 30. April 1883 folgendermaßen zusammensetzt: Ende 1882 waren bei der Politischen Polizei beschäftigt: 1 Landrat auftragsweise als Dirigent, 4 Regierungsassessoren und 1 Polizeirat als Dezernenten, im Bureau und in der Kanzlei 11 Polizeisekretäre, 3 Kanzleisekretäre, 2 Bureauassistenten, 9 Hilfsarbeiter, 1 Zivilsupernumerar und als Boten 1 Bote und 3 Schutzleute, in der Exekutive 1 Polizeirat als Vorsteher, 10 Kriminalkommissare, 1 Polizeileutnant, 10 Wachtmeister, 120 Schutzleute. Der Berliner Polizeipräsident gibt in dem genannten Bericht Rechenschaft über seine geheimen Polizeiagenten und über deren Bezahlung: Es waren in Paris 2 Agenten beschäftigt (mit einer Besoldung von 300 Mark und 550 Mark pro Monat), in London (bis Juli 1882) 3 Agenten (mit 350, 350, 300 Mark Gehalt), in Genf 2 Agenten (mit 325 und 150 Mark), in Zürich 2 Agenten (mit 250 und 200 Mark), in Bern 1 Agent (mit 250 Mark), 1 Agent in Brüssel (mit 575 Mark), in Hamburg 1 (mit 150 Mark, dazu während seines Aufenthalts in der Rheinprovinz mit einer Zulage von 150 Mark), in Leipzig 1 (mit 200 Mark), in Magdeburg 1 (mit 210 Mark), in New York 1 (mit 150 Mark). Im ganzen wurden an die Agenten außerhalb Deutschlands 39 444,78 Mark, an die Agenten außerhalb Berlins 8700 Mark an Gehalt ausgezahlt; dazu an Vergütungen für Reisen und anderen Unkosten an die erstgenannten Personen 2691, an die anderen 1000 Mark. Die festangestellten Agenten in Berlin erhielten wie im Vorjahr 90 bis 150 Mark monatlich. Diese Gehälter nebst Remunerationen der vorübergehend verwendeten Agenten, den Ausgaben für einzelne Nachrichten und Dienstleistungen des Publikums beanspruchten 10 637,50 Mark; die den Beamten der Polizei zu erstattenden Auslagen betragen 2450,40 Mark. Für Zeitungen, Broschüren, Photographieen wurden 1592,95 Mark ausgegeben, für Dienstreisen der Beamten 2690,82 Mark. Im ganzen wurden 69 219,30 Mark für das Agentenwesen der Politischen Polizei ausgeworfen. Zählt man bestimmte Dienstaufwandsgelder für 18 bei der Politischen Polizei beschäftigte Schutzleute hinzu, so beträgt dieser Etat 75 699,30 Mark. Man ist eigentlich erstaunt, mit wie wenigen Agenten die Berliner Zentrale arbeitete, und welche geringen Entlohnungen sie ihren Spitzeln zuwies. Die vielverbreitete Vorstellung von der großen Wolke von Spitzeln, die sich über allen Zentren der sozialdemokratischen Bewegung lagerte und von Berlin gespeist wurde, hält sachlicher Nachprüfung nicht stand.

Von der neuen, nach den Attentaten geschaffenen Organisation der Politischen Polizei glaubt Bernhard Weiß feststellen zu können, daß sie sich bewährte. Hinter diese Feststellung muß man ein großes Fragezeichen setzen. Diese Polizei mit ihrem aus- und inländischen Agentenapparat hinderte nicht einmal in irgendeiner greifbaren Weise die Ausbreitung der illegalen Tätigkeit der Sozialdemokratie (die Verbreitung des Sozialdemokraten, der Sozialdemokratischen Bibliothek und den Verkauf der Partei-

bons), geschweige denn das riesige Wachstum dieser Partei in der breiten Öffentlichkeit. Mehr als 3mal so groß war die Wählerzahl der Sozialdemokratie 1890 als im Jahr 1878. Unter dem Sozialistengesetz entstand eine leistungsfähige sozialdemokratische Parteipresse, während diese vor dem Gesetz kaum leben noch sterben konnte. Man kann sogar sagen: Die Politische Polizei mit ihrer neuen Spitzelorganisation hat selbst nicht unerheblich zu den Erfolgen der Sozialdemokratischen Partei beigetragen. Sie brachte das Sozialistengesetz durch ihre korrumpierten Agenten völlig in Verruf und erhöhte durch ihr plumptes Verfolgungssystem den Kampfeifer und damit die Verteidigungs- und Angriffskraft der Sozialdemokratie.

Prüfen wir die »Acta betreffend die eingehenden Offerten zur Dienstleistung als Agent«, die im preußischen Ministerium des Innern lagerten, so schauen wir auf eine erschreckend große Schar von Abenteurern, Gefängnis- und Zuchthauskandidaten und Schwindlern, die ihre Dienste der Politischen Polizei anboten. Selbst von den angestellten Agenten müssen viele wegen der Mangelhaftigkeit ihrer Berichte und wegen ihrer offenbaren Leistungsunfähigkeit entlassen werden. Fast ausnahmslos übertreiben oder lügen die angestellten Agenten in ihren Berichten. Der im übrigen befähigte Polizeiaгент Theodor Reuß spielt sich zum Beispiel in einem Immediatgesuch an Wilhelm II als den Lebensretter dreier Kaiser und des Fürsten Bismarck auf, denn er hat »die Seele und das Haupt der ganzen Mörderbande« (gemeint ist John Neve) der »irdischen Gerechtigkeit« ausgeliefert. Reuß, so bemerkt der Berliner Polizeipräsident, in seinem Bericht vom 9. Juli 1890, »überschätzte« seine Dienste, und insbesondere sei »seine Angabe, er habe die Verhaftung Neves gerade zu einer Zeit ermöglicht, als dieser einen großen Anschlag auszuführen im Begriff gestanden habe, unbewiesen geblieben«. Der brauchbare Polizeiaгент macht sich ferner in den von ihm bespitzelten Kreisen verhältnismäßig schnell unmöglich. Schon in seinem Bericht vom 30. April 1883 schreibt der Berliner Polizeipräsident: »Nicht nur mußte die Verbindung mit mehreren Agenten, welche sehr gut eingeführt waren und deshalb gute Dienste leisteten, eingestellt werden, weil ihre Tätigkeit den von ihnen beobachteten Kreisen verdächtig beziehentlich ganz bekannt wurde, sondern es gelang auch nicht für die Ausgeschiedenen passenden Ersatz zu finden, da einerseits die Zahl derjenigen Personen, welche zu solchen Diensten geneigt sind, vermöge ihrer Beziehungen und geistigen Fähigkeiten zugleich geeignet sind, nur beschränkt ist.«

Im Dezember 1887 veröffentlichte der Sozialdemokrat in Zürich seine vielbeachtete Spitzelliste, auf der sich die Namen von 12 Polizeiagenten befanden. Diese Liste legte fast den ganzen Apparat der Politischen Polizei im Ausland lahm. Am 15. Juni 1888 schreibt nämlich der Berliner Polizeipräsident an den preußischen Innenminister: »Der Umstand, daß es der deutschen Sozialdemokratischen Partei gelungen ist die Namen einer Anzahl von Personen zu ermitteln, welche sich im Laufe der Jahre als Vertrauensmänner hatten benützen lassen, und diese an den Pranger zu stellen, hat seine Wirkung nicht verfehlt, und wenn auch die Neigung für Geld Verrat zu üben in den beteiligten Kreisen keineswegs geringer geworden ist, so ist es doch außerordentlich schwer geeignete Personen herauszufinden, welche zugleich auf einen gewissen Grad von Zuverlässigkeit der Behörde gegenüber Anspruch machen dürfen.« Im Jahr 1889 sieht sich die Politische Polizei gedrängt, da sich die Schwierigkeiten häufen geeignete und zuverlässige

Personen für den Spitzeldienst zu gewinnen, ihre ständigen Agenten auf 4 im Ausland (darunter 3 in London), auf 2 Vertrauensmänner und 6 bis 8 Vigilanten in Berlin zu reduzieren. Sie gibt im ganzen nur 36 630,95 Mark für ihren Agentendienst (mit Einschluß der Zeitungen, Reisen usw.) aus.

Unter den Agenten der Politischen Polizei führten sich einige direkt als agents provocateurs auf, und sie entfesselten, nachdem ihre Schandtaten öffentlich angeprangert waren, wahre Stürme gegen dieses Polizeiiinstitut selbst. Die Skandale der Politischen Polizei verbreiteten wohl in allen Kreisen, die nicht direkt mit dem beschränkten Untertanenverstand ausgerüstet waren, die Überzeugung, daß die Politische Polizei mit ihren intellektuell und moralisch unzureichenden Agenten nicht staatspolitische Aufgaben lösen kann. Was sollte eine solche Polizei mit stets wechselnden, kurzfristig angestellten, unzuverlässigen Berichterstattern und lumpenproletarischen Agenten auch wirklich leisten? Was bedarf es weiter der übertriebenen Geheimniskrämerei? Eine große politische Partei kann sich nur in der Öffentlichkeit auswirken, und aus ihrer öffentlichen Tätigkeit gewinnt man die wirklich zutreffenden Charakterzüge ihres ganzen Wesens. Daher war auch der Berliner Polizeipräsident auf dem richtigen Weg, als er in seinem Bericht für das Jahr 1889 einmal bemerkte: »Im allgemeinen geben über die sozialdemokratische Bewegung die betreffenden Erzeugnisse der Parteipresse der verschiedenen Länder ausreichende Auskunft.«

In der Demokratie drängt jede politische Bewegung in die Öffentlichkeit, und damit verengt sich mehr und mehr der Wirkungskreis einer geheimen Politischen Polizei. Ist die Existenz eines demokratischen Staats noch durch militärisch organisierte Geheimbünde bedroht, so kann er zur Sicherung seiner eigenen Entwicklung der Politischen Polizei nicht entraten. In allen demokratischen Staaten Europas besteht noch eine Politische Polizei. In der Schweiz mit ihren gefestigten demokratischen Einrichtungen hört man allerdings im allgemeinen recht wenig von ihr, namentlich aber nichts von den Taten der agents provocateurs, die zu einer Dauereinrichtung despotisch regierter Staaten geworden sind. Die Tendenz zur Bildung von illegalen Verbänden tritt in einem wirklich freiheitlichen, demokratischen Staat sehr zurück. Je freiheitlicher die Verfassung eines Landes ist, um so kräftiger können sich eben alle positiven Richtungen in der Öffentlichkeit entfalten. Der Lebensraum einer Politischen Polizei schrumpft damit stark zusammen.

ANNA SIEMSEN . BERECHTIGUNGSWESEN UND BERUFSAUSBILDUNG

SEIT einiger Zeit beginnt die Öffentlichkeit sich mit unserm deutschen Berechtigungswesen und seinen (selbst für vorsichtigste und konservativste Betrachtung) ganz unleugbaren Auswüchsen zu befassen. Dieses Interesse beginnt, wie immer in solchen Fällen, zu spät. Und zwar liegt der Fehler nicht an der Öffentlichkeit sondern an der Organisation, Verwaltung und Arbeitsweise unserer öffentlichen Schulen. Diese sind in so hohem Maß fachwissenschaftlich spezialisiert und daher vom öffentlichen Verständnis isoliert, ihre Verwaltung ist noch immer in einem so hohen Maß bürokratisch und autokratisch, daß die Entwicklung ihrer Arbeit als Ganzes sich dem öffentlichen Verständnis vollkommen entzieht. Erst wenn bestimmte ungesunde Folgen von gesetz-

lichen und Verwaltungsmaßnahmen auftreten, wird die Öffentlichkeit aufmerksam, und dann beginnt sie sich zu beunruhigen. Solche Erscheinungen sind in der letzten Zeit die Schülerelbstmorde gewesen. Zwar wird erklärt, daß sich diese Selbstmorde in Wahrheit gar nicht gehäuft hätten sondern schon in den Jahren vorher gleich häufig gewesen seien, daß daher die Öffentlichkeit zu Unrecht beunruhigt sei. Ob das sich so verhält oder nicht, braucht man nicht nachzuprüfen. Es ist unerheblich. Denn die Ursachen dieser Selbstmorde wirken schon seit einem Jahrzehnt, wirkten auch vor dem Krieg. Die verhältnismäßig ruhigeren Zeiten lassen aber die Öffentlichkeit mehr aufmerken. Und das ist gut. Dann nämlich, wenn nun auch die Folgerungen gezogen werden, und das erwachende Interesse sich in Handlung umsetzt.

Es ist natürlich etwas faul, wenn junge Menschen, Jungen und Mädchen, die im übrigen lebensfähig und lebensfreudig sind, in den Tod gehen, weil sie eine Versetzung, ein Abgangszeugnis, eine Reifeprüfung nicht erreichen können oder in ihr zu versagen fürchten. Es ist auch falsch sich mit der Seltenheit dieser Vorkommnisse zu trösten, denn auf jeden der Schüler oder Schülerinnen, die in Selbstmord enden und die Öffentlichkeit beschäftigen, kommen, das wissen die Lehrer, 100 und mehr, die gegen eigenen Willen und Neigung auf der Schule festgehalten oder, in einen unnatürlichen Ehrgeiz hineingehetzt, im besten Fall kostbare Jahre und Kräfte verlieren, im schlimmsten in eine ganz falsche Bahn gelenkt, verkümmert oder für das Leben verdorben werden. Die Eltern dafür verantwortlich zu machen, von ihnen mehr Verständnis, Geduld, Nachgehen zu verlangen ist vollkommen abwegig. Die Eltern tun genau das, was sehr mit Arbeit und Sorgen belastete, psychologisch, pädagogisch, volkswirtschaftlich und soziologisch gänzlich unwissende Menschen (und das ist der Durchschnitt sogar unserer Akademiker, die doch nur Gelegenheit hatten ihre isolierte Fachwissenschaft zu studieren) tun müssen, wenn sie wünschen, daß ihre Kinder zu einer gesicherten und auskömmlichen Lebensstellung gelangen, und nun finden, daß Zeugnis- und Versetzungsschwierigkeiten den einzigen Zugang zu allen gehobenen, gesicherten, bevorzugten Arbeitsgelegenheiten ihnen verbarrikadieren. Es ist selbstverständlich, daß sie alsdann der "jugendlichen Unvernunft und Unbeständigkeit" ihre größere Lebenserfahrung entgegenstellen und mit jedem Mittel elterlicher Autorität und Gewalt das drohende Unheil abzuwehren suchen. Schuld haben auch nicht die Lehrer, die, hart geplagte Erziehungsbeamte, die sie sind, zwischen den Forderungen des Lehrplans, dem Drängen der Eltern und dem eigenen Mitleid mit versagenden Schülern vergeblich lavierten und Jahr für Jahr versuchen Dinge zu verbinden, die nun einmal nicht verbunden werden können: menschliches Verständnis, Forderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und die Vorschriften eines durchaus wirklichkeitsfremden Systems, das trotz allen Flick- und Reformversuchen dieser Wirklichkeit nicht gerecht wird, weil seine Grundlage falsch ist. Und diese Grundlage ist das heutige Berechtigungswesen, nicht etwa in seinen "Auswüchsen" sondern in seiner ganzen Anlage, und mit ihm der ganze Aufbau unseres Höhern Schulwesens.

Dieses Berechtigungswesen ist sehr jungen Datums. Das Abiturientenexamen ist erst im Jahr 1812 von Humboldt zur allgemeinen Vorbedingung des Universitätsstudiums gemacht, nachdem es 1788 für bestimmte, dadurch als Gelehrtenschulen hervorgehobene Schulen eingeführt war. Es hatte zunächst wohl nur den Zweck dem Staat bestimmenden Einfluß auf die Schulen zu sichern und die Vorbildung der höheren Beamten entscheidend zu normieren.

In einem Beamtenstaat wie Preußen (und bei der wachsenden Bedeutung Preußens bald im übrigen Deutschland) wurde es natürlich bald Standesauszeichnung. Und dieser Charakter einer Standes- und Klassendiplomierung wurde verstärkt, als das unglückselige Einjährigenexamen hinzutrat, das nun ganz eindeutig nur die Bestimmung hatte die Zahlungskräftigen von der misera plebs der zum 3jährigen Dienst Verurteilten zu scheiden.

Der Einjährigendienst ist verschwunden, der Beamtenstaat — nun davon wollen wir lieber nicht reden. Jedenfalls sollte der Beamte in einer demokratischen Republik eine wesentlich andere Funktion und damit Stellung und Vorbildung haben als in einem Obrigkeitsstaat. Aber Abiturientenexamen und Einjährigenprüfung sind nicht gestorben, sondern unter den schönen neuen Namen der höhern und mittlern Reife wachsen, gedeihen und wuchern sie. Auch wo sie nicht in der Form der Prüfung auftreten, ist es das magische "Reifezeugnis", das ihre Stelle einnimmt. Wir sind heute so weit, daß, abgesehen von einigen Schmugglerpfaden von Externen- und Begabtenprüfungen, die oft steinig und halbsbrechend genug sind, keine Leistung und keine treueste Arbeit das Papier ersetzen kann, auf dem der Besuch bestimmter Schulen und der Verschleiß der besten Lebensjahre in ihnen bescheinigt wird. Beispiele illustrieren: Ich stamme aus einer noch relativ glücklichern und freieren Zeit und habe mir auf Umwegen und Abkürzungspfaden etliche Akademikerwürden holen können. Aber mit meinem Schulbesuch und den Bescheinigungen darüber könnte ich mich heute weder zur Kindergärtnerin noch Handarbeits-, Haushaltungs- oder Turnlehrerin ausbilden lassen. Zum Unterrichten an Höheren Schulen und Hochschulen reicht meine allgemeine Bildung, zum Besuch einer Mittlern Fachschule wäre sie nach den heutigen Bestimmungen unzulänglich. In diesem Gewirr von Berechtigungen und Zulassungsbestimmungen verfangen sich unsere Kinder, sobald sie einen Beruf suchen. Entweder werden sie dadurch überhaupt von der ihnen erwünschten und für sie befriedigenden Arbeit fern gehalten, und wir schaffen auf diese Weise ein Heer von lebenslänglich Unbefriedigten und Enttäuschten, oder sie brauchen Zeit, Kräfte, Jugendfrische und Geld für Vorbereitungen zur Berufsvorbereitung, in einer Zeit, da man mit all diesen guten Dingen nach Möglichkeit rationell verfahren sollte. Aber die Rationalisierung, die wir in der Wirtschaft so eifrig betreiben, lassen wir den Menschen gegenüber völlig fehlen.

Die Ursache ist deutlich genug ersichtlich: Wir haben einen Überschuß an Menschen, eine so starke Reservearmee Arbeit und Lebensstellung Suchender, daß ein starkes Auslese- und Aussiebungsverfahren notwendig erscheint. Für alle "höheren" Berufe, und zu denen rechnen schon die Handwerkslehren und der Handlungsgehilfe, ist es nun das Allerbequemste irgendeinen Berechtigungsschein zu verlangen. Das spart die Mühe des eigenen Nachdenkens und der eigenen Prüfung, und es gibt dem Beruf außerdem einen Schimmer von Vornehmheit, der in der Heimat der Kommerzien- und Hofräte sowie der Schützenkönige noch immer nicht zu verachten ist. Leider wird dieses Bestreben, wird diese Neigung durch die öffentlichen Behörden des Reichs, der Länder und der Gemeinden verstärkt, die alle mit einander kein sinn- und geistvolleres Verfahren kennen als die gleiche Formel des Berechtigungsscheins, das bei ihnen in der Tat nichts anderes bedeutet als Bequemlichkeit, Denk- und Tatfaulheit. Und bei ihnen gelten nun freilich alle die Entschuldigungen, die für den kleinen Kaufmann und Handwerker, für Zünfte, Handwerks- und Handelskammern sich anführen lassen, nicht. Ein glattes Versagen.

Dieses Versagen wird in seiner Wirkung durch das Bestreben von Beamtenvereinigungen und Angestelltenverbänden verschärft möglichst hohe Forderungen für die Vorbildung aufzustellen. Das bedingt einerseits der (ebenso natürliche wie vergebliche) Wunsch der in sicherer Stellung Befindlichen den Andrang neuer Kräfte zu hindern, indem man den Zugang möglichst eng macht, also eine zünftlerische Einstellung, die den Beruf als Privateigentum ansieht, das man gern zu einem Monopol machen will. Andererseits spricht das Bestreben mit durch das Argument der langen und kostspieligen Vorbildung die Gehaltforderungen zu stützen, das besonders bei der Neuordnung der Beamtgehälter durchschlagend wirkte. Bei den entscheidenden Stellen, die, durchweg nur juristisch oder finanztechnisch durchgebildet, über keinerlei Anschauung verfügen, was denn in bestimmten Beamtenkategorien gefordert und geleistet werde, verfängt nur die allgemeine Kategorie: mittlere Reife, höhere Reife, Hochschulbildung. Danach wird eingruppiert, und darauf basiert man daher seine Forderungen. Man verquickt so Dinge mit einander, die absolut nichts mit einander zu tun haben sollten.

In ganz böser Weise wirkt das vor allem auf die Schulen selbst und ihre Beamten, die Lehrer. Denn auch hier gilt der gleiche Maßstab, nur in der doppelten Weise, daß er auf die Vorbildung der Lehrer ebenso wie auf das Ziel und die Zulassungsbedingungen der Schule angewendet wird. Es ist wohl bei allen "zuständigen" Stellen ein Axiom, daß eine Schule, die Vollreife gibt, in ihren Lehrergehältern höher zu rangieren hat als eine solche, die nur zur mittlern Reife führt; daß Anstalten, die das Zeugnis der mittlern Reife verlangen, höher besoldete Lehrkräfte und Direktoren haben müssen als solche, die sich mit dem Abgangszeugnis einer Volks- oder Berufsschule begnügen. Es ist sehr menschlich, daß Direktor und Kollegium einer Anstalt unter diesen Verhältnissen alles daran setzen Zulassungsbedingungen und Ziele ihrer Anstalten möglichst hoch zu schrauben. Sie kämpfen damit um ihren Lebensstandard. Nur wird leider dieser sehr natürliche und berechtigte Kampf auf einem völlig falschen Boden geführt: zum Schaden unseres Schulwesens und unserer Jugend, der damit der Zugang zum Beruf unnötig beschränkt und erschwert wird.

Man muß alle diese Dinge im Auge behalten, um verstehen zu können, wie das Abiturientenexamen, das seinen Sinn und seine Bedeutung in einem Beamtenstaat hatte, so hat verwuchern und entarten können, daß es zum heutigen Berechtigungswesen wurde, zu einer Verzopfung, unter der unser gesamtes Schulwesen leidet, und die alle Reformversuche, allen Willen zu weitherziger Gestaltung schließlich zum Scheitern bringt.

Jeder, der die deutschen Schulen aus eigener Anschauung kennt, weiß, in wie hohem Maß alle Arbeit in ihnen von dem Gedanken, sagen wir ruhig: von der Furcht vorm Examen oder vor dem Berechtigungszeugnis bestimmt wird. Sogar in der Grundschule wird heute zum mindesten die Arbeit der beiden letzten Jahre von dem Gedanken geleitet: Der Übergang zur Höhern Schule muß glatt verlaufen. Auf dieses Examen wird gepaukt, und man läßt diejenigen, die diesen Übergang nicht mit versuchen, einfach "mitlaufen", weil es auf sie beim Urteil über Schule und Lehrer ja nicht so ankommt. Einzig die höheren Klassen der Volksschule und die Pflichtberufsschule entziehen sich diesem Fluch, weil auf ihnen ein anderer, nicht minder schwerer liegt: Sie sind Sackgassen, von denen aus es keinen Aufstieg und kein Weiterkommen gibt. Warum also sich um sie so sehr bemühen? Da sie auch in der

Lehrerschaft vielfach so als Sackgassen und tote Gleise gewertet werden, besteht natürlich bei allen ehrgeizigen und den meisten aktiven Lehrkräften das Bestreben von ihnen loszukommen. Am verhängnisvollsten zeigt sich diese Sachlage in dem Bestreben, dem man überall begegnet, Pflichtberufsschulen und freiwillige Fachschulen oder -klassen zu trennen, auch wo sie in einer Schulorganisation zusammengefaßt sind, die qualifizierteren Lehrkräfte aus der Berufsschule herauszunehmen und diese so zu einer Schule letzten Grades zu machen, weil sie "ja doch keine Berechtigungen verleiht".

Schon diese Wendung zeigt die grundfalsche Richtung unserer offiziellen Schulpolitik. Nicht "Berechtigungen" soll die Schule verleihen sondern zu bestimmten Leistungen befähigen. Ob sie dieses Ziel erreicht, das läßt sich nicht durch Abgangs- und Reifezeugnisse oder Abgangsprüfungen sondern durch praktische Erprobung feststellen, in Verbindung mit sehr vor- und umsichtig verwendeten Schulberichten über Art und Lebensgang des Schülers.

Unser bisheriges System wirkt sich auch darum so verhängnisvoll aus, weil es falsch konstruiert ist, nämlich von oben her statt von unten auf. Richtunggebend und bestimmend war zunächst die Universität, als deren Vorschule das humanistische Gymnasium galt. Alles, was sich an diese beiden "hohen" Schulen angegliedert hatte, erhielt seinen Rang nach dem größern oder geringern Abstand von ihnen. So blieb die "klassische" humanistische Bildung lange über ihre lebendige gesellschaftliche Bedeutung hinaus notwendige Ergänzung jeder Bildung, die als vollwertig gelten wollte. Und als die klassische Norm nicht mehr zu halten war, setzte sich wenigstens die fremdsprachliche an ihre Stelle, und sie beherrscht heute das Feld. Man hat sich darüber aufgeregt, daß sächsische Bäckermeister die mittlere Reife für ihre Lehrlinge verlangten, und gefragt, ob man zum Semmelbacken Französisch und Englisch brauche. Normalerweise braucht man es ebensowenig als Kindergärtnerin, als Maschinenbauer, als Fürsorger. Aber Kindergärtnerinnenseminare, Höhere Maschinenbauschulen (die einzigen, die auch zur Technischen Hochschule führen), Soziale Schulen verlangen eine Vorbildung, die Fremdsprachen einschließt, erschweren dadurch den Weg, schließen die nicht zur Spracherlernung Neigenden aus, ebenso wie alle, deren Eltern den langen Weg über mittlere Reife und Fachbildung nicht bezahlen können.

Es ist ein böses Wirrnis, das humanistische Tradition, Konkurrenzfurcht, Zünftlertum und politische Verbohrtheit so geschaffen haben, und es wird einen sehr zähen Kampf brauchen, bis wir in diesen Irrgarten von Bildungs- und Berufshemmungen Licht gebracht haben. Die ersten Besserungsversuche, die man nach dem Krieg anstellte, wurden in der Reichsschulkonferenz begraben. Das System der "Bildungstypen" Höherer Schulen, das man statt dessen schuf, indem man neben die 3 bestehenden Schulen die sogenannte Deutsche Schule setzte, schaffte vielleicht etwas mehr Freiheit nach innen, ohne die Hemmungen nach außen irgendwie zu verringern. Besserung und, wenn man will, wirkliche Hilfe kann nur von anderer Seite kommen.

Wichtig als Not- und Übergangseinrichtung sind die Arbeiterabiturientenkurse, die zuerst im Berliner Stadtbezirk Neukölln durchgeführt sind, und die Volksschüler, die später im Beruf gearbeitet haben, zur Hochschulreife bringen¹.

1) Diese Kurse sind durchaus von den heute beliebten "Abendgymnasien" zu unterscheiden, die Berufstätige in Abendkursen nach der vollen Tagesarbeit zur Vollreife bringen wollen: ein Raubbau an ihren Kräften, eine Abschlagszahlung auf berechtigte Forderungen in falscher Münze.

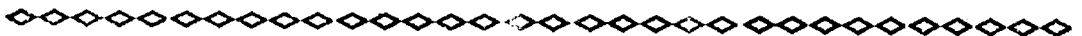
Sie bleiben aber ein isolierter und gefährdeter Posten, solange nicht unser ganzes Schulwesen sich auf solche Bildungsgänge: Volksschule, praktische Arbeit, theoretische Arbeit bis zur Hochschule, umstellt. Mehr verwurzelt in unserm Schulwesen sind schon die Aufbauschulen (noch viel zu wenige leider: Boelitz rechnet 1924 auf sie 0,1 % der Schüler an Höheren Schulen), die nach dem 6. Schuljahr, statt nach den 4 Grundschuljahren, die Schüler in 6 Jahren zur Hochschule vorbereiten. Leider sind sie heute zumeist als Notschulen für Landkinder und wenig Bemittelte aufgezogen; Boelitz wandte sich geradezu gegen ihre Errichtung in größeren Städten. Sie bekommen dadurch leicht den Charakter von "Pressen" und verschärfen die Übel unseres bestehenden Berechtigungswesens, statt sie zu überwinden.

Richtiger erscheint der Weg, den man jetzt in Berlin einschlagen will. Man denkt hier an eine Fortführung der Volksschule, zunächst in freiwilligen Kursen von 2 Jahren, in denen nicht etwa fremdsprachliche Studien getrieben werden sollen, sondern die naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Kenntnisse, die die Volksschule vermittelt, vertieft und erweitert werden: im Hinblick auf den spätern Beruf, sei er nun handwerklicher, technischer, kaufmännischer oder sozialer Art. Von diesem Versuch wird ausführlicher zu sprechen sein, wenn die Sache selbst ins Leben getreten ist. Er öffnet (in Frankreich und England längst beschrittene) Wege aus dem bösen Wirrnis unseres standesmäßig und zünftlerisch verzäunten Berechtigungswesens herauszukommen. Die Bedingung wird freilich sein, daß der Staat dem Versuch der größten Gemeinde Deutschlands entgegenkommt und Schülern, die eine so erweiterte Volksschulbildung aufweisen, den Zugang zu beruflichen Fachschulen jeder Art und durch diese zu den Hochschulen ohne Klauseln öffnet.

Weiter aber brauchen wir auf diesem Weg eine bessere Pflege und einen systematischen Ausbau unserer bisher so überaus stiefmütterlich behandelten Berufsschulen. Mir liegt der preußische Etat von 1929 vor. In ihm schließen die Höheren Schulen mit 39,5 Millionen für nicht ganz 500 000 Schüler ab, das heißt, auf den Kopf des Schülers entfallen an staatlichen Zuschüssen rund 80 Mark. Für die rund 700 000 Berufsschüler aber sind nur 18,12 Millionen, pro Kopf 26 Mark Zuschüsse, vorgesehen. Die Kommunen sind in ihren Zuschüssen zum Teil noch vorsichtiger. Und diese ganz ungenügende Beschulung erfaßt dabei nur einen Bruchteil der wirklich berufstätigen Jugend.

Hier liegen aber die hauptsächlichen Zukunftsaufgaben. Hier, in einem systematischen Ausbau der Pflichtberufsschule und der freiwilligen Fachschule in Verbindung mit einem Ausbau der Volksschule, wie er eben angedeutet wurde, liegen die Möglichkeiten unser Berechtigungswesen und das einseitige Klassenprivileg der Höheren Schulen zu durchbrechen. Das wird allerdings nur auf Grund eines neuen Arbeitsrechts für Jugendliche und neuer Vorschriften für die Berufsausbildung möglich sein. Die gesetzgebenden Aufgaben, die hier entstehen, sind Reichsaufgaben. Die Regierung des vergangenen Reichstags veröffentlichte den ersten Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, der so ungefähr zeigt, wie man eine solche Sache nicht anfassen darf, und den lebhaften Widerspruch der Gewerkschaften weckte.

Wenn wir jetzt an diese Aufgaben erneut herangehen, darf es nur mit dem Blick auf unser gesamtes Bildungswesen geschehen, dessen Umbau von unten auf wir so vorzubereiten haben, um es den großen Aufgaben unserer Zeit gewachsen zu machen.



PAUL FERDINAND SCHMIDT · VAN GOGH UND DER SINN DER KUNSTFÄLSCHUNGEN

MAN soll der preußischen Museumsverwaltung danken, daß sie uns jetzt die van-Gogh-Sammlung Krölller-Müller aus dem Haag in Berlin vorführte. Selten ist eine Schau so sehr im "psychologischen Moment" gekommen. Die Leitung der Nationalgalerie hat vielleicht kein unbedingt vorbedachtes Verdienst daran. Die reichhaltige und schöne Kollektion traf programmäßig auf ihrer Tournee Mitte Dezember in Berlin ein, als man noch sehr frisch die Skandalaffäre der 33 als Fälschungen entlarvten van Goghs im Gedächtnis, und die Zeitschrift Kunst und Künstler sie soeben auf 2 Seiten reproduziert hatte. Besieht man die Affäre bei Licht, so fängt sie vielleicht oder hoffentlich erst an; Interessenten beantragen gerichtliche Untersuchung gegen Interessenten. Es kann sehr lehrreich werden, aber es muß auch gleich bemerkt werden: Keine noch so heitere oder spitzfindige Dramatik vor den Schranken unserer Rechtsprechung kann wesentliche Neuigkeiten zu den Erfahrungen hinzutun, die wir im Fall van Gogh für unser Seelenheil und unsere Kenntnis der menschlichen Natur gewonnen haben. Denn das eine, was unsere bitteren Empfindungen zurückhalten könnte: der Beweis, daß es keine van-Gogh-Fälschungen gibt, wird selbst vor einem deutschen Gericht schwer zu führen sein.

Wie gut man in der Nationalgalerie die Bedeutung der Stunde erfaßt hat, beweist das ominöse kleine Kabinett am Schluß der Kröllerschau, wo in peinlicher Einsamkeit eine stumpfgrüne Zypressenlandschaft hängt, die eine weite künstlerische, technische, farbige, qualitätshafte Distanz von den echten Arbeiten van Goghs trennt. Schade, daß der Effekt dieser Fälschung durch die Eselsbrücke ausdrücklichen schriftlichen Hinweises abgeschwächt wird. Im übrigen sollte die Kröllersche Sammlung nicht mit dem Werk Vincent van Goghs identifiziert werden. Sehr verdienstvoll, sehr interessant, daß ein Privatmann nicht weniger als 143 Ölgemälde und Zeichnungen eines Großen zusammengebracht hat; noch besser, daß diese einen erstaunlich kompletten Begriff der Entwicklung van Goghs seit seinen ersten dilettantischen Versuchen bis zum Todessommer 1890 geben. Dergleichen bekommt man nicht häufig zu sehen; daß nicht durchweg Meisterwerke da sind, versteht sich von selbst, aber ein ideelles Manko wird reichlich durch die persönliche Färbung solch einer Sammlung aus privater Leidenschaft aufgewogen. Es bleibt unschätzbar den ganz außerordentlichen Entwicklungsgang eines Genies aus dem Nichts, 12 Jahre lang, von den bitteren Nöten der Haager und Nuener Jahre zum ersten Aufblühen in Paris, zur Vollendung und einsamen Gipfelhöhe der letzten 2 Jahre in Arles, Saint-Remy und Auvers, an charaktervollen Werken zu erkennen; in einer lückenlosen Folge, die in der guten Aufstellung des Berliner Kronprinzenpalais jedes Suchen und vergebliche Herumirren durch streng historische Folge unmöglich macht.

Es ist wohl kaum notwendig auf die besonderen Wirkungserscheinungen van Goghs hinzuweisen. Nach 40 Jahren sind die Bekenntnisse dieser leiderfüllten Seele so erschütternd wie am ersten Tag; und nimmt man die schreckliche Kenntnis seines Daseins und der Produktionsbedingungen hinzu, die man aus seinen 630 Briefen an den Bruder Theo gewinnt, so gibt es wohl kaum eine sichtbare Emanation des Geistes, die aus größeren Tiefen käme und unsere Zeit heftiger anklagte als dieses Werk, an dessen Ende der Selbstmord steht.

In ihm findet sich noch manches andere, das wissenschaftlich bleibt. Zum Beispiel die Tatsache, daß van Gogh und sein Bruder zu ihren Lebzeiten kaum ein Bild von ihm verkaufen konnten, obwohl die Preise so lächerlich waren, daß heute auch der kleinste Anfänger sie unter seiner Würde fände. Daß van Gogh mehrfach an eine kommunistische Gemeinschaft von Künstlern gedacht hat, einen durchaus ernsthaft durchführbaren Plan mit gleichmäßiger Verteilung des Verdienstes unter die Teilnehmer. Daß er 12 Jahre lang mit einem von seinem Bruder Theo ausgesetzten Wechsel von 150 bis 200 Francs gelebt hat, wovon er die gewichtigen Farbenrechnungen usw. bezahlen mußte. Und so noch einiges, das zwar durchaus nicht die ungeheure Aufgewühltheit und revolutionäre Neuartigkeit seiner Kunst, wohl aber die Tatsachen seines zeitweiligen Wahnsinns und freiwilligen Todes beleuchtet.

Das hat man freilich alles längst gewußt, und Julius Meier-Graefe hat es in der schönen Biographie Vincent mit großer Eindruckskraft, den Briefen sich anschließend, beschrieben. Was uns in der jüngsten Zeit aber ganz besonders erregte und Briefe, Leben, Werke und Kröllersche Sammlung in ein recht stechendes Licht tauchte, ist die Tatsache, daß man mit systematischem Bedacht mehrere Dutzend Bilder van Goghs gefälscht und in den Handel gebracht hat, natürlich erst, nachdem die Preise seiner Bilder eine Höhe erklommen hatten, die einen Rekord in unserer spekulativen Epoche darstellt. Der Treppenwitz der Welt- oder Kunstgeschichte liegt in der unfassbar großen Spannung zwischen der hoffnungslosen Armut des Produzenten bis zum Tod und der flotten Konjunktur des Handels mit seinen Produkten, etwa seit 2 Jahrzehnten. Die 2. Stufe, die solche Konjunktur erklettern konnte, Tatsache und Handel mit Fälschungen seiner Bilder, treibt diese Spannung zu einer so unerträglichen Höhe, daß ihr schmerzliches Bewußtsein sie zum Reißen bringt. Der holländische Forscher Baart de la Faille, der das genaue Verzeichnis aller van Goghschen Werke mit wissenschaftlicher Sorgfalt aufstellt, hat als Beauftragter des öffentlichen Gewissens die Entdeckung gemacht und 33 Gemälde, die er bereits in seinen Katalog aufgenommen hatte, nachträglich als unecht erklärt. Wer Haltung und Forschergeist unserer Gelehrten kennt, wird die Skrupel, die sich vor solcher Selbstdesavouierung türmen, und demzufolge ihren innern Wahrheitsgehalt einzuschätzen wissen.

An diesem Punkt ist das Problem der Kunstfälschungen brennend geworden und hat mit einemmal das Gewissen breitester Öffentlichkeit geweckt. Das Empörende des Falls liegt nicht in der Zahl der Werke und in der aktuellen Beliebtheit des Künstlers sondern in der besondern ethischen Färbung, die gerade die Verfälschung der van Goghschen Handschrift als Niedertracht empfinden läßt, weil dieses Lebenswerk mit Blut geschrieben und besiegelt ist, und Imitationen hier wie eine Verhöhnung des sittlichen Ernstes selber wirken müssen. Daß derart differenziert wird, beweist die wesentlich andere Einschätzung der Dossenaschen Kunststücke, die wie auf Verabredung zu gleicher Zeit entdeckt wurden, dem genialen Nachahmer aber nicht den Fluch sondern die Bewunderung der betrogenen Kunstmenschheit eintrugen, dergestalt, daß man sich jetzt um seine Fälschungen reißt und sie als echte Dossenas verhandelt. Und damit kommt man auf den Kern des Komplexes.

Kunstkauf und -handel beruhen, wie übrigens auch jedes andere Börsengeschäft, auf den beiden Voraussetzungen der Echtheit und der spekulativen Hoffnung auf Wertsteigerung. Die letzte, das eigentlich antreibende Element, ist allzu häufig imaginär, um nicht den wilden Reiz des Hasards zu besitzen.

Sie tritt vom ersten Rang, den sie beim Effektenhandel einnimmt, in die Kulisse der angenehmen Eventualität beim Kunstkauf, der vielmehr seiner Natur nach den primären Nachdruck auf die Echtheit legen muß. Kein Kunstfreund wird bei seinen Erwerbungen die Erwartung der Wertsteigerung als sein Motiv zugeben (er sei denn 100prozentiger Amerikaner), garantieren aber muß der Verkäufer für Identität von Ware und Marke; und in diesem seinem Ehrenpunkt ist der legitime Kunsthandel auch sehr empfindlich. Um so erstaunlicher müßte die Tatsache sein, daß vielleicht die Hälfte aller älteren Kunstwerke, bis zum 19. Jahrhundert, die in den letzten Jahrzehnten auf den Markt kamen, nicht echt oder halb echt sind. Aber das Erstaunen wäre sehr ungerechtfertigt. Denn es liegt in der Natur von wachsender Nachfrage im Verhältnis zu einem stabil bleibenden Angebot, daß der Stabilität von alterm Kunstgut künstlich nachgeholfen wird, um den Markt nicht verdorren zu lassen. Solange Kunstwerke zu Handelsobjekten des kapitalistischen Systems erniedrigt werden, ist die logische und natürliche Folge, daß man Nichtvorhandenes durch Imitationen ersetzt, deren Hersteller immer der Gewissenhaftigkeit von Kunstexperten durch ihre Raffinements eine Nasenlänge voraus sein werden; genau so, wie die Durchschlagskraft der tödlichen Angriffswaffen der Abwehrtechnik stets um eine Nasenlänge voraus sein wird.

Man könnte sich schließlich damit trösten, daß dieses Wettrennen zwischen Gelehrtenexpertise und Fälscherkunst ja nur einige Kapitalisten angehe, denen nichts Besseres zu wünschen sei, als daß sich ihre Auffassung von Kunst als einem Börsenpapier an ihnen selber räche, indem sie Schall und Rauch für unsterbliche Schönheit einhandeln. So einfach ist die Sache leider nicht. Denn es berührt sich auch hier das Interesse des Kapitalisten eng mit dem Wohl der ganzen Menschheit, wie es etwa beim Wettstreit aller großen Industrien der Fall ist. Zum Wesen des Kapitalismus gehört, daß jedermann in seine Manipulationen verstrickt wird. Es geht uns leider verdammt etwas an, daß Dutzende von van Goghs gefälscht werden; auch wenn wir niemals in die entfernteste Lage kommen sollten einen van Gogh erwerben zu können. Es ist nämlich ganz unmöglich Kunst zum bloßen Handelsobjekt zu machen. Dazu führt schon allein die Überlegung, daß aller Privatbesitz daran schließlich in die Sammelbecken der öffentlichen Museen geraten muß. Das wäre nur eine äußerliche Betrachtungsweise. Aber am Ende ist Kunst wie Kunstbesitz überhaupt eine Vertrauenssache, ohne die ein richtig menschliches Dasein nicht mehr denkbar ist; eine ideelle Basis, deren Verlust uns den Boden entzieht, auf dem wir leben. Besieht man sich den Wesensbestandteil der heutigen Existenz, wie er, im Massenaufmarsch, im Sportteil unserer Presse, in wachsender Verkümmernng alles Geistigen und nicht zuletzt eben auch in kommerzieller Unterjochung alles geistigen Verlangens sich manifestiert, so möchte man allerdings meinen, es käme überhaupt nicht mehr auf ein bißchen mehr oder weniger Unsicherheit in der Echtheitsfrage bei der Kunst an. Aber das stimmt nicht. Nicht bloß, weil sich bei den Fällen van Gogh und Dossena eine ganz überraschende und sogar leidenschaftliche Anteilnahme von Volksschichten in aller Welt ans Licht gewagt hat, sondern deshalb vor allem, weil dieses Interesse nur ein Symptom für eine tiefe, und ohne Zweifel hoffnunggebende Unterströmung von geistiger Haltung darstellt.

Denn das Verlangen nach geistigem Menschentum ist nicht ausgerottet und auch von Sport, amerikanischen Filmen und Tanztees nicht zu unterdrücken. Den Kapitalisten könnte man ihre Kunstfälschungen mit vollkommener Ruhe

zum Auspauken unter einander überlassen. Daß man sich bei dem Gedanken aufbäumt und es für unerträglich erklärt, daß die leidenschaftshohen, höchst ethischen Ausbrüche eines Genies, wie die Bilder van Goghs, durch Fälschungen geschändet und verhöhnt werden dürfen: dieses ist wohl als Anzeichen eines sittlichen Weltgewissens anzusehen. In dem Widerspruch gegen solche Spekulationspraktiken offenbart sich ein Reinlichkeitsgefühl, das den Bezirk der Tempel für unantastbar erklärt und das Göttliche in seine Rechte einsetzt.

Darum bedeutet der Fall van Gogh eine deutlich sichtbare Wende und Gewissenseinkehr. Es ist kein beliebiger Name: Vincent van Gogh ist uns ein Bannerträger, an den man nicht rühren darf. Daß er Bilder gemalt hat, die uns erschüttern wie kein anderes Werk, ist nicht das Letzte. Er war der große Verkünder neuer und besserer Werte; der Bekenner eines Kollektivwillens und Kollektivgewissens, das den einzelnen hintansetzt und vergehen läßt vor dem Werk für die Allgemeinheit. Er hat sich selber für dieses Werk geopfert, das er vorausahnte und durch sein ganzes Leben zu verwirklichen trachtete. Weil er zu früh geboren war und den Aufgang der Sonne nicht erleben durfte (wie wir ihn heute auch noch nicht erlebt haben), ist er an seiner Berufung zerbrochen. Die Fahne aber, die er ergriffen hatte, darf nicht wieder in den Staub getreten werden.

LISBETH STERN · DIE NEGER UND WIR

UNSERE Stellung zur schwarzen Rasse ist heute doch sehr anders als zu den anderen fremden Rassen. Ob es daran liegt, daß sie in solchen Scharen durch die Sklaverei nach Amerika kamen und sich an das neue Land und die Bedingungen seiner Zivilisation haben assimilieren müssen, oder ob ihr Naturell so viel beweglicher ist als zum Beispiel das der Chinesen, ist schwer abzusehen. Jedenfalls sind unsere Beziehungen zu den Negern ganz in einander verwickelt zu einem gegenseitigen Nehmen und Geben.

Anna Nußbaum, die hier in den Sozialistischen Monatsheften schon vor 6 $\frac{1}{2}$ Jahren uns in die Negerromane einzuführen versucht hat, brachte uns jetzt eine Auslese der neuen Negerlyrik, ins Deutsche übertragen von Hermann Kesser, Josef Luitpold, Anna Siemsen und ihr selber, unter dem Titel Afrika singt. In der Einleitung dieser Sammlung sagt sie, daß nach einer recht nichtssagenden Epoche jetzt, in den letzten 20 Jahren, die Literatur der Neger einen wunderbaren Aufschwung genommen habe. Sie ist offenbar von einer Art Dialektdichtung ausgegangen, vornehmlich in der Form ihrer Blues, unter denen die von Langston Hughes wohl die künstlerischsten und eigenartigsten sind. Ihr Gemeinsames haben sie durch das Gemeinsame ihrer Rasse und das gemeinsame Leid, dem sie in Amerika ausgesetzt waren. Es zieht sich fast durch alle Verse hindurch eine sehr schwere Traurigkeit neben der Sehnsucht nach Freude, aber hinter dem allen auch schon Kampfkraft und Selbstbewußtsein. So sehen wir sie jetzt zu den selben Waffen gekommen, die auch die Kämpfer unserer Kulturwelt haben, und besonders die Gedichte Claude McKays könnten auch die Gesänge von Proletariern sein. Es ist die selbe Art der Sprache und das selbe Pathos. Was früher in den Spirituals so simpel war wie von einem Kind, das eben erst etwas gelernt hat, ist jetzt in die Welt des Intellekts getragen und damit in unserm Sinn revolutionär geworden, und zwar *sehr* revolutionär. Aber die andere Art ihres Bluts, die

man in den Spirituals durchföhlte, die Dunkelheit, durch die nur der Instinkt seinen Weg findet, ist zum Teil verflogen. Nur in manchem von ihnen, besonders eben in Hughes, glaubt man sie noch zu föhlen. Heute ist die ganze afrikanische Gesellschafts- und Variétékunst von der Kunst der Neger restlos durchdrungen. Den Negern selbst mag die Nahrung, die das amerikanische Leben ihnen bot, ihrer Art nach gar nicht sehr entsprochen haben. Aber da Amerika fürs erste ihre örtliche Heimat geworden war, so nahm ihr einfacher und gesunder Sinn sie auf, und er setzte sie nach seinem Wesen zu sehr neuen Formen um. Was die Neger geben werden, wenn sie einmal in ihrer *wirklichen* Heimat sein werden, kann man natürlich heute noch nicht absehen, wenigstens ist das Wie ihrer Entwicklung noch nicht zu erkennen. Daß aber überhaupt eine ganz außerordentliche Entwicklungskraft in ihnen steckt, das ist wohl offenbar.

Wirklich direkten Zusammenhang mit dieser andern uns fremden Blutart spürt man aber eigentlich erst in der Musik und im Tanz, die beide offenbar noch eng mit der Afrikakunst der Neger verknüpft sind. Natürlich ist es schwer solche Besonderheiten, die auf die gesamte Kunst unserer Zeit so überaus befruchtend gewirkt haben, deutlich zu bestimmen, zumal wenn man an die Verschiedenheiten der afrikanischen Negerstämme denkt, so grundverschieden in ihren Körpertypen und so verschieden natürlich auch in ihrer seelischen und geistigen Art. Solche Bestimmungen können nur ganz grob sein und sind nur mit aller möglichen Einschränkung zu denken. Aber grundbestimmend bei den Negern ist überall und immer wieder ihre Einfalt. Die Berliner Illustrierte Zeitung brachte vor einiger Zeit ein Bild von einer Negerschulklasse aus dem Kongogebiet, Jungen von etwa 10 Jahren. Wie sahen sie nur alle weit und offen und fröhlich aus! Da ist in ihrem Blick auch nichts von Ermüdung oder von Vorsicht, die aus Klugheit sich etwas im Hinterhalt hält, wie doch in den Augen unserer Kinder in dem Alter fast durchgängig. Und diese selbe spannungslose Art, die sie im Blick haben, trotz den grellen und blanken Augen, sehe ich auch in der ganzen Körperhaltung, darum wohl auch oft so ähnlich jungen Hunden. Diese Losheit und Entspanntheit ist ja auch immer das gewesen, was die Karikatur des Negers bestimmt. Aber sie macht auch wieder seine Schönheit aus, wenigstens, wenn sie mit der Ruhe verbunden ist, die sie oft haben. Und mit ihr hängt auch eigentlich alles das engstens zusammen, was sie in unsern Tanz und unsere Musik hereingebracht haben. Ich sah einmal 2 Neger, die in einer größern Gruppensache eine kleine Steppeinlage hatten. Sie berührten sich nur mit den Schultern, die eine halb vor der andern, und waren ganz wie ein Körper. Die Rhythmen, die diese 4 Füße steppten, waren viel zu kompliziert, als daß ich sie verstehen könnte, nur die Strenge und Präzision föhlte ich, und ich sah dazu den ganz heitern und gar nicht angestregten Blick. Da die Gelenke gleichsam nur in ihren Angeln hängen, können sie ein so bewegliches und leicht angebendes Instrument sein. Und ganz das selbe glaube ich aus ihren Stimmen zu hören. Die Männerstimmen können eine Ruhe und Gelassenheit haben wie etwa die Flut, und wenn sie ein Crescendo machen, ist es nicht anders, als wenn eine runde geschlossene Woge ansteigt. Und das Merkwürdige ist, daß sie bei der seelischen Bewegtheit doch immer ausgesprochen männlich wirken, was sich auch in den Gedichten sehr stark ausspricht. Von irgendwelchem Freilegen von sich, von einem Werben um Verstandenwerden und dergleichen ist keine Rede. Es kommt kaum zu einer Bewußtheit, und man denkt, daß sie nichts

anderes fühlen mögen als eben nur den Zusammenhang von sich mit ihrem Tanz oder ihrem Gesang. Alle diese Dinge haben es wohl gemacht, daß unsere Kunst mit solcher Unmittelbarkeit das aufnahm, was uns die Neger brachten: wohl aus dem Gefühl heraus, daß es auch das war, was uns am meisten fehlte. Sie haben die gesamte Tanztechnik unserer Zeit geprägt.

Aber ein anderes der Neger ist vielleicht noch viel wesentlicher. Und damit blieben sie allerdings in unserer Welt ohne Antwort. Das ist ihre Religiosität. Wohl seit Jahrhunderten haben wir nicht Worte des Glaubens gehört, die von solcher Kraft und Inbrunst getragen sind. Der christliche Glaube ist in ihnen noch einmal zu einem ganz neuen Leben gekommen, obwohl in der oben genannten Anthologie ihre Religiosität schon sehr anders geworden ist, wesentlich leidenschaftlicher und anklagender. Sie rechnet mit dem weißen Gott und kämpft mit den Gefühlen des Zweifels und der Rache. Hier ein Stück aus W. E. Burghardt Du Bois' Litanei von Atlanta:

»Verzeihe uns, Herr, wir wissen nicht, was wir reden.

Wir sind sehr verwirrt von wilden Gedanken und vom Wahnsinn derer, die man verhöhnt und verfolgt und erwürgt hat. An den Stufen deines Thrones heben wir unsere Hände in ihren Ketten und fragen Dich, Herr, bei den Gebeinen unserer geraubten Väter, bei den Tränen unserer toten Mütter, beim Blute Deines gekreuzigten Sohnes; Was bedeutet dies? Sage uns Deine Gedanken, gib uns ein Zeichen.

Schweige nicht, Herr, unser Gott,

Throne nicht länger blind, o Gott, taub unserm Gebet, stumm unserm stummen Leiden. Du bist doch nicht ein Schatten, Gott, blaß, blutlos, herzlos:

Herr alles Erbarmens.«

So lose den Negern ihre Glieder sitzen, so natürlich und frei ihre Bewegungen sind, so lose und natürlich sitzt ihnen auch ihre Gesangstimme. Bei den Weißen haben eigentlich nur die Kinder eine natürliche Sprech- und Singweise; vielleicht ist es der Einfluß der Schule, jedenfalls hat der erwachsene und gebildete Weiße eine unnatürliche Art seinen Kehlkopf zu benutzen, von der der Berufssänger erst durch mühsame (meist erfolglose) Studien sich freimachen muß. So oft ich einfache Neger singen hörte, hatte ich den Eindruck, daß sie von Natur über eine Stimmbildung verfügen, die das selten erreichte Ziel eines kultivierten europäischen Sängers ist: daß sie wie das Kind frei und hemmungslos über ihr Organ verfügen; dazu kommt ein (sehr angenehmer) gutturaler Klang, der auch die höchste Tenorstimme männlich klingen läßt, und eine reiche Modulationsfähigkeit, in der das ganz Ursprüngliche ihres Musikempfindens sich ausdrückt.

Das Charakteristische des Gesangs der französischen und amerikanischen Neger liegt, abgesehen von seiner Melodik, wesentlich im Klang und in der dynamischen Modulation. Sie schalten mit ihrer Stimme frei wie mit einem schönen Instrument, auf dem sie spielen. Bei ihren mehrstimmigen Gesängen lassen sie häufig die melodieführende Stimme von den anderen so begleiten, daß man Banjos zu hören glaubt. Ihre mehrstimmigen Gesänge sind harmonisch reich und anziehend. Dabei hat man den Eindruck von Improvisationen: Sicher kennt ein großer Teil der Negersänger keine geschriebenen Noten; sie probieren und ändern beim Singen die Führung der einzelnen Stimmen so lange, bis sie ihnen am schönsten erscheint. J. W. Johnson, einer der Negerdichter, erzählt in seiner Vorrede zu einer Sammlung von Negro Spirituals, wie die Neger in den Südstaaten in der Barbierstube mit ihren Gitarren sitzen und Harmonieen ausprobieren; wenn eine besonders schöne Harmonie gefunden ist, dann rufen sie dem Spieler zu: »Halt fest, halt fest!«

Was wir von der Musik der afrikanischen Neger durch das Berliner Phonogrammarchiv kennen, ist natürlich sehr verschieden von der Musik der Neger, die durch Generationen mit der Kultur der Weißen in Berührung gekommen sind. Zwar haben schon die afrikanischen Neger die 4taktige Melodiebildung, aber ihre höchst komplizierte rhythmische Kontrapunktik, die wir kaum auffassen können, ist verschwunden. Die charakteristische Synkope in Melodie und Begleitung ist geblieben, und von ihr ist die ganze moderne Tanzmusik befruchtet worden. In der Form der Negerlieder Amerikas ist der Einfluß der französischen Chansons und der Rhythmus der spanischen Habanera, die von den französischen und spanischen Kolonisten der Südstaaten stammen, zu spüren. Aber nichts ist nachgeahmt, alles von eigenem Blut durchsetzt.

Hört man die Neger mehrstimmig singen, wie die Utica Jubilee Singers, die kürzlich in Berlin auftraten, so entsteht der spezifische und wundervolle Eindruck, abgesehen von dem schönen Naturklang der Stimmen, durch kleine rhythmische Unebenheiten, nach Hundertsteln von Sekunden zählende Verschiebungen, die wohl Nachzügler der rhythmischen Kunst ihrer afrikanischen Vorfahren sind. Diese Sänger stehen nicht steif auf dem Podium wie unsere Männergesangsvereine, sie bewegen sich frei, wie es dem Sinn der gesungenen Lieder entspricht. Bei einem Lied, das von einem Fest handelt, geht während des Singens die einzige Frau des Sextetts zu allen Männern und beglückwünscht sie mit einer natürlichen und rührenden Anmut in der Eckigkeit ihrer Bewegungen, die unserm hergebrachten Begriff von Anmut widerspricht, aber ihn gleichsam auf ein höheres Niveau bringt. Am freiesten bewegt sich die Negermelodik in den Rufen der schwarzen Straßenhändler, die in den Städten des amerikanischen Südens umherziehen. Wir hörten sie von Edna Thomas, die, selbst zwar keine Negerin, aber aufgezogen von einer Negeramme, sich in die Art des Negergesangs völlig eingelebt hat. Das Klavierspiel ihrer schwarzen Begleiterin hatte eine Musikalität und eine Färbung, wie ich sie sonst nie gehört habe.

Das Ursprünglichste von Negermusik hörte man in Berlin vor einigen Jahren im Nelsontheater, von der Kapelle, die beim ersten Auftreten der Josephine Baker spielte. Das hatte etwas vom afrikanischen Urwald. Doch davon ist schon einmal hier geschrieben worden.

RUDOLF GEIST · DIE TAT



ER Tag ist wie ein Kunstgeheimnis,
Das plötzlich Gott an uns verrät;
Ach, unseres Gemüts Versäumnis,
Daß er als Rätsel uns entgeht.

Vergangner Menschen Spuren ahnen
Wir für die Zukunft wiederum;
Ein jeder Tag schwenkt seine Fahnen
Zum Gruß ins Toddominium.

O Schöpfer, der die Werke spendet,
Sich selbst nicht zeigt, wie bist du groß.
Vielleicht hast du schon lang geendet:
Tat, deine Kunst ist zeitenlos.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Erwin Rawicz

Fürsorgeerziehung Die Öffentlichkeit ist wachgerüttelt worden: Was geht in den Fürsorgeerziehungsanstalten vor? Wenig dringt ans Licht, mehr unterbewußt fühlte man bisher, was nunmehr an den Tag gekommen ist. Wie man auch kritisch zu den Dingen stehen mag; Dank dem, der den Fürsorgezöglingen Raum und Stimme gegeben und die brennende Frage der Fürsorgeerziehungsreform in die Debatte gebracht hat. Es ist Peter Martin Lampel, der eine Sammlung erschütternder Berichte von Fürsorgezöglingen unter dem Titel *Jungen in Not* (Berlin, J. M. Spaeth/veröffentlichte. In den Berichten der Knaben, die zum Teil aus den jüngsten Monaten stammen, sind Anklagen ausgesprochen, denen schleunigst amtlich nachgegangen werden muß. Eine große Anzahl Menschen, die, durch eigene Schuld zuletzt, bereits in jungen Jahren auf Abwege gekommen sind, muß oft bis zum 21. Jahr in diesen sogenannten Fürsorgeanstalten bleiben, vielfach unter furchtbaren körperlichen Quälereien, hungernd und zur unvermeidlichen Homosexualität getrieben. Die Fürsorgeerziehung, die bessern soll, muß von "Erziehern" befreit werden, die den Sinn der Fürsorge ins Gegenteil verkehren. Das Fürsorgesystem, so wie es heute ist, ist der Deutschen Republik nicht würdig. Kein Einsichtiger verkennet die Notwendigkeit der Fürsorgeerziehung; mancher mag einwenden, daß in den Berichten der Jungen manches übertrieben, und daß hier vielleicht allzu sehr schwarz in schwarz gemalt sei. Und trotz allem, ein Teil von ihnen genügt bereits, um das System zu verwerfen, das solche Auswüchse ermöglicht. Das Buch Lampels, namentlich als es dann dramatisiert auf die Bühne gebracht wurde (siehe die Rundschau Bühnenkunst, in diesem Band Seite 82), hat beide Seiten, Ankläger und Angeklagte, aufgerufen: Die Reformnotwendigkeit wurde auch von denen zugegeben, die nicht mehr in sondern über den Fürsorgeanstalten stehen. Besonders beachtenswert sind die Ausführungen des Jugendrichters beim Amtsgericht Berlin Mitte Herbert Francke, der die Tatsache der berechtigten Verbitterung der Fürsorgezöglinge unumwunden zugibt. Wenn er eine sorgfältige Auslese und Ausbildung aller in der Fürsorge-

erziehung arbeitenden Kräfte fordert, wenn er die Herabsetzung der Altersgrenze (jetzt 21 Jahre) verlangt, wer vermag ihm da nicht zustimmen? Die Frage anschnelden heißt hier so viel wie die Dinge endlich reformieren wollen. Lampels Verdienst bleibt es das Feuer entzündet zu haben. Es wird nicht eher verlöschen, als die Reform, die alle wünschen, da sein wird. Alle Beteiligten mögen sich dabei der Notwendigkeit einer Beschleunigung bewußt bleiben. Denn jeder Tag kann neues, schweres Unheil über heranwachsende Menschen bringen.

Arbeitslosigkeit Mit dem Beginn der Wintermonate hat sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch stärker als im Vorjahr sprunghaft erhöht. Am 31. Dezember 1928 betrug die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung 1,7 Millionen Personen, das heißt über 500 000 mehr als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs. Zwischen dem 15. Oktober (Beginn der winterlichen Arbeitslosigkeit) und dem 31. Dezember hat sich die Anzahl der Hauptunterstützungsempfänger in dieser Winterperiode um rund 1,1 Million Personen erhöht; im Vorjahr in der gleichen Zeitspanne nur um rund 860 000 Personen. Für die finanzielle Belastung der Reichsanstalt ist es von besonderer Bedeutung, daß das Unterstützungsniveau Mitte Oktober 1928 bereits fast um 300 000 das im Vorjahr überstieg, so daß infolge der starken Steigerung im November und im Dezember es am Ende des Jahres 1928 um $\frac{1}{2}$ Million höher als im Vorjahr lag. Die außerordentlich hohe Anzahl der Unterstützten in diesem Jahr ist für die Finanzlage der Reichsanstalt von einschneidendem Einfluß. Selbst wenn durch die Sonderregelung von berufsüblicher Arbeitslosigkeit (siehe dazu den folgenden Abschnitt) die Ausgaben der Reichsanstalt bis zum Frühjahr insgesamt um etwa 30 Millionen Mark entlastet werden sollten, ist bereits jetzt vorauszusehen, daß noch im Januar das Reich durch Darlehen die Arbeitslosenversicherung wird stützen müssen. Der Notstock der Reichsanstalt, der im Oktober 1928 den Betrag von über 100 Millionen Mark überschritten hatte, kann bei einer derartig starken Inanspruchnahme natürlich nicht ausreichen, so daß die erwähnten, vom Gesetzgeber vorgesehenen Ergänzungen der Einnahmen durch Reichs-

vorschüsse Platz greifen müssen. Bei einer normalen Entwicklung des Arbeitsmarkts dürfte die Reichsanstalt die Darlehen des Reichs, selbst wenn sie 90 bis 100 Millionen Mark betragen sollten, dann im Sommer ohne Schwierigkeiten zurückzahlen können, obzwar damit der für den Winter 1929-1930 anzusammelnde Notstock von vornherein auf ein unwesentliches Minimum reduziert wird. Eine Beitragserhöhung über den gegenwärtigen Höchstsatz von 3 % hinaus oder aber die Einführung des englischen Beitragsystems, bei dem außer den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch der Staat ständig Beiträge zahlt, wird daher in einem spätern Zeitpunkt von den gesetzgebenden Körperschaften Deutschlands erwogen werden müssen.

Saisonarbeitslose Noch vor den Weihnachtsferien beschloß der Reichstag das Gesetz über eine Sonderfürsorge bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, das rückwirkend am 2. Dezember 1928 in Kraft gesetzt wurde. Im Zusammenhang mit einer Verordnung und einer Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Dezember 1928 ist damit der Gesamtkomplex der berufsüblichen Arbeitslosigkeit im Rahmen der Arbeitslosenversicherung einer vorläufigen Lösung näher gebracht worden. Für die berufsüblichen Arbeitslosen bestimmter Berufe in bestimmten Betrieben besteht in der Arbeitslosenversicherung nur eine verkürzte Unterstützungsdauer von 6 Wochen, nach deren Ablauf sie, sofern ihre Bedürftigkeit anerkannt ist, in eine Sonderfürsorge überführt werden, in der die selben Sätze als Unterstützung gezahlt werden wie in der Krisenunterstützung, das heißt also in den unteren und mittleren Lohnklassen die gleichen Beträge wie in der Arbeitslosenversicherung, dagegen geringere Sätze in den höheren Lohnklassen. Die Dauer der Unterstützung in der Sonderfürsorge wird nur zur Hälfte auf die Dauer des versicherungsmäßigen Anspruchs angerechnet. Den Aufwand für die Sonderfürsorge trägt zu $\frac{4}{5}$ das Reich, zu $\frac{1}{5}$ die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die außerdem die Durchführung der Sonderregelung kostenlos übernimmt. Für den Winter 1928-1929 werden die für die Sonderfürsorge notwendigen Aufwendungen auf 35 Millionen Mark geschätzt, von denen das Reich 28 Millionen Mark bereitstellte. Die Erfahrungen der ersten Monate des

neuen Jahrs 1929 dürften zeigen, ob dieser Betrag ausreichend ist, oder ob nicht das Reichsfinanzministerium vorsorglich für das Haushaltsjahr 1929-1930 für diese Zwecke einen höhern Betrag in den Etat einstellen muß. Der Betrag, um den die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entlastet wird, ist höher als die Belastung, die dem Reich durch die Übernahme der zunächst vorgesehenen 28 Millionen Mark Sonderfürsorgekosten erwächst, da einmal nicht bei allen berufsüblich Arbeitslosen die Bedürftigkeit, die Voraussetzung der Überführung in die Sonderfürsorge, vorliegen dürfte, zum andern in den höheren Lohnklassen in der Arbeitslosenversicherung höhere Sätze gezahlt werden als in der Sonderfürsorge. Durch diese beiden Momente wäre also die laufende Belastung der Reichsanstalt in dem Fall, daß sie aus Mitteln der Versicherung weiter die berufsüblich Arbeitslosen während der ganzen Zeit der berufsüblichen Arbeitslosigkeit hätte unterstützen müssen, und zwar in höherm Maß, als dies in der Belastung des Reichs zum Ausdruck kommt, angespannt worden. Das Reichsgesetz über eine Sonderfürsorge ist vorläufig bis zum 30. September 1929 befristet. Der Reichstag will sich auf Grund der Erfahrungen in den ersten Monaten des Jahres 1929 mit dem schwierigen Problem nochmals befassen. Doch dürfte auch nach diesem Zeitpunkt die Regelung für den Fall der berufsüblichen Arbeitslosigkeit kaum erheblich von der jetzigen Regelung abweichen.

Die gesetzliche Sonderregelung der schwierigen Materie in der berufsüblichen Arbeitslosigkeit wird in einer von dem Arbeiter dieser Rundschau gemeinsam mit Hans Kühne herausgegebenen Textausgabe mit sozialpolitischen und rechtlichen Erläuterungen /Berlin, Gustav Schenck Nachfolger/ eingehend behandelt.

Informationsmittel

Im Verlag Julius Springer in Berlin gibt Arthur Nikisch einen Kommentar zur Verordnung über die *Arbeitszeit* heraus, der später als Beitrag für das von dem (inzwischen verstorbenen) Arbeitsrechtler Kaskel geplante Handbuch des Arbeitsrechts gedacht ist. Daß die wichtige Materie des geltenden Arbeitszeitrechts trotz der bevorstehenden Änderung, die mit Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes eintritt, sich des Interesses weifester Kreise der Arbeitnehmerschaft erfreut, zeigt das Erscheinen der 4. Auflage der bekannten Schrift Theo-

dor Leiparts und Clemens Nörpels Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/, in der die neuesten gesetzlichen Bestimmungen knapp und klar erläutert und übersichtlich zusammengestellt sind.

Für die Praxis ist ein Leitfaden Willy Walders und Martin Wörmbckes Schiedswesen in Arbeitssachen /Berlin, Julius Springer/ bestimmt, der die einschlägigen Bestimmungen des *Arbeitsgerichtsgesetzes* eingehend erläutert und durch Musterbeispiele die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen für den Schiedsrichter ebenso wie für die Gutachter und die Parteien selbst erleichtert.

Von einem Sammelwerk Die Sozialversicherung, von Ludwig Brucker herausgegeben, unter Mitwirkung von Hans Muthesius, Hans Süß und Lutz Richter, dessen 1. Band schon einige Zeit vorliegt, folgt nunmehr der 5. Band /Berlin, Reimar Hobbing/. In einer für Lehrzwecke berechneten Form werden die grundlegenden Tatsachen des Arbeitsrechts und das Verfahren in der *Sozialversicherung* dargestellt. Die Verfasser haben den Rahmen des Werks insoweit wohl etwas weit gesteckt, als auch in einem besondern Abschnitt die Grundfragen der allgemeinen Staats- und Verwaltungskunde behandelt werden, deren Standort in einem Sammelwerk über die Fragen der Sozialversicherung nicht ohne weiteres zu rechtfertigen ist. Den noch fehlenden 2., 3. und 4. Band wird man mit Interesse erwarten dürfen.

Kurze Chronik Die 12. *Internationale Arbeitskonferenz* wird auf Grund eines Beschlusses, der auf der 42. Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts in Warschau gefaßt wurde, am 30. Mai 1929 in Genf stattfinden. Es sollen die Frage der Zwangsarbeit von Eingeborenen und ferner das Arbeitszeitproblem der Angestellten behandelt werden. ◊ Um die Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften in weiteste Kreise der Bevölkerung zu tragen und das Verständnis aller Volksteile für die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des Unfallschutzes zu erhöhen, wird vom 24. Februar bis zum 3. März in Berlin eine *Reichsunfallverhütungswoche* veranstaltet, an der sich sämtliche für die Volksgesundheit und insbesondere für die Unfallverhütung mittelbar oder unmittelbar zuständigen Behörden, Organisationen und Verbände beteiligen werden. ◊

Durch das Gesetz über Änderungen in der *Unfallversicherung* ist der Kreis der Versicherten erheblich erweitert worden. Teilweise wird die Versicherung der neu erfaßten Berufskreise durch Länder, Gemeinden oder öffentliche Feuerversicherungsanstalten durchgeführt, zum Teil ist die Schaffung besonderer Berufsgenossenschaften notwendig; auch die Eigenversicherung innerhalb größerer Gemeinden oder Gemeindeverbände ist vorgesehen. ◊ Durch Verordnung vom 30. Oktober 1928 wurde die *Kurzarbeiterunterstützung* neu geregelt, und zwar sind mit Wirkung bis zum 30. Juni 1929 die Kurzarbeiter für das ganze Reichsgebiet und für alle Berufe zur Unterstützung zugelassen worden, mit der Maßgabe, daß die Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter die Bezirke oder Berufe ausschließen können, in denen kein Bedürfnis dafür vorliegt. Die Prüfung der Bedürftigkeit des einzelnen Kurzarbeiters, die bis zur Neuordnung vorgeschrieben war, ist nach der genannten Verordnung nicht mehr zulässig. Die Unterstützung, die sich bisher nur für Kurzarbeiter mit 3 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen erhöhte, steigt künftig schon bei Kurzarbeitern mit 2 zuschlagsberechtigten Angehörigen. Der Anspruch der Kurzarbeiterunterstützung ist wie früher auch jetzt zeitlich nicht beschränkt, sondern er erlischt nur durch eine Unterbrechung der Unterstützungszahlung von mehr als 3 Kalenderwochen. ◊ In Erfüllung einer Resolution des Reichstags hat der Reichsarbeitsminister durch Verordnung vom 6. November 1928 mit Wirkung vom 19. November ab die Bestimmungen über die *Bedürftigkeitsprüfung* in der Krisenunterstützung zugunsten der Arbeitslosen gemildert. Die Verbesserungen bestehen im wesentlichen darin, daß die bisher für die Anrechnung der Einnahmen des Arbeitslosen respektive seiner Angehörigen bestehenden Freigrenzen erhöht wurden, und daß ein Teil der Einnahmen nicht mehr berücksichtigt wird.

Literatur Zur Feier seines 10jährigen Bestehens gab das *Reichsarbeitsministerium* bei E. S. Mittler in Berlin eine Erinnerungsschrift heraus, betitelt Deutsche Sozialpolitik von 1918 bis 1928, in der die Entwicklung der Sozialpolitik überwiegend in Form einer chronologischen Zusammenstellung, aber darüber hinaus auch in wegweisender Richtung, dargestellt

wird. Die Gedankengänge der Schrift wurzeln zumeist in den Argumentationen der amtlichen Begründungen. Als Dokument der kulturellen Entwicklung der Deutschen Republik auf sozialem Gebiet in den ersten 10 Jahren ihres Bestehens ist das Buch wertvoll. ◊ In 5. Auflage erschien *Ludwig Heydes* Abriss der Sozialpolitik. Dem Zweck der Sammlung Wissenschaft und Bildung /Leipzig, Quelle & Meyer/ entsprechend, ermöglicht er einen Überblick über die Hauptpunkte der Geschichte der Sozialpolitik und die Kernfragen der Gegenwart. Die Wandlungen der jüngsten Jahre sind berücksichtigt, Überflüssiges aus der vorhergehenden Auflage ist fortgeblieben. ◊ Das Ringen eines Arbeiters um die Befreiung vom kapitalistischen Druck schildert *Josef Weisbart* in seinem Buch *Der Arbeiter, ein Leben* /Berlin, Verlag der Neuen Gesellschaft/, in einfacher, zu Herzen gehender Sprache. Wirklichkeiten und Wünsche vereinigen sich in dem Buch, zeigen das Schicksal, zu dem der Arbeiter vor dem Krieg verurteilt schien, der nicht die Kraft besaß über die mechanische Arbeit des Tages hinaus sich zur Erkenntnis durchzuringen, um sich und der Gesamtheit zu helfen. Erscheint vieles in dem Buch übertrieben und manchmal sogar unwirklich, so geht doch reine Gesinnung durch das Selbstbekenntnis. Das Buch ist für den Arbeiter lesenswert deswegen, weil es den einzelnen aus der Lethargie aufrütteln kann, zur Arbeit an sich und der gesamten Arbeiterklasse. ◊ Im Jahr 1902 durchwühlte *Jack London* den Osten Londons, die Distrikte, in denen die Entrechteten dieser Welt in unübersehbaren Zusammenballungen ihr unendlich trauriges Dasein fristen: ohne Arbeit, ohne Brot, ohne Obdach, ohne Hoffnung. In einem Anklagebuch (*Menschen der Tiefe* /Berlin, Universitas/) erzählt er uns erschütternde Einzelheiten aus dem Leben jener arbeitslosen, arbeitsunfähigen Millionen. Die Tatsachen, die er zusammenträgt, und die deshalb, weil sie die nackte Wahrheit des grauen Tages spiegeln, ergreifen, mögen wohl heute, ein Vierteljahrhundert später, gemildert sein. Und doch ist *Whitechapel* mit den es umlagernden Stadtteilen Londons, neben den Bank- und Handelsvierteln der City, heute noch Mittelpunkt unübersehbaren Elends, heute noch eine Anklage gegen das herrschende Wirtschaftssystem. Wer klar das Elend des Tages sehen will, der lese dieses Buch *Jack Londons*.

Gewerkschaftsbewegung / Frauz Große

Ruhrkampf 1928 Zu dem großen Arbeitskampf in der nordwestlichen Metallindustrie ist in den Sozialistischen Monatsheften bereits in mehreren Aufsätzen eingehend Stellung genommen worden. Es bleibt hier nur die Aufgabe zusammenfassend den Ablauf der Ereignisse zu geben und noch einmal auf die grundsätzliche Bedeutung dieses großen Kampfes für die Gewerkschaften hinzuweisen.

Der Lohntarifvertrag, der zwischen dem Arbeitgeberverband in dem Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Verbandes Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und den 3 in Betracht kommenden Gewerkschaftsrichtungen abgeschlossen war, war von diesen unter Innehaltung der 3monatigen Kündigungsfrist zum 1. November gekündigt worden. Sie forderten eine Lohnerhöhung von 15 Pfennig, das heißt einen Vollarbeiterlohn von 93 Pfennig pro Stunde. Die Unternehmer lehnten diese Erhöhung mit der Begründung, daß sie für sie nicht zu tragen sei, ab und kündigten, noch ehe das von den Gewerkschaften am 11. Oktober eingeleitete Schlichtungsverfahren begonnen hatte, am 13. Oktober den Arbeitern mit 14tägiger Frist. Nach langen Verhandlungen wurde am 26. Oktober der Schiedsspruch der Schlichtungskammer verkündet, und die Frist, bis zu der sich die Parteien zu dem Schiedsspruch erklären sollten, auf den 29. Oktober 12 Uhr festgesetzt. Der Schiedsspruch blieb in seinen einzelnen Bestimmungen hinter den Forderungen der Gewerkschaften zurück; vor allem wurde die lange tarifliche Bindung bis April 1930 als drückend empfunden. Trotzdem wurde er von den Gewerkschaften angenommen, die ausdrücklich erklärten einen schweren Wirtschaftskampf vermeiden zu wollen. Die Unternehmer lehnten die Annahme ab. Daraufhin erklärte der Reichsarbeitsminister am 31. Oktober nach ergebnislosen Nachverhandlungen den Schiedsspruch für verbindlich. Damit war ein neuer Tarifvertrag rechtskräftig zustande gekommen. Die Unternehmer erhielten noch rechtzeitig davon Kenntnis, um die für den 1. November verfügte Aussperrung aufzuheben. Sie taten dies nicht, erklärten vielmehr, daß aus verschiedenen Gründen der Schiedsspruch rechtsunwirksam sei, und daß deshalb auch die Verbindlichkeitserklärung keine Rechtskraft erlangen könne. Das Arbeitsgericht in

Duisburg, das von beiden Seiten ange-rufen wurde, gab den Unternehmern recht, die höhere Instanz, das Landes-arbeitsgericht, wies ihre Argumente zu-rück und erklärte den Schiedsspruch für rechtswirksam; das Reichsarbeitsgericht wird nun am 22. Januar in letzter In-stanz entscheiden. Auf jeden Fall war, wie der Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell in seiner eindrucksvollen Rede am 11. November im Reichstag aus-führte, die Aussperrung von 213 000 Ar-beitern unnötig und ein unverantwortliches Vorgehen. Die Unternehmer hätten die Werke weiterarbeiten und durch die zuständigen Arbeitsgerichtsbehörden den Ruhrstreit austragen lassen können. Sie haben das nicht getan und damit ge-zeigt, daß es ihnen um mehr ging. Wil-helm Eggert sprach daher auf einer Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds die Ver-mutung aus, daß die Unternehmer sich mit dieser Stilllegung der Werke bei der beginnenden Depression eine Entlastung auf Kosten der Arbeiter und der Allge-meinheit verschaffen wollten. Am 12. November stand der Kampf im Reichs-tag zur Debatte. Selbst von der Rechten wurde kaum eine Verteidigung der Un-ternehmer ernsthaft versucht. Am 17. November wurde beschlossen, daß die Reichsregierung nach näherer Vereinbar-ung mit Preußen Mittel zur Verfügun- stellen solle, um den in dem genannten Gebiet gelegenen Gemeinden »eine aus-reichende Erfüllung der ihnen obliegen- den Fürsorgepflichten zu ermöglichen«. Die preußische Regierung gab dann so-fort Richtlinien über Höhe und Dauer der Unterstützung heraus, die für die Gemeinden bindend waren. Die Gewerk-schaften und mit ihnen die zum größten Teil nichtorganisierte Arbeiterschaft ha-ben während des ganzen Kampfes eine musterhafte Haltung bewahrt und sich damit die Sympathie der breitesten Öffentlichkeit erworben. Sie haben sich durch das Geschrei der Kommunistischen Partei und ihrer Organe nicht beein-flussen lassen. Sie gingen auf alle vom Regierungspräsidenten Bergemann vor-genommenen Verständigungsversuche ein. Bergemann schlug vor die Aussperrung zu beenden und die alten Löhne beizu-behalten. Falls das Arbeitsgericht in letzter Instanz den Schiedsspruch für rechtswirksam erkläre, solle er durch-geführt werden, aber nur bis zum 31. März 1929 gelten. Alle diese Versuche sind jedoch an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert, und die Ver-

handlungen wurden am 26. November endgültig abgebrochen. Nunmehr ergriff die Reichsregierung die Initiative. Der Reichskanzler Hermann Müller schlug am 30. November vor die endgültige Entscheidung über Arbeitslohn und Ar-beitszeit dem Reichsinnenminister Carl Severing zu überlassen. Die Unterneh-mer erklärten sich dazu bereit, ebenfalls dazu die Betriebe nach Annahme des Vorschlags von seiten der Arbeitnehmer sofort zu öffnen und nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten die Beleg-schaften voll wieder einzustellen. Die Ge-werkschaften Hirsch-Dunckerscher und Christlicher Richtung erklärten sich kurze Zeit später für den Vorschlag. Am 2. Dezember nahm auch die Funktionär-konferenz des Deutschen Metallarbeiter-verbandes mit 27 gegen 14 Stimmen den Vorschlag an. In den Reden seiner Ver-treter kam zwar deutlich die Mißstim-mung über diese Regelung, um so stärker aber auch das Vertrauen zu Severing zum Ausdruck. Severing verkündete nun am 21. Dezember seinen Spruch, der schon in seiner Form eine strikte Be-jahung des Staatsgedankens und ein Er-gebnis politischer Vernunft darstellt. Materiell blieb er in einigen Bestim-mungen hinter dem früher gefällten Schiedsspruch zurück, in anderen ging er wesentlich darüber hinaus. So ver-sucht er vor allem die Löhne der unge-lerten Arbeiter denen der gelernten an-zupassen, was vorher nur sehr unvoll-kommen geschehen war. In der Arbeits-zeit sind wesentliche Verbesserungen vorgesehen. Der Schiedsspruch ist zum 1. Mal am 1. Mai 1930 mit 2monatiger Frist zum 30. Juni 1930 kündbar. Für die Zeit vom 3. bis zum 31. Dezember gilt für die Lohnregelung der vom Reichs-arbeitsminister für verbindlich erklärte Schiedsspruch. Die Kommentare der Presse lassen erkennen, daß man diese pädagogische Lektion Severings verstan-den hat, der damit zeigen wollte, daß man nicht ungestraft die Staatsgewalt mißachten dürfe. Der moralische Ein-druck der (bis dahin in Deutschland unerhörten) Tatsache, daß die Kapitäne der großen Industrie sich dem Spruch eines sozialdemokratischen Ministers un-besehen fügten, ist gar nicht zu über-schätzen. Es ist daher nicht nur eine verwerfliche Umkehrung aller Wahrheit sondern auch eine politisch sinnlose Selbsterstörung, wenn die scheinrادي-kale Presse, zum Beispiel die Leipziger Volkszeitung, von einem Severingskan-dal spricht und den Inhalt des Schieds-

spruchs künstlich herabsetzt. Der hierfür zuständige Beurteiler: der betroffene Deutsche Metallarbeiterverband, denkt jedenfalls über den Spruch ganz anders als diese Sorte Parteiradikalismus. Seine Funktionärkonferenz bemerkte in ihrer Resolution vom 23. Dezember 1928, daß zwar nicht alle Wünsche und Forderungen der Gewerkschaften erfüllt seien, daß sie aber die Bedeutung des Spruchs auch inhaltlich voll anerkenne.

Eines noch hat dieser Kampf in der Schwerindustrie aufs deutlichste gezeigt: Die von den Gewerkschaften aufgestellte Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Konzerne ist heute wieder mit allem Nachdruck zu stellen. Auf der Ausschußtagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kiel wurde von allen Seiten, besonders von dem Führer der Metallarbeiter, der Ruf nach dem Eisenwirtschaftsbund, einem Selbstverwaltungskörper mit weitgehenden Befugnissen, laut. Die Gewerkschaften wissen, daß die Stärkung des Staatsgedankens dafür die wichtigste Voraussetzung ist. Sie wissen, daß dies wieder die engste Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaft erfordert. Sie wissen zum andern aber auch, daß nur starke, verantwortungsbewußte Gewerkschaften Träger der Gemeinwirtschaft sein können. Ihre Haltung in dem großen Kampf der Schwerindustrie war dafür der beste Beweis. Es ist der breitesten Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht worden, wo heute die Kräfte zu suchen sind, die das Interesse der Gesamtwirtschaft wirklich vertreten. So war im letzten dieser große Wirtschaftskampf doch ein großer Erfolg der Gewerkschaften.

England: Kongreß 1928

In einer Nachbetrachtung zum 60. englischen Gewerkschaftskongreß, der im September 1928 in Swansea tagte, schreibt Walter M. Citrine, der Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes und Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes: »Kein Gewerkschaftskongreß der letzten 60 Jahre hatte bedeutungsvollere Fragen zu behandeln als die diesjährige Tagung in Swansea. Jene, die sich über die folgenschweren Schritte des Kongresses klar waren, das heißt über Entscheidungen, die nicht nur die Gewerkschaften selber sondern die zukünftige Entwicklung der britischen Industrie und das Wohlergehen sowie die Sicherheit des Landes berühren, sahen den Verhandlungen mit Interesse und sogar mit

Besorgtheit entgegen. Denn diese Verhandlungen stellten einen endgültigen Wendepunkt im Wirtschaftsleben Großbritanniens dar. Sie brachten die Gewerkschaften zur Industrie in eine neue und höchst wichtige Beziehung, die ihren Einfluß auf die Entwicklung des nationalen Lebens nicht verfehlen wird.« Citrine hat mit diesen Worten nicht zu viel gesagt. Die wichtigste Frage, die auf diesem Kongreß zur Tagesordnung stand, war die der Fortführung der Verhandlungen zwischen der Mondgruppe der Unternehmer und den Gewerkschaften. Es ist auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Verhandlungen hier bereits mehrmals eingegangen worden. Die englischen Gewerkschaften haben auch diesmal wieder auf dem Kongreß in Swansea ihren gesunden realpolitischen Sinn gezeigt und sich durch keine radikalen Phrasen von dem einmal eingeschlagenen Weg abbringen lassen. Citrine gab eine klare und logische Darstellung der Ereignisse, die zur Konferenz der Gewerkschaften mit der Unternehmergruppe geführt haben. Er wies auf die schwere wirtschaftliche Lage Großbritanniens hin und leitete von dieser aus zwingend die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften her, da man nur so der gewaltigen Schwierigkeiten Herr werden könne. Die Opposition auf dem Kongreß wurde von 2 Seiten aus mit ganz verschiedenen Argumenten geführt. So bestritten Brownlie, der Vorsitzende des Maschinenbauverbands, und Swales von der gleichen Organisation dem Generalrat die Vollmacht auf Grund der Statuten solche Besprechungen zu führen. Hicks, der Mitglied des Generalrats ist und sich auf dem letzten Gewerkschaftskongreß sehr stark für die Konferenz eingesetzt hatte, griff dagegen jetzt den Inhalt des gemeinsamen Berichts der Mond-Turner-Konferenz an. Den Hauptangriff von dieser Seite aus aber führte Cook, der Bergarbeiterführer und Führer der sogenannten kommunistischen Bewegung, der von seinem Standpunkt aus eine Politik des unveröhnlichen radikalen Kampfes und den Abbruch der gemeinsamen Verhandlungen forderte. Gegen diese Angriffe verteidigten Clynes und Bevin mit großer Geschicklichkeit die Politik des Generalrats, so daß der Kongreß mit der großen Mehrheit von annähernd 3 Millionen gegen 780 000 Stimmen den Gegenantrag verwarf und mit über 3 Millionen gegen ½ Million Stimmen den

Bericht der Mond-Turner-Konferenz an-
 nahm und sich für die Fortführung der
 Verhandlungen aussprach. Wenn man
 bedenkt, daß von den rund 780 000 Stim-
 men, die für den Gegenantrag abgegeben
 wurden, nur etwa 440 000 der sogenann-
 ten Minderheitsbewegung angehören, und
 daß nur diese unentwegte Gegner der
 Politik des Generalrats sind, so wird
 es deutlich, daß die übergroße Mehrheit
 der Gewerkschaften diese Politik bejaht.
 Die Auseinandersetzung mit der bolsche-
 wistisch beeinflussten Minderheitsgruppe
 nahm auf dem Kongreß nach deutschen
 Begriffen einen übermäßig breiten Raum
 ein. Der Kongreß nahm einen Beschluß
 an eine genaue Untersuchung über die
 schädigenden Methoden der Minder-
 heitsbewegung anzustellen, auf die im
 wesentlichen der Mitgliederverlust von
 rund 300 000 zurückzuführen ist. Ebenso
 beschloß er die Zusammenarbeit mit
 dem bolschewistischen Arbeitslosenaus-
 schuß aufzugeben, zu dem sich die Ge-
 werkschaften, da sie ihre arbeitslosen
 Mitglieder nur schwer erfassen konnten,
 bisher verstehen mußten. Man kann
 hoffen, daß sich nun endlich nach jahre-
 langem Schwanken (es sei nur an das
 berühmte Russisch-Englische Einheits-
 komitee und die daraus sich ergebenden
 Verwicklungen für die Gewerkschafts-
 internationale erinnert) die britische Ge-
 werkschaftsbewegung zu einer klaren und
 eindeutigen Politik gegenüber dem Bol-
 schewismus entschließt. In der gleichen
 Richtung einer zunehmenden innern Kon-
 solidierung der britischen Gewerkschaften
 liegt auch die Ablehnung eines An-
 trags die Beziehungen zu den Russen
 wiederaufzunehmen. Die übrigen Be-
 schlüsse betrafen wichtige sozialpoliti-
 sche Fragen, so die Forderung der
 Ratifizierung des Washingtoner Arbeits-
 zeitabkommens, die Forderung eines Ar-
 beitszeitgesetzes für den Bergbau, Ver-
 besserung der Arbeitslosenversicherung.
 Auch die Organisationsfrage nahm auf
 diesem Kongreß, wie auf dem vorigen in
 Edinburgh, einen breiten Raum ein. Um
 dies zu verstehen, muß man sich ver-
 gegenwärtigen, daß noch immer, auch
 nach mancherlei sehr begrüßenswerten
 Verschmelzungen der letzten Jahre, dem
 Britischen Gewerkschaftsbund (Trade
 Union Congress) 204 Gewerkschaften
 angehören. (Man vergleiche damit die
 35 großen Verbände des Allgemeinen
 Deutschen Gewerkschaftsbundes.) Es
 kommt hinzu, daß diese Verbände völlig
 verschieden organisiert sind, und daß
 sich von hier aus mancherlei Schwierig-

keiten ergeben. Um zu einer endgültigen
 Regelung dieser Fragen zu kommen, ist
 nunmehr eine Reorganisationskommis-
 sion eingesetzt worden, und man be-
 schloß auch dem Generalrat größere
 Vollmachten einzuräumen.

In der gewerkschaftlichen Zeitschrift Die
 Arbeit veröffentlichte der Sekretär der
 englischen Gewerkschaften M. Milne-
 Bailey eine Reihe von Aufsätzen über
 die englischen Gewerkschaften und über
 ihre Wendung zu einer positiven auf-
 bauenden Wirtschaftspolitik. Diese Auf-
 sätze erschienen nunmehr als Buch, un-
 ter dem Titel Wirtschaftsdemokratische
 Strömungen in England /Berlin, Ver-
 lagsgesellschaft des Allgemeinen Deut-
 schen Gewerkschaftsbundes/; sie geben
 eine ausgezeichnete Darstellung dieser
 äußerst bedeutungsvollen Vorgänge.

Vereinigte Staaten von Amerika: Kon-
 greß 1928

Auch der 48. amerikanische
 Gewerkschaftskongreß, der
 am 19. November 1928 in
 New Orleans eröffnet wurde, kann er-
 höhte Aufmerksamkeit beanspruchen.
 Die amerikanischen Gewerkschaften, die
 nach einem zeitweiligen Aufschwung bis
 zum Jahr 1920, wo sie 4 078 740 Mit-
 glieder zählten, bis zum Jahr 1926
 dauernd zurückgegangen waren (sie zähl-
 ten 1926 nur noch rund 2 800 000 Mit-
 glieder), befinden sich von neuem im
 Aufstieg; sie haben heute wieder rund
 3¼ Millionen Mitglieder.

Auf dem Kongreß standen vornehmlich
 die allgemeinen großen Wirtschaftsfr-
 gen zur Diskussion. Die amerikanischen
 Gewerkschaften bemühen sich schon seit
 Jahren eine wissenschaftliche, auf ex-
 akte statistische Untersuchungen ge-
 stützte Lohntheorie aufzubauen. Sie
 gehen davon aus, daß die Arbeiterklasse
 in den Gewerkschaften den Kampf zu-
 erst um den Nominallohn, dann um den
 Reallohn, neuerdings aber um den So-
 ziallohn führt. Bei diesen Soziallöhnen
 bekommt die Arbeiterschaft jetzt ihren
 Anteil an dem durch die Technik gesteig-
 erten Sozialprodukt. Die Steigerung
 der Löhne führt aber wieder zur Steig-
 erung der Kaufkraft, diese zur Steig-
 erung der Produktion und zum Wohlstand
 des gesamten Volkes. Diese Lohntheorie
 der amerikanischen Gewerkschaften fin-
 det heute im amerikanischen Volk wei-
 teste Beachtung und Anerkennung. Man
 muß sich aber bei der Beurteilung die-
 ser Theorie und bei dem Versuch einer
 Übertragung auf europäische Gebiete im-
 mer vergegenwärtigen, daß einmal die
 amerikanische Produktionssteigerung zum

großen Teil auf eine gesteigerte Ausfuhr von Industrieprodukten zurückzuführen ist und nicht *allein* auf den weiter ausgedehnten Inlandsmarkt, zum andern aber, daß diese Lohntheorie bisher nur für bestimmte Teile der Arbeiterklasse gilt. Andere große Teile kämpfen auch heute noch um die Nominallohnsteigerung, bestenfalls um die Reallohnsteigerung. Vor allem der Süden hat hier ganz andere Verhältnisse aufzuweisen als der Norden. Es ist sicher zu einem Teil auf diese Tatsache zurückzuführen, daß bestimmte Industrien heute nach dem Süden auswandern. Hier sind die Gewerkschaften auch außerordentlich schwach. Auf dem Kongreß wurde beschlossen diesem Gebiet in der Werbekampagne der nächsten Jahre erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nur wenn man sich die ganz andersartigen ökonomischen Verhältnisse der Vereinigten Staaten klarmacht, die ungeheure Wohlstandssteigerung, an der die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft profitiert, wird es klar, daß die Fragen, die die europäischen Gewerkschaften bewegten, dort kaum anklingen. Noch geht der ganze Kampf um einen größeren Anteil am Sozialprodukt, noch nicht um eine endgültige Umgestaltung der Wirtschaft. Die europäische Arbeiterklasse hat praktisch zu oft die Grenzen jeder Lohnsteigerung erfahren müssen. Sie weiß, daß sie zwar noch in vielen Fällen einen größeren Anteil am Sozialprodukt erkämpfen kann, daß aber eine letzte Regelung aller Schwierigkeiten nur in einer schrittweise vor sich gehenden völligen Umgestaltung liegen kann. Vorläufig und vermutlich noch auf sehr lange Sicht hin werden die amerikanischen Gewerkschaften nicht vor diese Aufgaben gestellt sein, und alle Hoffnungen, daß sie bald ihren Businessgeist ablegen und eine sozialistische Zielsetzung annehmen werden, scheinen verfrüht.

Auch die Stellungnahme zum Problem des internationalen Zusammenschlusses auf diesem Kongreß ist von hier aus zu verstehen. Die hohen Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund, die bisher als Hinderungsgrund angegeben wurden, treten zurück, hingegen wird betont, daß die Möglichkeit des Anschlusses an den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht in Frage komme, solange das Problem der Autonomie nicht zur vollen Zufriedenheit des amerikanischen Gewerkschaftsbundes geregelt sei. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund wird demgegenüber betont, daß diese Ga-

rantie gegeben sei, und man muß zweifellos wünschen, daß trotz der Andersartigkeit der amerikanischen Gewerkschaften doch der Anschluß an die Internationale in naher Zeit vollzogen wird.

Neben diesen Fragen stand auf dem Kongreß die Einwanderungsfrage zur Debatte. Der Kongreß forderte, daß die Einwanderung aus Mexico, Zentral- und Südamerika sowie den amerikanischen Inseln ebenfalls der Quotenbeschränkung unterworfen wird. Es wurden schärfere Maßnahmen zur Erfassung und Deportierung der im Land ungesetzlich anwesenden Fremden von der Regierung verlangt. Diese Stellungnahme ist für die amerikanischen Gewerkschaften typisch.

Gemeinde- und Staatsarbeiter Dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Deutschlands, der jetzt sein 10jähriges Jubiläum feiern konnte, gehören alle in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen ohne Unterschied des Berufs an. Daraus erwachsen ihm gerade für eine zukünftige Wirtschaft wichtige und bedeutende Aufgaben. Er trägt schon heute eine große Verantwortung für die Rentabilität der kommunalen und staatlichen Betriebe. In Erkenntnis dieser besonderen Aufgaben veranstaltete der Verband am 28. und 29. November 1927 in der Stadthalle in Mainz eine Reichskonferenz der Betriebsräte, über die das Protokoll jetzt vorliegt. Es verdient stärkste Beachtung. In den Referaten wurde von Rudolf Lengersdorf über die Betriebsräte und die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe, von Walther Pahl über die Funktion unserer Betriebsräte im Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, von Rudolf Weck über die Bedeutung der Betriebsräte im Arbeitsrecht, von Fritz Müntner über den Betriebsrat im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gesprochen. Ein Anhang, der Berichte über die Tätigkeit der Betriebsräte in einzelnen Orten gibt, verleiht dem Buch erhöhten Wert.

Das Protokoll über die Verhandlungen des 11. Verbandstags in Köln, vom 6. bis zum 11. August 1928, wird besonders wertvoll durch die Referate Hugo Sinzheimer über das Tarifrecht für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe und Robert Kösters über die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft im Rahmen der Gesamtwirtschaft. Die Schrift über die Tariflöhne der Beschäftigten im Organisationsbereich des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellt sich

dar als ein Handbuch über die Löhne nach dem Stand vom 31. Dezember 1927. Bei dem mangelhaften Stand amtlicher Lohnstatistiken ist dies Handbuch besonders wichtig. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1927 ließ erkennen, daß der Verband einen Zuwachs von 22 000 zahlenden Mitgliedern erzielte und am Jahresende 220 000 zahlende Mitglieder hatte (230 000 buchmäßige).

Von der Gesamtzahl der Beschäftigten im Organisationsbereich des Gemeinde- und Staatsarbeitersverbands gehörten diesem 65 %, anderen freigewerkschaftlichen Verbänden 7,6 % und gegnerischen Verbänden 6,3 % an. Unorganisiert waren 21,1 %. Der Verband hat eine Schriftenreihe über die verschiedensten wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Fragen erscheinen lassen, von der bisher 36 Hefte vorliegen. Es sei in diesem Zusammenhang auch noch auf den Aufsatz des Vorsitzenden des Gemeinde- und Staatsarbeitersverbandes Fritz Müntner über den innern Aufbau und die verbandspolitischen Ziele dieses Verbandes im 5. Jahrgang der Arbeit hingewiesen.

Eigenpublikationen Die Jahrbücher der einzelnen Verbände lassen fast überall einen starken Aufschwung und eine innere Konsolidierung erkennen. Sie geben alle einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der deutschen Wirtschaft, im besondern dann über den Industriezweig des betreffenden Verbands. Besonders vorbildlich sind hier das Jahrbuch des Textilarbeiterverbandes mit seinem 70 Seiten langen Bericht über die Textilwirtschaft, das Jahrbuch des Lederarbeiterverbandes, in dem Wladimir Woytinsky einen sehr klaren, mit vielen statistischen Schaubildern versehenen Überblick über die Bevölkerung Deutschlands und ihre Tätigkeit gibt, und das Jahrbuch des Holzarbeiterverbandes. Wenn man bedenkt, daß durch das Jahrbuch oft die einzige Informationsmöglichkeit über größere wirtschaftliche Zusammenhänge für die Funktionäre gegeben ist, so muß man den Ausbau dieser allgemeinen Wirtschaftsberichte aufs entschiedenste wünschen. Gerade der Weg, den der Lederarbeiterverband mit dem Woytinskyschen Artikel beschritten hat, ist hier zu empfehlen. Die deutschen Gewerkschaften haben noch nicht genügend den Wert klarer Schaubilder begriffen; auch hier macht der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mit seiner Bildschau auf dem Kongreß in Köln eine rühmliche Ausnahme. Man muß

wünschen, daß Woytinsky, der zum Leiter der Statistischen Abteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds berufen ist, hier manches ändern und verbessern wird. (Allerdings sähe man dabei gern, daß er etwas stärker von den radialen Bildern seiner Bücher abginge und mehr mit den übersichtlichen, bildhaften Methoden des Wiener Gesellschaftsmuseums arbeitete.) Weiterhin muß man wünschen, daß in den Jahrbüchern der einzelnen Verbände eine größere Einheitlichkeit in den statistischen Tabellen durchgeführt wird. Im folgenden seien einige der wichtigsten statistischen Daten aus den Jahrbüchern wiedergegeben.

Der Verband der *Bergarbeiter* Deutschlands zählte nach seinem Jahrbuch 1927 am 31. Dezember 1927 194 740 Mitglieder gegenüber 184 275 am 1. Januar 1927. Besonders sei in diesem Jahrbuch auf die vielen Übersichten über Tarifverträge, Lohn und Arbeitszeit im Bergbau hingewiesen, die auch allgemein wirtschaftswichtig sind. Einen guten Überblick über den Stand und die Stärke des Bergarbeiterverbandes gibt ferner das 300 Seiten starke Protokoll der 26. Generalversammlung des Verbandes, die vom 8. bis zum 13. Juli 1928 in Magdeburg tagte. Besonders wertvoll und von allgemeinem Interesse sind hierin die Referate Rudolf Wissells über weltwirtschaftliche Verflechtungen und Georg Bergers über die internationale Kohlenbewirtschaftung.

Der *Textilarbeiterverband* kann nach seinem Jahrbuch 1927 einen Mitgliederzuwachs von rund 16 000 Mitgliedern buchen und zählte am Jahresende 1927 rund 301 000 Mitglieder. Davon sind 174 000 weibliche Mitglieder. Der Verband hat 371 Lohn-, Arbeitszeit- und Tarifbewegungen durchgeführt. An Lohnerhöhungen wurde im Durchschnitt für den Arbeiter 1,50 Mark, an Arbeitszeitverkürzung $4\frac{1}{2}$ Stunden pro Woche erreicht. Der *Lederarbeiterverband* hat nach seinem Jahresbericht 1927 über die Tätigkeit der Verbandsinstanzen 1927 107 Lohn- und Tarifbewegungen durchgeführt. Der Mitgliederbestand hat sich um 2000 auf 38 100 erhöht.

Der *Buchdruckerverband* hat nach seinem Jahresbericht 1927 nur einen geringern Mitgliederzuwachs am Jahresende 1926 von 80 500 auf 81 300 am Jahresende 1927 zu verzeichnen. Davon sind 16 300 Angehörige der Lehrlingsabteilung. Diese Abteilung weist einen besonders starken Zuwachs von rund 2000 neuen Mitgliedern auf. Der geringe Zuwachs des Verbands findet seine Erklärung rest-

los darin, daß fast die gesamte Buchdruckerschaft bereits gewerkschaftlich organisiert ist. Auf dem Tarifgebiet sind hier keine Veränderungen zu verzeichnen. An Differenzen in Betrieben waren nur etwa 40 Mitglieder beteiligt.

Der Verband der *Maler* kann im Jahrbuch 1927 6000 neue Mitglieder verbuchen. Er klagt über eine sehr große Fluktuation. Den 21 000 Aufnahmen stehen 15 000 Abgänge gegenüber. Die Verschmelzungsbestrebungen mit dem Bau-gewerksbund sind gescheitert. Interessant ist der Bericht über die Sozialbetriebe in diesem Gewerbe. Ende 1927 bestanden 43 Betriebe mit 1070 Gehilfen gegenüber 40 mit 810 Gehilfen im Vorjahr. Hierzu kommen noch 12 Regiebetriebe mit 240 Gehilfen. Die finanzielle Lage dieser Betriebe ist durchweg günstig.

Der *Holzarbeiter*verband berichtet in seinem Jahrbuch für 1927 über 1000 Lohn- und Tarifbewegungen, an denen 356 000 Personen beteiligt waren. Bei den Angriffsbewegungen, auf die der größte Teil der Bewegungen entfiel, konnte eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 3,52 Mark pro Woche für die Beteiligten erreicht werden. Der Verband zählte am Jahresende 294 000 Mitglieder (darunter 20 500 weibliche und 27 800 jugendliche) gegenüber 266 055 Ende 1926.

Auch der *Verkehrsbund* hat nach seinem Jahrbuch 1927 an dem Aufstieg der Freien Gewerkschaften beträchtlichen Anteil. Er gewann 38 000 neue Mitglieder und zählte am Jahresende deren insgesamt 351 500. Auch sein Bericht ist als vorbildlich zu bezeichnen. Der Allgemeine Teil über Wirtschafts- und Sozialpolitik nimmt mehr als die Hälfte des Jahrbuchs in Anspruch. Namen- und Sachregister erleichtern die Lektüre.

Von den aufschlußreichen Publikationen des Verbands der *Gemeinde- und Staatsarbeiter* war bereits im vorhergehenden Abschnitt die Rede.

Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum der Gemeinde Wien, das Otto Neurath leitet, hat im Einvernehmen mit der *Österreichischen Gewerkschaftskommission* in einer kleinen, 15 Seiten umfassenden Schrift versucht Tatsachen der Gewerkschaftsbewegung »in rein sachlicher Form durch seine Bildstatistik allgemein verständlich zu machen«. Die äußerst anschaulichen Bildchen prägen sich einem so gut ein, der kurze Text gibt eine so gute Zusammenfassung der wichtigsten zur Orientierung notwendigen Tatsachen, daß man dem Heftchen die allerweiteste Verbreitung wünschen muß.

Totenliste

Am 2. November 1928 starb einer der bewährten Führer der Gewerkschaftsbewegung, *Hermann Jäckel*, im Alter von noch nicht 60 Jahren. Er wurde in Crimmitschau geboren. Schon mit 16 Jahren trat er in die Arbeiterbewegung ein. 1899 bis 1902 war er Angestellter des Konsumvereins, 1900 wurde er ins Stadtparlament gewählt. 1903 leitete er den großen Crimmitschauer Zehnstundenkampf. 1904 wurde er Leiter der Ortskrankenkasse in Marz-neukirchen, 1905 Gauleiter des Textilarbeiterverbandes in Hannover. Bereits 1906 wurde er in den Hauptvorstand berufen. Im Reichstag saß er von 1912 bis 1924. 1921 war er sächsischer Arbeitsminister und von 1922 bis 1928 Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes. Dem Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds gehörte er von 1923 bis 1928 an. Er trat besonders auf dem Breslauer Kongreß mit seinem Referat über Wirtschaftsdemokratie hervor.

Am 3. Dezember starb an einer Lungenentzündung der Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbands, *Joseph Seitz*, im Alter von 64 Jahren. Seitz war schon früh in Partei und Gewerkschaft tätig. Im Alter von 25 Jahren wurde er Vorsitzender der Tarifkommission. Von 1893 bis 1898 war er ehrenamtlicher Gauvorsteher, 1899 bis 1904 Vorsitzender des Schiedsgerichts, 1902 bis 1906 Tarifamtsvorsitzender, 1904 wurde er als besolde-ter Gauleiter für Bayern angestellt. Nach dem Tod Emil Döblins im Jahr 1918 fiel die Wahl zum Verbandsvorsitzenden auf ihn. Seitz konnte auf 2 bedeutende Taten während seiner Amtstätigkeit zurückblicken. Ihm steht das Hauptverdienst an dem Wiederaufbau des durch die Inflation schwer getroffenen Verbands zu, und auf seine Initiative hin ist der Bau des Verbandshauses in Berlin erfolgt, das an Schönheit und Zweckmäßigkeit seinesgleichen sucht.

Kurze Chronik Im Hinblick auf die fortschreitende internationale Ver-trustung in der *Margarineindustrie* fanden im November Besprechungen zwischen Vertretern der Fabrikarbeiterverbände Deutschlands und Hollands zwecks enger Zusammenarbeit statt. ◊ Unter der Firma *Berliner Elektrohütte* haben einige deutsche Gewerkschaften unter Führung des Metallarbeiterverbandes ein Elektroinstallationsunternehmen gegründet. ◊ Am 14. Oktober 1928 fand in Berlin eine gemeinsame

Kundgebung der Freien-Gewerkschafts-Jugend, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Arbeitersportzentrale statt, die einer engeren Zusammenarbeit der 3 großen *Jugendverbände* den Weg weisen sollte. ◊ Nach den jetzt vorliegenden Zahlen ist die *bolschewistische* Gewerkschaftsorganisation in der Tschechoslowakei von 1924 an bis zum Jahresende 1926 von 211 000 Mitgliedern auf 97 000 heruntergegangen. ◊ Die American Federation of Labor will ein *Denkmal für Samuel Gompers* errichten. Es wird von dem New Yorker Bildhauer Charles Keck ausgeführt.

Literatur

Als wertvollste Schrift über die neue Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes liegt die von Fritz Naphtali herausgegebene Sammelschrift *Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel* vor /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/. An dem Buch haben, neben dem Herausgeber, Fritz Baade, August Ellinger, Lothar Erdmann, Hugo Sinzheimer und viele andere mitgearbeitet. Begriff und Wesen der Wirtschaftsdemokratie werden einleitend untersucht. Das 1. Kapitel bringt eine Darstellung der Demokratisierung der Wirtschaft, ein 2. Kapitel befaßt sich speziell mit der Demokratisierung der Organe staatlicher Wirtschaftspolitik, ein 3. schildert die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses, ein 4. die Demokratisierung des Bildungswesens. Zusammenfassend werden die von dem Gewerkschaftskongreß in Hamburg her bekannten Gegenwartsforderungen aufgezählt. Ein Anhang unterrichtet über den Umfang der öffentlichen Wirtschaft in Deutschland und die gewerkschaftliche Mitwirkung in staatlichen Wirtschafts- und Verwaltungskörpern. Das Buch enthält viel Bekanntes und ist auch im einzelnen naturgemäß nicht ganz gleichwertig. Aber es bildet die erste zusammenfassende Darstellung der Wege, die die Gewerkschaften in Zukunft im Kampf um eine neue Wirtschaft gehen müssen. ◊ Bei einem demnächst zu schaffenden Gesetzbuch der Arbeit, das Rudolf Wissell auf dem Gewerkschaftskongreß schon angekündigt hat, wird die Frage der Rechtsform der Gewerkschaften eine große Rolle spielen. Mit dieser Frage befaßt sich *Otto Haußleiter* in seiner Schrift *Die Rechtsform der Arbeitnehmergewerkschaften als Gesetzgebungsproblem* /Halberstadt, H. Meyer/. Er gibt eine Darstellung der früheren Versuche

ein deutsches Gewerkschaftsrecht zu schaffen. Es werden weiter die gegenwärtige Rechtslage und dann die Grundgedanken eines künftigen deutschen Gewerkevereinsgesetzes untersucht. Es sollen als tariffähig »auf freiem Zusammenschluß beruhende Vereinigungen von Arbeitnehmern« anerkannt werden, »die die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Regelung dieser Bedingungen durch Tarifverträge als satzungsmäßig festgelegten Hauptzweck verfolgen«. Tariffähigkeit soll durch besonderes Verfahren festgestellt werden. Das Beachtenswerte an dem umfangreichen Gesetzentwurf des Verfassers ist die Tatsache, daß er nicht von einer formaljuristischen sondern stets von einer soziologischen Fragestellung ausgeht. Bei den zukünftigen Verhandlungen wird das Buch, das auch die früheren Entwürfe im genauen Wortlaut enthält, starke Beachtung finden. ◊ Der »kommunistische« ehemalige Professor der Rechtswissenschaft *Karl Korsch* stellt in einer Untersuchung über die heutigen Entwicklungstendenzen der Gewerkschaftsbewegung unter dem Titel *Um die Tariffähigkeit* /Berlin, R. L. Prager/ fest, daß die 3 großen Gewerkschaftsverbände auf dem Weg zu einem Gewerkschaftsmonopol wären. Er will für einige obskure linksbolschewistische Verbände die Tariffähigkeit beweisen. Er kann wohl beweisen, daß diese Gewerkschaften kampfwillige Gewerkschaften und nicht den Gelben Verbänden gleichzuordnen sind, deren Tariffähigkeit bestritten wird, aber er kann nicht beweisen, daß diese Verbände auch in der Lage sind einen Tarifvertrag zu halten. ◊ Der Vortrag *Adolf Webers* *Arbeitskämpfe oder Arbeitsgemeinschaft?* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ spiegelt die Stellung weiter wissenschaftlicher Kreise zu den Gewerkschaften wider. Diese werden nur gewürdigt, soweit sie gewisse »radikale« Strömungen überwunden und sich auf eine wirtschaftsfriedliche Politik eingestellt haben. Auch die Gewerkschaften erkennen die Notwendigkeit der Kapitalbildung. Aber über Maß und Höhe bestehen doch sehr weit auseinandergehende Ansichten, und es ist hier nicht ganz verständlich, wenn von ewigen volkswirtschaftlichen Gesetzen gesprochen wird. Sie sind doch gerade in der letzten Zeit durch mancherlei Untersuchungen sehr stark erschüttert. Den Gewerkschaften werden Monopoltendenzen vorgeworfen. Ihre große Bedeutung als zukünftige Träger der Produktion würdigt Weber in keiner Weise.

Geistige Bewegung / Herbert Kühnert

Sozialdemokratische Schulpolitik - Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Groß Thüringen gab kürzlich ein für den praktischen Gebrauch sozialdemokratischer Gemeindevertreter und Schulfunktionäre bestimmtes schulpolitisches Handbuch Sozialdemokratische Schul- und Kulturpolitik heraus, das in seiner Art vorbildlich genannt werden darf. Zum erstenmal in Deutschland ist in dieser Broschüre der Versuch gemacht worden eine Brücke zu schlagen zwischen den allgemeinen kulturpolitischen Grundsätzen und Forderungen des Heidelberger Programms der Sozialdemokratischen Partei und der schulpolitischen Alltags- und Kleinarbeit, vor die sich die Mitglieder örtlicher Schulvorstände sowie die Elternbeiräte an Volks- und Höheren Schulen und in den Fachausschüssen von Berufsschulen gestellt finden. Gerade Publikationen dieser Art können gar nicht genug geschätzt werden, denn sie sind für den Laien, der nicht immer gleich die Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Prinzipiellen erkennt und darum oft geneigt ist mit Schlagworten zu operieren, statt auf die ihn umgebenden Verhältnisse im Sinn allgemeiner Ziele einzuwirken, ein wichtiges Mittel politischer Selbsterziehung und Aufklärung. Gleichzeitig ermöglichen sie allen in einem bestimmten Land wirkenden Funktionären das einheitliche Zusammenwirken, dessen die parlamentarische Parteilarbeit unbedingt zu ihrer Ergänzung und Fortführung bedarf. Ob der in der Broschüre auch für Thüringen empfohlene Weg der Errichtung weltlicher Sammelschulen, den der Kieler Parteitag mit Rücksicht auf die in Preußen und Braunschweig bestehenden Verhältnisse allerdings als wertvolles Teilziel bezeichnet hat, wirklich dem Ziel einer *Gesamtentwicklung* unseres öffentlichen Schulwesens im Sinn der weltlichen, das heißt der nach *keiner* Seite hin weltanschaulich gebundenen Schule dienen wird, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Auch wenn er in Thüringen nur für solche Orte ins Auge gefaßt wird, wo die äußeren Voraussetzungen für die Einrichtung weltlicher Sammelschulen in der Form vollausgebauter 8klassiger Volksschulen an und für sich vorhanden sind, so bedeutet er, wie die Dinge hier liegen, doch gleichzeitig einen Verzicht auf die (schrittweise durchzuführende) Verwirklichung der allgemeinen

Volksschule und muß notwendig zur Stärkung des konfessionellen Elements in allen von der Sammelschulbewegung nicht miterfaßten Teilen und Zweigen des öffentlichen Schulwesens oder doch mindestens zu einer Differenzierung in einem dem Ziel der weltlichen Schule entgegengesetzten Sinn führen. Nachdem in die Reichsverfassung unter Mitwirkung der Sozialdemokratie die Bestimmung des Artikels 149 aufgenommen worden ist, daß der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach der Schulen gelten und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaften erteilt werden soll, daß aber die Teilnahme der Kinder an religiösen Unterrichtsfächern und an kirchlichen Feiern und Handlungen der Willenserklärung der Erziehungsberechtigten anheimgestellt ist, entsteht für die sozialistischen Anhänger der weltlichen Schule die Verpflichtung ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden, gleichzeitig aber dafür zu sorgen, daß zugunsten dieser Kinder, und zwar ebenfalls im Rahmen der allgemeinen Volksschule, eine der Altersstufe angepaßte Einführung in die Welt der sittlichen und religiösen Werte und Probleme erfolgt, die mit dem Gedanken einer allgemeinen, das heißt konfessionell und weltanschaulich *nicht* gebundenen öffentlichen Schule in vollem Einklang steht. Ob man diesen Unterricht Lebenskunde oder sonstwie nennt, ist weniger wichtig. Die Hauptsache ist, daß ihm nicht die gleichen wesentlichen Merkmale anhaften, die dem konfessionellen Unterricht im Rahmen der "allgemeinen" Volksschule tatsächlich eigentümlich sind. Der Einwand, daß ein solcher unkonfessioneller Unterricht notwendig "verwaschen" sein und aus diesem Grund als erzieherisch wertlos abgelehnt werden müsse, wirkt meist auf den naiven Dogmatismus zunächst bestechend, aber er müßte dann mit gleichem Recht auch gegenüber allen anderen Unterrichtsgebieten erhoben werden, in denen die öffentliche Schule die Jugend mit Formen, Werten und Leistungen menschlicher Kultur bekannt macht, zum Beispiel Geschichte, Geographie, Deutsch usw. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß ein solcher Unterricht an den Lehrer nicht analoge Anforderungen stellt wie der konfessionelle sondern höhere, und darum muß die auf diesem Gebiet wirklich aufbauende Kulturpolitik bei der neuen Lehrerbildung beginnen. Im Mittelpunkt dieser neuen Leh-

rerbildung muß die Philosophie stehen, und die besonderen Gebiete der Kultur- und Gesellschaftskunde, der Lehre von den höchsten geistigen Werten, kommen hier als die Quellen für eine Erneuerung des öffentlichen Bildungswesens aus dem Geist der Philosophie in Betracht.

Weltliche Schule Von diesem Gedankengang aus gesehen, können Bewegungen wie die des Bundes der Freien Schulgesellschaften Deutschlands nur als Übergangserscheinungen angesehen werden, die mit einer bestimmten kulturpolitischen Situation und mit den sich daraus ergebenden taktischen Erwägungen zusammenhängen. Bekanntlich bestimmt der Artikel 174 der Reichsverfassung, daß es im Schulwesen der Länder bis zum Erlaß des in Artikel 146 Absatz 2 vorgesehenen Reichsschulgesetzes bei der bisherigen Rechtslage verbleibt. Auf diese Weise sind die in Preußen seinerzeit unter Konrad Haenisch ins Leben gerufenen Sammelklassen und Sammelschulen allmählich in eine Lage geraten, die unter Umständen dazu führen kann die Bewegung für die allgemeine, öffentliche und weltliche Schule zu einer Bewegung für die proletarische Klassenschule einzuengen. Bei dieser Lage ist es wichtig, daß der Bund für Freie Schulgesellschaften neuerdings neben seinem Mitteilungsblatt Die Freie Weltliche Schule eine besondere erziehungswissenschaftliche Monatsschrift Aufbau ins Leben gerufen hat, die mehr der Herausarbeitung der grundsätzlichen kulturpolitischen Ziele des Sozialismus gewidmet ist als der Orientierung der Mitglieder über die grundsätzlichen Bundesangelegenheiten. In ganz ausgezeichneter Weise wird gleich im 1. Heft dieser Zeitschrift in einem Aufsatz Kurt Löwensteins, betitelt Grundsätzliche Schulpolitik, darauf hingewiesen, daß nicht erst heute sondern bereits in den Tagen, da die Schulparagrafen der Weimarer Verfassung beraten wurden, die kulturpolitische Reaktion in Deutschland das Gesetz des Handelns an sich gerissen hat. Die Tatsache, daß die sozialistische Aufbautendenz im Reichstag heute so wie damals für sich allein nicht stark genug ist, um sich in großem und sichtbarem Ausmaß durchzusetzen, entbindet nicht von der Verpflichtung immer wieder ins Bewußtsein zu rufen, was eigentlich spezifisch sozialistische Kulturziele sind, und was jeweils als Niederschlag des Zusammenwirkens mit heterogenen

Weltanschauungen anzusehen ist. Die sozialistische Schule ist keine Veranstaltung, die ein Kreis von Erziehungsberechtigten ins Leben gerufen hat, um mit Hilfe öffentlicher Mittel und gesinnungsverwandter Berufserzieher auf Grund eines natürlichen oder göttlichen Rechts die Kinder dieser Erziehungsberechtigten im Sinn der elterlichen Weltanschauung zu erziehen. Vielmehr ist sie eine gesellschaftliche, auf Gesetz beruhende Veranstaltung, die die Erziehung der Jugend den allgemeinen, sozialen und kulturellen Aufgaben einordnet, die sich aus einer bestimmten sozialen Lage zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Kulturkreis ergeben. Die Entscheidung darüber, was gerade als diese allgemeine Aufgabe der Erziehung anzusehen sei, kann ebenso wenig der Meinung und unmittelbaren Einwirkung einzelner Eltern oder Elterngruppen unterstellt werden wie etwa die Entscheidung darüber, was jeweilig im Gerichtsverfahren als Recht oder Unrecht gelten soll. Von hier aus gesehen bedeutete es, wie Löwenstein betont, schon in der Zeit der Schaffung der neuen Reichsverfassung »von vornherein eine Lähmung aktiver Schulpolitik, daß man das schulpolitische Problem zu einer Weltanschauungsfrage machte, anstatt daß man seine gesellschaftliche Bedeutung aktiviert«. Löwenstein zeigt dann weiter, wie auf dieser Grundlage der gesellschaftliche Kampf des Sozialismus für die weltliche Schule immer mehr in die Enge anti-kirchlicher Opposition hineingedrängt wurde, wie in der Reichsverfassung die weltliche Schule statt der sozialen einheitlichen Aufbauschule aus der Klassenlage der Arbeiterschaft heraus nur eine Konzession neben der kirchlichen Weltanschauungsschule und einer herkömmlichen Schule mit religiöser Toleranz geworden ist, und wie es »durch diese Verschiebung der Reaktion ermöglicht wurde sich einen günstigen Kampfboden zu schaffen und der eigentlichen gesellschaftlichen Aufgabe auszuweichen«. Das Verdienst der weltlichen Schulen nun, die im Bund der Freien Schulgesellschaften Deutschlands vereinigt sind, sieht Löwenstein darin, daß sie für die schulische Notwendigkeit unserer Zeit feste, anschauliche Formen geschaffen haben. Sie sind nach ihm »die Realpositionen, die im augenblicklichen Stellungskrieg den Anspruch auf gesetzliche Regelung und das Vorwärtstreiben des Schulkampfes lebendig erhalten«.

Lebenskundlicher Unterricht Eine Arbeitsgemeinschaft Thüringer Lehrer hat unter Führung des Jenaer Studiendirektors K. Theil Richtlinien für den lebenskundlichen Unterricht (mit Literaturverzeichnis) aufgestellt, die vom Herausgeber in Jena zu beziehen sind, und die von der Sozialdemokratischen Partei Thüringens sowie von dem Thüringer Bezirk des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung als die Grundlage des an einzelnen thüringischen Schulorten für die Kinder sozialistischer Freidenker ins Leben gerufenen Unterrichts in weltlicher Lebenskunde betrachtet werden. Nach den an die Spitze der Richtlinien gestellten Zielforderungen soll der lebenskundliche Unterricht den Menschen in seinen gesellschaftlichen Beziehungen, insbesondere in seiner gesellschaftlichen Arbeit behandeln und die Einwirkung der natürlichen Bedingungen, der Arbeitsverhältnisse, der gesellschaftlichen Beziehungen auf das Leben, die Erkenntnis, die Sitten und den Glauben des Menschen den Kindern allmählich, entsprechend dem Fortschritt ihrer eigenen geistigen Entwicklung, zum Bewußtsein bringen. Nach Nummer 5 der Grundsätze soll der Geist des Unterrichts im Einklang mit der Lebensanschauung derjenigen Elternkreise stehen, deren Kinder den lebenskundlichen Unterricht besuchen, und die Erteilung des lebenskundlichen Unterrichts soll daher vorzugsweise solchen Lehrkräften übertragen werden, die keiner Religionsgesellschaft angehören. Die Einwände, die sich gerade vom Standpunkt der weltlichen Schule aus gegen diese Richtlinien erheben lassen, ergeben sich zum Teil schon aus dem oben Dargelegten: Die der Elternschaft hier zugewiesene Rolle einer über den Geist des Unterricht's entscheidenden oder ihn wesentlich mitbestimmenden Instanz ist unsozialistisch und unterscheidet sich grundsätzlich in keiner Weise von dem Einfluß, den die kirchliche oder naturrechtliche Auffassung der Elternschaft respektive der Religionsgemeinschaft in konfessionellen Religionsunterricht der Staatsschule respektive der staatlich garantierten Konfessionsschule eingeräumt sehen möchte. Auch die Voraussetzungen, die hier an die Zugehörigkeit der Lehrer zur Weltanschauung der in Frage kommenden Erziehungsberechtigten geknüpft werden, lassen sich mit der Idee eines den Konfessionen und Weltanschauungen gegenüber indifferenten

Staats respektive Staatsbeamtentums nicht in Einklang bringen. Die sozialistische Idee fordert hier im Gegenteil ausdrücklich Betonung des Gedankens, daß der Staat ebenso wenig wie die Erziehungsberechtigten befugt ist dem Lehrer darüber Vorschriften zu machen, welcher Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft er sich zurechnen möchte respektive nicht zurechnen darf, es sei denn, es handle sich um eine berufliche Betätigung im Sinn grundsätzlich staatsfeindlicher Bestrebungen. Gerade gegenüber der seit dem Weimarer Schulkompromiß üblichen bürgerlichen Betonung des Kontrollrechts der Erziehungsberechtigten über die Schule bedürfen heute diese Grundsätze ausdrücklicher Betonung. Näher dem Zentrum sozialistischer Gedankengänge steht in den Theilschen Richtlinien die Forderung einer soziologischen Behandlung der menschlichen Kultur durch die Schule. Aber einmal muß sich diese Forderung, wenn sie wirklich voll zur Geltung kommen soll, auf den gesamten Unterricht und nicht bloß auf ein einzelnes Unterrichtsfach richten. Weiter ist die Frage, ob mit der dogmatischen Festlegung des lebenskundlichen Unterrichts auf eine spezifisch materialistische Auffassung (und um eine solche handelt es sich, sobald Leben, Erkenntnis, Sitten und Glaube *nur* von den natürlichen Kulturbedingungen, den Arbeitsverhältnissen und den gesellschaftlichen Beziehungen aus beleuchtet werden) wirklich die breite gedankliche Grundlage geschaffen wird, deren die Forderung einer soziologischen Lehrplangestaltung bedarf, um sich im ganzen Volk durchzusetzen. Denn die weltliche Schule ist eine Volksschule. Dennoch kann man, abgesehen von diesen grundsätzlichen Einwendungen, auch die Theilschen Richtlinien als ein Symptom für den ersten Willen ansehen einer neuen Schulidee, die die grundsätzlichen Mängel der bürgerlichen Schule abstreift, zum Durchbruch zu verhelfen.

Geschlechterprobleme Das Persönlichkeitsproblem und das Problem des Verhältnisses der Geschlechter zu einander behandelt Oscar A. H. Schmitz in einem Buch, betitelt *Wespennester* /München, Musarionverlag/. Im Zusammenhang mit dem letzten Problem spricht Schmitz auch über die Frauenfrage. Er findet, daß die Frauenrechtsbewegung nicht eigentlich bis zum Kern des Problems vorgedrungen ist, ge-

schweige denn zu einer positiven Lösung geführt hat. Als wesentliche Aufgabe des Mannes erscheint ihm die: jenseits des augenblicklich Gegebenen Ziele zu setzen, während die Frau das Lebendige gegenwärtig zu halten und fortzupflanzen habe. Die typisch moderne seelische und geistige Abgestumpftheit nun habe den Mann vor seiner eigentlichen Aufgabe immer mehr versagen lassen, und ebendarum sei es auch der Frau bisher nicht gelungen für die neue Freiheit, die ihr die Frauenrechtsbewegung gebracht habe, einen neuen Inhalt zu finden; »Die politische Frauenbewegung erforscht nicht das Wesen der Frau, sondern, ganz von der weiblichen Minderwertigkeit überzeugt und ganz einseitig am Mann orientiert, will sie beweisen, daß die Frau werden kann wie er. Die im Hintergrund lebendige, oft noch unbewußte Sehnsucht der Frau aber meint etwas ganz anderes, nämlich, daß die Frau, weil dem Mann gleichwertig, ebenso wie er die Möglichkeit finde zu verwirklichen, was sie ihrem Wesen nach ist, unbekümmert darum, daß diese Freiheit erst recht ihr Anderssein beweisen wird.« Als wesentliche Aufgabe der Frau sieht nun Schmitz die an: die undifferenzierte Triebhaftigkeit des werdenden Mannes zu veredeln. Dieser erzieherischen Aufgabe sei die vermännlichte Frau von heute, die vom Mann bedingungslose Hingabe fordere, während sie für sich unter dem Deckmantel des Flirts eine Freiheit in Anspruch nehme, wie sie der Mann niemals besessen habe, nicht mehr gewachsen. So biete die Zeit häufig das unerfreuliche Bild, daß der Mann nach wie vor ein Führertum beansprucht, für dessen innere Berechtigung er keinen überzeugenden Beweis mehr zu liefern vermag. Auf der andern Seite die Frau, die in blind nachahmender Verehrung alles Männlichen das Ziel in dem sieht, was beim Mann der zu überwindende Ausgangspunkt sein soll. Gleichzeitig krankhafter Geltungstrieb der Frau, die einerseits für das Muttertum besondere Bewertung fordert, andererseits gerade im Muttertum das Symbol für die "Versklavung" sieht. Der Verfasser meint nun, daß die rechte Frau überall da, wo sie auf echtes männliches Führertum stößt, keinen sehnlichern Wunsch hat als dieses Führertum mit dem Mann zu teilen, so daß die Frauenfrage nicht nur die Frauen angeht sondern mindestens ebenso sehr eine Männerfrage ist. Man wird ihm darin

nur beistimmen können, wenn auch neben den rein psychologischen Faktoren der Frauenfrage auch die sozialen nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. In ähnlicher Richtung bewegen sich Gedankensreihen, die ein Neue Frauendichtung? überschriebenes Kapitel in Julius Babs neuem Buch Befreiungsschlacht /Stuttgart, J. Engelhorn's Nachfolger/ einleiten. »Die moderne Frauenbewegung«, heißt es hier, »hatte stets 2 Wurzeln und 2 Wege. Es handelte sich einmal darum, daß die Frau, soweit sie in gleicher Art ein Mensch ist wie der Mann, auch die selben Rechte haben soll wie er, daß keine Kräfte, die wirklich in ihr stecken, zu verkümmern brauchen, nur weil man sie ganz ohne Grund als spezifisch männlich und ihre Betätigung als unweiblich erklärt hat. Dieser Teil der Frauenbewegung ist, wenn auch nicht beendet, so doch sehr sichtbar einem siegreichen Ende angenähert. Aber die zweite und tiefere, in dunkleres Erdreich langende Wurzel der Frauenbewegung war von vornherein der ergänzende, völlig andersartige Wille der Lebensart und Lebensbetätigung, in der die Frau dem Manne ein für allemal nicht gleicht, dem spezifisch weiblichen Dasein, Anerkennung, Entfaltungsrecht zu verschaffen, ihr jene Wertschätzung zu erringen, die die bisherige Konstruktion der Gesellschaft in vieler Beziehung dem rein Männlichen vorbehalten hat. Und hier ist die Frauenbewegung noch sehr weit von einem Enderfolg. Denn hier handelt es sich nicht in erster Linie um gesetzlich zu umschreibende Rechte. Hier müßte die jahrtausendealte Denkart auf unzähligen Gebieten revidiert werden, die bisher eine rein männliche gewesen ist, und neben die erst eine weibliche Variation gesetzt und zur Anerkennung geführt werden muß.« Unter Frauendichtung versteht demnach Julius Bab solche Werke, die versuchen das besondersartige Wesen des Weibes ins Gefühl zu heben, uns sein eigenartiges Daseinsrecht zum Bewußtsein zu bringen. Im weitem Verlauf des genannten Aufsatzes stellt der Verfasser 2 bekannte zeitgenössische Romane, Sigrid Undsets Kristin Lavransdotter und Romain Rollands Verzauberte Seelen, als gegensätzliche Typen von künstlerischen Darstellungen des großen, entscheidenden, ungelösten Frauenproblems einander gegenüber. Bei Undset Darstellung und Schicksal der Frau noch ganz in der alten Art. Das Wesen der Frau ist hier

noch ganz durch die geschlechtliche Natur bestimmt. »Liebe und Mutterschaft erfüllen dies Geschöpf in einer Art und in einem Grade, die kein Mann erfassen kann, erfüllen es ganz.« Rollands Roman dagegen handelt von einer neuen Frau, »einem Wesen, dessen vollendeter Typ vielleicht erst im Werden ist, das die besondere Bedingtheit durch weiblichen Geschlechtscharakter keineswegs verleugnet, das aber nun auf seinem eigenen und besonderen Wege das Ziel erreichen will, das dem Mann von je Inbegriff der Menschenwürde schien: eine freie Seele und ein selbständiges Gewissen . . . zu sein«.

Kalender Unter den Wochenkalendern dieses neuen Jahres steht, wie nun schon seit längerem, der *Kalender Neues Deutschland* /Wiesbaden, Verlag Friede durch Recht/ an der Spitze. Denn er ist der Ausdruck einer klaren Gesinnung, die in allen Einzelheiten hervortritt. Nicht zum wenigsten in der Auswahl der Ereignisse, an die die einzelnen Tage erinnern sollen. Denn nur das Geistige gilt hier, und davon wiederum nur das, was nicht der bloßen Erhöhung des Selbst, also dem Konsum, sondern der Gesamtheit und der Herausbildung des Gemeinschaftsbewußtseins dient. So bringen uns diese Daten der Vergangenheit beständig zu den unmittelbaren Aufgaben der Gegenwart, die von der Pflicht gegenüber der Zukunft gestellt werden. Daß die beigegebenen Bilder diese Tendenz verstärken, ohne tendenziös zu sein, zeigt, mit welcher innern Verbundenheit dieser (handliche und wohltuend sachlich ausgestattete) Abreißkalender zusammengestellt wurde. In den abgedruckten Aussprüchen wird nur die Sache selbst gesehen, nicht die Person. Und wenn einer der Geistigen aus einem ganz andern, ja uns feindlichen Lager etwas Gutes und Richtiges sagte, wird es hier ganz unbefangen wiedergegeben; so in der 2. Januarwoche ein Wort Eugen Dührings über den Krieg: »Als Roheit verschlechert er die Sitten auch für die Friedenszeit, er vermehrt die Brutalität und Frivolität, er hegt und pflegt den grundsatzlosen Übermut und nährt die Neigungen zum Aberglauben, zur frechen Gewalttat und zur schamlosen Hinwegsetzung über die Gerechtigkeitsrücksichten.« Ein wahrer Menschheitskalender. Der schon in früheren Jahren hier angezeigte und gelobte *Dürerkalender* /Berlin, Sieben-Stäbe-Verlag/ wendet sich an

die »Gemeinde der "Stillen im Lande"«. Es ist ein sympathischer Geist, der aus dem Geleitwort des Herausgebers Karl Maußner spricht: »Gläubig laßt mich mit dem Dichter Fritz von Unruh reden: »Rufe nicht "Wer steht hinter mir?", frage nicht, ob es Millionen sind — Gott ist es und die Ewigkeit!«« Dieser Eindruck verstärkt sich namentlich durch die guten Bildwiedergaben. Gewiß liegt uns manches davon heute recht fern. Aber nichts ist darin, was wir gerade abweisen möchten. Und wir wollen gern, in wörtlichem wie in erweitertem Sinn, den Spruch annehmen, den ein Blatt aus den letzten Tagen des Jahres trägt: »Musik ist die wahre allgemeine Menschensprache.«

Von den Tagesabreißkalendern sei hier nur der *Vorwärtskalender* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ erwähnt. Er ist in seinen Bildern (es sind in der Hauptsache geschickt ausgewählte Photographien aus dem unmittelbaren Leben) ganz dem Heute gewidmet; wie es sich für einen sozialdemokratischen Tageskalender gehört. In manchem ist vielleicht die geistig-politische Linie, die unsere Partei in unseren Tagen einhalten muß, nicht ganz streng gewahrt. Im ganzen ist der Kalender natürlich jedem Parteigenossen zu empfehlen.

Totenliste Am 12. Oktober 1928 starb in Paris, im Alter von 82 Jahren, der General *Alexandre Percin*, der sich nach dem Weltkrieg durch seine pazifistische Propaganda in der französischen Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte. Er war Träger des Großkreuzes der Ehrenlegion und wurde als solcher wegen pazifistischer Artikel vor ein Ehrengericht dieses Ordens geladen; ohne daß ihm dabei etwas geschehen wäre. Seine Schriften sind der Sache des Friedens gewidmet. Daß ein hoher französischer Militär so der Friedensidee hingegeben sein und auch ruhig für sie wirken kann, braucht weniger wunderzunehmen, wenn man daran denkt, daß in Frankreich der Krieg nicht als eine gottgewollte Institution sondern stets nur als ein (schlimmes) Mittel der Politik angesehen wurde, und daß der größte Feldherr aller Zeiten, Napoléon, seine (gegen England gerichteten) Kriege nur führte, um die Einigung des europäischen Kontinents gegen die britische Balance-of-power-Doktrin zu erzwingen und damit den dauernden Frieden in Europa und in der Welt sicherzustellen.

Kurze Chronik Der Chemiker Robert Emanuel Schmidt, Mitglied des Aufsichtsrats der Farbwerke in Elberfeld, von Geburt Franzose, überwies der Universität Heidelberg eine *Stiftung* von 500 000 Mark, die dazu dienen soll die kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Ausland, besonders zum romanischen, zu pflegen. \diamond Die Nietzschegesellschaft in München hatte 2 Preisaufgaben gestellt, um die Verflechtung *deutschen und französischen Geistes* an einem bestimmten Thema deutlich werden zu lassen: Es sollten der Einfluß des französischen Geistes auf die Philosophie Nietzsches und der Einfluß Nietzsches auf das geistige Frankreich dargestellt werden. Das Ergebnis war, daß zahlreiche Arbeiten einliefen, die betonten, daß die französischen Moralisten auf Nietzsche einen starken Einfluß geübt hätten, daß aber erst Nietzsche deren Gedanken konsequent bis zu Ende gedacht habe. Den 1. Preis erhielten Fritz Krökel /München/ und Geneviève Bianquis /Paris/, den 2. Preis Kalle Sandelin /Kopenhagen/ und Hil Wihlidahl /Wien/. \diamond Die französische Zeitschrift *L'Europe Nouvelle* zeichnete als *bestes politisches Werk* des letzten Jahres mit dem Preis von 10 000 Francs das Buch Vladimir d'Ormessons Vertrauen zu Deutschland aus. \diamond Im Einvernehmen mit der preußischen Regierung ermächtigten der Reichsminister des Innern und der Reichspostminister die Rundfunkgesellschaft Deutsche Welle *kontradiktorische Vortragsreihen* und Gespräche über aktuelle Tagesfragen zu veranstalten. Die von der Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte in Berlin organisierten Aufbauabende, die die kontradiktorische Aussprache in Deutschland einführten, haben eine tiefgehende Wirkung ausgeübt und zur Nacheiferung angeregt. \diamond Mitte November 1928 wurde eine *Notgemeinschaft des Deutschen Schrifttums* gegründet, und zwar in einer gemeinsamen Sitzung der Deutschen Schillerstiftung in Weimar und des Reichsverbands des Deutschen Schrifttums in Berlin. \diamond Deutschland zeichnet sich durch seine hohe Anzahl von *Lehrern und Lernenden* aus. So haben wir 180 000 Volksschullehrer, mehr als 16 000 Oberlehrer und Studienräte und 7830 Hochschullehrer, 6,6 Millionen Volksschüler, etwa 3 Millionen Mittelschüler und über 100 000 Hochschüler. Auf 1 Volksschullehrer entfallen in Deutschland 19, auf 1 Universitätslehrer

13 Schüler. \diamond Von den 4 *Pädagogischen Akademien*, die in Preußen errichtet werden, kommt je eine nach Erfurt, nach dem Rheinland, nach Schlesien und nach Berlin. \diamond In einem Erlaß über die künstlerische *Ausstattung von Schulräumen* verbietet das Provinzialschulkollegium Magdeburg die Verwendung von geschichtlichen und allegorischen Darstellungen, die eine dem gegenwärtigen Staatswesen widersprechende Tendenz zeigen. Verboten sind Bilder von Monarchen, soweit es sich nicht um historisch bedeutende Persönlichkeiten handelt. Dagegen sollen die Bilder oder Büsten der Präsidenten der Deutschen Republik im Festsaal jeder Schule vertreten sein. \diamond Der badische Kultusminister entthob einen Studienrat von der Oberrealschule in Pforzheim seines Amts, weil er sich in 2 Artikeln einer *Beschimpfung der Reichsfarben* schuldig gemacht hatte. \diamond Gegen Walter Hasenclever war wegen seiner Komödie *Ehen* werden im Himmel geschlossen ein Ermittlungsverfahren wegen *Gotteslästerung* eingeleitet worden. Es wurde jedoch wieder eingestellt, da die Voraussetzung des § 166 des Strafgesetzbuchs als nicht vorliegend erkannt wurde. Dagegen ist George Grosz auf Grund des gleichen Paragraphen wegen eines Albums mit Zeichnungen verurteilt worden, die als Grundlage für die Aufführung der Abenteuer des braven Soldaten Schwejk auf der Piscatorbühne gedient hatten. \diamond Die Filmoberprüfstelle hat die öffentliche Vorführung des zu Halle aufgenommenen Films von einem *"Sporttag" des Stahlhelms* verboten. In der Begründung der Entscheidung wird darauf hingewiesen, daß in dem Film feldmarschmäßig ausgerüstete Formationen des Stahlhelms auftreten. Auch wird darauf verwiesen, daß die Beteiligung hoher Offiziere des alten Heeres, die den Parademarsch abnehmen, sowie die Vorbeimärsche mit Fahnen, Feldküchen, Uniformen den Eindruck einer verbotenen militärischen Betätigung hervorrufen müssen. \diamond Die *Volkshochschule Comburg* bei Schwäbisch Hall in Württemberg beendete zu Weihnachten ihren Winterkurs. Der nächste, $3\frac{1}{2}$ Monate dauernde Kurs beginnt Mitte April und dauert bis Ende Juli 1929. Der Unterricht, für den 3 ständige Lehrer und mehrere Gastlehrer zur Verfügung stehen, umfaßt folgende Gebiete: Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht, Fragen der Weltanschauung und der Psychologie, Gesundheits-

fragen; Festgestaltung, Fragen der Kunst, Literatur und Musik, Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache. Die Bewerber sollen in ihrer Bewerbung ihre besonderen geistigen Interessen darlegen und einen Lebenslauf beifügen. ◊ Da von den 8 Millionen Einwohnern Ungarns mehr als 1 Million, etwa 15 %, weder lesen noch schreiben können, so ist ein staatlicher Schulbauplan ausgearbeitet worden, nach dem in den nächsten Jahren 8500 neue Schulen errichtet werden sollen. Bis Ende 1932 soll in Ungarn die allgemeine Schulpflicht eingeführt sein.

Literatur Unter der Mitarbeit erster Fachgelehrter ließ der Verlag Philipp Reclam in Leipzig eine 3., erweiterte Auflage des Reclamwerks *Praktisches Wissen* erscheinen. Der 843 Seiten starke Band bietet in vorzüglicher Ausstattung eine Fülle von Anregung und Belehrung aus allen Gebieten der Wissenschaft, der Technik, des Sports, des Rechtslebens, der Wohnungskultur, Gesundheitslehre, der Blumen- und Tierzucht usw. In der Neubearbeitung spiegelt sich natürlich auch der Charakter unserer Zeit wider, die ein solches für das Wissen aller bestimmtes Werk hinnehmen muß wie sie ist. Darum werden zum Beispiel im Abschnitt *Der Sport* alle modernen Sportarten vom Fechten bis zum Dschiu-Dschitsu, vom Faustkampf, Rudern, Segeln, Schwimmen bis zu Tennis, Rugby, Handball, Hockey, Golf, Polo behandelt. Aus dem wissenschaftlichen Teil seien hervorgehoben: eine Darstellung Albert Einsteins über die Relativitätstheorie, Abhandlungen über Vererbung, Hypnose, Suggestion und Autosuggestion, Psychoanalyse, Vitaminforschung und Ernährungslehre, Spektrum und Spektroanalyse, Elektromagnetismus und anderes. Ein Aufsatz Hermann Hesses gibt einen Überblick über hervorragende Werke der Weltliteratur und anschließend eine Übersicht über gute deutsche Ausgaben dieser Werke. Vortrefflich sind auch die Aufsätze über Kochkunst, Wohnungseinrichtung, Gartenkultur, Haustierzucht, Bekleidungswesen. Fast alle Aufsätze sind von anschaulichen Zeichnungen, Karten, Tabellen, Photographien und farbenprächtigen Anschauungstafeln begleitet. So ist das Buch gleichzeitig ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit einer alten deutschen Verlagsanstalt, die sich ihren Weltruf immer wieder aufs neue zu erobern weiß.

Frauenbewegung / Mela Corssen

Hauswirtschaft Die Rationalisierung der Hauswirtschaft schreitet vorwärts, sowohl in ihrer praktischen Verwirklichung wie in der allgemeinen Erkenntnis ihrer Notwendigkeit. Man beginnt die Formen des hauswirtschaftlichen Betriebs zu erforschen und zu lehren, wie in dieser Rundschau (1928 II Seite 626) berichtet wurde. Der Verein Deutscher Ingenieure beschäftigt sich in seinem Bezirksverein in Berlin intensiv mit der Rationalisierung des Haushalts, wie der 1. Vortragsabend im Winter 1928, an dem eine große Anzahl von Frauen teilnahm, bewies. Man hat die Notwendigkeit der Vereinfachung des Hausgeräts eingesehen und im Normenausschuß der Deutschen Industrie einen Ausschuß für die Bearbeitung der mit der Hauswirtschaft zusammenhängenden Fragen gebildet. Die Leitung ist Marie Elisabeth Lüders, die auf diese Notwendigkeit seit längerer Zeit energisch hingewiesen hatte, übertragen worden. Ebenso wird der Zusammenhang zwischen rationeller Hauswirtschaft und rationellem Wohnungsbau immer mehr erkannt, und die Mitwirkung der Hausfrau am Wohnungsbau gefordert. Bei der Ausstellung von Wochenendhäusern in Berlin im Frühjahr 1927 mußte man noch, wie ein Aufsatz Margarete Caemmerers in der Vossischen Zeitung vom 23. April 1927 zeigte, darüber klagen, daß die Hausfrau nicht gefragt worden war. Im Jahr 1928 wurde auf der Baumesse in Leipzig eine gemeinsame Tagung von Architekten und Hausfrauen veranstaltet, um Fragen des Wohnungsbaus, insbesondere die Vorzüge und Nachteile des Hochhauses und des Siedlungshauses, zu besprechen. Lüders weist in einem Artikel der Vossischen Zeitung vom 20. Mai 1928, betitelt *Hauswirtschaft — Weltwirtschaft*, die Frauen auf die Möglichkeit der Mitarbeit in der auf Verlangen der Frauen gebildeten Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen hin.

Eine ganze Reihe von Veröffentlichungen sollen der Hausfrau den Weg zur praktischen und zeitsparenden Gestaltung der Hausarbeit zeigen. Es seien hier genannt: der Hausfrauentaschenkalender, herausgegeben von Erna Meyer, der Verfasserin des Buches *Der neue Haushalt*, das bereits in mehreren Auflagen herauskam, die Schrift *Hilde Zimmermanns Haus und Hausrat*, ihre Ent-

stehung, Bewertung und Erhaltung und das kleine Kochbuch Elisabeth Neffs Die Schnellküche der Junggesellin; all dies erschien in der Franckhschen Verlags-handlung in Stuttgart. Frauenzeitschriften und -zeitungen aller Richtungen bemühen sich die Notwendigkeit der Rationalisierung ihren Leserinnen deutlich zu machen: die Gewerkschaftliche Frauenzeitung in 2 interessanten Aufsätzen Elfriede Behnes über rationelle Haushaltsführung, die Christliche Frau in 2 Artikeln Maria Maresch' über Lebensvereinfachung als Kernfrage der Hauswirtschaft und Akademikerin und Hauswirtschaft, die Österreicherin in einem Bericht über einen Vortrag Hildegard Margis' über die Technisierung des Haushalts. In der Vossischen Zeitung vom 27. November 1927 betont Charlotte Mühsam-Werther, daß Rationalisierung des Haushalts nicht gleichbedeutend sei mit seiner Entseelung, in der Kölnischen Zeitung vom 2. November 1927 weist P. Stautz auf die Notwendigkeit der Vereinfachung der Hausarbeit hin, um die Frau zu entlasten. Das Ideal der unaufhörlich im Dienst der Familie sich abrackernenden Hausfrau verblaßt.

Allerdings hat man bei all diesen Bemühungen den Eindruck, daß die Verfasser sich scheuen den Gedanken der Rationalisierung zu Ende zu denken. So wird nirgends die Zentralisierung der Küchenarbeit, der am meisten belastenden und zersplitternden Arbeit der Hausfrau, auch nur erwähnt. Und doch hat alle Rationalisierung durch arbeitssparende Maschinen erst im Großbetrieb einen vernünftigen Sinn. Daß eine Haushaltsmaschine der Frau am Tage 3 Minuten Arbeit spart, bedeutet für die Umformung der Hauswirtschaft noch keinen Fortschritt. Aber es scheint, daß noch kaum irgendwo klar dies gesehen wird: daß es sich wirklich um die Herausbildung ganz neuer Formen der Hauswirtschaft handelt, zu der alles Bisherige nur ein Anfang ist, nicht nur um einige Erleichterungen und Bequemlichkeiten für die Hausfrau. Gewiß ist es wünschenswert und von Bedeutung, daß die Frau freie Zeit bekommt, zur Selbstbesinnung, zum Leben mit Mann und Kindern, zur Anteilnahme am öffentlichen Leben. Aber es ist doch nicht so, daß das der ganze Sinn oder gar der Grund des beginnenden Umgestaltungsprozesses in der Hauswirtschaft wäre. Es ist allbekannt, wie die wirtschaftliche Entwicklung die Hausarbeit immer mehr in industrielle Arbeit verwandelt hat, so daß

der Hauswirtschaft in weitem Umfang der Anteil an der wirklich produktiven Arbeit genommen wurde. In dieser Rundschau ist oft darauf hingewiesen worden, daß sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten und Nöte in der Hausfrauenarbeit daraus erklären, daß die Formen der Hausarbeit mit ihrem Anteil an der Produktion nicht in Einklang stehen. Die Hausfrau muß zu viel Zeit auf ihre Arbeit verwenden, sie kann sozusagen von dieser Arbeit nicht leben. Das heißt, sie führt entweder ein parasitäres Dasein, oder sie ist, in einem großen Haushalt, der die eigentlich notwendigen Hilfskräfte nicht ernähren kann, überlastet. Für diesen Ausfall an produktiver Arbeit muß ein Ersatz geschaffen werden, die Kräfte der Frau müssen, durch Zusammendrängung der Hausarbeit, für andere produktive Arbeit freigemacht werden. Dies ist der Gang der Entwicklung, der in dem Anwachsen der industriellen Frauenarbeit unmißverständlich sichtbar wird. Und solange man in der Rationalisierung, das heißt Zentralisierung, der Hauswirtschaft keine energischen Fortschritte macht, geht diese Entwicklung auf Kosten der Frau.

Diese Zusammenhänge werden übersehen, wenn man, wie es Sidonie Rosenberg in einem Aufsatz Die Haustochter in der Kölnischen Zeitung vom 8. August 1928 tut, die Familienflucht der Töchter in die außerhäuslichen Berufe beklagt und zu ihrer Behebung empfiehlt den Beruf der Haustochter durch angemessene Bezahlung und Sicherstellung im Alter zu heben. Rosenberg meint, es würden dann viele Mädchen gern vom Bureau oder sonstiger Arbeit Abschied nehmen. Das ist eine völlige Verkennung der Tatsachen. Der moderne Haushalt kann, im Durchschnitt genommen, die Haustochter eben nicht erhalten. Die Töchter sind nicht aus Zufall oder zum bloßen Vergnügen in die Bureaus und Fabriken gegangen. Es ist gewiß richtig, wenn Anna Heidermanns in 2 Aufsätzen der Christlichen Frau Fragen der Hausfrau- und in der Zeitschrift Frauenland darauf hinweist, daß der Hausfrauenberuf durch die mancherlei technischen Umformungen, durch die Wandlungen des Familienlebens eine ganz neue Bedeutung erhalten hat. Aber das Problem, das gerade hier, wo man häufig noch stark an dem alten Hausfrauenideal hängt, doch nicht klar erkannt wird, liegt darin, daß es sich nicht um eine geradlinige Fortführung der alten Hausfrauenaufgaben sondern vielfach um eine

Umbildung, eine Einschränkung und neue Zielsetzung handelt. Ein anderer Aufsatz der Christlichen Frau, von Hildegard Dieck, befürwortet allerdings auch schon die Berufstätigkeit der Ehefrau, aber doch zaghaft und mit einer Reihe von Einschränkungen. Sehr klar und eindringend aber wird die Problematik des Hausfrauenberufs in der gegenwärtigen Zeit in einem Aufsatz Edith Jacoby-Oskes in der Frau beleuchtet. Es wird gezeigt, daß die Hausarbeit nicht nur wirtschaftlich ausgehöhlt worden ist, daß sie auch seelisch der Frau nicht mehr das gleiche bietet wie in alter Zeit, daß sie den innern Zusammenhang mit dem Leben weitgehend verloren hat, und es wird eine Ergänzung der Hausfrauenarbeit durch berufliche Tätigkeit, eine Erweiterung ihres Lebenskreises, als innere Notwendigkeit für die Frau gefordert.

Hausangestellte Mit der Problematik der Hauswirtschaft und des Hausfrauenberufs hängt die der Hausangestellten, hängen die endlosen Kämpfe um eine feste berufsmäßige Regelung ihrer Arbeit eng zusammen. Auch für die Hausangestellte bedeutet die Arbeit im Haushalt nicht mehr wie früher eine das ganze Leben erfüllende und umfassende Tätigkeit, und die menschlichen Bindungen, die das alte patriarchalische Verhältnis zur Hausfrau einschloß, sind längst gelöst. Viele Haushaltungen können keine Angestellte mehr erhalten. Die Berufszählung im Jahr 1925 hat ergeben, daß die Anzahl der Hausgehilfen jetzt 1 020 116 beträgt und gegen 1907 um 139 465, das heißt um 12%, zurückgegangen ist. Dagegen ist die Anzahl der unständigen Haushaltskräfte, der Aufwartefrauen, Waschfrauen usw., an denen 1925 305 471 gezählt wurden, gegen 1907 um 16 349, das heißt um fast 6%, bei den Frauen allein um 15½ %, gestiegen. Der Beruf der Hausangestellten ist nicht begehrt; seit 1919 übersteigt die Anzahl der offenen Stellen bei den Arbeitsämtern die der Arbeitssuchenden. Als Grund wird allgemein die geringe soziale Schätzung des Hausangestelltenberufs, die persönlich abhängige Stellung, die geringe freie Zeit angegeben. In einem kleinen Artikel der Sozialistischen Frau, der Beilage zur Straßburger Freien Presse, vom 9. Mai 1928, betitelt Frauenberufe, beleuchtet Anna Siemsen treffend die geringe soziale Bewertung, die insbesondere in Deutschland die häusliche Arbeit erfährt. Sie erzählt, daß in England bei einer

Kommunalwahl eine Hausangestellte zur Gemeinderätin gewählt wurde, und malt aus, welche eine Unmöglichkeit eine solche Wahl bei uns wäre. Daß der Hausangestelltenberuf auch derjenige ist, der Mädchen und Frauen den geringsten innern Halt gewährt, beweisen die Statistiken, die Emmy Hopmann in einem Aufsatz über die Gefährdung der Dienstboten in der Christlichen Frau anführt. Unter den Schützlingen der Pflegeämter und Fürsorgevereine in einigen großen rheinischen Städten machten nach einer Zählung vom Jahr 1925 die Hausangestellten fast die Hälfte aus gegenüber den Fabrikarbeiterinnen, kaufmännischen Angestellten und anderen Berufen. Von unehelichen Geburten fielen 770 von 1616 auf die Hausangestellten. Auch unter den wegen Geschlechtskrankheiten behandelten Personen stellten die Hausangestellten den höchsten Prozentsatz; 644 von 2274, und sie waren diejenigen, auf die am häufigsten der Verdacht der Gewerbsunzucht fiel: 368 von 1072. Daß auch die früher eingeschriebenen Prostituierten größtenteils aus dem Hausangestelltenberuf kamen, ist bekannt; nach einer Statistik waren unter 190 Prostituierten 72 frühere Hausangestellte. Nichts beweist wohl deutlicher die Tatsache, daß die alten inneren Werte dieses Berufs, die auf der Zugehörigkeit zu der schützenden Hausgemeinschaft beruhten, heute geschwunden sind.

Das Bestreben der Hausangestellten geht jetzt dahin durch gesetzliche Regelung ihrer Arbeitsbedingungen ihrem Beruf ein größeres Maß von Freiheit und damit eine neue Würde und ein neues Ansehen gleich anderer freier Arbeit zu verschaffen. In Deutschland sind seit der Aufhebung der alten Gesindeordnungen im Jahr 1918 Verhandlungen über ein neues Hausgehilfengesetz im Gang. Ein 1921 fertiggestellter Entwurf wurde 1922 vom Reichswirtschaftsrat gutachtlich verabschiedet, dem Reichstag jedoch nicht vorgelegt. Ein abgeänderter Entwurf wurde dann dem Reichsrat vorgelegt. Die großen Schwierigkeiten, auf die eine gesetzliche Regelung der Hausangestelltenarbeit vor allem bei den Hausfrauen stößt, und die das Zustandekommen des Gesetzes immer wieder verhinderten, liegen vor allem in dem regellosen, unrationellen Charakter der Hauswirtschaft selbst. Zur Vorbereitung eines neuen Gesetzentwurfs wurde im Jahr 1926 vom Reichsarbeitsministerium in Verbindung mit den Verbänden der Hausfrauen und der Hausgehilfinnen eine Um-

frage veranstaltet, deren Ergebnisse Gertrud Israel im Reichsarbeitsblatt vom 25. Oktober und 5. November 1928 erläutert. Es waren 10 000 Fragebogen verteilt worden, von denen 4039 ausgefüllt und verarbeitet wurden. Die verhältnismäßig geringe Zahl der erfaßten Personen und die vielfach ungenauen Angaben lassen nur mit großen Einschränkungen Schlüsse auf die allgemeine Lage zu. Aus den beantworteten Fragebogen allein ergibt sich, was die Arbeitsbedingungen betrifft, ein im allgemeinen nicht ungünstiges Bild der Verhältnisse. In den meisten Fällen haben die Hausgehilfinnen eine ausreichende Nachtruhe, 70% aller erfaßten Personen haben 10 und mehr Stunden Ruhezeit, 22,3% 9 Stunden; freie Nachmittage, meist Sonntags und alle 8 oder 14 Tage an einem Wochentag, sind die Regel, Urlaub wird vor allem bei längerer Dienstzeit meist gewährt, die Unterbringung ist nur in verhältnismäßig wenigen Fällen ungenügend. Allerdings muß, wie die Bearbeiterin der Erhebung selbst betont, mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß mit der Umfrage vorwiegend besonders günstige Verhältnisse erfaßt worden sind, vor allem, da nur Angehörige von Organisationen, Hausfrauen wie Hausgehilfinnen, befragt wurden. Selbst bei einer solchen Annahme aber wird man nicht zu dem Schluß kommen können, daß im allgemeinen heute die Hausgehilfinnen geschunden werden, und daß durch das neue Gesetz erst ein menschenwürdiges Dasein für sie erobert werden müßte. Es handelt sich vielmehr darum dieses Mindestmaß erträglicher Arbeitsbedingungen, das im allgemeinen vorhanden ist, gesetzlich festzulegen, so daß die Hausgehilfin in den weniger zahlreichen, aber doch nachweislich vorkommenden Fällen, wo es ihr verweigert wird, einen Rechtsanspruch darauf geltend machen kann. Außerdem erhoffen die Hausgehilfinnen von dem Gesetz, daß es ihnen, soweit es bei dem heutigen Zustand der Hauswirtschaft möglich ist, ein größeres Maß freier Verfügung über ihre Zeit außerhalb der Nachtruhe, die heute sicher in den meisten Fällen ganz als Arbeitszeit oder Arbeitsbereitschaft gelten muß, sichern wird. In diesem Punkt, in der Frage der Festlegung der Ruhepausen, weisen die Angaben in der Erhebung des Reichsarbeitsministeriums bedenkliche Lücken auf.

Im Dezember 1927 wurde vom Reichsarbeitsministerium ein neuer Entwurf, der vorläufige Referentenentwurf eines

Gesetzes über die Beschäftigung in der Hauswirtschaft, fertiggestellt und im Reichsarbeitsblatt vom 20. Juni 1928 veröffentlicht. Er soll der Vorbereitung von Anträgen der Reichsregierung bei der Weiterberatung des dem Reichsrat vorliegenden Hausgehilfengesetzes dienen. Dieser Entwurf steht seitdem im Mittelpunkt der Diskussion zwischen den Hausfrauenvereinen und den Hausangestelltenverbänden. Sein Inhalt kann als Festlegung dieses Mindestmaßes von Rechten der Hausgehilfen gelten, etwa in dem Umfang, den die Erhebung des Reichsarbeitsministeriums als durchschnittlich erkennen ließ. Er bleibt in der Festlegung der Arbeitszeit hinter den Forderungen der Hausangestellten, wie sie in der Hausangestelltenzeitung vertreten werden, (und auch hinter den vielfach schon gegebenen Verhältnissen) um ein wenig zurück. Statt einer 10- bis 11-stündigen Nachtruhe und Essenspausen, die die Arbeitszeit auf 10 Stunden begrenzen, werden eine 9stündige Nachtruhe und »angemessene Ruhepausen« festgesetzt. Ein freier Nachmittag soll jede Woche einmal und an jedem 2. Sonntag gewährt werden. Der Entwurf ist also in dieser Beziehung als eine durchaus bescheidene Erfüllung der Hausgehilfinnenwünsche anzusehen. Es ist sogar ausdrücklich die Möglichkeit einer Überschreitung der Arbeitszeit in besonderen Fällen ins Auge gefaßt, die dann nur durch entsprechende Ruhezeit an anderen Tagen ausgeglichen werden soll. Auch in seinen übrigen Bestimmungen über das Verhältnis zum Arbeitgeber, Krankheit, Kündigung, Urlaub enthält er nichts, was über die selbstverständlichsten Billigkeitsforderungen hinausginge. An den Schlafraum werden nur die allermindesten Forderungen gestellt. Es erscheint mithin nicht recht verständlich, daß sich die Hausfrauen, wie die Proteste ihrer Vereinigungen und auch einzelner Hausfrauen beweisen, durch diesen Entwurf beeinträchtigt oder bedroht fühlen. In Hannover fand am 29. Oktober 1928 eine Versammlung des Landesverbands Hannover-Braunschweig im Reichsverband Deutscher Hausfrauenvereine statt, in der die Verbandsvorsitzende unter starkem Beifall auseinandersetzte, wie das neue Gesetz geeignet sei die Familiengemeinschaft zu zerstören (immer wieder diese merkwürdige Verwechslung von Ursachen und Wirkungen), und daß es deshalb unbedingt abzulehnen sei; die Versammlung beschloß denn auch, daß sich der Reichsverband für eine Umarbeitung des

Entwurfs einsetzen sollte, bei der alle Bestimmungen, die das Gesetz ausmachen, fortfallen sollen. Die Hausfrauen stellen ihrer Einsicht und Menschlichkeit damit kein gutes Zeugnis aus.

Zu besonderer Beanstandung führte der Absatz, der Bestimmungen über Mutterschutz für die Hausgehilfinnen enthält und festsetzt, daß Schwangerschaft kein Grund zur fristlosen Entlassung sein soll, wenn das Arbeitsverhältnis bereits 3 Monate bestanden hat. Die Kündigung kann jedoch, wenn dem Arbeitgeber eine Fortführung des Arbeitsverhältnisses bis zu dem vereinbarten Ablauf nicht zugemutet werden kann, zum Ende eines Kalendermonats spätestens am 15. des Monats stattfinden. Der neue Entwurf ist hier gegenüber dem früheren dem Arbeitgeber entgegengekommen; wohl mit Recht, da bei der Mentalität der meisten Hausfrauen ein erzwungenes längeres Verbleiben der Hausgehilfin im Haus in ihrem eigenen Interesse kaum erwünscht wäre. Aber auch so noch erregt der Paragraph sittliche Entrüstung auf der Hausfrauen-seite, wie sie ein am 17. Juni 1928 in der Vossischen Zeitung veröffentlichter Brief Hausfrauen, wehrt euch beweist. Auch in der Versammlung in Hannover wurde vor allem gegen diese Bestimmungen, die »eine Gleichstellung der ehelichen und unehelichen Mutterschaft bedeuten«, heftig protestiert und fristlose Entlassung im Fall von Schwangerschaft gefordert. Es erinnert dies an die merkwürdige Engherzigkeit der Post- und Telegraphen-beamtinnen, die vor mehreren Jahren auf der Entlassung der unehelichen Mutter bestanden, weil sie die Würde ihres Standes verletze. Die Forderungen des Verbandes Hannover sind jedoch im Reichsverband der Hausfrauenvereine nicht durchgedrungen. Der Reichsverband hat sich im großen und ganzen dem Gesetz nicht ablehnend gegenübergestellt. Allerdings hat er es doch für notwendig gehalten eine Frist von 8 Tagen für die Entlassung bei Schwangerschaft aus Gründen zu fordern, die trotz sachlicher und nicht moralisierender Formulierung nicht überzeugend wirken, und deren wirklicher Ursprung wohl doch in der innern Haltung der Hausfrauen gegenüber der Tatsache der unehelichen Mutterschaft an sich zu suchen ist. Um so sympathischer berührt der Bericht, den Klara Philipp in der Christlichen Frau, unter der Überschrift Hauswirtschaft und Gesetzgebung, über den Entwurf gibt. Sie würdigt ihn ruhig und im allgemeinen zustimmend, und sie findet, daß die Be-

stimmungen über den Mutterschutz durchaus im Einklang mit dem menschlichen und sozialen Fühlen der Frau stehen. Eine wesentliche Hebung des Hausangestelltenberufs ist von einer gründlichen und geregelten Ausbildung zu erwarten, die in Lehrverträgen zwischen Hausfrauenvereinen und Hausangestelltenverbänden in Angriff genommen, aber noch keineswegs allgemein durchgeführt ist. Voraussichtlich wird das in Vorbereitung stehende Berufsausbildungsgesetz Bestimmungen darüber enthalten. Auch hier ergeben sich bei der Festsetzung der Arbeitszeit ähnliche Schwierigkeiten und Streitigkeiten wie bei dem Hausgehilfinnengesetz. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung vom 15. Januar 1928 berichtete über ernsthafte Differenzen, die wegen der Arbeitszeitbestimmungen in dem 1924 abgeschlossenen Lehrvertrag entstanden sind, und die schließlich zu einer Zerschlagung des Vertrags führten. Eine wirklich befriedigende Lösung der schwierigen Frage der Hausgehilfinnenarbeit ist ebenso wie bei der Hausfrauenarbeit erst von einer Zentralisierung der Hauswirtschaft zu erwarten.

Berufsarbeit Der Deutsche Handwerks- und Gewerkekammertag veranstaltete eine Erhebung über weibliche *Gesellen- und Meisterprüfungen* in der Zeit von 1912 bis 1927. Von den Schneiderinnen wurden 118 013 Gesellen- und 25 349 Meisterprüfungen abgelegt, bei den Putzmacherinnen waren die Zahlen 43 287 und 6 180, bei den Friseurinnen 40 201 und 370, bei den Weißnäherinnen 2680 und 890, bei den Stickerinnen 675 und 124, bei den Photographinnen 549 und 50, bei den Buchbinderinnen 114 und 27, bei den Weberinnen 32 und 12, bei den Bäckerinnen 27 und 36; 28 Uhrmacherinnen und 23 Gärtnerinnen bestanden die Gesellenprüfung, 16 Fleischerinnen die Meisterprüfung. Auf der Wesleyanischen Kirchenkonferenz in Liverpool wurde eine Resolution angenommen, nach der Frauen zum *geistlichen Amt* zugelassen werden sollen, jedoch mit der Einschränkung, daß sie auf die Heirat verzichten. Auch in der Schweiz können Frauen zu Hilfspfarrern oder Stellvertretenden Pfarrern ernannt werden. Aber auch hier wird Ehelosigkeit zur Bedingung gemacht. Die Anzahl der *Studienassessorinnen* in Preußen ist im letzten Jahr von 925 auf 780 zurückgegangen, so daß sich schon verschiedentlich für angebotene Stellen keine Bewerberinnen fanden.

In Württemberg wird ein neues Beamten-gesetz beraten, das entgegen dem Artikel 128 der Reichsverfassung bestimmt, daß *Beamtinnen*, die sich verheiraten, in ihrer Stellung gekündigt werden können.

Die Reichssektion Gesundheitswesen im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat eine *Schwesternschaft* gegründet, die den staatlich geprüften freien Krankenpflegerinnen die Anrede Schwester sichern und ihre Stellung gegenüber den Angehörigen der Schwesternverbände erleichtern, der ungleichen Behandlung der Krankenpflegerinnen und Schwestern entgegenarbeiten soll.

Als erste Frau erhielt die Französin *Maryse Bastié* das Diplom als *Führerin eines Verkehrsflugzeugs*. Sie befliegt vom 1. November 1928 ab die Linie Paris-Bordeaux. Die Examinatoren sollen bei der Prüfung über die außerordentlich weitgehenden technischen und aeronautischen Kenntnisse ihr Erstaunen geäußert haben. Es ist also noch immer so, daß man einer Frau an sich weniger zutraut als einem Mann.

Totenliste Am 9. Januar 1928 starb *Sophie Mannerheim*, eine der bedeutendsten Frauen

Finnlands. Sie hat sich um die Organisation der Krankenpflege und die Kinderfürsorge große Verdienste erworben.

In Halle starb am 13. März, im Alter von 71 Jahren, *Agnes Gosche*, eine der ersten unermüdlichen Vorkämpferinnen der modernen Frauenbildung. Sie gründete in Halle die Städtische Frauenschule und leitete lange Jahre hindurch dort die Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins.

Im Alter von 58 Jahren starb im Frühjahr in Frankfurt *Ida Kirch*, eine der ersten Frauen, nach Emilie Kempin, die sich der juristischen Beratung ihrer Geschlechtsgenossinnen widmeten. Ihrer hingebenden Tätigkeit verdankt die Frankfurter Rechtsschutzstelle eine besonders günstige Entwicklung.

Im Frühjahr starb auch, im Alter von 66 Jahren, *Anna Bugge-Wicksell*, eine der führenden Frauen in der schwedischen Frauen- und Friedensbewegung. Ihre juristischen Studien, die durch ihre Heirat unterbrochen wurden, schloß sie, als ihre Kinder erwachsen waren, ab. 1920 wurde sie von der schwedischen Regierung in den Völkerbund delegiert. Hier wurde sie in die Mandatskommission berufen, wo sie vor allem die Fragen des Schulwesens und des Kinderschutzes bearbeitete; auch gehörte sie der Rechts- und der Humanitären Kommission an.

Am 15. April starb in Wien, im Alter von 50 Jahren, *Christine Touaillon*, eine der ersten Hochschullehrerinnen. Ihr Arbeitsgebiet war die Geschichte der deutschen Literatur, die sie durch eine eingehende Untersuchung über den deutschen Frauenroman im 18. Jahrhundert bereicherte. Auch für die Frauenbewegung war sie schriftstellerisch und organisatorisch tätig. Sie war eine Persönlichkeit voll Herzenswärme und hoher geistiger Lebendigkeit.

Am 14. Juni starb in London, im Alter von 70 Jahren, *Emmeline Pankhurst*, die Führerin der englischen "Suffragetten", die einst wegen ihrer etwas gewaltsamen Agitationsmethoden vielfach verhöhnt wurden, die jedoch auch im Kampf für ihre Ideen ungewöhnliche Standhaftigkeit bewiesen. Pankhurst hat die Verwirklichung ihres so heiß umkämpften Ideals, die Gleichstellung der Frauen mit den Männern im Wahlrecht, noch erlebt.

Am 6. Juli starb in Zittau *Marie Preibisch*, die dort mit der Begründung des Vereins zur Förderung der Frauenbestrebungen im Jahr 1908 eine vor allem auf sozialem Gebiet regsame Frauenbewegung ins Leben gerufen hatte.

Am 7. Juli schied *Helene Grünberg* im Alter von 54 Jahren freiwillig aus dem Leben (siehe auch die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, 1928 II Seite 808). Sie war im Verband der Schneider tätig und wurde 1905 vom Nürnberger Arbeitersekretariat als erste Gewerkschaftssekretärin angestellt. Im Jahr 1909 wurde, größtenteils auf Grund ihrer agitatorischen Tätigkeit, der Zentralverband der Hausangestellten gegründet. Auch auf politischem Gebiet hat sie eifrig gearbeitet; sie gehörte der Nationalversammlung als Mitglied an.

In ihrem 75. Lebensjahr starb in ihrem Geburtsort Riga *Laura Marholm*. Sie hatte Ola Hansson geheiratet und war mit ihm nach Deutschland übergesiedelt. Ihre Arbeiten über die Psychologie der Frau, vor allem das Buch der Frauen /1895/, haben in der Geschichte der Frauenbewegung, deren Grundsätzen die Verfasserin sich mit ihrer Anschauung über die Abhängigkeit der Frau vom Mann entgegenstellte, ihrer berühmten "Kapseltheorie", eine große Rolle gespielt. Der Nachkriegsgeneration war sie wohl so gut wie unbekannt geblieben. Heute muß man sich der Tatsache erst entsinnen, daß am Ausgang des 19. Jahrhunderts der Name *Laura Marholm* ein Programm bedeutete, um das leidenschaftlich gestritten wurde.

Am 5. November starb in Berlin nach langem Leiden *Emma Rieß*, Geschäftsführerin des Berliner Frauenarbeitsausschusses der Demokratischen Partei. Sie war eine der ersten Frauen, die sich nach dem Novemberumsturz in den Dienst der Demokratischen Partei stellten. Anfang November starb in Berlin *Clara Ratzka*, 56 Jahre alt. Sie, die früher schon als Clara Linzen-Ernst in der Frauenbewegung einen Namen hatte, ist erst spät zur Literatur gekommen. Ihr erster Roman erschien 1915, als sie 43 Jahre alt war. Ihr letztes Buch kam nach ihrem Tod heraus, *Die Erlebnisse und geistigen Ergebnisse ihrer Persönlichkeit*, die eigener Prägung war, kommen in diesen ihren Büchern zum Ausdruck. Auch das verleiht ihr eine bestimmte Bedeutung für die Frauenbewegung, in der sie sich vorher schon praktisch betätigt hatte. Sie war in Westfalen geboren und nahm zuerst an der Leitung einer vom Dortmunder Frauenverein neugegründeten Rechtsschutzstelle für Frauen teil. Später, als sie nach Berlin übergesiedelt war, trat sie der Mutterschutzbewegung näher. Ihren letzten Roman *Im Zeichen der Jungfrauen* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/, in dem sie die Frauen der ältern und der jungen Generation ihrer Heimatstadt Münster neben einander stellt, hat sie der »neuen Frauengeneration« gewidmet.

Kurze Chronik In Deutschland hat das Wahlprüfungsgericht auf die verschiedenen Beschwerden, die sich gegen die nach *Geschlechtern getrennte Abstimmung* richteten, entschieden, daß diese Form der Abstimmung den Grundsatz der geheimen Wahl nicht verletze; nur sollen bei einer Änderung der Reichsstimmordnung die Vorschriften für die getrennte Wahl auf solche Gemeinden beschränkt werden, die sich ihrer Größe nach dafür eignen. ◊ Auf Grund einer Entscheidung des Panamerikanischen Kongresses wurde eine *Panamerikanische Frauenkommission* ins Leben gerufen, die die gesetzliche Stellung der Frau in den 21 amerikanischen Republiken studieren soll. ◊ Der *Katholische Frauenbund* Deutschlands blickte am 16. November 1928 auf ein 25jähriges Bestehen zurück. Die Entwicklung des Bundes aus kleinen Anfängen wird in einer Festschrift geschildert, die 25 Jahre Katholischer Frauenbund betitelt ist. ◊ Der Schriftstellerin Anna Seghers wurde für 2 Novellen als erster Frau der *Kleistpreis* verliehen. ◊ Die älteste und erste

Ärztin des Kontinents, *Mathilde Theyßen*, vollendete in Littenweiler bei Freiburg im Breisgau ihr 90. Lebensjahr. Nachdem mehrere deutsche und ausländische Universitäten sie zurückgewiesen hatten, wurde sie in Paris an der Sorbonne aufgenommen und 1865 als erste Ärztin approbiert. Im Krieg 1870-1871 stellte sie sich dem Roten Kreuz zur Verfügung. Bis zum Weltkrieg wirkte sie in Straßburg. ◊ Am 20. November 1928 wurde *Selma Lagerlöf* 70 Jahre alt. Eine große Gemeinde in allen Ländern feierte an diesem Tag ihre ursprünglich quellende Kraft und echte Volkstümlichkeit. An dem Befreiungskampf der Frau hat die Dichterin aus vollem Herzen teilgenommen. ◊ Am 30. November wurde *Rosa Mayreder* 70 Jahre alt. Ihre bedeutenden kulturphilosophischen Arbeiten, die die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern mit tiefdringendem Blick durchleuchten, sind ebenso wie ihre dichterischen Schöpfungen hier in einem Artikel Wally Zepfers (1928 II Seite 1084 und folgende) eingehend, wenn auch, was sich bei einer solchen Persönlichkeit von selbst versteht, lange nicht erschöpfend gewürdigt worden.

Literatur

Als ein Führer für die Abteilung *Frau und Presse* in der *Pressa* in Köln erschien ein Sammelwerk, betitelt *Frauengenerationen* in Bildern, von Emmy Wolff herausgegeben /Berlin, F. A. Herbig/. Die Beziehungen der Frauen zu Literatur und Presse werden da besonders berücksichtigt, darüber hinaus aber stellt das Buch, das aus knappen, größtenteils geschichtlichen Skizzen und gutausgewählten Gedichten besteht und hübsch illustriert ist, eine Folge von lebendigen Bildern aus der Entwicklung des geistigen und sozialen Frauenlebens vom Mittelalter bis zur Gegenwart dar. ◊ Die Frau im frühen Christentum schildert *Elfriede Gottlieb* in einer interessanten kleinen Schrift /Leipzig, A. Klein/. Sie zeigt, wie die Frau in den Anfängen des Christentums an Bekennermut und Opferfreudigkeit sowie auch an aktivem Wirken für die neue Religion hinter dem Mann nicht zurückstand, wie aber der christliche Grundsatz, daß vor Gott alle Menschen gleich seien, praktisch nicht verwirklicht wurde und keineswegs zur Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann, weder in der Familie noch in der Öffentlichkeit, führte. Die Frauen mußten sich auf das eingezogene Leben im Haus oder im Kloster beschränken.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Christian Herrmann

Ontologie

Eine der wichtigsten Fragen der Philosophie ist die nach dem Wesen der Wirklichkeit. Im praktischen Leben glaubt man zu wissen, was wirklich ist, und wodurch sich das Wirkliche vom Unwirklichen unterscheidet. Die sogenannten Wirklichkeitswissenschaften beschäftigen sich mit einzelnen Ausschnitten aus der Wirklichkeit, und eine jede Disziplin sucht auf ihrem Gebiet das Wirkliche zu beschreiben, zu erklären und seine Gesetzmäßigkeiten festzustellen. Da geschieht es nun, daß die wissenschaftliche Bearbeitung der Wirklichkeit recht oft mit den einfachen Aufstellungen des praktischen Lebens in Widerspruch kommt, ja, daß auch unter den Wissenschaften über die Wirklichkeitsgemäßheit einzelner Aufstellungen Streit entstehen kann. Weil jede der Wirklichkeitswissenschaften aus dem Ganzen der Wirklichkeit nur einen winzigen Ausschnitt bearbeitet, kann keine sagen, was denn Wirklichkeit überhaupt und ihrem Wesen nach ist. So ergibt sich die Notwendigkeit einer besondern Wissenschaft, die vom Wesen der Wirklichkeit überhaupt handelt, und die eine der wesentlichsten Sonderdisziplinen der Philosophie darstellt. Diese allgemeine Wirklichkeitslehre wäre von der Erkenntnistheorie scharf zu unterscheiden. Denn diese hat es mit dem Erkennen zu tun, mit seinen Quellen und Mitteln, seinen Grenzen und überhaupt mit der Eigenart seines Tuns. Rein auf ihren Begriff beschränkt hätte die Erkenntnislehre es gar nicht mit dem Wesen des Wirklichen zu tun sondern, dessen begriffliche Klärung vorausgesetzt, höchstens noch zu untersuchen, ob und wie das Wirkliche erkenntnismäßig erfaßt werden kann. Man weiß, daß seit Kant diese Trennung zwischen allgemeiner Wirklichkeitslehre und Erkenntnistheorie aufgehoben wurde. Es ist die Haupteigentümlichkeit der Kantischen und aller von ihr abhängigen Philosophie zu betonen, daß die Erkenntnis erst den Gegenstand schafft. Wirklichkeit ist danach nicht ein besonderes Prädikat einer außer, vor und neben der Erkenntnis bestehenden Welt von Gegenständen sondern ist eine besondere Kategorie, nach der Gegenstände gesetzt werden. Im Wesen der Erkenntnis selbst liegen also die Momente zur Erhellung des Sinnes des Begriffs Wirklichkeit. Dieser Standpunkt wird heute mehr und mehr ver-

lassen. Auch bei vielen seiner früheren Vertreter sehen wir heute eine Schwenkung ins entgegengesetzte Lager, und bei den jüngeren Vertretern der Philosophie wird die Selbstständigkeit der Wirklichkeitswissenschaft mit einer Energie betont und mit einer Konsequenz durchgeführt, als habe Kant nie gelebt.

Eines der jüngsten Werke dieser neuen Richtung ist das Buch des Greifswalder Universitätsprofessors *Günther Jacoby* Allgemeine Ontologie der Wirklichkeit (Halle, Max Niemeyer). Der Verfasser, der es versteht mit Klarheit und Überzeugungskraft seine Gedanken darzulegen, behandelt in diesem Werk das allgemeine Wesen der Wirklichkeit überhaupt und die Besonderheiten der verschiedenen Regionen der Wirklichkeit. Er geht von der Überzeugung aus, daß die Ontologie ebenso von der Logik wie von der Erkenntnistheorie und der Metaphysik zu unterscheiden ist. Die reine Logik, die der Ontologie noch am nächsten steht, hat es mit idealen Gegenständen zu tun, also mit Sinnhaftem, aber Unwirklichem. Der Erkenntnistheorie obliegt nur die Untersuchung des Erkenntnisvorgangs. Der Unterschied der Wirklichkeitslehre von der Metaphysik besteht darin, daß diese es mit dem Transzendenten, das heißt in keiner Erfahrung Gegebenen, zu tun hat, und zwar nach allen Seiten seiner Beschaffenheit. Die Ontologie hat es zwar auch mit dem Transzendenten zu tun, aber nur nach dem besondern Charakter seiner Wirklichkeit. Außerdem mit dem Wirklichen in der immanenten Wirklichkeit.

Die Ergebnisse der so nach verschiedenen Seiten hin abgegrenzten Wirklichkeitslehre sind sehr reich und für andere philosophische Disziplinen ebenso wie für die Fachwissenschaften von großer Bedeutung. Es stellt sich heraus, daß die Wirklichkeit ein sehr kompliziertes Gefüge von ineinandergreifenden Regionen ist. Jacoby unterscheidet 3 große Wirklichkeitsgebiete: die immanente Außenwirklichkeit, die Bewußtseinswirklichkeit und die transzendente Außenwirklichkeit. Jedes dieser Gebiete ist wieder ein System von sich mannigfach überschneidenden Wirklichkeitsgruppen. Das an erster Stelle genannte System der immanenten Wahrnehmungswirklichkeit wird in seinem innern Aufbau dargestellt, und zwar in einer Weise, wie es bisher noch nirgends geschehen ist. Es wird hier nicht etwa so vorgegangen, daß verschiedene Wirklichkeitsgebiete in der Wahrnehmungswelt unterschieden werden, und

daß dann in der Weise des kritischen Realismus gezeigt wird, was als unwirksam zu eliminieren ist, und worin man das eigentliche Wirkliche, das ein Transzendentes ist, zu suchen hat. Sondern das Wesentliche dieses Abschnitts ist die Beschreibung der einzelnen Teilgebiete der Wahrnehmungswirklichkeit und ihres systematischen Zusammenhangs. Hier liegt einer der Höhepunkte des Buchs, durch den überraschenden Reichtum des Wirklichkeitsgefüges, auf den hier Jacoby aufmerksam macht. Die Außenwirklichkeit erweist sich als »Raumsystem des naturgesetzlich Gegebenen«. Nun aber zeigt sich, daß es verschiedene Räume gibt: den Sichraum, den Tastraum, die Schall-, Tast- und Geruchswirklichkeit, die inner- und außerleibliche Wirklichkeitsphäre, die sich in verschiedenster Weise mit einander verbinden. Ontologisch ist ferner zu unterscheiden: ein Wirklichkeitszusammenhang, der in der selben Gruppe verbleibt (zum Beispiel im Sichraum), was ein geschlossenes Immanenzsystem ist, oder ein Zusammenhang, der mehrere Wirklichkeitsphären verbindet (Beispiel: Ich höre und sehe einen Sprechenden). Die Wirklichkeit des praktischen Lebens ist in der letztgenannten Weise gebildet und wird von Jacoby ein »offenes Immanenzsystem« genannt. Die Wirklichkeit der Naturwissenschaften dagegen geht, so kann man wohl sagen, mehr auf die Herausarbeitung geschlossener Immanenzsysteme. Scharf von allen Formen der Wahrnehmungswirklichkeit unterscheidet sich die Bewußtseinswirklichkeit. Ihre Ontologie hat es mit den seelischen Akten, insofern sie Erlebnisse sind, zu tun. Es zeigt sich, daß diese Wirklichkeitsregion 2 verschiedene Systemcharaktere und infolgedessen auch 2 Bezugsverhältnisse zur Außenwirklichkeit hat, nämlich die »Überschneidung« und die »psychophysische Relation«. Unter Überschneidung versteht Jacoby, daß Außenwirkliches zugleich auch ein Wahrgenommenes ist. Der ontologische Bezirk, dem die wahrgenommenen Außenwirklichkeitsbestände angehören, der Überschneidungsbezirk, ist von ganz besonders eigenartiger ontologischer Struktur, die die eigentliche Grundlage der Immanenzontologie ist und darum die Schwierigkeiten, in die eine reine Immanenzontologie kommt, deutlich macht. Ganz unmöglich aber wird die Immanenzontologie durch die psychophysische Beziehung, wie von Jacoby eingehend nachgewiesen wird. Die Notwendigkeit zu einer Transzendenz-

ontologie weiterzugehen zeigt sich hier mit vollster Deutlichkeit. Die Annahme einer transzendenten, also außerempirischen, Realität hat heute für uns nichts Verblüffendes mehr. Wir haben den Positivismus doch viel weiter hinter uns als man für gewöhnlich annimmt. Die Begründung der Transzendenz erfordert ganz besonders sichere Ableitungen, und so tut Jacoby recht daran hier besonders weit auszuholen. Er geht davon aus die innigen Beziehungen zwischen den allgemeinen Grundlagen der Logik und der Ontologie durch eine Analyse des Begriffs des An-sich und eine Darstellung der Identität zwischen Begriffsbedeutung und ontologischen Gebilden aufzudecken. Durch diese Identität sind wir dann instand gesetzt »die transzendenten Wirklichkeitsbestände durch den Bedeutungsgehalt unserer Begriffe meinent zu erfassen«.

Dieses Hinstreben zu einer Transzendenzontologie, der Aufweis der Widersprüche und Unmöglichkeiten der Immanenzontologie hat sehr viel von der Phänomenologie und der Gegenstandstheorie gelernt. Aber die methodische Haltung Jacobys geht doch über das hinaus, was die Philosophie der letzten Vergangenheit an Ansätzen zur Ontologie bieten mag: durch die vollkommene Loslösung der ontologischen von jeder erkenntnistheoretischen Betrachtung.

Konstitutions- theorie

Die Ontologie, wie sie heute fast durchweg aufgefaßt und durchgeführt wird, basiert auf einem erkenntnistheoretischen Realismus und steht dadurch den Problemen der Realwissenschaften besonders nahe. Von der reinen formalen Logik und von der Mathematik ausgehend, haben Bertrand Russel und North Whitehead eine Bewegung eingeleitet, die in der Literatur als Relationstheorie bezeichnet wird. Ursprünglich nur auf logische und mathematische Gegenstände angewandt, dann aber auch auf nicht-logische, ist sie bei den eben genannten Denkern zu einer allgemeinen Beziehungslehre geworden und hat die Fruchtbarkeit der symbolischen Logik oder "Logistik" bestätigt, die noch vor 15 Jahren etwa von den deutschen Logikern fast allgemein bestritten wurde. Eine ganz neue Fragestellung, die sich im Anschluß daran herausgebildet hat, ist die Anwendung dieser Relationstheorie auf die Wirklichkeitslehre. Dieses Zusammenfließen zweier philosophischer Theorien ist die Konstitutionstheorie. Ihre Auf-

gabe ist die Darstellung eines erkenntnistheoretisch-logischen Systems der Begriffe oder der Gegenstände. Ein solches Konstitutionssystem soll nicht nur eine Klassifikation der Gegenstände sein sondern vielmehr ein logisch-genetisches System, in dem jeder Begriff seine bestimmte Stelle einnimmt. Mit anderen Worten: Es sollen die Begriffe von einigen wenigen Grundbegriffen so abgeleitet werden wie das System der Mathematik von einigen wenigen Axiomen. Die Voraussetzung eines solchen Unternehmens ist der Gedanke, daß die Wissenschaft ein einziges zusammenhängendes System von Begriffen ist, daß es also eigentlich nur eine einzige Wissenschaft gibt: eine Annahme, die heute keineswegs mehr so selbstverständlich und unbestritten ist wie damals, als Leibniz seine Theorie von der mathesis universalis aufstellte. Die praktische Ausführung eines Konstitutionssystems vollzieht sich in Kettendefinitionen. Ein Beispiel dafür mag das sehr scharfsinnig gearbeitete Systematische Wörterbuch der Philosophie von Wilhelm Clauberg und Wilhelm Dubislaw /Leipzig, Felix Meiner/ sein. Eine prinzipielle Untersuchung über das Wesen, die Grundlagen und Methoden der Konstitutionstheorie gibt *Rudolf Carnap* in seinem Buch *Der logische Aufbau der Welt* /Berlin, Wilhelm Benary/. Nach sehr eingehenden vorbereitenden Untersuchungen über Stufen- und Systemformen wird der Entwurf eines Konstitutionssystems vorgelegt. Danach zerfällt das System in 3 Stufen: eigenpsychische, physische und fremdpsychische oder geistige Gegenstände. Alle Gegenstände, die einer dieser 3 Klassen angehören, bestehen aus den in »Grundrelationen« stehenden »Grundelementen«. Unter Grundrelationen sind ungefähr die Kategorien zu verstehen. Der sich auf diesen Elementen und Relationen aufbauende Konstitutionszusammenhang der Gegenstände ist definitorischer, was hier wohl das selbe ist wie logisch-genetischer Art. Das ist natürlich ohne weiteres im Gebiet der mathematischen Gegenstände möglich, aber vorläufig nur sehr begrenzt in der Zone der realen Gebilde. Es scheint aber doch, als sei dieses Konstitutionssystem der Gegenstände berufen in der Geschichte der Gegenstandslogik noch eine große Rolle zu spielen.

Anthropozentrismus

So charakteristisch es für einen Teil der heutigen Philosophie ist mit erneuten Kräften und methodischen Mitteln

sich der Ontologie zuzuwenden, so weit verzweigt ist auch ein anderes Streben, das man als die Hinwendung zum Menschen bezeichnen kann. Der Mensch in der Gesamtheit seines leiblich-seelisch-geistig-kulturellen Lebens wird zum Gegenstand einer vereinheitlichten Betrachtungsweise, der philosophischen Anthropologie. Die Eigentümlichkeit dieser Wissenschaft besteht eigentlich nicht in der Besonderheit eines Gegenstandsgebiets sondern darin, daß man in ihr es unternimmt die verschiedensten Sonderdisziplinen angehörenden Gegebenheiten, soweit sie dem Menschen und seinem Sein angehören oder sich auf ihn beziehen, durch eine einheitliche Betrachtungsweise zusammenzufassen. Ihre Fragen sind: Was ist der Mensch? Welche Stellung hat er in der Welt? Was sind die Äußerungen seines Wesens? Das 18. Jahrhundert war so recht das klassische Zeitalter der philosophischen Anthropologie. Das 19. Jahrhundert war, wenigstens seit Hegel, von Nachzählern wie dem jüngern Fichte etwa abgesehen, so sehr objektivistisch eingestellt, daß es vielmehr geneigt war den Menschen von den Objekten her als die Welt vom Menschen her zu ergreifen. Wie mit einer im Grunde naturwissenschaftlichen Denkweise, aber andererseits auch mit durchaus metaphysischen Mitteln eine Anthropologie aufgebaut werden kann, das zeigt das kleine, aber sehr gehaltvolle Buch *Hans Driesch' Der Mensch und die Welt* /Leipzig, Emanuel Reinicke/. Die erkenntnistheoretischen, psychologischen, naturwissenschaftlichen usw. Gedanken, die Driesch hier vorträgt, sind aus seinen anderen Schriften bekannt genug, und man kann hier darauf auf sie verweisen. Was an diesem Buch neu und interessant ist, das ist der besonders gerichtete Erkenntniswille, die besondere Erkenntnisrichtung, die man als ausgesprochen anthropozentrisch bezeichnen kann. Das liegt im Wesen der Anthropologie. Dadurch kommt aber eine gewisse Uneinheitlichkeit in der Stellung zu den naturwissenschaftlichen Denkmitteln heraus, eine Spannung, die nicht nur in der naturwissenschaftlichen Vergangenheit Driesch' begründet ist sondern, was viel wichtiger ist, in der ganzen philosophiegeschichtlichen Situation der Gegenwart. Denn gerade bei dem Versuch eine philosophische Anthropologie zu schaffen zeigt es sich, wie sehr wir auch heute noch dem Geist des naturwissenschaftlichen Zeitalters und seinen Grundauffassungen verhaftet sind.

Totenliste

Am 6. Dezember 1928 starb in Münster *Karl Vorländer*, in seinem 69. Lebensjahr.

Er war aus der Marburger Schule Hermann Cohens und Paul Natorps hervorgegangen und gehörte zu den hervorragendsten Kantkennern und Erforschern der Kantischen Philosophie. Wir verdanken ihm mustergültige Ausgaben der Kantischen Werke und eine große Kantbiographie, die wohl als abschließend betrachtet werden darf. Sein Arbeitsgebiet war die Begründung des Sozialismus, die er von Kants praktischer Philosophie aus unternahm. Der Kategorische Imperativ wird in seiner sozialen Fassung betont, die bei Kant durch die Formulierung ausgesprochen wird: den Menschen als Zweck und nie als Mittel zu gebrauchen. Die Ethik wird dadurch ganz und gar Sozialethik, während bei Kant selbst der individualistische Zug in der Ethik vorwiegt. Einige Tage vor seinem Tod erschien im Verlag Felix Meiner in Leipzig eine große Marxbiographie Karl Vorländers, die alle Zusammenhänge des Marxismus mit der deutschen idealistischen Philosophie herauszuarbeiten sucht. Dieses für die Frühgeschichte des Marxismus wichtige Werk ist nun Karl Vorländers Vermächtnis geworden.

Am 5. Januar 1929 starb in München *Erich Becher*, dort Ordinarius für Philosophie. Becher, der nur ein Alter von 46 Jahren erreicht hat, war ein Schüler Benno Erdmanns. In zahlreichen Arbeiten beschäftigte er sich mit den Problemen, die die moderne Naturwissenschaft stellt. Die moderne Entwicklung der Physik schien ihm noch mit der mechanischen Naturauffassung vereinbar. In der Philosophie des Organischen nahm er einen psychovitalistischen Standpunkt ein, den er in seiner Schrift *Die fremddenkliche Zweckmäßigkeit der Pflanzengallen* und die Hypothese eines überindividuellen Seelischen begründete. Erkenntnistheoretisch stand er auf dem Boden des kritischen Realismus, den er auch zur Grundlage seiner wissenschaftstheoretischen und methodologischen Untersuchungen in seinem Buch *Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften* machte, das in dieser Rundschau (1922 I Seite 315 und folgende) besprochen wurde.

Kurze Chronik Die Universität Berlin stellte für 1928-1929 folgende **Preisaufgabe**: »Der Einfluß des Neukantianismus auf die philosophische Pädagogik der Gegenwart.« ◊ Der bisherige Ordinarius der Philosophie an

der Universität Kiel *Heinrich Scholz* geht in gleicher Eigenschaft an die Universität Münster. ◊ An seine Stelle kommt in Kiel *Richard Kroner*, bisher an der Technischen Hochschule Dresden. ◊ Das Ordinariat der Philosophie in Marburg übernahm an Stelle Martin Heideggers, der nach Freiburg ging, der Heidelberger Professor *Erich Frank*, der durch seine Ausgabe der *Nachwachen des Bonaventura /1912/* und seine Arbeit über Plato und die sogenannten Pythagoräer /1923/ bekannt geworden ist. ◊ Als Nachfolger Max Wentschers geht *Erich Rothacker* aus Heidelberg als Ordinarius der Philosophie nach Bonn. ◊ Paul Ludwig Landsberg (der jetzt den Nachlaß Max Schelers verwaltet) habilitierte sich in Bonn für Philosophie; seine Antrittsvorlesung behandelte Pascal und seine religionsphilosophische Berufung. An der Universität Berlin habilitierte sich Robert Remak für Mathematik; er sprach über Geometrie der Zahlen.

Literatur

Die Entwicklung der Soziologie in Deutschland, die in den letzten Jahren ganz besonders machtvoll vor sich geht, hat die psychologischen Erscheinungen des Gruppenlebens etwas vernachlässigt. Hier füllt das Buch *Charles Ellwoods* *Das seelische Leben der menschlichen Gesellschaft*, deutsch von H. Stoltenberg /Karlsruhe, G. Braun/, eine Lücke aus. Es behandelt alle Seiten des Gruppenlebens und kann mit guter Berechtigung als das beste Lehrbuch der Sozialpsychologie bezeichnet werden, das wir haben.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Shaws Sozialismus Es ehrt den Menschen George Bernard Shaw, der als geistvollster Komödiendichter unserer Zeit anerkannt wird, daß alle seine rauschenden Erfolge in ihm den lauteren Sinn, mit dem er einst die große Menschlichkeitshoffnung des Sozialismus begrüßte, nicht haben trüben können. Den bunten Spielen seiner Phantasie ist nun vor kurzem, als eine Art Vermächtnis, ein neues Bekenntnis des jetzt Siebzigjährigen zu den Ideen seiner Jugendzeit gefolgt. Shaw gibt diesem, hier schon in der Rundschau *Psychologie* (1928 II Seite 1121) erwähnten, mehr als 500 Seiten umfassenden Buch den Titel *Wegweiser für die intelligente Frau zum Sozialismus und Kapitalismus* (ins Deutsche übertragen von Siegfried Trebitsch und Ernst W. Freißler /Berlin, S.

Fischer/). Die Kapitel, die sich zwanglos, ohne irgendeine systematisierende Ordnung, an einander reihen, scheinen sich Gesprächen anzugliedern, die er über Fragen des Sozialismus mit seiner Schwägerin, der er die Arbeit widmet, gehabt hat. Dieses Buch des Dichters ist ein charakteristisches und erfreuliches Symptom dafür, wie sehr der Sozialismus, der sich doch in so vielen Beziehungen mit der Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts vergleichen läßt, heute, auch über politische Kämpfe hinaus, ins Zentrum des gesellschaftlichen Bewußtseins vorgedrungen ist.

Von einzelnen Stellen abgesehen, in denen die Empörung des Satirikers über den abgründigen Widersinn der heutigen Ordnung glühend hervorbricht, ist der Ton des Ganzen auf eine räsonierend beschauliche Betrachtungsweise abgestimmt, die ihre Argumente, um sie dem Leser möglichst einzuschärfen, auch öfter wiederholt. Shaw richtet seine Angriffe vor allem auf die reichen Müßiggänger, die von den Zinsen ihres kolossalen Erbvermögens leben, die aber auf dem Kontinent schwerlich volkswirtschaftlich so stark wie in England ins Gewicht fallen. Die Sozialisierung stellt er sich, im Anschluß an die nach dem Weltkrieg progressiv sehr stark erhöhten englischen Steuern auf Großbesitz und Großeinkommen, als eine in den Formen der Steuererhebung ständig fortschreitende Konfiskation privaten Reichtums vor, wobei der Staat mit den auf diese Weise ihm zufließenden gewaltigen Geldbeträgen produktive Betriebe eröffnet und zu günstigen Lohnsätzen in Gang halten soll. Das Problem, ob respektive in welchen Grenzen eine Zentralleitung der volkswirtschaftlichen Gesamtproduktion und -verteilung durch den Staat zu erwarten sei, wird aber nicht erörtert, so daß das Bild des sozialen Staats, das dem Verfasser vorschwebt, in einer gewissen Unbestimmtheit bleibt. Es überwiegt der Eindruck, daß Shaw eine Art Verstaatlichung und Kommunalisierung, zu der die Besteuerung die Mittel bereitzustellen habe, als eine Maßregel betrachtet, die eine mächtige ökonomische Hebung der Massen erzielen werde, ohne daß es dazu einer tiefgreifenden, die individuelle wirtschaftliche Freiheit der einzelnen wesentlich einschränkenden Umorganisation bedürfe. Ihm scheint sich mit der Anschauung, daß der Sozialismus notwendig das Riesenwerk einer solchen gesellschaftlichen Organisation

verlange, die Vorstellung von "Marxismus" zu verbinden, und was den Marxismus anlangt, so hat sich Shaw in merkwürdige Antipathieen festgerannt. Nicht daß er Marx, wenn er ihn einmal nennt, nicht mit Bewunderung lobte. Aber im übrigen liest sich das ganze Buch, als habe ein Mann wie Marx, der doch die sozialistische Idee durch seine historisch-ökonomische Entwicklungsforschung und durch seine Analyse der kapitalistischen und der damit verbundenen proletarischen Klassenkampf Bewegung auf einen völlig neuen Boden stellte, nie gelebt. Von der ökonomisch-politischen Vorgeschichte des Kapitalismus und überhaupt von dem weltgeschichtlichen Rahmen, in den Marx die Idee des Sozialismus gestellt hat, erfährt der Leser kein Sterbenswort. Sehr wenig auch von dem politischen und dem gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse. So nähert sich hier Shaws Betrachtungsweise nicht selten dem etwas abstrakt utilitarischen Räsonnement, mit dem die Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts operierte.

Merkwürdig berührt bei der offenbaren Antipathie, mit der Bernard Shaw einen streng zentralistischen Sozialismus ablehnt, daß er (im Gegensatz zu Marx, der solche Fragen der »Garküche der Zukunft« zuwies) eine annähernd vollkommene Gleichheit des Einkommens als Hauptprogrammpunkt seines Sozialismus hinstellt. Wie eine sozialistische Gesellschaft sich in dieser Hinsicht jeweils einrichten werde, darüber läßt sich ohne Kenntnis der jeweils gegebenen Umstände, mit denen sie zu rechnen haben wird, doch nichts Rechtes aussagen. Man kann da Wünsche haben, aber nicht dogmatisch dekretieren wollen.

Oppenheimer Nachdem in früheren Jahren in dieser Rundschau die Publikationen Franz Oppenheimers besprochen worden waren, in denen er die Umwälzung des Marxismus und die Begründung eines sogenannten liberalen Sozialismus ausführlich, vielleicht zu ausführlich beleuchtet hatte, wurden dann seine späteren Schriften, die den nämlichen Gedanken wiederholen, naturgemäß hier nur in kurzem Hinweis erwähnt. Vor 1½ Jahren wurde dann in dieser Rundschau (1927 I Seite 395) aus seiner damals neuesten Schrift ein Satz wiedergegeben, der zeigte, mit welchem Aplomb er nachweisbare Tatsachen auf den Kopf zu stellen liebt. Jene ausführlichen Kri-

tiken, deren letzte die offenbaren logischen Schnitzer, mit denen die angebliche Marxüberwindung Oppenheimers arbeitet, in schulmäßiger Einfachheit nochmals zusammengestellt, existieren nämlich nach Oppenheimer überhaupt nicht. Jedenfalls erklärte er in dem hier wiedergegebenen Passus: »Einen Anhänger Marxens auf die Mensur zu bringen ist mir bisher nicht geglückt, obgleich ich es an Herausforderungen in jeder Tonart bis zum beißenden Hohn nicht habe fehlen lassen.« Irgendeine Antwort auf jene meine Feststellung, die man wohl hätte erwarten dürfen, ist mir nicht zu Gesicht gekommen. Wohl aber wiederholt er seine These von der angeblichen Ratlosigkeit, in die seine Entdeckertat die sozialistische Theorie gestürzt habe, in einem neuen Aufsatz Der heutige Stand der Theorie des Sozialismus in Deutschland, der im 4. Band des von dem Wiener Professor Hans Mayer herausgegebenen Sammelwerks Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart /Wien, Julius Springer/ erschien. In diesem Artikel, der nach einer wohlverdienten Anerkennung von Rudolf Hilferdings Finanzkapital und einer sehr viel weniger verdienten Lobpreisung von Rosa Luxemburgs Akkumulation des Kapitals im Hauptinhalt seiner 18 Seiten wieder einmal von seiner eigenen großen Entdeckertat handelt, schreibt Oppenheimer, es sei ihm »unmöglich gewesen«, in den 30 Jahren, die seit seiner »ersten Fortbildung [?] der marxistischen Lehre verfloßen sind, einen ihrer wirklich verantwortlichen Vertreter zu einer ernsthaften Diskussion zu bewegen.« »Die Herren stellen sich immer noch, als wäre alle Weisheit und Wahrheit auf ihrer Seite, jeder Gegner sozusagen a priori ein »Idiot oder Sykophant« (Hellpach), und ich speziell immer noch der unbekannte Anfänger von 1896. Jeder macht sich so lächerlich wie er kann!« Immerhin zeigt sich, wenn man genauer liest und von den Beschimpfungen der letzten Sätze absieht, hier etwas, das wie eine größere Vorsicht im Behaupten aussieht. Hier wird auf einmal die ganz allgemeine Beschuldigung, daß die Sozialdemokratie in schnöd verbrecherischer Weise ihn totgeschwiegen habe, plötzlich gegen die »wirklich verantwortlichen Vertreter« des Marxismus, speziell, wie man im Text des nähern nachlesen kann, gegen Kautsky erhoben, der doch wahrlich seine Zeit zu wichtigeren Dingen brauchte als zu der gewiß nicht schweren Auseinandersetzung mit der Oppenheimer'schen Entdeckung.

Denn worum handelt es sich schließlich bei ihr? Hören wir den Ankläger selbst darüber: Er stimme, so erklärt er in diesem Aufsatz, mit Marx »in den allerwichtigsten Punkten überein: in der Methode, in der Zugrundelegung einer objektivistischen Wertlehre, in der Begriffsbestimmung des Kapitals, in der Widerlegung der bürgerlichen Profittheorien, in der Lehre von der Produktion des Kapitalverhältnisses«. Er, Oppenheimer, weiche nur insofern von Marx ab, als er behaupte, es sei »nicht die Maschine, die . . . den Arbeiter freisetzt«, sondern es sei »nach wie vor die zur Rechtsinstitution gewordene außerökonomische Gewalt in Gestalt der Bodensperre durch das massenhafte Großgrundeigentum«. »Und so ergibt sich mir denn eine ganz andere Praxis als dem Meister.« Es habe bisher noch niemals freie Konkurrenz gegeben, denn alle Staatsvölker standen unter dem Klassenmonopol. Man habe die freie Konkurrenz »erst herzustellen, indem man das Monopol abträgt«, nämlich durch Siedlungsgenossenschaften. Dann würden sich alle Einkommensbezüge nur noch durch die jeweilige größere oder geringere Qualifikation der Erwerbenden unterscheiden. Dann ist die Zeit der »rationellen Gleichheit«, die zugleich die Gerechtigkeit verwirklicht und der Gesellschaft am nützlichsten ist . . . Das wäre . . . die "Harmonie der Interessen" . . . die Synthese des Liberalismus und Sozialismus.« Der Schritt, den Oppenheimer über die Marxsche Theorie hinaus getan zu haben meint, reduziert sich, wie jeder theoretisch Interessierte, der einen seiner ökonomischen Bände in die Hand nimmt, leicht erkennt, auf die wunderliche Idee: Wenn der meist schon in vorkapitalistischen Zeiten durch feudale und andere Gewalten zusammengebrachte Großgrundbesitz (auf dessen wichtige Rolle bei der Genesis des Kapitals ja Marx selbst so nachdrücklich hingewiesen hat) nunmehr nachträglich vom Staat expropriert und durch die bäuerliche Siedlung ersetzt werde, so wäre damit zugleich die soziale Frage in ihrem Kern gelöst. Denn dann begänne alsbald die ideale freie Konkurrenz zum Segen der Arbeiterschaft wie der ganzen Kulturmenschheit und exekutierte die ihr von Oppenheimer zugedachte Erlöserrolle. Es wird niemandem in der Partei einfallen zu bestreiten, daß die Expropriation der Grundbesitzer in weiterem Vormarsch zu einem sozialistischen Neubau der Gesellschaft eminente Bedeutung ha-

ben kann. Aber die Idee, daß damit wesentlich alles Nötige erledigt sei, daß Hand in Hand mit dieser agrarischen Expropriation auch die Vormacht des Kapitals in der Industrie von selbst zusammenbrechen müsse, und sich die von Oppenheimer erträumte neue Art der freien Konkurrenz etablieren könne, trägt die Züge utopischer Phantastik.

An die Neuverkündung seiner alten Lehre schließt Oppenheimer ein Exekutionsverfahren gegen den Bearbeiter dieser Rundschau, insbesondere gegen die im Jahr 1909 in den Sozialistischen Monatsheften veröffentlichten Aufsätze Grundriß zu einem System der theoretischen Nationalökonomie. Was bei dieser Polemik in Staunen setzt, sind weniger die eingeflochtenen Malicen (zum Beispiel der hübsche Satz, Schmidt renne »zunächst mit geradezu hieratischer Feierlichkeit eine Anzahl offener Türen ein«, wo doch renommitisch aufgeblasener Wortschwall (das soll doch »hieratisch« heißen?) mir von jeher besonders widerwärtig war), als das völlige Unvermögen respektive die völlige Unlust auch nur die einfachsten Gedankengänge eines Autors, über den man angeblich berichtet, sich einigermaßen klarzumachen. »Schmidt ist«, sagt Oppenheimer dort, »von Marx abgefallen, weil seine Werttheorie ihm nicht genügte.« Dann erklärt er, obwohl ich die Gründe, die mich nach jahrelanger Überlegung zur Anzweiflung des Marxschen Fundamentalbegriffs brachten, dort in präziser Weise formuliert habe, mit dem ihm eigenen Ton der Unwiderruflichkeit: »Was darüber [die Marxsche Wertlehre und ihre Kritik] zu sagen ist, ist oben [nämlich in dem Oppenheimerschen Artikel] gesagt worden; hier kann nur festgestellt werden, daß Schmidt es für vollkommen unmöglich erklärt den Wert zu deduzieren, und daß wir [Oppenheimer] diese Unmöglichkeit möglich gemacht haben.« Oder was soll man zu dieser geradezu kindlichen Unterstellung sagen: Schmidt »verwechselt« »fortwährend den "Wert" . . . mit dem laufenden Marktpreise und wirft Marx lächerlicherweise vor, daß die Werte nicht den Marktpreisen entsprechen?« Dann heißt es, ich hätte »ein ungeheures Geschrei« darüber gemacht, »daß Marx selbst sein Wertgesetz aufgegeben habe, weil kraft der Ausgleichung der Profitrate die kapitalistisch hergestellten Waren sich nicht nach dem Arbeitsgesetz sondern nach einer etwas [!] veränderten Relation tauschen«. Jenes angebliche »Geschrei« ist nach Oppenheimer ein

Symptom elender Kleinigkeitskrämerei. Warum? Weil jene Differenz, die übrigens, wie der Leser des 3. Bandes des Kapitals sich erinnert, Marx selber schwere Skrupel erregte, nach Oppenheimer »ohne Bedeutung« ist. Nach Oppenheimer nämlich hätte Marx aus seiner Werttheorie lediglich »eine Theorie des Mehrwerts ableiten« wollen. Dafür aber sei die Art, wie sich der Mehrwert in Profitform unter die Kapitalisten der verschiedenen Branchen verteile, »vollkommen gleichgültig«. Oppenheimer sieht gar nicht, daß ein als Grundgesetz des Warenaustausches aufgestelltes Verhältnis (eben das "Wertgesetz"), das, wie die weitere Analyse zeigt, mit einer in der modernen Volkswirtschaft gesetzmäßig notwendig begründeten Tendenz der Preisregulierung (jener Herausbildung einer tendenziell gleichen Profitrate) in unlösbareren Widerspruch gerät, einen Bruch innerhalb der Theorie selbst aufzeigt und ihr die Pflicht aufbürdet nach einem andern Ausgangspunkt zu suchen, von dem aus gesehen derartige Widersprüche verschwinden. Eine Pflicht, die selbstverständlich gleichzeitig die Pflicht einschließt: die fraglos in der kapitalistischen Produktion vom Proletariat geleistete "Mehrarbeit", unabhängig von jenem Ausgangspunkt des Wertgesetzes, in evidenter Weise aufzuzeigen.

Das etwa ist der wirkliche, von Oppenheimer überhaupt nicht berührte Standpunkt, den ich in einer Untersuchung über die Methode der theoretischen Nationalökonomie dort vertrat und des nähern durchzuführen hoffe.

Jedenfalls hielt ich mich darum nicht weniger für einen Sozialdemokraten, ja in sehr weitem Umfang für einen guten Marxisten. Aber wer hat sich selbst erkannt? Nun kommt Oppenheimer daher und entlarvt mich mit visionärer Phantasiekraft folgendermaßen: »Ganz prachtvoll ist, wie er [Schmidt] nun von seinen Voraussetzungen aus [!] die ewige Notwendigkeit [!] der kapitalistischen Gesellschaft deduziert.« Selbstverständlich ist mir ein solcher Unsinn auch im Traum nie eingefallen. Was die Argumente anlangt, aus denen Oppenheimer solche nicht vorhandenen Deduktionen deduziert, so muß ich, da die Sache schon ohnehin zu viel des Raums hier in Anspruch genommen hat, Leser, die sich in dieser Sache orientieren wollen, bitten die Oppenheimersche Beweisführung im Text seines Artikels nachzulesen.

Zum stimmungsvollen Abschluß der hier gegebenen Proben sei nur noch darauf

hingewiesen, daß Oppenheimer es eine Seite später fertigbringt sich ein selbstgefertigtes Zeugnis seiner ganz besondern kritischen Loyalität auszustellen. In diesem Sinn würde er später vielleicht mit den Einwänden Eduard Heimanns abrechnen. Dann ein abermaliger Posaunenton, der in eine elegische Klage über die Verstocktheit anderer Leute ausklingt: »Ich habe schon mehrfach, so in meiner Polemik mit Diehl, mit Schumpeter und mit Amonn, versucht das gute Beispiel zu geben: viel Erfolg habe ich bisher davon nicht gesehen.« Kein Zweifel regt sich an der eigenen Tadellosigkeit.

Neuausgaben Von der seit Jahrzehnten, wenn überhaupt, nur noch antiquarisch auftreibbaren Streitschrift *Karl Marx' Herr Vogt* vom Jahr 1860 hat der Verlag Rudolf Liebing in Leipzig eine Neuauflage publiziert, die 200 enggedruckte Seiten umfaßt. In den Briefen Lassalles an Marx ist von dem Schriftchen vielfach die Rede. Franz Mehring, der die sonstigen kleineren Marxschen Arbeiten im Nachlaß herausgegeben hat, hatte ursprünglich auch die Herausgabe dieser Arbeit geplant. Doch ließ er den Plan fallen, da die Breite der hier erforderlichen historischen Anmerkungen, wie die jedem Kapitel hinzuzufügenden Resumes und auch die Übersetzungen der vielen fremdsprachigen Zitate einen zu großen Umfang und sehr erhöhte Kosten mit sich gebracht hätten. Die Ausgabe des Liebingschen Verlags hat auf alle solche Zutate verzichtet und wendet sich so von vornherein an einen engern Leserkreis; besonders wohl an Historiker, die einen Einblick in die Kulissen der achtundvierziger Emigrantenwelt und in die Umtriebe jener Zeit gewinnen wollen. Erstaunlich ist das Ausmaß Marxschen Wissens, das sich, hier speziell auf dem Gebiet der Tagesgeschichte, kundtut. Die Entlarvung des einstigen deutschen Revolutionsparlamentariers Vogt, der, von Napoléon III bestochen, Marx und andere, die der Sache treugeblieben waren, mit giftigen Verleumdungen verfolgte, wird mit einem erdrückend reichen Material schlagend durchgeführt. Nicht weniger schlagend ist die Kennzeichnung des Berliner Gerichts, das schließlich die von Marx gegen die Berliner Nationalzeitung wegen Verbreitung der Vogtschen Verleumdungen eingereichte private Beleidigungsklage als unzulässig abwies. Der im Anhang abgedruckte, 1871 unmittelbar nach dem Sturz des Zweiten

Kaiserreichs im Volksstaat veröffentlichte Artikel Friedrich Engels' konstatiert, daß nunmehr auch der dokumentarische Nachweis dafür vorliege, daß Vogt sich an Napoléon III verkauft hatte; in den von der neuen Regierung publizierten Geheimlisten figuriert auch der Name Vogt mit 40 000 Francs.

Kurze Chronik Der Volkswirt, ein von Hermann Schumacher verfaßtes *Berufsberatungsmerkblatt*, das von der Deutschen Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker herausgegeben wird, behandelt den Gegenstand des Berufs, die Voraussetzungen für die Wahl des Berufs, die Ausbildung und die wirtschaftlichen Aussichten. Um unter den Studierenden, den Schulabsolventen und ihren Eltern Klarheit über die Berufsaussichten zu verbreiten, sendet der Reichsverband der Deutschen Volkswirte dieses Merkblatt unentgeltlich an jeden, der es bei seiner Geschäftsstelle in Berlin anfordert. **◇** Vom 8. bis zum 10. August tagte im Anschluß an die Presseausstellung der 1. *Internationale Zeitungswissenschaftliche Kongreß*. Eine große Reihe ausländischer Staaten hatte Vertreter entsandt. Unter anderm wurde der Plan eines großzügig angelegten Internationalen Instituts für Zeitungswissenschaften erörtert. **◇** Der Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität München *Georg Halm* wurde als außerordentlicher Professor für Sozialpolitik, Sozialfürsorge, Statistik und Versicherungswissenschaft an der Universität Würzburg, als Nachfolger Ferdinand Graf Degenfeld-Schonburgs, berufen. Halms Sondergebiet ist Allgemeine Volkswirtschaftslehre. **◇** Der Direktor der Deutschen Effekten- und Wechselbank *Albert Hahn* wurde Professor in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt. **◇** Der Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Handelshochschule Nürnberg *Emil Wehrle* übernimmt den Lehrstuhl der Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Karlsruhe. **◇** Hans Reißer *habilitierte* sich für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Kiel. Curt Loose für Praktische Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Köln.

Literatur In neuer Auflage erschien *Edgar Salins* Geschichte der Volkswirtschaftslehre / Berlin, Julius Springer/. Sie hat den Um-

fang von etwa 100 Seiten Lexikonformat, und dieser Vorzug relativer Kürze verbindet sich mit einer frisch lebendigen Art der Darstellung. Die Selbständigkeit des Verfassers tritt in der Art und Weise, wie er die Größe Marxens würdigt und gegen die Einseitigkeiten der sogenannten Historischen Schule wie die der sogenannten Grenznutztheorie Stellung nimmt, hervor. Daß die theoretisch abstrakte Nationalökonomie, die wesentlich nach deduktiver Methode die inneren Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der modernen Volkswirtschaft darlegen will, zugleich auch weitestgehende Vertrautheit mit dem in Wirklichkeit konkret Gegebenen verlangt, wird jeder dem Verfasser, der von den Entwicklungszielen ökonomischer Wissenschaft spricht, gern zugestehen. Aber darum wird man die Vereinigung theoretischer Analyse mit der Darstellung des historisch Konkreten (wie sie Marx im 1. Band des Kapitals so wunderbar gelungen ist) noch nicht in dem Sinn, wie Salin es tut, als Ziel aufstellen wollen, das eine künftige Entwicklung anzustreben habe. Theorie und geschichtliche Darstellung, so sehr sie im ökonomischen Studium zusammenwirken mögen, werden nach dem Prinzip wissenschaftlicher Arbeitsteilung, wie bisher so auch vermutlich später, die Aufgabe verschiedener Persönlichkeiten bleiben. In einem Werk nach beiden Seiten hin Hervorragendes zu leisten kann stets nur wenigen beschieden sein.

Hygiene / Hans Kollwitz

Krankenkasse und Fürsorge So notwendig es wäre, daß sich die Vielheit der Versicherungsträger bald einmal zu einem einheitlich arbeitenden organischen Ganzen zusammenschlösse, so notwendig ist auch eine Klärung der Aufgaben, die für die Versicherungsträger auf dem Gebiet der Fürsorge liegen. Nach der Reichsversicherungsordnung gehört ja Vorbeugung zu den freiwilligen Leistungen, und seit langem schon ist von den verschiedensten Stellen die vorbeugende Fürsorge in Angriff genommen worden, doch immer mehr oder weniger tastend, mehr oder weniger zufällig, mehr oder weniger in Konkurrenz mit anderen, vor allem kommunalen Organen. Vereinheitlichung der Organe, Vereinheitlichung der Funktionen tut not, und daher ist es gerade jetzt sehr begrüßenswert, daß in dem Buch Franz Goldmanns und Alfred Grotjahns Die Leistungen der deutschen Krankenversicherung im Lichte

der sozialen Hygiene /Berlin, Carl Heymann/ gezeigt wird, wo überall und in welchem Umfang die Versicherungsträger auf sozialhygienischem Gebiet arbeiten, wieviel zu einer wirkungsvollen Leistung noch fehlt, und wie sich, wohl zurzeit nur auf dem Weg der Arbeitsgemeinschaften, die Zersplitterung beseitigen ließe. Die Verfasser fordern »die Aufteilung der gesamten sozialhygienischen Tätigkeit nach Fachgebieten mit gleichzeitiger Zentralisation der Fachgebiete bei einer einzigen Stelle, die Beschränkung der Verwaltungsarbeit auf ein Mindestmaß, die Verwendung der durch Vereinfachung der Verwaltung ersparten Mittel zur Ausfüllung bestehender Lücken und Lastenausgleich, der den Interessengebieten der einzelnen Träger gerecht wird und den Erfordernissen der sozialen Hygiene entspricht«. Diese Vereinheitlichung wird bald erfolgen müssen, denn das jetzige Neben-, ja Gegeneinanderarbeiten mit den oder gegen die zurzeit viel zahlreicheren kommunalen Stellen schwächt die Stoßkraft der vorbeugenden Fürsorge. Merkwürdigerweise gehört die Sozialhygiene zu dem wenigen, was in dem jetzigen Kampf um die Sozialversicherung nicht umfochten wird. Bei Gelegenheit der Diskussion über die Heraufsetzung der Versicherungsgrenze in der Krankenversicherung treten in der Literatur die grundsätzlichen Standpunkte wieder schärfer hervor.

Sehr reiches interessantes Zahlenmaterial bringt das genannte Buch nicht nur zu dem eigentlichen Thema der Fürsorgeleistungen der Krankenkassen sondern auch zu den Grundfragen der Zweckmäßigkeit der Sozialversicherung in ihrer heutigen Form. Von den Gesamtausgaben für Krankenbehandlung kamen 35% auf das Krankengeld, 25% auf ärztliche Versorgung, 11% auf Arzneien und Heilmittel, 15% auf Krankenhauskosten, 5% auf Mutterschutz. Mehr als drei Fünftel der Gesamtbevölkerung fallen, einschließlich der Familienversicherten, unter die Betreuung der Krankenkassen; die Anzahl der Krankheitsfälle, die auf 100 Mitglieder kommen, ist 51,5. Ferner ist jeder 2. bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen Versicherte einmal jährlich etwa 24 Tage arbeitsunfähig. Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat das Werk herausgegeben, um diese der deutschen Krankenversicherung gewidmete Darstellung einem internationalen Leserkreis zugänglich zu machen. Im Verlag J. F. Lehmann in München er-

schien eine Arbeit Friedrich Wolffs *Der Kranke und die Krankenversicherung*, die als ein Mahnwort gedacht ist, ähnlich dem Gedankengang Erwin Lieks, wenn auch nicht so pointiert und lebendig. Der Verfasser kommt vom Standpunkt der Freien Arztwahl aus zu allerlei Forderungen, mit denen sich die Vertreter des Kassenstandpunkts auch einverstanden erklären oder erklären könnten; so eine zweckmäßigere Verteilung der Kassenmittel für die wirklich schweren chronischen Fälle zuungunsten der Bagatellfälle, die Befreiung des Arztes von der eigentlich nichtärztlichen Tätigkeit des Krank- und Gesundheitschreibens, eine eventuelle Beteiligung des Versicherten zu einem gewissen Anteilsatz an den Kosten der Medikamente usw. Aber wenn sich auch die Peripherien hier und da berühren oder überschneiden, so bleiben die Zentra unverrückt fern von einander: hier Freie Arztwahl, dort fixiertes Arztsystem respektive Ambulatorium, hier Einzel-, dort Gemeinschaftspraxis, hier Beschränkung der Versicherungspflicht und des Versicherungsrechts auf Kreise, die einen Schutz vor Not brauchen, dort die Tendenz zur Erfassung immer größerer und leistungsfähigerer Kreise zwecks Verbesserung der Versicherungsleistungen.

Pockenexzephallitis

Die Fälle von Gehirnentzündung im Anschluß an die Pockenimpfung sind bisher in Deutschland so selten geblieben, daß man an der Hand dieses Materials keine Kenntnisse gewinnen könnte, um Handhaben zu einer Verhütung weiterer Krankheiten zu bekommen. Wesentlich zahlreicher sind die Fälle in Holland und in England. In Holland sind seit 1924 etwa 200 Kinder an Gehirnentzündung nach der Impfung erkrankt, mit einer Sterblichkeit von 30%. Wenn man diese Erkrankungszahl in ein Verhältnis zur deutschen Bevölkerung setzte, so ergäbe sich für Deutschland eine Erkrankung von 1200, statt der Zahl von 30 wirklich vorkommenden Krankheitsfällen. Während England das Material über die Erkrankungsfälle bisher der Öffentlichkeit nicht übergeben hat, haben die Gesundheitsbehörden in Holland sich sehr eingehend mit der Erforschung dieser die Bevölkerung stark beunruhigenden Krankheit beschäftigt und auch der vom deutschen Reichsgesundheitsamt zum Studium entsandten Kommission bereitwillig das Material zur Verfügung gestellt. Aber trotz den Bemühungen der holländischen Gesundheitsbehörden befriedigen die Er-

kenntnisse nicht, die man über die Krankheit gewonnen hat. Man darf wohl als sicher annehmen, daß es sich bei dieser Pockenenzephalitis um eine von der gewöhnlichen epidemischen Gehirnentzündung gut unterscheidbare Krankheit handelt. Man meint, daß durch die Pockenimpfung nicht ein schädliches Virus mit übertragen worden ist, sondern daß ein in den Kindern schlummerndes Virus durch die Vakzination mobilisiert wurde.

Tagungen

Die im Sommer 1928 abgehaltene *Internationale Krebskonferenz* hatte, auf Antrag Roussys /Paris/ ein Komitee für eine internationale Arbeit auf dem Gebiet der Krebsforschung gewählt, das die Vorarbeiten für die Einberufung weiterer internationaler Krebskonferenzen leisten soll. Der erste derartige Kongreß wird wahrscheinlich auf Einladung der belgischen Regierung 1930 in Lüttich, gelegentlich der dort in Aussicht genommenen Weltausstellung, tagen.

Mitte Juli fand in Wien der 3. Kongreß der *Internationalen Gesellschaft für Logopädie und Phoniatrie* unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Emil Fröschel statt. Thema dieser Tagung war die Entwicklung der Sprachheilkunde im Rahmen der Gesamtmedizin. Dieser Zweig der medizinischen Wissenschaft wird in Wien besonders gepflegt.

Ende Juli tagte in Stockholm ein *Internationaler Radiologenkongreß*, der von etwa 1000 Teilnehmern, Fachärzten aus 20 verschiedenen Ländern, besucht war. Hauptthema war der Unterricht und die Ausbildung in medizinischer Radiologie. Der Franzose Belot und der Deutsche Meyer forderten, daß an allen Universitäten Ordinariate für Radiologie errichtet würden, die mit Ärzten zu besetzen seien. Gösta Forsell /Stockholm/ stellte 180 einst krebskranke frühere Patienten vor, die nach der Bestrahlung jetzt 5 bis 17 Jahre lang gesund geblieben, also wohl endgültig vom Krebs geheilt sind. Die deutsche Maßeinheit der Röntgenstrahlen wurde auf dem Kongreß als internationales Maß anerkannt.

In Berlin hielt vom 26. bis zum 29. September die *Deutsche Gesellschaft für Urologie* einen Kongreß ab, dessen Eröffnungssitzung dem Andenken Max Nitzes, des berühmten Erfinders des Zystoskops, gewidmet war. Gerade 50 Jahre vor diesem Kongreß war diese Erfindung gemacht worden, die durch die Beleuchtung des Blaseninnern erst eine wissenschaftliche Urologie möglich gemacht hat.

**Gemeinverständliche
Schriften**

Eine erfreuliche Erscheinung ist der *Gesundheitskalender*, der, herausgegeben von Otto

Neustätter, in diesem Jahr zum 5. Mal im Verlag Gesundheitswacht in München erscheint. Er macht in Wort und (auch in lustigem) Bild auf vieles aufmerksam, was man sonst vielfach zu übersehen pflegt, auf manches, was man tun, und auf manches, was man im Interesse seiner Gesundheit lassen sollte.

Knapp und sachlich ist das Heftchen Robert Hercods über die *Alkoholfrage* als internationales Problem /Berlin, Neulandverlag/. Hercod geht von der Tatsache aus, daß in vielen Punkten noch immer keine volle Klarheit über die gesundheitlich individuellen Wirkungen des Alkohols herrscht, daß es noch viel schwerer ist über seine sozialen Wirkungen einwandfreie Statistiken zu gewinnen. Daher sei es wichtig eine objektive Stellung zu dem Problem Alkohol zu gewinnen, und dies sei nur möglich durch eine Zusammenarbeit aller daran interessierten, das heißt fast sämtlicher Staaten überhaupt. Fragestellung und Frageklärung gegenüber der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Seite des Alkoholproblems will der Verfasser dem Völkerbund übertragen sehen. Viel weitschweifiger ist die Schrift *Die Pflicht zu wissen* des verdienstvollen Vorkämpfers für den Antialkoholismus Reinhard Strecker /Berlin, Neulandverlag/. Er bemüht sich seinen Mitmenschen gegenüber der ungeheuren Gefahr des Alkohols die Augen zu öffnen. Weiter erschien im Neulandverlag ein Heftchen, in dem Johannes Thiken die Mitarbeit des Deutschen Guttemplerordens an der Heilfürsorge für Alkoholranke und Gefährdete schildert. Er erklärt sich die besondere Wirkung des Ordens unter anderm daraus, daß der Neuaufgenommene unter Brüder kommt, die einst das selbe durchgemacht haben wie er und es überwunden haben; dies wirke als Moment der Ermutigung gegenüber der Entmutigung, die das bestenfalls mitleidige und wohlwollende Verhalten der übrigen Umwelt gegen ihn in ihm erzeuge. Er erklärt sich diese Wirkung ferner daraus, daß die Aufnahme in den Orden mit besonderer Feierlichkeit vor sich geht und so wie ein Erlebnis wirkt, das einen neuen Lebensabschnitt einleitet. Endlich daraus, daß er, der erst Objekt der Fürsorge war, bald selbst zum Fürsorger, das heißt aus einem nur passiven zum aktiven, verantwortlichen, selbst der Werbeaufgabe dienenden Ordensmitglied wird.

Neben den Berufen der staatlich anerkannten Hebamme und der staatlich anerkannten Säuglingsfürsorgerin gibt es jetzt auch noch den der staatlich anerkannten *Wochenbettpflegerin*. Sie soll die Hebamme ablösen respektive noch mit ihr zusammenarbeiten, und sie wiederum soll durch die Säuglingspflegerin abgelöst werden. Dementsprechend muß sie von Geburt und Wochenbett, von normaler Anatomie und Physiologie der Frau, von Anatomie und Physiologie des Säuglings und von seiner Pflege etwas wissen. Darüber wird sie durch das gut ausgestattete, ausführliche Handbuch der Pflege von Mutter und Kind belehrt, das von Fritz Mann, unter Mitarbeit Fritz Heinleins und Fritz Storks, herausgegeben wurde /Osterwieck, Elwin Staude/.

Totenliste

Mitte September 1928 starb in Kijew, im Alter von 68 Jahren, *Theodor Janowski*,

der als hervorragender Forscher auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten weit- hin bekannt war. Die Lehre von den Nierenerkrankungen ist durch ihn sehr gefördert worden. Er galt in Rußland als unbestrittener Führer der Ärzteschaft, um so mehr, als er auch eine menschlich anziehende Persönlichkeit war.

Ende September starb in Tübingen, im Alter von 77 Jahren, *Gustav Schleich*, früher lange Jahre hindurch dort Leiter der Universitätsaugenklinik. Er war ein Augenarzt von größtem Ruf. Seine Staroperationen waren berühmt.

Am 13. Oktober starb in Berlin, im Alter von fast 70 Jahren, *Wilhelm Fließ*, der Entdecker der Lehre von den Perioden und dem rhythmischen Ablauf des Lebens (siehe über ihn die Rundschau Biologie, 1928 II Seite 905).

Am 22. Oktober starb in Berlin ganz plötzlich, in seinem 40. Lebensjahr, der Direktor der Pathologischen Abteilung am Berliner Rudolf-Virchow-Krankenhaus *Erwin Christeller*, der erst 2 Tage vor seinem Tod zum Professor ernannt worden war. Er galt als ein Forscher, von dem man noch erhebliche Leistungen erhoffte. Er war Mitarbeiter zahlreicher Handbücher für das Gebiet der Pathologie. Im Buschke-Langerschen Handbuch der Gonorrhöe hat er den pathologischen Teil geschrieben. Sein Vater war einer derjenigen sozialistischen Ärzte in Berlin, die sich schon ganz früh zur Partei bekannten, zu einer Zeit, als dies noch ungewöhnlich war.

Im hohen Alter von 85 Jahren starb Mitte November in Leipzig der bedeu-

tende Augenarzt *Hubert Sattler*, der von 1891 bis zu seiner Emeritierung 1921 den Leipziger Lehrstuhl für Ophthalmologie innehatte. Er hat zahlreiche Arbeiten veröffentlicht, unter anderen über die Basedowsche Krankheit, über die Entwicklung der Trachomtherapie, über bösartige Augengeschwülste.

Ende November starb in Wien, 55 Jahre alt, der Chirurg *Paul Albrecht*, der sich hauptsächlich durch seine Arbeiten über pathologische Anatomie, Lymphdrüsen-erkrankung und Unterleibschirurgie einen Namen erworben hatte. Er hatte noch in letzter Zeit geistvolle neue Operations- und Narkosemethoden ausprobiert.

Am 18. Dezember starb in Berlin an den Folgen eines Unglücksfalls (der bereits schwer kranke Mann wurde, in seinem Rollstuhl sich fortbewegend, von einem Lastfuhrwerk überfahren) einer der führenden Berliner Ärzte, *Sally Alexander*, 77 Jahre alt. Er leitete lange Zeit hindurch die Berliner Landesvereine in der Ärztekammer. Zusammen mit Ernst von Bergmann gründete er die Berliner Rettungsgesellschaft, wie er sich überhaupt auf dem Gebiet der ärztlichen Wohlfahrtspflege besonders betätigte.

Am 19. Dezember starb in Berlin, unmittlbar nach der Vollendung seines 74. Lebensjahrs, *Karl Posner*, einer der bekanntesten unter den Berliner Ärzten. Seine Arbeiten galten der pathologischen Anatomie, der physiologischen Chemie und der Innern Medizin. Schließlich wurde er mehr und mehr Spezialist für Urologie. Er war lange Jahre, wie vor ihm sein Vater, Herausgeber der Klinischen Wochenschrift, die im Verlag Julius Springer herauskam.

Kurze Chronik Den medizinischen *Nobelpreis* für 1926 erhielt *J. Fibiger*, der Direktor des Pathologisch-anatomischen Instituts der Universität Kopenhagen, auf Grund seiner Arbeiten über das Krebsproblem. Es war ihm als erstem gelungen den Krebs experimentell, und zwar auf dem Weg über einen Parasiten, zu erzeugen. Der Nobelpreis für 1927 wurde *Julius Wagner-Jauregg*, dem Vorsteher der Klinik für Psychiatrie und Nervenkrankheiten an der Universität Wien, wegen seiner Entdeckung der Malariabehandlung der Paralyse zuerteilt. Der Nobelpreis 1928 wurde dem Direktor des Pasteurinstituts in Tunis *Charles Nicolle* für seine bahnbrechenden Arbeiten über das Fleckfieber verliehen. *Nicolles* Leitung verdankt dieses Pasteurinstitut seinen Welt-

ruf; fast sämtliche Infektionskrankheiten, die in Nordafrika vorkommen, wie Malaria, Tollwut usw. wurden von diesem Institut aus studiert. 1911 stellte *Nicolle* durch Experimente an Affen die Übertragung des Fleckfiebers durch Läuse von einem Kranken zum andern fest; aber erst im Weltkrieg erkannte man die außerordentliche Bedeutung dieser Entdeckung. \diamond Im Dienst der Kranken stehen, nach einer Bestandsaufnahme des berufsmäßig tätigen *Heil- und Pflegepersonals*, im Deutschen Reich etwas über $\frac{1}{4}$ Million Menschen, von denen etwas über die Hälfte Frauen sind, und zwar rund 44 000 Ärzte (auf 24 männliche Ärzte 1 Ärztin), 8 500 Zahnärzte, 75 000 weibliche Krankenpflegerinnen, 12 000 Laienbehandler. \diamond Vom Reichsgesundheitsamt wird eine Erhebung über die zurzeit bestehenden und neuentstehenden *Tuberkuloseerkrankungen* des gesamten deutschen Heil- und Pflegepersonals vorbereitet. \diamond Das Sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium gab eine Denkschrift über Ehe- und Sexualberatung für den Landtag heraus, in der als eine der Aufgaben der Eheberatungsstellen auch die *Geburtenreglung* angegeben ist. \diamond Mit der Geschäftsstelle in Jena ist ein Deutscher Ausschuß zur Förderung der wissenschaftlichen Erforschung des *Alkoholismus* gegründet worden, der nicht in die praktische Arbeit eingreifen sondern die wissenschaftlichen Voraussetzungen für praktische Arbeit schaffen will. \diamond Der Deutsche Ärztetag erklärte seine Bereitwilligkeit zur Bekämpfung der *Rauschgiftsuchten* beizutragen und empfahl zugleich eine Erweiterung der bestehenden Gesetze, um dem Morphinismus usw. wirksamer entgegenzutreten zu können. \diamond Von der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft wird gemeinsam mit dem russischen Volkskommissariat für Gesundheitswesen eine Expedition in das asiatische Rußland in die Gegend des Baikalsees unternommen, zur Erforschung der *Syphilis*, wie sie sich unter primitiven Verhältnissen abspielt, da man annimmt, daß sie sich, unter dem Einfluß der Zivilisation gewissermaßen domestiziert, in Erscheinung, Verlauf und Ansprechbarkeit für Behandlung geändert hat. \diamond Das Studium des *Gelbfiebers* erfordert andauernd Opfer. Jetzt ist an dieser Krankheit, zu deren Erforschung er wesentlich beigetragen hat, der japanische Bakteriologe *Noguchi* gestorben, vor einigen Monaten *Adrian Stokes*, ein anderer Teilnehmer der Expedition, die von der Rockefellerstif-

tung in die fieberdurchseuchten Sümpfe der Goldküste entsandt worden war. ◊ Die 3 großen deutschen Gewerkschaftsverbände verlangen in einer Eingabe an die Parlamente, daß an jeder Universität neben dem Lehrstuhl für Hygiene auch ein *Ordinariat für Soziale Hygiene* geschaffen, sowie daß die Soziale Hygiene als Prüfungsfach eingeführt wird. ◊ In Würzburg wurde Anfang Dezember 1928 ein *Missionsärztliches Institut* eingeweiht, zur Ausbildung von Ärzten für die katholischen Missionen.

Literatur

Gegen die Schulmedizin seiner und auch unserer Zeit, sofern sie sich mit symptomatisch-schematischem Vorgehen genügen läßt, wendet sich das Bemühen des *Paracelsus* die Beziehungen des Menschen zu dem großen Zusammenhang, in dem er lebt, zu erfassen und von da aus, aus der Erkenntnis, welcher Teil der menschlichen Beziehungen; zur Zeit oder zur Umwelt, zum Lebensweg oder zum Schaffen, gestört ist, eine Heilung zu versuchen. Es geht für ihn darum die Lebenssituation zu erkennen, aus der heraus der Mensch erkrankt, den Sinn der Krankheit, die auf eine Neuordnung hingeht, zu begreifen. Manches davon ist in der heutigen Medizin lebendig, so in der Konstitutionslehre, in den psychoanalytischen Theorien usw. Sein Buch erscheint jetzt unter dem Titel *Volumen Paramirum (Von Krankheit und gesundem Leben)* im Verlag von Eugen Diederichs in Jena. Es wird durch eine gute Einführung nebst Kommentar von Johann Daniel Achelis so deutlich gemacht, wie es mit einem Werk von *Paracelsus* eben möglich ist. ◊ Wenn *Paracelsus* in seinem Kampf gegen die Schulmedizin tiefer geht als diese, so bleibt *Friedrich Wolf* mit seinem Buch *Die Natur als Arzt und Helfer* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ oberhalb der von ihm verurteilten Schullehre, denn er macht es sich sehr leicht der *Menschheit Weh* "aus einem Punkte zu kurieren". So verdienstvoll es ist das noch immer brachliegende Wissen der weitesten Kreise um Bau, normale und pathologische Funktionen des Menschen zu bearbeiten, so anerkennenswert es ist den Instinkt des Menschen für eine gesunde Lebensführung anzusprechen und aufzurütteln, und so gern man manche Übertreibung dabei in Kauf nimmt, so müssen doch die Grenzen scharf beim kranken Menschen gezogen werden, und wenn, wie hier bei Besprechung der

Diphtherie oder Blinddarmentzündung, vor jeder Serumbehandlung oder Operation gewarnt wird, erscheint es zweifelhaft, ob nicht der Schade eines solchen Buches größer wird als sein Nutzen. Das Buch ist im übrigen anschaulich und einfach geschrieben und enthält viele Abbildungen. ◊ Ein vorzügliches Buch ist das *Ernst Joels* Die Behandlung der Giftsuchten /Leipzig, Georg Thieme/, vorzüglich deshalb, weil der Verfasser in knapper, guter Form einen Auszug aus der Fülle des Wissens bringt, das er sich über die Giftsuchten, wie Alkoholismus, Morphinismus, Kokainismus und andere, erworben hat, nicht nur durch Literaturkenntnis sondern vor allem durch eigene reiche Erfahrungen in Klinik und Laboratorium, durch Selbstexperiment und Privatpraxis und vor allem durch Fürsorgearbeit. Vorzüglich auch deshalb, weil man in dem Buch nicht nur den wissenschaftlich Interessierten sondern sehr stark auch den Arzt spürt, der helfen will, der, ohne je sentimental oder weitschweifig oder überflüssig aggressiv zu werden, praktische Vorschläge zu Änderungen bringt, der immer wieder auf die Schuldigen hinweist, die hinter dem einzelnen Süchtigen stehen: Staat, Gesellschaft, Interessenten. Joel gibt als Anhang zu der Schrift einen brauchbaren Auszug aus den einschlägigen Gesetzesbestimmungen. ◊ Als Beiträge zur Geschichte und Methodik der deutschen Blindenstatistik erschien eine Schrift *Friedrich Jasper Klumkers* /Langensalza, Hermann Beyer & Söhne/. Der Verfasser versucht durch Zusammenfassung aller blindenstatistischen Untersuchungen die hauptsächlichsten Probleme der Blindenstatistik und die verschiedenen Arten ihrer Lösung aufzuzeigen, um Unterlagen für eine Kritik zu gewinnen, die für den weiteren Ausbau dieser Statistik fruchtbar werden kann. ◊ Das 6. Heft des 25. Bandes der *Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung* /Berlin, Richard Schoetz/ behandelt das Gesundheitswesen des preussischen Staates im Jahre 1926. Es enthält die zusammenfassende Verarbeitung der Berichte der einzelnen Medizinalbeamten über die sozialhygienischen Einrichtungen (Säuglings-, Kleinkinder-, Schulfürsorge, Fürsorge für Kranke und Gebrechliche), über Ortschaftshygiene, Nahrungsmittelhygiene, Gewerbehygiene, über das Auftreten und die Bekämpfung von Krankheiten sowie über das Ärzte-, Heilpersonen- und Apothekerwesen,

KUNST

Bildende Kunst / Otto Brattskoven

Novembergruppe

Vor 2 Monaten konnte die Novembergruppe auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Im Zusammenbruchs- und Umsturzjahr 1918 begründet, bedeutete sie ursprünglich den Zusammenschluß von Künstlern, die sich die Aufgabe stellten gegenüber einer neuen Öffentlichkeit mittels ausgegebener Richtlinien grundsätzliche Forderungen aufzustellen, die auf Mitbestimmung bei allen Kunstangelegenheiten und auf eine Neuordnung der künstlerischen Verhältnisse überhaupt hinzielten. Zudem hatte sie als Vereinigung radikaler bildender Künstler (Expressionisten, Kubisten, Futuristen) den wichtigen Charakter einer Avantgarde, die, sozialistisch orientiert und verstärkt durch gleichgesinnte Architekten und Musiker, allein in jener Zeit eine Bedeutung beanspruchen konnte. Ferner war sie mit ihrer Zentrale und mit allen angeschlossenen Gruppen im Reich wirklich aktiv, wenn auch letztlich vergeblich darum bemüht die künstlerischen Dinge der breitesten Öffentlichkeit nahezubringen und sie davon zu befreien Privileg nur begüterter Kreise zu sein: alles Verdienste, die eine eingehende historische und soziologische Würdigung verdienen.

In den nachfolgenden Jahren bis zur Gegenwart allerdings, als neue Verhältnisse im Gesamtsinn und neue Forderungen an die Künstler erwachsen, wurde es das Schicksal der Novembergruppe gewissermaßen auf ihren Lorbeeren sitzen zu bleiben. Einzelne bemerkenswerte Künstler trennten sich bald von ihr, weil sie sich innerhalb eines auf formalen Dogmenzwang festgelegten Kreises als Fremdlinge fühlten. Zeitweilig bildeten die Ausstellungen der Gruppe nur Ansammlungen von (oft nicht uninteressanten) Abstraktionen. Als man dann nach einer Reihe von Jahren daran ging neue Kräfte hinzuzuziehen, vermochte man kaum noch zwischen wesentlich und unwesentlich zu unterscheiden. Jetzt, nach 10 Jahren, nachdem sich auch noch die Architekten abgelöst haben, wäre es wohl am Platz gewesen eine Ausstellung der jetzigen Mitglieder oder aber gar eine Retrospektive zu veranstalten. Statt dessen begnügte man sich damit nur ein umfangreiches und typographisch bemerkenswertes Sonderheft der Zeitschrift Kunst der Zeit /Berlin, J. J. Ottens/

unter dem Titel 10 Jahre Novembergruppe herauszubringen. Inhaltlich enthält das Heft eine historische Einleitung von Will Grohmann, eine Reihe historischer Dokumente und Äußerungen, Porträts und Abbildungen spezifischer Werke jetziger und ehemaliger Mitglieder. Dabei fällt auf, daß man etliche ehemalige Mitglieder, die vielleicht als unbeliebt gelten, nicht aufgenommen hat, was aus Gründen der historischen Vollständigkeit notwendig gewesen wäre. Andererseits hat man nicht zwischen früheren und derzeitigen Mitgliedern unterschieden.

Versucht man eine Bilanz, so wäre zu sagen, daß die bedeutende Rolle, die die Novembergruppe ehemals gespielt hat, heute ausgespielt scheint, während die abstrakt-akademischen Tendenzen, die sie heute vorwiegend verfolgt, die Öffentlichkeit doch nur wenig interessieren. Vielleicht bringen neue Aufgaben der nächsten Zukunft der Novembergruppe wieder neue wesentliche Bedeutung.

Hofer

Nach einigen Jubiläumsausstellungen älterer bekannter Künstler hat man jetzt in Berlin den 50jährigen Karl Hofer für wert erachtet mit einer großen Ausstellung seines Werks in der Sezession gefeiert zu werden. Was dabei in der Ausstellung eindringlich wurde, ist das seltsame Phänomen, daß die frühen, im Zeichen der deutsch-römischen Auffassung stehenden Anfänge blutvoll in ähnlicher Art sind wie Böcklins frühe Arbeiten. Anschließend daran bemüht sich das grüblerische Talent Hofers mehr und mehr um rein elementare Bildungen, ohne indessen in reine Abstraktionen überzugehen. Alle Gemälde dieser Zwischenzeit haben formal betrachtet etwas Ledernes, geistig gesehen imponieren sie durch die Konsequenz eines nur ihm zugehörigen Vermögens sich auszudrücken, statuarischen Schweigens und abgeschlossenen Ernstes. In dieser Weise hat Hofer lange und nachdrücklich überlegsam geschaffen, bis er unter neuen Voraussetzungen daran gehen konnte seine spezifischen Visionen wieder vorsichtig mit lebendiger Farbe und mit sinnlichen Akzenten anzufüllen. Es entsteht so eine Welt, die, weil weniger prononciert streng, ungewöhnlich anzieht, und den Reiz von Kultiviertheit deshalb intensiv ausstrahlt, weil jedwede Weichlichkeit vermieden wird. Allerdings ist diese letzte Etappe nur dann folgerichtig zu verstehen, wenn

man den Zusammenhang der Entwicklung übersieht. Losgelöst von ihr kann sie eine Manier werden, so daß es nicht ganz ungewöhnlich war, wenn man in der letzten Berliner Akademieausstellung verhältnismäßig viel Hoferimitationen sah, herrührend von seinen Schülern, da er selbst als Lehrer an der Akademie wirkt. Die künstlerische Erscheinung des aus Süddeutschland stammenden Hofer hat darin ihre stärkste Bedeutung, daß von Anfang an eine ganz persönliche und geistig wie stilistisch sicher vorgezeichnete Richtlinie vorhanden ist. Das macht seinen künstlerischen Wert in der heutigen Zeit aus.

Journalismus Eine das alltägliche Dasein wirklich berührende und zugleich darüber hinausgehende Ausstellung sah man im November 1928 im Berliner Kunstgewerbemuseum. Unter dem Titel *Der bildende Künstler als Reporter* gab man eine Zusammenstellung von Schwarz-Weiß-Arbeiten, die, ausgewählt aus den zeichnerisch journalistischen Veröffentlichungen in der deutschen und ausländischen Presse, äußerst anregte, aber auch erkennen ließ, daß bei uns auf diesem Gebiet immer noch nicht schnell und exakt schlagkräftig genug gearbeitet wird. Die überwiegende Bevorzugung der Photographie hat darin ihren hauptsächlichsten Grund; wenn die satirischen Zeitschriften wesentlich eindringlicher in ihren Zeichnungen sind, so fällt das indirekt auf die altertümliche Psyche dieser Schöpfer zurück, die mindestens eine Woche Überlegungszeit brauchen. Die Ausstellung selbst enthielt deutsche, französische, russische, amerikanische und japanische Blätter. Jeweils die besondere Geistesart des Landes kommt zum Ausdruck. Am wenigsten nuanciert die Amerikaner mit den üblichen, in wolkenartige Gebilde eingeschriebenen Texten, die Russen stark im Pathos, die Japaner verblüffend in ihrer minutiösen Arbeit, die Franzosen von einer selbstverständlichen Treffsicherheit ohne überheblichen Anspruch; die Deutschen verschiedenen Werts in der Ausführung. Man hat hier zu oft das Gefühl, daß eigentlich nur des leidigen Broterwerbs wegen, nicht aus eigenem Drang, aus zwingender Stellung zur Sache, gearbeitet oder die Aufgabe recht und schlecht einer Lösung zugeführt wird. Daneben sah man allerdings auch höchst vollkommen die Sache treffende Zeichnungen, leider nicht sehr vorteilhaft mit

den anderen vereinigt. Insgesamt ließ diese Schau erkennen, daß die Idee vorzüglich und einer Nachahmung im größten Rahmen wert ist, daß aber Mängel ganz offensichtlich waren. Die Gliederung war nach üblichen Ausstellungsgesichtspunkten erfolgt, statt daß man nüchtern-sachlich aufteilte. Ferner hatte man Graphiken, Aquarelle und sogar Plastiken hinzugezogen, die wohl thematisch mit dem Zeitungswesen in Beziehung stehen, aber nichts mit der zeichnerischen Journalistik zu tun haben. Man hätte, ähnlich wie auf der Pressa in Köln, auch einen Ausschnitt aus der Zeitung geben und überhaupt analog dem Zeitungsbetrieb nichts Schönheitliches einfügen sollen; das wäre für das besondere Thema von ungleich besserer Wirkungskraft gewesen.

Fälschungen Die letzten Monate des vergangenen Jahres standen im Zeichen von Feststellungen aufsehenerregender Kunstfälschungen. Ein Bildhauer in Rom hat Plastiken verfertigt, die als alte Originale und als echte Donatellos ins Ausland verkauft wurden; ein Berliner Kunsthändler wird beschuldigt eine Reihe von Gemälden aus unbekannter Quelle in den Handel gebracht zu haben, die sich anschließend nach dem Urteil der Sachkenner als gefälschte van Goghs erwiesen. Der Streit um diese Dinge geht tagtäglich für und wider, selten oder gar nicht aber stieß man auf eine Äußerung, die sich grundsätzlich mit dem soziologischen Hintergrund beschäftigte und in schärfster Form gegen die Sinnwidrigkeit heutigen Kunstinteresses und gegen die Kunstmarktspekulationen Stellung nahm. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der größte Teil der gegenwärtigen Kunstsammler nicht aus innerer Neigung Kunstwerke erwirbt sondern ausgesprochen aus Repräsentationsgründen, ohne ein Verhältnis zu den Objekten, rein unter dem Gesichtspunkt von Anlagewerten. Kauft man alte Kunst, so ist das Risiko, obwohl man mehr anlegen muß, verhältnismäßig gering, kauft man neue ohne festen Marktwert, so kann man sich verspekulieren, also erwirbt man entweder alte oder verhältnismäßig neue Kunstwerke, die jedoch durchgängig einen bestimmten Namenswert haben. Alles Grundsätze, die im üblichen Geschäftsbetrieb von Wichtigkeit und ohne die Gefahr von nicht mehr übersehbaren Konsequenzen sind, der Kunst gegenüber aber,

die von Objekt zu Objekt einmalig ist und zudem materiell nicht wägbare Auswirkungen besitzt, verderblich wirken. Fälschungen sind an der Tagesordnung, um dem oberflächlichen Interesse des Käufers bedeutende Werte vorzuspiegeln, Künstler eignen sich Manieren an, um dem Abnehmer beliebte Tonarten zur Befriedigung seiner Eitelkeit vorzuführen, die einfache, natürliche und einem klaren Muß entspringende Arbeit hängt derweil unbeachtet im Atelier oder in der Ausstellung. Ob eine auf Erwerb und Besitz beruhende Gesellschaft diesen Zustand abzuändern vermag, erscheint fraglich. Daß aber in der Empörung der Öffentlichkeit über das Fälschungsattentat van Gogh ein in die Zukunft zeigendes Element des Geistes enthalten ist, hat hier Paul Ferdinand Schmidt in seinem Artikel Van Gogh und der Sinn der Kunstfälschungen (in diesem Band Seite 35 und folgende) klargelegt.

Totenliste

Ende August 1928 starb in Berlin am Herzschlag der Graphiker und Maler *Wilhelm Oesterle*, 53 Jahre alt. Er ist den Sozialisten durch seine Arbeiten für den Dietzverlag bekannt geworden. Seine größte Liebe galt der Landschaft, vor allem der Schönheit des märkischen Landes. Unter den Motiven fesselte ihn sonst vor allem die Mutterliebe.

Ende Oktober starb in Leipzig der Kunsthistoriker *Felix Becker*, im Alter von 64 Jahren. Er begründete nach kunstgeschichtlichen Studien in Leipzig, Bonn und auf Reisen, gemeinsam mit Ulrich Thieme das Allgemeine Lexikon der bildenden Künste, dessen Redaktion er 10 Jahre innehatte. Daneben beschäftigte er sich vornehmlich mit der Erforschung der Handzeichnung.

Anfang November starb in Paris der Schöpfer des berühmten Totendenkmals auf dem Père Lachaise, *Albert Bartholomé*, über 80 Jahre alt. Er war ursprünglich Jurist, bildete sich dann aber, im wesentlichen autodidaktisch, als Maler aus. Nach dem Tod seiner Gattin wurde er Bildhauer, weil ihn der Gedanke beherrschte den Toten ein feierliches Denkmal zu setzen. 1895 vollendete er dessen Modell, 1899 wurde es, in Marmor ausgeführt, aufgestellt. In der Dresdener Ausstellung von 1903 war ein Abguß des Werkes zu sehen, durch den es auch in Deutschland Popularität erlangte. Künstlerisch ist Bartholomé von Rodin beeinflusst, ohne freilich dessen erschütternde Kraft zu erreichen.

Am 1. Dezember starb auf seinem Landsitz Eddelsen bei Hamburg der Maler *Leopold Graf Kalckreuth*, im Alter von 72 Jahren. Er gehörte der impressionistischen Generation um Alfred Lichtwark an. Er schuf vornehmlich Bildnisse und Landschaften, mit dem besondern Unterton einer ersten Gemüthshaftigkeit. Um 1900 war er Direktor der Stuttgarter Akademie. Später hat er sich, als Präsident des Deutschen Künstlerbunds, um die Förderung junger Talente verdient gemacht.

Kurze Chronik Ein Wettbewerb für das schönste Frauenporträt, ausgeschrieben von der Elidagesellschaft und mit Wilhelm Hausenstein und Max Osborn in der Jury, endete mit der Zuteilung des 10 000-Mark-Preises an Willy Jaekel. ◊ Das bekannte große Gemälde *Otto Dix'* Der Schützengraben wurde neuerdings von der Staatlichen Gemäldegalerie in Dresden erworben. 1923 hatte es das Wallraf-Richartz-Museum in Köln angekauft, infolge einer systematischen Hetze gegen seine antikrieglerische Tendenz aber mußte das Bild zumeist versteckt, und schließlich der Kauf rückgängig gemacht werden: mit dem Erfolg, daß nunmehr eine klügere Museumsverwaltung zugreifen konnte. ◊ Die Staatlichen Museen in Berlin veranstalteten zur Erinnerung an das 400. Todesjahr *Grünwalds* eine Ausstellung von Zeichnungen, Studien und Entwürfen des immer noch im historisch-biographischen Halbdunkel befindlichen Meisters. Außerdem wurde eine von Marc Grunwald ausgeführte Kopie des Isenheimer Altars gezeigt. ◊ Im Alten Museum in Brüssel fand eine umfassende *Jordaens*-Ausstellung statt: 50 Gemälde und ebenso viele Zeichnungen, die die Museen in Brüssel, Valenciennes, Douai, Antwerpen, Gent, Amsterdam und die Kirchen in Antwerpen ausgeliehen hatten. ◊ Auf Anregung Paul Westheims veranstaltete die Moderne Galerie A. Wertheim in Berlin eine Ausstellung der *jungen Künstler*, wobei eine Kommission von 3 zu den Einsendern gehörenden Künstlern aus den eingesandten Arbeiten etwa 100 Bilder und 50 Plastiken auswählte. Es ist eine sehr gute Idee ein Warenhaus für einen ersten Schritt an die Öffentlichkeit zu benutzen. ◊ Der *Verein Berliner Künstler* plant eine grundlegende Reorganisation seiner Bestrebungen und seines Mitgliederbestands. Zu diesem Zweck hat man den Kunsthändler Karl Nicren-

dorf, einen bekannten Vorkämpfer junger deutscher Kunst, zum Direktor berufen. Dieser führte für die Weihnachtsmesse eine sogenannte Zeitlupenauktion ein, bei der der Käufer von sich aus ein Angebot machen kann, das bekanntgegeben wird und innerhalb einer bestimmten Frist überboten werden muß.

Literatur Im Neuen Deutschen Verlag in Berlin erschien eine Schrift über das Werk des Malers *Diego Rivera*. Es ist dies ein mexicanischer Maler, den Alfons Goldschmidt einmal den »Michelangelo des braunen Proletariats« genannt, und dessen Bilder die Zeitschrift Die Neue Bücherschau in Deutschland zuerst veröffentlicht hat. Der Maler selbst hat zu dieser Publikation seiner Gemälde eine Autobiographie beigezeichnet. Er gehörte früher zum Kreis der Kubisten um Picasso in Paris; später stellte er sich mit seiner Kunst in Mexico ganz in den Dienst der Indiobewegung, um in großen Freskodarstellungen das Leben, die Freuden und Leiden der Eingeborenen darzustellen. Soweit man nach dem vorliegenden Bildmaterial urteilen kann, haben seine Arbeiten unbedingt einen monumentalen Zug, wengleich der hieratische Stil nicht immer einem gefälligen Geschmäcklertum zu entgehen vermag. Als Gesamterscheinung ist Rivera unbedingt interessant und wesentlicher Beachtung wert. ◊ In der Deutschen Buchgemeinschaft in Berlin hat *Adolf Behne* unter dem Titel Die frühen Meister eine »Einführung in die Schönheiten alter Bilder« veröffentlicht. Wie der Vorkämpfer geschärfter Gegenwartsbetonung in künstlerischen und architektonischen Fragen in seiner Einleitung betont, hatte er nicht die Absicht eine Kunstlehre oder Kunstgeschichte zu geben sondern eine direkte Anteilnahme ohne die übliche Lehrhaftigkeit, ohne die Fatalität von Rezepten herbeizuführen. Ein solcher, schon oft unternommener Versuch gelingt hier in bewunderungswürdigem Maß, um so mehr, als durchweg sonst übliche allgemeine Redewendungen über den Schönheitsbegriff vermieden sind. Am einprägsamsten sind die ersten Kapitel Vom Atelier und Von den Techniken der Malerei, aber auch die einzelnen Analysen der ausgewählten Bilder sind von einer sinnenfreudigen Klugheit, die man seit Lichtwark kaum noch kennt; sie gehen an Eindringlichkeit zugleich über jene Bildbetrachtungsweise hinaus,

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Gesinnungstheater Die Aufführung, die von so eindringlicher Wirkung war, daß im Anschluß daran Reden im Parkett gehalten wurden, und sich Parteien im heftigsten Für und Wider deswegen bekämpften, daß noch tagelang hinterher spaltenlange Abhandlungen in der Presse zu lesen waren, war eine ziemliche Seltenheit auch in einer Theaterstadt wie Berlin. Das Stück, das diese Diskussionen entfesselte und fast die gesamte Öffentlichkeit zur Stellungnahme zwang, ist Peter Martin Lampels *Revolte im Erziehungshaus*. Um dieses Stück herum hat sich eine Gruppe junger Schauspieler zusammengelunden, die zunächst in einer Matinee damit vor das Publikum trat. Was das Stück so außerordentlich wirkungsvoll macht, und worin sein großer Wert für unsere Zeit liegt, ist nicht seine künstlerische Konzeption, sondern sein instinktsicher aufgebauter, revolutionärer Stoff. Lampel, ehemaliger Oberleutnant der Reichswehr, Erzieher und Freund der Jugend, hatte schon vorher in seinem Buch *Jugend in Not* (siehe darüber die Rundschau Sozialpolitik, in diesem Band Seite 42) Dokumente veröffentlicht, die aus eigener Erfahrung über die Zustände in Fürsorgeerziehungsanstalten und ähnlichen Einrichtungen Bericht gaben und großen Widerhall fanden. Seine *Revolte im Erziehungshaus* ist die dramatische Verwertung dieser Dokumente und dient ihm dazu sich unmittelbar und direkter an die Öffentlichkeit wegen dieser Dinge zu wenden. Man muß das Stück als eine Anklage auffassen, und darin liegt auch seine Bedeutung. Wir haben da das erste wirkliche politische Theaterstück, wie Erwin Piscator es vergebens gesucht hatte. *Revolte im Erziehungshaus* ist echtes Gesinnungstheater und wirklich revolutionär. Die mitreißende Aufführung durch die Gruppe junger Schauspieler, deren Gesinnung das Stück trug, mußte dem Werk Lampels unbedingt zugute kommen und seine Wirkung steigern. Die Inszenierung besorgte der sehr bemerkenswerte Hans Deppe, der mit Fritz Genschow, dem hervorragendsten Spieler in jener Aufführung, die Gruppe leitete. Jetzt wird das Stück täglich im Theater in der Königgrätzer Straße wiederholt, ohne an Schlagkraft zu verlieren.

Sophoklesdrama

Die Inszenierung des Sophokleischen *Ödipus* durch Leopold Jessner im Berliner Staatlichen Schauspielhaus war ein Er-

eignis allerersten Ranges. Jessner spielt den König Ödipus und den Ödipus auf Kolonos an einem Abend in einer Bearbeitung und Übersetzung seines Dramaturgen Heinz Lipmann, was einen positiven Gewinn gegenüber anderen Aufführungen von vornherein in sich schließt, da wir neben der Tragödie auch die Sühnung erfahren: ein befreiender Gedanke im Anblick solch furchtbaren Geschehnisses. Vom Sprachlichen und Dramatischen her gesehen, verfäht Lipmanns Bearbeitung ziemlich skrupellos und nicht besonders glücklich, die Melodie und den Rhythmus des Stücks völlig auflösend und die Gewalt des Geschehens vermindern. Das religiös und politisch Griechische wird gänzlich dabei eingebüßt. Aber es bleibt trotzdem noch Stoff genug, um diese grausigste Tragödie einem Menschen unserer Zeit zu vermitteln. Jessners König Ödipus ist zeitlos vermenschlicht, ungriechisch, nur ein Schicksal erleidend, das sich in seiner Person vollzieht, aber überpersönlich ist. Die schauspielerische Leistung Fritz Kortners war ungeheuer. Kortner spielt den Ödipus ganz undämonisch, ganz menschlich, keinen Repräsentanten des Staats noch sonst einer Gewalt. Aber seine Menschlichkeit ist erschütternd, sein Spiel aufs tiefste gestaltet. Es gelingt ihm den gewaltigen Bogen zwischen dem Königspalast in Theben und dem Altar der Athene auf dem Kolonos auszufüllen. Eine ganz großartige und einmalige Leistung. Gerade sie zeigte, wie verkehrt es wäre anzunehmen, daß der Ödipusstoff uns heute wenig mehr angehe. Er ist gerade den Heutigen besonders nahe gerückt. Freilich bedarf es dazu der Loslösung vom konventionellen und der Erfassung eines neuen Schicksalsbegriffs (in den die Kriegsgeneration vielleicht ahnend hineinwuchs). Und es ist alles andere als ein "Zufall", daß die Modernsten der Musik und der Dichtkunst, daß Igor Strawinskij und Jean Cocteau jetzt ihren Ödipus rex schufen (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 723).

Volkstümliches Theater Carl Zuckmayer hat in seinem neuesten Stück *Katharina Knie*, das im Berliner

Lessingtheater uraufgeführt wurde, dem aussterbenden fahrenden Artistentum ein Denkmal gesetzt. Der berühmte Name der alten Seiltänzerfamilie Knie, der heute im Süddeutschen noch gleichbedeutend ist mit fahrendem Komödiantenvolk, gab auch seiner Truppe den Glanz und Zauber seiner Bedeutung, und der alte Knie steht auch bei ihm als wür-

digstes Symbol für reisende Artisten und Spieler. Zuckmayer versucht in diesem mit starker Beobachtungsgabe und großer Liebe gezeichneten Milieu eines wandernden Zirkus einen Konflikt zwischen Vater und Tochter zu zeigen, im Tiefsten in der Eifersucht des Vaters gegenüber dem von der Tochter erwählten Gatten liegend. Leider hat Zuckmayer diesen Konflikt nicht bis ins letzte durchgeführt, da er, bevor es zu der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Vater und Tochter kommt, den Vater sterben läßt, in dem Glauben Sieger geblieben zu sein. Ein unverständlicher, angehängter 4. Akt muß dann noch dazu dienen die Rückkehr der Tochter zu der nach des Alten Tod sich auflösenden Truppe zu veraugenscheinlichen und den Beweis zu bringen, daß Artistenblut doch stärker ist als die Liebe zum Mann. So unmöglich und schlecht das dramatische Gefüge des Stücks ist, und so wenig von einer Lösung des Problems die Rede sein kann, so sehr hat das Stück doch seinen Wert und seine Bedeutung für das heutige Theater, die in seinem gesunden Lebenssinn und in seiner volkstümlichen Natürlichkeit liegt. Von den Spielern fand diesen natürlichen Ton am ehesten Elisabeth Lennartz, die die Katharina Knie spielte und der eigentliche Eindruck des Abends war. Albert Bassermann gab dem alten Knie die vornehme Haltung eines Hofrats und brillierte in seiner vollendet kunsthaften Weise, die aber allmählich kalt läßt.

Berliner Opern- Von den 3 Berliner Opern-
arbeit häusern, deren Arbeitsgemeinschaft auf die einzel-

nen Institute einstweilen mehr retardierend als befeuernd zu wirken scheint, ist um die Jahreswende nur die *Staatsoper am Platz der Republik* zu wirklicher Leistung gelangt. Die Aufführung der Krenekschen Einakter (siehe über diese die Rundschau Musik, 1928 II Seite 927) war, obgleich man gerade von Ernst Krenek anderes verlangen und selbstverständlich erwarten kann, eine Pflicht gegenüber der Moderne, der unter allen Umständen genügt werden muß; die Wiedergabe stand auf der absoluten Höhe, die Otto Klemperer bei Werken unserer Zeit erreicht, wenn sie natürlich auch einen so tiefen Eindruck wie bei Strawinskijs Oedipus rex und Hindemiths Cardillac nicht üben konnte. In das problematisch Gewollte führte dann wieder im neuen Jahr, am 15. Januar, die Neueinstudierung des Fliegenden Hollän-

ders; hierüber wird im Zusammenhang einer prinzipiellen Erörterung der Opernregie wohl noch einiges zu sagen sein. Auf jeden Fall ist es schön feststellen zu können, daß in dieser Republikoper nichts gleichgültig genommen wird.

Die *Staatsoper Unter den Linden* hat sich dagegen noch zu nichts Rechtem entschlossen; wie auch ihre vollendete Maschinerie in der Praxis leider vielfach bedenklich knarrt. Hier ist noch alles Erwartung des Kommenden, auf das, lange angezeigt, man hoffentlich nicht mehr lange warten müssen.

Die *Städtische Oper* zeigte einen Willen zum Neuen in der Aufführung von Béla Bartóks Herzog Blaubarts Burg am 16. Januar: 10 Jahre nach der Uraufführung in Budapest. In diesen 10 Jahren ist Bartók, neben und unabhängig von Strawinskij Vorkämpfer und Gestalter neuer Musik, auch wie dieser zu Weiterem vorgeschritten. Aber diese Ballade, die aus der Welt Debussys herkommt (und uns schmerzlich daran erinnert, daß man Pelleas und Melisande nach der schönen Einstudierung so schnell wieder verschwinden ließ: doch nicht endgültig?), macht auch heute noch tiefen Eindruck. Die Aufführung dieses Werks sei daher für sich und als Auftakt kommender Taten lebhaft begrüßt.

Kurze Chronik Nachdem es nun mit der direktorialen Tätigkeit Wilhelm Furtwänglers an der *Wiener Staatsoper* nichts geworden ist, berief die Intendantur den Frankfurter Operndirigenten Clemens Krauß, der auch dem Ruf Folge leistete und vom 1. September ab die Wiener Oper leiten wird; bis dahin wird noch Franz Schalk die Direktion beibehalten. ◊ Das *Landestheater Anhalts*, das Friedrichstheater in Dessau, kann sich nicht aus eigenen Mitteln halten. Der Anhalter Landtag hat sich nun entschlossen ihm einen Zuschuß zu bewilligen, und die Stadt Dessau wird gleichfalls dazu beitragen. Dadurch scheint das Bestehen dieses Theaters wiederum gesichert. ◊ In Hamburg gab es bei der Aufführung von *Bruckners Verbrechern* im Deutschen Schauspielhaus so heftige Gegenkundgebungen, daß das Stück von der Direktion abgesetzt wurde. Die soziale Anklage dieses Dramas (siehe diese Rundschau, 1928 II Seite 1135) scheint also auf das bürgerliche Theaterpublikum sehr stark zu wirken und es in die Abwehrstellung zu drängen.

Literatur Über einen Fall der Präventivpolizei und die Theaterszenen heißt eine kleine Schrift, die der Ordinarius für Kirchen- und Staatsrecht in München *Karl Rothenbücher* als Festgabe zum 60. Geburtstag Fritz Fleiners erscheinen ließ /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Der Verfasser gibt, ausgehend von einem bestimmten Theaterskandal in München, der von einer studentischen Gruppe organisiert wurde, einen Überblick über die gesetzliche Möglichkeit eines Ausführungsverbots. Das Verbotungsrecht der Polizei ist in vielen Ländern heute noch sonderrechtlich gestaltet (es ist nicht Gesetz sondern Verordnung) und wird daher auch ganz verschieden gehandhabt. »Nach Übung der Polizeibehörden ... wird als Voraussetzung für das Verbot nicht eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung gefordert, sondern es wird in der Regel ein Verbot schon dann für gerechtfertigt angesehen, wenn durch die Darstellung im Innern der Zuschauer Anschauungen wachgerufen oder gefestigt werden, die zu einem die Sittlichkeit oder die Staatsordnung gefährdenden Verhalten zu führen geeignet sind.« Der Artikel 118 der Reichsverfassung sagt zwar: »Eine Zensur findet nicht statt.« Einige hervorragende Juristen und das preußische Oberverwaltungsgericht vertreten aber die Ansicht, daß nur die Vorzensur aufgehoben ist, womit alles beim alten bleibt. Denn: »Der Theaterunternehmer braucht nicht mehr das Stück vorzulegen und um Genehmigung nachzusuchen. Aber — aus den selben Gründen, aus denen die Polizeibehörde bisher die Genehmigung zur Aufführung versagte, kann sie auch künftighin die Aufführung des Stückes verbieten.« Rothenbücher meint, daß seit der neuen Reichsverfassung die Eingriffe der Zensur mit allen den von ihr abhängigen Begleiterscheinungen unzulässig sind, da nur durch Reichsgesetz den Polizeibehörden das Recht einer Beschränkung gegeben werden könnte. Die Reichsverfassung will aber ausdrücklich Freiheitsrechte gewähren. Und zumindest muß ein Anspruch Montesquieus, den Rothenbücher als Vorspruch vor seine Abhandlung setzt, auch für die freie Ausübung der Theaterkunst gefordert werden, der lautet: »La liberté est le droit de faire tout ce que les lois permettent.« Die Schrift bekommt jetzt noch ein besonderes Interesse, da bekanntlich neuestens eine Aktion eingeleitet wurde die Zensur in Deutschland wieder einzuführen.

KULTUR

Landwirtschaft / Hans Wilbrandt

Ostdeutsche
Agrarkrise

Vor einem Jahr zeigte der Enqueteausschuß an der Hand von nahezu 2000 Buchführungsergebnissen, daß durchaus nicht, wie das vielfach behauptet wurde, die ganze deutsche Landwirtschaft in einer schweren Krise steht, sondern daß sie zum überwiegenden Teil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre ohne größere Schuldenaufnahmen überwunden hat. Gleichzeitig aber ließ jene Erhebung sehr deutlich erkennen, daß in einzelnen Gebieten Deutschlands, insbesondere in den Provinzen Pommern und Ostpreußen, eine nicht unerhebliche Anzahl von Betrieben hochverschuldet, teilweise sogar überschuldet ist, und daß in einzelnen Gegenden des Ostens eine krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft droht. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Preußische Zentralgenossenschaftskasse es als eine ihrer ersten Arbeiten angesehen hat in die wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirtschaft noch stärker hineinzuleuchten. Der Leiter der Betriebswirtschaftlichen Abteilung der Preußenkasse, Carl Brandt, veröffentlichte soeben im Verlag Paul Parey in Berlin eine Erhebung über die Verschuldungslage von zirka 5 100 ostelbischen Großbetrieben. Diese Arbeit stützt sich nicht nur auf die Angaben einer wesentlich größeren Anzahl von Betrieben als die des Enqueteausschusses sondern ist auch regional besser untergliedert, und sie unterscheidet zwischen Pacht- und Eigentumsbetrieben. Daß sie sich leider nur auf landwirtschaftliche Großbetriebe erstreckt, ist darauf zurückzuführen, daß die Erhebung unter den größten persönlichen und sachlichen Schwierigkeiten durchgeführt werden mußte, und daß es darauf ankam zunächst einmal mit möglichst geringem Arbeitsaufwand die wirtschaftliche Lage einer möglichst großen landwirtschaftlichen Nutzfläche zu erfassen. Dies ist auch gelungen; denn die Erhebung erfaßt zirka 40% der gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe des Ostens und damit einen immerhin recht großen und auch wohl als repräsentativ anzusehenden Ausschnitt aus der gesamten ostdeutschen Landwirtschaft. Das Ergebnis der Erhebung ist folgendes: Von 3 922 *Eigenbetrieben* sind verschuldet (in % des Gesamtvermögens): 1 786 bis zu 40%, 1 165 von 40 bis zu 60%, 356 von 60 bis zu 70%, 615 zu über 70%.

Von 1 208 *Pachtbetrieben* sind verschuldet (in % des Inventarkrisenwerts): 323 bis zu 30%, 339 von 30 bis zu 50%, 278 von 50 bis zu 70%, 268 zu über 70%. Die beiden letzten Verschuldungsgruppen, denen immerhin 1 517 Betriebe angehören, sind als in ihrer Existenz gefährdet anzusehen, ganz besonders in denjenigen Gebieten, in denen die Güterpreise bereits jetzt nicht mehr den der Verschuldungserhebung zugrunde liegenden Wehrbeitragswert erreichen, wie das vor allem in Ostpreußen der Fall ist. Wegen dieses vielfach geringern Realisationswerts gibt auch die Erhebung für die *Eigenbetriebe* eher ein zu günstiges als ein zu ungünstiges Bild, während die Lage der Pächter ungefähr der in dem Preußenkassenbericht geschilderten Lage entsprechen dürfte. Die schlechtere Lage der Pachtbetriebe gegenüber den *Eigenbetrieben*, wie sie die Erhebung zeigt, ist einmal auf diesen Umstand, dann aber vor allem darauf zurückzuführen, daß landwirtschaftliche *Eigenbetriebe*, bis sie eine die Fortführung des Betriebs bedrohende Verschuldung erreicht haben, den ganzen Grund und Boden und die Gebäude verschulden können, während Pachtbetriebe nur einen Teil ihres Inventars beleihen lassen können. Die Gefahrengrenze wird also bei Pachtbetrieben bereits viel früher überschritten als bei *Eigenbetrieben*. Während diese Jahre hinter einander entstehende Defizite aus Schuldenaufnahme decken können, ohne daß der Betrieb deswegen gefährdet wird, wenn er vorher schuldenfrei war, können bereits 1 oder 2 Verlustjahre den Pächter zum Ruin bringen. Berücksichtigt man diese Unterschiede in der Kreditlage von *Eigen- und Pachtbetrieben*, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Pachtbetriebe relativ nicht schlechter, vielleicht sogar besser dastehen als die *Eigenbetriebe*. Eine verallgemeinernde Übertragung der Verschuldungserhebung der Preußenkasse auf die Gesamtlage der ostdeutschen Landwirtschaft zeigt, daß zirka 2 000 Betriebe stark und weitere zirka 1 600 Betriebe weniger stark gefährdet sind. Die meisten dieser Betriebe dürften in den nächsten Jahren zusammenbrechen. Der freie Gütermarkt wird diese große Menge von Betrieben nicht aufnehmen können. Bereits jetzt stagniert er in einigen ostdeutschen Gebieten so vollständig, daß verschiedene Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Betrieben ergebnislos blieben. Es wird daher notwendig sein, daß der Staat, um ein Übergreifen

der ostdeutschen Agrarkrise auf gesunde Betriebe und auf die Gesamtwirtschaft nach Möglichkeit zu vermeiden, eine Aufnahmestelle schafft, die zusammenbrechende Betriebe aufkauft und sie entweder an die Domänenverwaltung abgibt oder besiedelt. Nur durch eine großzügige und mit eisernem Willen durchgeführte Organisationsarbeit kann verhindert werden, daß das Unwetter über Ostdeutschland zu einem Chaos der ganzen ostdeutschen Wirtschaft führt.

Zuckerpreis-
stabilisierung Eines der Hauptmittel der Landwirtschaft zu helfen ist, wie oft dargelegt wurde, die Stabilisierung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Während auf dem Gebiet der Stabilisierung der Getreidepreise bisher noch keine positiven Erfolge erzielt werden konnten, ist vor kurzem die Stabilisierung der Zuckerpreise im Reichstag beschlossen worden. Bisher waren die Zuckerpreise, trotz einem Zoll in Höhe von zirka 60 bis 80% des Werts, den selben für Landwirtschaft und Verbraucherschaft katastrophalen Preisschwankungen unterworfen wie die übrigen Agrarprodukte. Während 1926 die Großhandelszuckerpreise nur zirka 14 Mark pro Zentner betragen, stiegen sie in den Jahren 1927 und 1928 auf über 23 Mark. In den letzten Monaten sank der Zuckerpreis so stark, daß die deutsche Zuckerwirtschaft bedroht schien. Die Ursache dieses Preisrückgangs war einmal der Zusammenbruch der vor einem Jahr zwischen Cuba, Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossenen neuen Zuckerkonvention, der deshalb erfolgte, weil sich Java, der zweitgrößte Rohrzuckerproduzent der Welt, nicht beteiligte. Damit im Zusammenhang stand die enorme Steigerung der Rohrzuckerproduktion in Java, die auf die europäischen Märkte drängte und die Preise drückte. Schließlich hat zu einer direkten Gefährdung der deutschen Zuckerwirtschaft das in den letzten Monaten durch Erhöhung der Inlandszuckerpreise in der Tschechoslowakei ermöglichte Zuckerdumping geführt. Angesichts dieser Entwicklung der internationalen Zuckerwirtschaft forderte die deutsche Zuckerindustrie Zollerhöhungen von 15 auf 25 Mark pro Doppelzentner. Zugleich wollte sie die Verpflichtung übernehmen den erhöhten Zoll nur in seiner bisherigen Höhe von 15 Mark auszunutzen. Der Reichstag zog aber, und zwar auf Wunsch der Sozialdemokratie, eine andere Art der Zuckerpreis-

reglung vor: Er setzte einen Zuckerhöchstpreis von 21 Mark pro Zentner im Großhandel fest. Steigt der Zuckerpreis über diese Höhe hinaus, so wird der Zoll von 25 Mark auf 10 Mark ermäßigt und damit ein Einströmen billigen Auslandszuckers ermöglicht. Diese Regelung stellt nicht nur ein zolltechnisches Novum dar sondern ist auch der erste praktische Versuch die Preise eines landwirtschaftlichen Produkts so zu stabilisieren, daß die Interessen der Verbraucher zusammen mit denen der Erzeuger gewahrt werden. Der Preis von 21 Mark liegt innerhalb der Zuckerpreisbewegung der letzten Jahre mehr an der obern Grenze als in der Mitte, und es wird die Meinung vertreten, daß die gerade jetzt in der Zuckerindustrie und im Zuckerrübenbau noch weite Möglichkeiten umfassende Rationalisierung bei einem Preis von 20 Mark vielleicht schneller vorwärts getrieben worden wäre als bei einem Preis von 21 Mark. Auf jeden Fall ist die neue Regelung als ein Fortschritt zu begrüßen. Denn sie wird hoffentlich später als der erste erfolgreiche Versuch in der großen Preisstabilisierungsarbeit bezeichnet werden können.

Osteuropa Über die osteuropäische Landwirtschaft ist in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Schriften herausgegeben worden. Ganz besonderes Interesse erwecken unter diesen natürlich Arbeiten über die russische Landwirtschaft. Der Professor am Russischen Wissenschaftlichen Institut in Berlin Boris Brutzkus gibt in seinem Buch Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland /Berlin, Hermann Sack/ eine tieferschürfende und in weite Vergangenheit zurückreichende Darstellung der russischen Agrarverhältnisse. Erschütternd sind seine Schilderungen des "Kriegskommunismus" von 1917, der Zeit also, in der durch die Moskauer Wirtschaftspolitik und nicht, wie vielfach behauptet wird, durch schlechte Ernten 10 oder gar 15 bis 20 Millionen Menschen in Rußland verhungert sind. Die Neue Ökonomische Politik von 1921 hat auch der Landwirtschaft bessere Wirtschaftsbedingungen gebracht. Aber die Tatsache, daß die Bolschewisten gerade im abgelaufenen Jahr wieder besonders stark auf dem Land mit Zwangsmaßnahmen gearbeitet haben, läßt es sehr zweifelhaft erscheinen, ob die russische Landwirtschaft wirklich schon auf dem Weg zu einer endgültigen Besserung ist. Dabei könnte gerade die

Landwirtschaft, wenn nicht das bolschewistische Funktionärntum seit Jahren größtenteils auf ihre Kosten gelebt hätte, wenn ihr statt dessen genügend Produktionsmittel zur Verfügung gestellt würden, und wenn sie bei produktiver Agrarpolitik 10 oder 20 Jahre Aufbaumöglichkeit hätte, Rußland sicherlich zu gewaltigem Wohlstand verhelfen.

Eine gute Ergänzung zur Arbeit Brutzkus' bildet die Schrift Friedrich Veits Landwirtschaft und Agrarverfassung der Südukraine (Neurußland), die als 3. Heft der 2. Abteilung der Sozialwissenschaftlichen Forschungen /Berlin, Walter de Gruyter & Co./ erschien. Veit hat als Assistent auf der Nansenschen Wiederaufbaustation in der Südukraine die landwirtschaftlichen Verhältnisse gründlich studiert und besonders die Agrarverfassung untersucht. Er zeigt, wie die Südukraine, die große Kornkammer des früheren Rußlands, aus der der größte Teil der deutschen Gerste- und Weizeneinfuhr vor dem Krieg gedeckt wurde, nach dem Krieg zu einem Zuschußgebiet herabsank. Wegen des absoluten Mangels an Produktionsmitteln mußte die Landwirtschaft in diesem Gebiet stark extensiviert werden. Die Weizen- und Gerstekultur wurde eingeschränkt, der extensivere Roggenbau dafür ausgedehnt, die Pferdehaltung ging zurück, die Schafzucht, also die extensivste Form der Viehhaltung, nahm dafür zu. Veit weist besonders auf die starken, in der russischen Bauernwirtschaft ruhenden Kräfte hin, die zum Wiederaufbau drängen.

Von hauptsächlich historischer Bedeutung ist die Arbeit Yrjö J. von Schrowes Die finnische Gemeinheitssteilung, die auch in der genannten Sammlung erschien. Gestützt auf mühselige Studien hat Schrowe die Entwicklung der Gemeinheitssteilung in Finnland im 18. Jahrhundert geschildert.

Die agrarrevolutionäre Welle der Nachkriegsjahre hat an den russischen Grenzen nicht haltgemacht. Josef Matl berichtet in einem Heft der Sammlung Quellen und Studien des Osteuropainstituts in Breslau /Berlin, Hermann Sack/ unter dem Titel Die Agrarreform in Jugoslawien über die Agrarumwälzungen in diesem Land, während Valeriu Bercau in seiner Schrift La réforme agraire en Roumanie /Paris, Librairie Universitaire J. Gamber/ die rumänische Agrarreform beschreibt.

In der Arbeit Bercaus ist eins besonders bemerkenswert: Nach seiner Meinung hat nicht die Agrarreform in Ru-

mänien die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und vor allem die Getreideausfuhr so stark gesenkt, sondern dieser Ausfuhrückgang ist lediglich auf Nachkriegsfolgen, daneben allerdings auch auf die bessere Lebenshaltung der bäuerlichen Bevölkerung, zurückzuführen. Dabei geht aus seiner Schrift die interessante Tatsache hervor, daß in den Gebieten der Agrarreform die Psyche der Bauern vollständig verändert ist. Während diese früher ohne sonderliches Eigeninteresse nach altüberkommenen Wirtschaftsmethoden arbeiteten, suchen sie heute mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Agrartechnik ihre landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern. Es scheint allerdings, als ob Bercau in dem Bestreben die guten Seiten der rumänischen Agrarreform hervorzuheben etwas zu optimistisch urteilt.

Demgegenüber enthält sich Josef Matl in seiner Untersuchung über die jugoslawische Agrarreform jedes eigenen Urteils. Er führt vielmehr nach einer längeren Schilderung der jugoslawischen Agrarreform alle prinzipiellen und methodischen Bedenken an, die gegen die jugoslawische Agrarreform lautgeworden sind, ohne dazu Stellung zu nehmen. Diese Zurückstellung seiner persönlichen Meinung erhöht, mag sie in gewisser Hinsicht vielleicht auch zu bedauern sein, den objektiv historischen Wert seiner Arbeit. Vielleicht hält er auch mit seinem persönlichen Urteil deswegen besonders zurück, weil in den wenigen Jahren, die seit der jugoslawischen Agrarreform verflossen sind, ein endgültiges Urteil über ihre Wirkungen noch gar nicht gefällt werden kann. Das gilt ja für die osteuropäischen Agrarreformen in den letzten Jahren überhaupt. Jede Reform und jeder Umsturz der bisherigen Produktions- und Besitzverhältnisse muß zu Störungen des Wirtschaftslebens führen. Die Wirtschaft muß sich erst auf die neuen Verhältnisse einlaufen.

Abschließend wird man deshalb nicht vor Ablauf von mindestens 10 Jahren über die Vorteile und Nachteile der osteuropäischen Agrarumwälzungen urteilen können. Doch ist es wertvoll jetzt schon objektives Material darüber zu erhalten.

Totenliste Anfang September 1928
starb in Berlin, im Alter
von 74 Jahren, einer der
bedeutendsten Forscher auf dem Gebiet
der Zuckergewinnung und -bereitung, der
eigentliche Schöpfer des Instituts für
Zuckerindustrie, das er aus kleinsten An-

fängen heraus geschaffen hatte; *Alexander Herzfeld*. Der Aufschwung der deutschen Zuckerindustrie ist wesentlich den Forschungen des genannten Instituts, das der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin angegliedert wurde, zu danken. Lange Studienreisen führten Herzfeld über Deutschland hinaus, nach Übersee, wo er auch die Rohrzuckerpflanzungen und -industriellen studierte.

Am 2. November starb auf seinem Versuchsgut Fräulein Hof der ordentliche Professor für Tierzuchtlehre an der Universität Königsberg *Wilhelm Völtz*, 56 Jahre alt. Er hat sich auf dem Gebiet der Ernährungsphysiologie, der Vitaminforschung und vor allem der Erforschung praktischer Silofutterbereitung große und bleibende Verdienste erworben.

Kurze Chronik Am 26. Oktober 1928 waren 100 Jahre seit dem Tod *Albrecht Thaers*, des großen

Begründers rationeller Landwirtschaftsmethoden in Deutschland, vergangen. Der preußische Landwirtschaftsminister ehrte sein Andenken an diesem Tag, indem er den Landwirtschaftlichen Hochschulen in Berlin und in Bonn-Poppelsdorf je 10000 Mark als *Thaerspende* überwies. Die Zinsen dieser Spende sollen zur Unterstützung armer Studierender verwandt werden. ◊ Im landwirtschaftlichen Notprogramm, das der Reichstag im Frühjahr 1928 verabschiedete, wurden für *Förderung des Absatzes* landwirtschaftlicher Produkte zirka 50 Millionen Mark bewilligt. Diese Summe reicht jedoch für eine nachhaltige Förderung des landwirtschaftlichen Absatzwesens nicht aus. Der Reichsernährungsminister will daher für die nächsten 5 Jahre je 20 Millionen Mark zur Verbesserung des Markt- und Absatzwesens für die Landwirtschaft bereitstellen. ◊ Die Deutsche Landwirtschaftliche Presse brachte am 24. November 1928 eine Sondernummer über Lebensfragen des *Hackfruchtbaus* heraus, in der von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die Bedeutung des Hackfruchtbaus für die Landwirtschaft und für die Volkswirtschaft beleuchtet wird, und in der zahlreiche technische Fragen eingehend besprochen werden. ◊ Der Geschäftsführende Direktor der *Landwirtschaftskammer* für die Provinz Sachsen, *Rabe*, legte am 15. September 1928 sein Amt nieder. An seine Stelle trat der durch seine Tätigkeit an der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein und durch seine Untersuchungen über Landarbeiterlöhne bekannte

Direktor der Landwirtschaftskammer für Schleswig-Holstein *Walter Asmis*. ◊ Der Leiter des Instituts für Tierzuchtlehre an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin *Johannes Hansen* tritt im Frühjahr in den Ruhestand. Seine Lehrbücher über Tierzucht, speziell über Rinderzucht, haben weite Verbreitung gefunden, und seine Milchleistungs- und Fütterungsversuche auf dem Versuchsgut der Landwirtschaftlichen Hochschule *Koppshof* haben wesentlich zur Erforschung von Fütterungsfragen beigetragen.

Literatur

Im 2. Heft des 1. Bandes der *Agrarprobleme*, der Zeitschrift des Internationalen Agrarinstituts in Moskau /Berlin, *Paul Parey*/, behandelt *G. S. Gordejew* das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß infolge der technischen Verbesserungen der Landwirtschaft das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag heute keine Gültigkeit mehr hat. Seine Ausführungen schließen mit den Worten: »Dies alles zusammen erweitert den Rahmen für die Ausnutzung der natürlichen Kräfte, steigert immer mehr die Produktivität der Arbeit, wobei für die Wirksamkeit des Gesetzes kein Raum übrig bleibt.« Man muß *Gordejew* darin zustimmen, daß infolge der außerordentlichen Entwicklung der Agrartechnik im letzten halben Jahrhundert das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags für die heutige Volkswirtschaft ziemlich belanglos ist. Jede technische Erfindung in der Landwirtschaft stellt es auf eine neue Basis.

Außenkolonisation / *Herman Kranold*

Französische Kolonialarbeit In der deutschen Literatur wird die kolonialisatorische Leistung der Franzosen in ihrem überseeischen Reich außerordentlich verschieden beurteilt. Die antifranzösischen (mehr oder weniger proenglischen) Nationalisten aller politischen Schattierungen in Deutschland lassen an dieser wie an der sonstigen Arbeit Frankreichs so leicht kein gutes Haar. Es lohnt nicht sich mit diesen Leuten auseinanderzusetzen, bei denen gewöhnlich die Stärke des Ausdrucks im umgekehrten Verhältnis zur Sachkenntnis steht. Eine Stellung, die von der ihren zum Teil in bemerkenswerter Weise abweicht, nimmt ein ausführlicher Aufsatz ein, den *Manfred Sell* kürzlich in der *Kolonialen Rundschau* veröffentlichte. Dieser Aufsatz, Zwecke, Ziele und Be-

rechtigung der französischen Kolonialpolitik betitelt, stellt den ernsthaften Versuch einer objektiven Würdigung dieser Kolonialpolitik dar, wenn er auch von allerlei vorgefaßten Meinungen nicht ganz frei ist. Wenn es da zum Beispiel heißt, die Fähigkeit der Franzosen für koloniale Unternehmung sei gering, weil »der französische Geist wohl zu hohem Schwung, nicht aber zu der emsigen, zähen, dauernden Kleinarbeit geschaffen« sei, so ist das ziemlich primitiv. Die Meinung des Verfassers, Frankreich habe eine »außergewöhnliche Fertigkeit in der meisterhaften Kunst des Eroberns« und »des gewaltsamen Behauptens« bewiesen, wird von französischen Kolonialleuten nicht geteilt. So sagt Le Barbier in seinem weiter unten im Literaturabschnitt angezeigten Buch *Le Maroc agricole* ausdrücklich, Frankreich hätte die Macht in Marokko wie im übrigen französischen Kolonialreich nur durch die Initiative einzelner ergriffen, ohne Teilnahme der Nation, ja zum Teil gegen deren Widerstand, und wer sich der innenpolitischen Begleitmusik zu der Entstehung des französischen Kolonialreichs durch die Eroberung Algiers unter Karl X und Ludwig Philipp und dem Erwerb Französisch Indochinas unter Jules Ferry bis zum Sturz Delcassés erinnert, der wird diesem Franzosen nur recht geben können. Sell widerspricht sich aber auch selbst insofern, als er, was die französischen Erfolge anlangt, 2 ganz verschiedene Gebiete unterscheidet. Er sagt: In den Kolonialländern alter hoher Eigenkultur habe sich die französische Herrschaft in vieler Hinsicht den Anforderungen gewachsen gezeigt, in den Ländern niederer Kultur aber habe sie versagt. Dies berührt eigentlich merkwürdig; denn man darf doch wohl behaupten, daß in den Ländern, in denen von Sell ein Erfolg anerkannt wird, das Werk der französischen Kolonisation ungleich schwieriger gewesen sein dürfte als in den anderen. Betrachtet man aber die Sache näher, so findet man, daß in Wirklichkeit die Länder mit alter hoher Eigenkultur (mit Ausnahme von Marokko) diejenigen sind, die Frankreich zuerst als Kolonialgebiete zufielen, während die Länder niederer Kultur, also in der Hauptsache Französisch Mittelafrika, eben erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit und unter besonders schwierigen Umständen, namentlich unter Überwindung außerordentlich starker internationaler Widerstände und Beschränkungen (Kongo-

akte), erworben wurden. Man kann Sell auch nicht zustimmen, wenn er den Rückgang der früheren deutschen Kolonien Kamerun und Togo in der ersten Nachkriegszeit dem französischen Kolonisationssystem zur Last legt. Natürlich hatte der 4jährige Krieg in diesen Gebieten und die darauf folgende Austreibung der deutschen Kolonisatoren die Folge, daß sich zunächst die Kolonialwirtschaft dort total desorganisierte. Aber es wäre unrichtig, wollte man verkennen, daß sich neuerdings das Blatt gewendet hat; und die Austreibung der früheren deutschen Siedler aus diesen Gebieten hat zwar viel mit dem Vertrag von Versailles und dem Beispiel der britischen Politik, aber gar nichts mit französischen Methoden zu tun.

Ein durchaus anderes Bild gewinnt man, wenn man die ernsthafte französische Kolonialliteratur studiert. Eine Sammlung von Aufsätzen, die unter dem Titel *La mise en valeur de notre domaine colonial* als 32. Heft der *Cahiers du Redressement Français* in Paris herauskam, befaßt sich mit den Fragen der weitern Produktivierung des französischen Kolonialreichs. Es ist für den ganzen Geist der französischen Kolonialpolitik bezeichnend, daß der bei weitem umfangreichste Abschnitt, der auch gleich an erster Stelle gebracht wird, der über die Eingeborenenfrage ist. Dieser von M. Lejeune verfaßte Beitrag stellt in den Mittelpunkt der Betrachtung den Gesichtspunkt, daß es, sowohl aus Menschlichkeits- wie aus Nützlichkeitsgründen, notwendig sei die eingeborene Bevölkerung der französischen Kolonien, namentlich der tropischen und subtropischen Gebiete, von Grund auf zu sanieren. Dabei stellt der Verfasser bemerkenswerterweise in den Vordergrund seiner Erörterungen die Notwendigkeit der Bekämpfung der Massenunterernährung, die seit der Vorkolonisationszeit in den Tropen allgemein herrscht, sowie der Anpassung der Wirtschaft an diese Aufgabe, namentlich der bewußten Förderung des Anbaus von Nahrungsmitteln und der Viehzucht. Anschließend gibt er eine ausführliche Darstellung der Arbeitsverhältnisse der Eingeborenen in den französischen Kolonien, und er hebt dabei zunächst hervor, daß es ganz falsch sei anzunehmen, Eingeborenenarbeit sei billig. Aus Barlöhnen und Naturalbezügen, Kosten der Anwerbung, des An- und Abtransports zur Arbeitsstelle und des ärztlichen Dienstes erwachse schließlich eine recht erhebliche Kosten-

masse. Auf der andern Seite sei die Leistung des eingeborenen Lohnarbeiters im Durchschnitt sehr gering. Für Tonkin wird sie mit zwei Dritteln der Leistung des durchschnittlichen ungelerten europäischen Arbeiters angegeben, für den Arbeiter in den afrikanischen Tropenkolonien sogar nur mit einem Drittel. Zum Teil ist dies im Klima begründet, zum Teil aber auch in der gewohnheitsmäßigen Unterernährung dieser Völker, die ja auch die große Agrarenquete in Britisch Indien als eine ihrer wichtigsten Feststellungen hervorgehoben hat. Was das Arbeitsrecht anlangt, so ergibt die Darstellung, daß die Sklaverei (vielleicht bis auf ganz geringe Reste in besonders versteckten Winkeln) ganz beseitigt ist, daß Zwangsarbeit wenigstens gesetzlich nur noch in dem selben Umfang existiert, in dem auch in Deutschland jeder Landwirt Hand- und Spanndienste leisten muß, ohne daß daran Anstoß genommen würde; in vielen Fällen sei auch eine Abgeltung der Pflichtarbeit mit Geldsätzen zugelassen, die für das Tagewerk zwischen 8 bis 16 Pfennig schwanken, wobei bemerkt werden muß, daß mehr als 10 Pflichtarbeitstage im Jahr nicht zulässig sind, daß die Last eines Trägers 25 Kilogramm nicht überschreiten und die täglich zurückzulegende Trägerstrecke nicht mehr als 12 Kilometer ausmachen darf. Das private Arbeitsrecht ist in den einzelnen Kolonien verschieden, aber im Grunde überall übereinstimmend geregelt. Wird ein Eingeborener mit Landwirtschaft, Handels- oder industrieller Arbeit beschäftigt, so muß ein schriftlicher Dienstvertrag geschlossen werden. Die gebietsweise festgesetzte Höchstarbeitszeit muß eingehalten werden. Wöchentlich ist ein voller Ruhetag vorgeschrieben, und für jede Kolonie ist ein Minimallohn festgesetzt. Entspricht der Vertrag diesen Anforderungen nicht, so ist er ungültig; ist eine Vertragsdauer von mehr als 3 Monaten vorgesehen, so muß der Vertrag beim Bezirksarbeitsamt eingereicht werden; eine Vertragsdauer von mehr als 2 Jahren ist nicht erlaubt. Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag werden durch besondere Schiedsgerichte entschieden, deren Urteile gegen beide Vertragsteile vollstreckbar sind. Gegenüber dem Eingeborenen kann zur Erzwingung der Vollstreckung Freiheitsstrafe bis zu 5 Tagen oder Geldstrafe bis zu 2,50 Mark angewendet werden. Natürlich läßt dieses Arbeitsrecht in vieler Beziehung noch erheblich zu wünschen

übrig. Man muß aber zugeben, daß es im Vergleich mit dem Arbeitsrecht in Deutschland, England und Rußland nicht schlecht abschneidet.

Der Gesundheitsfürsorgedienst in den französischen Kolonien richtet sich in erster Linie auf Krankheitsvorbeugung. Während in Frankreich auf 5000 Einwohner 1 Arzt, Zahnarzt oder Apotheker kommt, kommt im französischen Kolonialgebiet 1 erst auf 40 000. Im Vergleich mit anderen Kolonialgebieten ist dieses Zahlenverhältnis aber nicht ungünstig. Über die einzelnen Leistungen bringt das Buch eine Tabelle, aus der hervorgeht, daß allein im Jahr 1926 von den 10 bis 12 Millionen Einwohnern, die für die Ansteckung mit Schlafkrankheit überhaupt in Frage kommen, über 900 000 untersucht und 78 000 behandelt wurden. Da die Krankheit dank den neueren deutschen Heilmittelerfindungen heilbar ist, so daß sich die Möglichkeit, daß sich die Tsetsefliege infiziert und dann durch ihren Stich die Infektion weitergibt, schnell vermindert, und da gleichzeitig auch die Sanierung der Schlupfwinkel dieses den Krankheitserreger übertragenden Insekts fortdauernd betrieben wird, darf damit gerechnet werden, daß um das Jahr 1940 herum die Schlafkrankheit im wesentlichen beseitigt sein wird. Wer da weiß, wie lange der Kampf gegen die Malaria zum Beispiel in Italien gedauert hat, dem muß diese französische Leistung außerordentlich groß erscheinen. Auffallend ist, daß der Kampf gegen den Aussatz ohne Zwangsisolierung der Erkrankten geführt wird. Das erscheint heute, wo wir imstande sind Frühfälle der Lepra durch Anwendung des Chaulmograöls zu heilen, nicht mehr so bedenklich, wie es früher der Fall gewesen wäre. Diese Abweichung von dem sonst üblichen Verfahren ist für die ganze Art französischer Kolonisationsmethoden außerordentlich charakteristisch. Im ganzen wurden im Jahr 1926 13½ Millionen ärztliche Konsultationen und 5 Millionen Krankenhaustage gewährt, während die Eingeborenenbevölkerung des ganzen Kolonialgebiets 53 Millionen umfaßt.

Sehr eingehend beschäftigt sich das Buch mit der Frage, worauf die Schwierigkeiten in der Erschließung der Kolonien durch Eisenbahnen zurückzuführen seien. Der Verfasser des betreffenden Abschnitts, Charbonnel, fordert für die Strecken, von denen mit hoher Wahrscheinlichkeit Rentabilität erwartet werden kann, die Anwendung des Systems

der Vereinigten Staaten von Amerika, das den Eisenbahnbau privaten Gesellschaften überträgt und das Land längs den Bahnlinien zu ungefähr gleichen Teilen der Regierung vorbehält, für den Verkauf an das Publikum zu einem von der Regierung festgesetzten Taxpreis freigibt oder endgültig in Eigentum der Gesellschaft überführt. Die vermutlich unrentablen Linien sollten nach Charbonnel dagegen von den Regierungen selbst gebaut werden, und zu diesem Zweck empfiehlt er nicht wie bisher auslaufenden Mitteln jährlich Teilstrecken zu bauen sondern Anleihen aufzunehmen, die Strecken auf einmal zu bauen und die Anleihen dann aus laufenden Mitteln zu tilgen und zu verzinsen. Aus der Untersuchung über die Zollverhältnisse, die das Buch ebenfalls bringt, geht aber hervor, daß dieses Vorgehen seine Schwierigkeiten hätte. Zollpolitisch ist heute Algerien ein Bestandteil des französischen Zollgebiets; Marokko ist zollpolitisch durch internationale Verträge zu einer Sonderexistenz verurteilt; Tunis ist besonderes Zollgebiet, in dem für einige Produkte Zollfreiheit respektive Zollermäßigungen für kontingentierte, jährlich neu festzusetzende Mengen bestehen, während es im übrigen bei der Einfuhr nach Frankreich die Minimalsätze des allgemeinen Zolltarifs bezahlen muß. Dagegen ist die französische Einfuhr nach Tunis zollfrei. Die übrigen Kolonien zerfallen in 2 Gruppen: Die der sogenannten nichtassimilierten Kolonien besteht aus den Gebieten Westafrika (ohne Dahomey und Elfenbeinküste), Saint-Pierre-et-Miquelon und den französischen Niederlassungen in Ozeanien, deren Einfuhr nach Frankreich dem Minimaltarif unterliegt, und die Frankreich bei der Einfuhr in ihr Gebiet Vorzugszölle gewähren, sowie aus der Elfenbeinküste, Dahomey, Französisch Äquatorialafrika (außer Gabon), den französischen Niederlassungen in Indien und Somaliland, bei denen die Lage die gleiche ist, nur daß sie den französischen Waren keine Vorzugstarife gewähren. In diesen Gebieten sind regelmäßig nennenswerte Zolleinnahmen zu verzeichnen, so daß die Steuern niedrig gehalten werden können, und die Budgets eine erhebliche innere Widerstandsfähigkeit haben. In den übrigen Gebieten dagegen, den sogenannten assimilierten, geht die ganze französische Einfuhr frei ein, und da sie den Hauptteil der Einfuhr überhaupt bildet, sind dort die Zolleinnahmen fast gleich null,

so daß die Steuern stark angespannt werden müssen, und es an jenem wichtigen Faktor der Budgetstabilisierung fehlt. Deshalb sind für diese Gruppe von Kolonien auch Anleihen nur schwer zu haben. Merkwürdigerweise spricht das Buch an keiner Stelle von der (zum Teil bereits ausgenutzten) Möglichkeit die umfangreichen Naturallieferungen der deutschen Reparationsleistungen zum Eisenbahnbau, zum Ausbau der Häfen usw. zu verwenden.

Im ganzen ist es nach dem Bild, das das Buch entwirft, durchaus unberechtigt von einer Rückständigkeit der französischen Kolonisationsarbeit zu sprechen. Gewiß bleiben auch hier, trotz allen Leistungen, noch ungeheure und schwierige Aufgaben zu lösen. Es kann aber kein Zweifel sein, daß bei enger deutsch-französischer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet weitere befriedigende Resultate zu erwarten wären. Nur müssen dafür erst die politischen Voraussetzungen geschaffen sein. Und auch darum muß man mit Nachdruck den in Deutschland so weit verbreiteten Falschurteilen über den Wert der französischen Koloniarbeit entgentreten.

Niederländisch Ostindien Das Gesamtgebiet Niederländisch Ostindiens umfaßt Java, Sumatra, Borneo,

Celebes, Holländisch Neuguinea und die Molukkeninseln. Die Fläche beträgt im ganzen 1,9 Millionen Quadratkilometer, das heißt rund 4mal so viel wie die Deutschlands; die Einwohnerzahl betrug 1920 50 Millionen und dürfte inzwischen noch gestiegen sein. Das in die Weltwirtschaft einbezogene Wirtschaftsleben konzentriert sich in der Hauptsache auf den beiden Inseln Java und Sumatra, die zusammen mehr als 35 Millionen der Einwohner umfassen. Wichtigster Erwerbszweig ist noch die Rohrzuckerkultur, hauptsächlich im Osten und in der Mitte Javas. Die Ausfuhr schwankt je nach dem Ernteertrag und nach Verabredungen mit der Organisation der cubanischen Zuckerexporteure zwischen 2 und 2½ Millionen Tonnen jährlich. 180 Zuckerfabriken mit einem hauptsächlich in holländischen Händen befindlichen eingezahlten Kapital von 250 Millionen Gulden dienen der Zuckerherstellung. Die zweitgrößte Industrie, neuerdings im Begriff die Zuckerproduktion zu überflügeln, ist die Kautschukindustrie mit einem Kapital von rund 400 Millionen Gulden, das zu etwa je einem Drittel auf englischen,

holländischen und sonstigen Besitz entfällt. Ein erheblicher Teil der Kautschukproduktion steckt noch in den Anfängen, die Pflanzungen sind erst zum Teil tragfähig. Daneben ist eine sehr erhebliche Eingeborenenerzeugung von Kautschuk entstanden. Die Gesamtausfuhr an Kautschuk betrug 1927 bereits 225 000 Tonnen, wovon rund zwei Fünftel auf Kautschuk aus den Eigenbetrieben der Eingeborenen entfielen. Der 3. Haupterwerbszweig des Gebiets ist der Teeanbau. Gegenwärtig werden jährlich mehr als 100 Millionen Pfund allein auf Java und 15 Millionen Pfund auf Sumatra erzeugt; doch sind die Plantagen auf dieser Insel zum größten Teil noch nicht ertragfähig, ihre Produktionskapazität ist etwa 105 Millionen Pfund jährlich. Außerdem versorgt Niederländisch Ostindien so ziemlich die ganze Welt mit Pfeffer und Chinin; große Produktionszweige sind ferner Palmöl, Koprä und Tabak; auch bei den Ölpalmen beginnt die Ertragfähigkeit erst; etwa neun Zehntel der Palmen tragen noch nicht, dagegen steht die Tabakkultur schon seit langem in vollem Ertrag. Im Gegensatz zu anderen tropischen Kolonien, die sich in letzter Zeit besonders stark entwickelt haben, beruht in Niederländisch Ostindien die Wirtschaft zum großen Teil auf Lohnarbeit Eingeborener auf großen Plantagen, die Eigentum von Europäern sind. Menschenmangel besteht nicht, wohl aber macht sich in letzter Zeit eine starke Bewegung zur Verselbständigung der Eingeborenen geltend, so daß es schwieriger wird sie zu Lohnarbeit heranzuziehen. Muß man auch die Alarmpfeifen der Presse mit äußerster Vorsicht aufnehmen, so läßt sich doch nicht bezweifeln, daß, wie in anderen tropischen Gebieten, auch dort die Bewegung der Eingeborenen zum bäuerlichen Eigenbetrieb in näherer Zukunft einschneidende Verfassungsänderungen des ganzen Produktionskörpers hervorrufen kann. Da die Erfahrung lehrt, daß in tropischen Gebieten mit einer solchen Zustandsänderung gleichzeitig immer eine gewaltige Produktionsentfaltung verbunden ist, so wird man aus der Stärke der Bewegung nicht etwa Befürchtungen für die Versorgung Europas mit den Erzeugnissen jener Länder ableiten dürfen, mag es im Lauf derartiger Umgestaltungen auch, vornehmlich aus politischen Gründen, zu vorübergehenden Störungen der Ein- und Ausfuhr in solchen Gebieten kommen.

Informationsmittel The Canadian Annual Review of Public Affairs, ein fast 900 Seiten starkes, mit zahlreichen Bildern geschmücktes Buch, liegt für das Jahr 1927-1928 vor (Toronto, The Canadian Review Company). Es enthält zunächst eine Chronik der wichtigen Ereignisse, die sich in *Canada* zwischen dem 1. Juli 1927 und dem 30. Juni 1928 abgespielt haben, bespricht dann die Beziehungen zum Britischen Reich und zum Ausland, bringt materialreiche Sonderabhandlungen über die verschiedenen Gebiete von Wirtschaft, Verkehr und Arbeit und schließlich sehr ausführliche Jahreschroniken der einzelnen Provinzen sowie einige Dutzend eingehende Aufsätze über die wichtigsten Organisationen und Unternehmungen des ganzen ausgedehnten Landes.

Im *Quarterly Summary of Australian Statistics* (Melbourne, H. J. Green) werden jedes Vierteljahr alle wichtigen statistischen Daten über Bevölkerung, Produktion, Handel, Verkehr, Finanzen, Arbeit und Preisbildung in *Australien* außerordentlich übersichtlich und mit viele Jahre zurückgehenden Vergleichszahlen dargestellt. Jedes Heft bringt ausgezeichnetes Informationsmaterial.

Totenliste Am 12. August 1928 starb in Berlin, in seinem 83. Lebensjahr, der langjährige Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, der Konteradmiral *Franz Hermann Strauch*. Strauch hatte 1874 bis 1876 an der berühmten Expedition des Kriegsschiffs *Gazelle* teilgenommen, die den Bismarckarchipel und die Samoainseln durchforschte und eine große Anzahl völkerkundlich interessanter Funde nach Berlin mitbrachte.

Am 5. September starb in London, im Alter von 41 Jahren, *Gilbert C. Skinner*, ein Führer der Zuckerrohrindustrie des Britischen Reichs. Er hat in der von ihm geleiteten Gesellschaft auf Trinidad die Produktionsmethoden vollkommen erneuert und die in jenen Tropenkolonien daniederliegende Zuckerrohrkultur wiederbelebt. Sehr eifrig hat er die wichtige Reichslehranstalt für Tropische Agrikultur auf dieser Insel gefördert. Als Supplement zu der in Trinidad erscheinenden, überaus wertvollen Zeitschrift *Tropical Agriculture* kam von ihm erst vor einem Vierteljahr eine Arbeit *Sugar Cost Accounts* heraus.

Am 20. November starb in Hamburg der Direktor des Weltwirtschaftlichen Instituts *Franz Stuhlmann*, im Alter von

65 Jahren. Seine Anstalt war ursprünglich als Kolonialinstitut begründet worden. Stuhlmann nahm als Gefährte Emin Paschas an dessen letzter Expedition nach Äquatoria teil, gründete die Station Bukoba am Viktoriasee und drang bis zum Albertsee im Kongogebiet vor. Er brachte nach Emins Ermordung dessen kolonialwissenschaftliche Sammlungen an die Küste. In den letzten Jahren gab er Emins Tagebücher und wissenschaftliche Notizen allmählich heraus. Von jener großartigen, von keiner Unmenschlichkeit befleckten Entdeckungsreise erzählt er in seinem Buch *Mit Emin Pascha ins Herz von Afrika* /Berlin, Dietrich Reimer/.

Kurze Chronik Zum 70. Geburtstag des Geographen Albrecht Penck sind 50 000 Mark für Auslandsreisen junger Geographen gestiftet worden. \diamond Eine hochinteressante Entdeckung, die auch wirtschaftlich von allergrößter Bedeutung werden kann, hat der Chemiker J. C. Wichman in Los Angeles gemacht. Er gewann *Kautschuk* aus dem Saft einer Kakteenpflanze (*Opuntia*art). Die Opuntien wachsen in den Vereinigten Staaten wild und sind so verbreitet, daß 35 Millionen Tonnen Kautschuk daraus gewonnen werden könnten. Damit wäre das englische Kautschukmonopol, das sich auf 70 % der gesamten Weltgummiproduktion erstreckt, gebrochen. \diamond Der Rückgang des Alkoholkonsums in der europäisch-amerikanischen Welt zusammen mit ihrer Bevölkerungszunahme und wiederkehrenden Wohlhabenheit hat eine von Jahr zu Jahr fortschreitende Zunahme der Nachfrage nach *Kaffee* und *Kakao* zur Folge. Trotz gewaltigen Anbausteigerungen halten sich daher die Kaffeepreise, wenn auch zum Teil mit Hilfe von allerlei Valorisationsmaßnahmen, im ganzen auf erstaunlicher Höhe, und auch die Kakaopreise sind, trotz gelegentlichen Rückschlägen, bisher so hoch gewesen, daß überall eine geradezu gewaltsame Ausdehnung dieser Kultur erfolgt. So hat Ceylon im Jahr 1927 seine Kakaoverschiffungen abermals um fast 20 % auf 79 000 englische Zentner (zu 51,5 Kilogramm) gesteigert, obwohl diese Insel nicht gerade zu den allergünstigsten Kakaogebieten gerechnet werden kann. \diamond Die Dominikanische Republik auf der Insel *Santo Domingo* in Mittelamerika vermochte 1927 ihre Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr um 25 % auf 31 Millionen Dollars zu steigern. Zucker

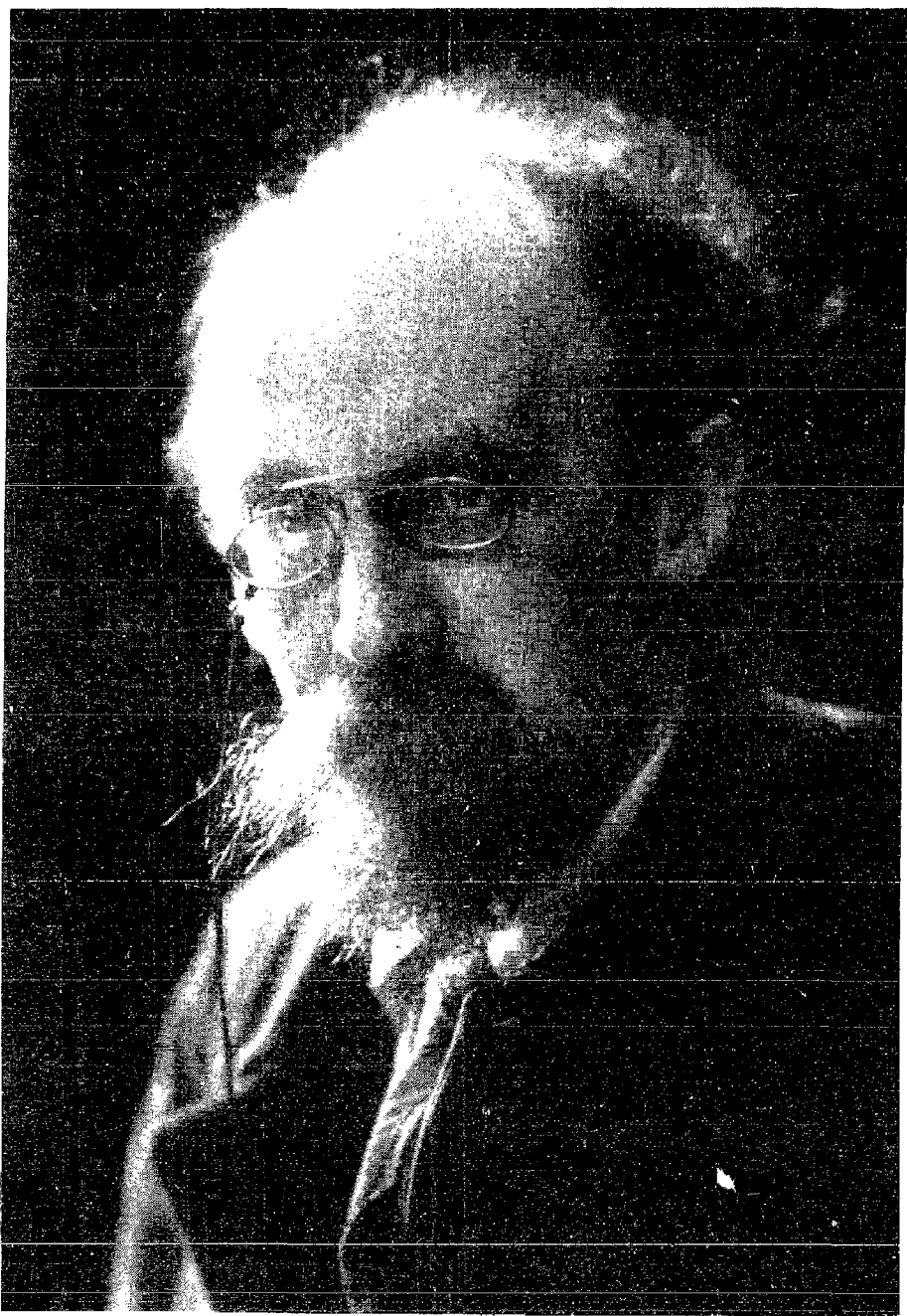
brachte bessere Preise, und bei Kakao und Tabak fielen gute Preise mit besonders großen Ernten zusammen. Die Zuckerausfuhr machte mehr als die Hälfte des ganzen Ausfuhrwerts aus; sie betrug fast 30 000 Tonnen. Die Kakaoernte war der Menge nach um ungefähr 30 %, dem Erlös nach um fast 100 % besser als 1926, die Tabakausfuhr war etwas mehr als verdoppelt, und ihr Wert sogar 117 % höher als im Vorjahr. Dagegen zeigten allerdings die weniger wichtigen Ausfuhrartikel: Kaffee, Zuckerrohr, Melasse und Mais, Ausfuhrrückgänge. \diamond Die südafrikanische Regierung ist auf Grund der Mandate mit der Verwaltung Deutsch Südwestafrikas betraut worden. Die in der Südafrikanischen Union vorherrschenden Büren versuchen seit längerer Zeit die Mandatsexistenz der früheren deutschen Kolonie zu untergraben, wobei sie schon erhebliche Erfolge erungen haben. Neuerdings macht aber auch die reichsenglische Kolonialverwaltung ähnliche Versuche. Es wird in letzter Zeit immer dringlicher ein Plan erwogen das britische Mandatsgebiet Tanganyikateritorium (das frühere Deutsch Ostafrika) zusammen mit Kenya und Uganda (Britisch Ostafrika), dem angloägyptischen Sudan, Britisch Somaliland, Sansibar, Nyassaland und Nordrhodesien zu einer *Union der britischostafrikanischen Gebiete* zu vereinigen, der anscheinend dann, bei Beschränkung der politischen Rechte im wesentlichen auf die weißfarbige Bevölkerung, die Rolle eines neuen Dominions zgedacht ist. Die große Schwierigkeit bei allen Versuchen dem zu widerstreben besteht darin, daß Deutschland in der Mandatskommission des Völkerbunds nur geringen Einfluß hat, und daß die Frage, wer eigentlich in den Mandatsgebieten der Träger der Gebietshoheit ist, umstritten ist, so daß in den meisten Fällen die entscheidende Zeit für Versuche draufgehen dürfte den Beschwerdeberechtigten herauszufinden. \diamond Im *Tanganyikamandatsgebiet* wurden in letzter Zeit folgende neue Kulturen aufgenommen: in Ostusambara Tee, in Iringa Tabak, (in den regenreichen Teilen) Kaffee, Schweineverarbeitung auf geräucherten Speck und Schinken durch eine neu errichtete Fabrik. Im selben Mandatsgebiet hat der niedrige Preisstand der Baumwolle im Jahr 1927 zu einem erheblichen Rückgang der Baumwollanbaufläche und gleichzeitig auch zu einer 20prozentigen Verminderung

der geernteten Baumwollmenge geführt. \diamond Daß es den um die Gesundheit der Tropen verdienten Forschern nicht immer gut geht, zeigt das Schicksal *Sir Ronald Ross*, der vor 31 Jahren nachwies, daß die Anophelesmücken die Plasmodien der Malaria Parasiten durch ihren Stich auf den Menschen übertragen. Ross hat sich entschließen müssen sein Archiv mit den historischen Dokumenten seiner Entdeckung zu verkaufen. Er selbst erhielt für seine Entdeckung (die für die Gesundung von zwei Dritteln der Welt Grundlegendes bedeutete) von der britischen Regierung keinen Pfennig.

Literatur

Eine außerordentlich interessante und aufschlußreiche Arbeit über Lage und Aussichten der verschiedenen Zweige der Landwirtschaft in Marokko lieferte *Louis Le Barbier* in seinem oben erwähnten Buch *Le Maroc agricole* /Paris, Librairie Universitaire J. Gamber/. Aus dem Werk, das bei der Besprechung von Acker- und Gartenbau sowie der Obstbaumhaltung in sehr instruktiver und klarer Weise tief in die Einzelheiten geht, gewinnt man einen sehr lebhaften Eindruck von dem enormen Aufschwung der Landwirtschaft in Marokko seit der Errichtung der französischen Schutzherrschaft. Das Land ist Siedlungskolonie, die letzte amtliche Zählung gibt bereits 41 000 französische Einwohner an; eine in Anbetracht der kurzen Einwanderungszeit und der Konstanz der Bevölkerungszahl in Frankreich geradezu riesige Zahl. Hiervon sind sehr viele Landwirte, zum kleinern Teil Produzenten von Qualitätsgemüse und -obst im engern Thünenschen Kreis der rapid anwachsenden Städte, so daß sie ohne starke Zuhilfenahme fremder Arbeitskräfte ihre Kleinbetriebe bearbeiten, zum größern Teil Besitzer größerer Flächen mit vorwiegender Lohnarbeit Eingeborener und hie und da auch mit Verpachtungen und Absentismus. Alle Teile der dort vorhandenen Kulturen sind aber sehr erfolgreich, trotz Jahren zum Teil schlechter Witterung. Über die Wirtschaft der Eingeborenen äußert sich der Verfasser nur in gelegentlichen Nebenbemerkungen. \diamond Über den Reisbau in Cochinchina liegt eine kleine interessante Abhandlung von *Tran Wan Huu* vor (*La riziculture en Cochinchine* /Paris, Agence Economique de l'Indochine/). Reis ist der wichtigste Ausfuhrartikel der französischen Kolonie Indochina; auf deren Provinz Cochinchina

entfällt davon der Hauptteil. Im ganzen hat man den Eindruck einer Kultur, die ungeheuer rückständig ist, weil der Handel auf Qualität absolut nicht achtet, und es sich deshalb nicht lohnt gute Qualität zu produzieren. Die Schrift macht lebhaft für eine Verbesserung der Qualität Propaganda, beantwortet aber nicht die Frage, ob für mehr und bessern Reis, der natürlich auch erheblich teurer sein würde, ohne weiteres ein Markt zur Verfügung stände. Bei dem Vordringen des Geschmacks an Weizen und dem Schwinden der Vorliebe für Reismahrung in der östlichen Welt wäre es sehr wichtig Unterlagen zur Beantwortung dieser Frage zu haben. \diamond Kolonialgeschichtlich interessant ist das kleine Buch *Maurice Gompertz' Corn from Egypt* /London, Gerald Howe/. Man versteht erst auf Grund der Erwägungen, nach denen der Verfasser sich für Ägypten und nicht für Mesopotamien als die Heimat der Getreidekultur entscheidet, weshalb künstliche Bewässerung als Grundlage riesigen Aufschwungs in Ägypten so viel schneller und gründlicher wirken konnte. Überhaupt wird dadurch klar, daß je nach den natürlichen Bedingungen eines Landes ganz verschiedene Typen der Bewässerungswirtschaft aufgebaut werden müssen. Auch auf Fragen der palästinensischen, südamerikanischen usw. Wirtschaft fällt dadurch für den Europäer ein neues Licht. \diamond Ein sehr ausführliches Werk über das wirtschaftliche Gedeihen Australiens legt *Frederic C. Benham* vor (*The Prosperity of Australia* /London, P. S. King & Son/). Das Buch klärt zunächst eine Reihe methodischer Vorfragen, wie das wirtschaftliche Gedeihen eines Landes gemessen werden kann. Danach ist unter Prosperität die Zunahme des Volksvermögens verstanden. Naiv ist allerdings die Annahme, daß die Zunahme des Volksvermögens auch das Beste für die allgemeine Wohlfahrt des Volkes sei; ein solcher Satz gilt offenbar nur unter bestimmten Voraussetzungen über die Verteilung des Reichtums unter die Mitglieder der Gesellschaft; solche Voraussetzungen hat der Verfasser aber nicht gemacht. Den Inhalt des Buches im einzelnen zu besprechen ist aus räumlichen Gründen ganz unmöglich. Es ist überreich an Material. Die wichtigsten Tatsachen sind in dem Abschnitt dieser Rundschau über Australiens Wohlstand (1928 II Seite 1141 und folgende) verarbeitet. Das Buch ist sehr zu empfehlen.



KURT EISNER / NACH EINER AUFNAHME
AUS DER VORKRIEGSZEIT